**Zeitschrift:** Tagblatt des Grossen Rates des Kantons Bern

**Herausgeber:** Grosser Rat des Kantons Bern

**Band:** - (1875)

**Rubrik:** Ausserordentliche Herbstsitzung 1875

#### Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Mehr erfahren

#### **Conditions d'utilisation**

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. En savoir plus

#### Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. Find out more

**Download PDF: 27.11.2025** 

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, https://www.e-periodica.ch

# Cagblatt

des

# Großen Rathes des Kantons Bern.

#### Außerordentliche Berbfiftung 1875.

# Kreisschreiben

an

# die Mitglieder des Großen Rathes.

Bern, ben 16. August 1875.

Berr Großrath,

Der Große Rath hat in ber letten Session beschlossen, Montags ben 13. Herbstmonat nächsthin behufs ber zweiten Berathung bes Gesetzentwurfs über Störung bes religiösen Friedens zusammenzutreten. Sie werden bemnach eingeladen, sich am bezeichneten Tage, des Bormittags um 9 Uhr, auf dem Rathhause in Bern einzusinden.

Die Gegenstände, welche zur Behandlung kommen werden,

find folgende:

#### A. Gutwürfe bon Gefeten und Defreten.

- a. Befege gur zweiten Berathung.
- 1) Befet über Störung bes religiofen Friebens.
- 2) Wefet über Erhöhung der Primarlehrerbefoldungen.

#### b. Defretentwürfe.

- 1) Defret über bie Herausgabe ber Verhandlungen bes Großen Rathes.
- 2) Defret über bie Eintheilung bes Kantons in politische Berfammlungen.

3) Vollziehungsbefret zum Gefet über bie Sypothefartaffe.

4) Bollziehungebetret jum Civilftand= und Chegefet.

## B. Borträge.

- a. Des Regierungsprafibenten.
- 1) Bericht über Erfatmahlen in ben Großen Rath.
- 2) Mittheilung bes Ergebniffes ber Bolksabstimmung vom 18. Juli.
- 3) Staatsverwaltungsbericht für 1874.
- 4) Entlaffungsbegehren des Gerichtsprafidenten von Biel.
  - b. Der Direttion bes Gemeinbewefens.
- 1) Refurs ber Gemeinde Camlingen gegen einen Enticheib bes Regierungsrathes.
- 2) Refurs der Burgergemeinde Hilterfingen gegen einen Entsicheid des Regierungsrathes.
  - c. Der Direttion ber Juftig und Polizei.
- 1) Naturalisationen.

feffion.

- 2) Strafnachlafgefuche.
  3) Befchluß über Behandlung der Entwürfe einer Pfand- und Hoppothekenordnung und eines Gefeges über Einrichtung und Führung der Grundbücher in der nächsten Großraths
  - d. Der Direktion bes Rirchenwesens.
- 1) Beschwerde gegen die Auflösung der Kongregation ber soeurs de la charité in St. Ursig.
- 2) Beschluß betreffend Berschmelzung von Pfarreien.
  - e. Der Direktion ber Finangen.
- 1) Staatsrechnung pro 1874.
- 2) Subvention von Fr. 200,000 an die Stadt Bern an die Bundessitzleiftungen.

f. Der Direktion ber Domanen und Forften.

- 1) Berkauf bes Frigenbachgutes ber Pfarrei Leißigen. 2) Berkauf von Pfrundland zu Kirchlindach.
- 2) Berkauf von Bfrundiand gu deringen.
  3) Beschluß über Erstellung eines Runftmuseums.

g. Der Direktion ber Entjumpfungen.

Beschluß über Ausführung der seelandischen Binnenkorrektion.

h. Der Direttion bes Militars.

Expropriation zur Anlage eines Schiegplages in Batterfinden.

i. Der Direktion ber öffentlichen Bauten.

Bochbau= und Strafenbauprojette.

## C. Wahlen.

1) eines Mitgliedes des Obergerichts; 2) des Berwalters der Hypothefarkaffe; 3) des Regierungöstatthalters von Fraubrunnen; 4) des Gerichtspräsidenten von Trachselwald.

Für ben erften Tag werden auf die Tagesordnung gefest die Bortrage des Regierungsprafidenten und der Diret= tionen und ber Befegentwurf über Störung bes religiöfen Friedens.

Die Wahlen finden Donnerftag den 16. September ftatt.

Mit Hochschätzung,

Der Großrathsprafident :

C. Aarrer.

# Kreisschreiben

# die Mitglieder des Großen Rathes.

Bern, ben 6. September 1875.

herr Großrath,

Der Unterzeichnete gibt Ihnen hiermit Kenntniß, daß infolge Hinscheids des Herrn Imoberfteg ber Große Rath in ber nachsten Seffion eine zweite Oberrichterstelle, sowie die bes Prafibenten bes Obergerichts wieder zu befegen hat.

Mit Hochschätzung,

Der Großrathspräsident:

C. Karrer.

Erste Sikung.

Montag, 13. September 1875.

Vormittags um 9 Uhr.

Unter bem Borfipe bes Berrn Brafibenten Rarrer.

Nach dem Ramensaufrufe find 143 Mitglieder an= wesend; abwesend sind 107, wovon mit Entschuls digung: die Herren Althaus, Anken, Bohren, Bürki, Burri, Gharpié, Chodat, Feiß, v. Fellenberg, Feller, Flück, Hegi, Hergag, Jmer, Kellerhals, Ledermann, Lehmann in Rüedtligen, Lehmann in Langnau, Lehmann in Logwyl, Lenz, Liechti in Borb, Weyer, Kenser in Lengnau, Rothlisberger in Walkstriugen, Schmid. Mehren, Schmid. Rudolf. Schünhach. Sekler Worb, Weber, Kenfer in Lengnau, Nothlisverger in Wattringen, Schapmann, Schmid Rudolf, Schüpbach, Seßler,
Sterchi, Ueltschi, Werren, Zeller; ohne Entschuldigung: die Herren Berger, Bircher, Bohnenbluft, Born, Brand, Bühlmann, Burger in Angenstein, Burger in Laufen, Du-commun, Engel, Etter, Eymann, Flüciger, Geißbühler, Gerber in Stettlen, Gseller in Wichtrach, Girardin, Grünig, v. Grünigen, Gurtner, Haberli in Münchenbuchsee, Halbe-mann, Hanni, Hauser, Herren in Niederscherli, Hofer in Oberdiesbach, Hosmann, Hofstetter, Hurni, Indermühle, Kaiser in Buren, Kaiser in Grellingen, Kasermann, Keller, Kötschet, Kohli in Schwarzenburg, Kummer in Utenstorf, Lehmann in Bellmund, Leibundgut, Liechti in Rüegsauschachen, Linder, Locher, Mägli, Mischler in Bahlern, Monin, Müller in Tramlingen, Nägeli, Reber in Niederbipp, Rebetez, Wistern Wallet Ruckti Salze Rebmann, Renfer in Bogingen, Riat, Roffelet, Ruchti, Salg-mann, Scheibegger, Schertenleib, Schmid in Wimmis, Seiler, Spahr, Stalder, Stämpfli in Schwanden, Stettler in Lauperdsmyl, Stettler in Eggiwyl, Streit, Studer, Thonen, Wampfler, Willi, Wirth, Burften, Wyh, Zingg, Zumkehr, Zumwald.

Der Herr Präsident eröffnet die Sitzung mit folgenden Worten:

Meine Berren!

In Ihrer Sigung vom 11. Juni abhin beschlossen Sie, am 13. September, also am heutigen Tage, wieder zusammen= zutreten, um die zweite Berathung des Gesetzes über die

autreten, um die zweite Beratyung des Gejeges uder die Störung des religiösen Friedens vorzunehmen, und es hat deßhalb Ihr Präsidium Sie auf heute zusammenberusen.

Auf dem Traktandenverzeichniß finden Sie eine Anzahl theils sehr wichtiger Gesehes- und Dekretsentwürfe, Borträge und Wahlen, von denen der größere Theil seine Erledigung sinden kann, wenn Sie dazu sich Zeit nehmen wollen.

Die dringendsten Traktanden sind das Bollziehungsdefret

betreffend das Bundesgeset über Zivilstand und She und das Geset über Störung bes religiosen Friedens. Ersteres, weil das Bundesgeset selbst mit bem Jahr 1876 in Kraft

tritt, letteres wegen bes von ber Bundesversammlung in ber Junisigung gefaßten Beschlusses, in Folge welches die Re-gierung von Bern eingeladen wird, den Beschluß vom 80. Januar 1874 betreffend die Entfernung einer Angahl katho-

Ischer Geiftlicher aus den jurassischen Amtsbezirken bis Mitte November laufenden Jahres aufzuheben. Es dürfte Sie interessiren, von amtlicher Seite Mittheilung zu erhalten über den Erfolg des von Ihnen am 12. Juni abhin mit 185 gegen 26 Stimmen genehmigten Refurzes unseres Regierungsrathes gegen den Beschluß des Bundesrathes d. d. 31. Mai 1875. durch welchen letterer Bundedrathes a. d. 31. Mai 1875, durch welchen letzterer erkannt hatte, es sei der Externirungsbeschluß gegen die jurassischen Geistlichen bereits mit dem 31. Juli aufzuheben. Die Bundesversammlung behandelte diesen Rekurs, und ich kann hier konstatiren, daß, wenn sie auch mit dem Bundesrath den Art. 50, Absatz, der Bundesverfassung von 1874 entgegen ber Anschauung ber Regierung, bes Großen Rathes entgegen ber Anschauling der Regierung, des Großen Rathes und des Bernervolkes in der Weise auslegte, daß die in demfelben vorbehaltenen "geeigneten Maßnahmen" sich innerhalb der durch die Bundesverfassung gezogenen Schranken zu bewegen haben, sie sofort diese Anschauung in einer Weise modistirte, daß sie dersenigen von Bern im Wesentlichen nicht nur nahe kömmt, sondern dieselbe sogar erweitert, indem sie kaat. Diesen Sake gegenüber ist nur der anormale bem fie fagt: "Diesem Sate gegenüber ift nur ber anormale ber Natur ber Sache nach in ber Bundesverfaffung nicht besonders vorgesehene Fall einer Nothlage vorzubehalten, in welche ber Staat nicht bloß aus ben mit Art. 50 ber Bundesverfaffung jufammenhangenden , fondern auch aus andern Grunden gerathen und in der er ju Ergreifung außerordentlicher Magregeln gezwungen werden fann, und es ift auch diefer Borbehalt in bem Ginne gu verfteben, daß, falls solche außerordentliche Maßregeln von den Kantonen ergriffen werben, ben Bundesbehörden über die Bulaffigfeit berfelben, fowie über die Dauer ber Beit, mahrend welcher fie Un= wendung finden durfen, das Recht ber Prufung und ber endgultigen Entscheidung gutommt."

Es kömmt demnach nur darauf an, was man jeweilen unter "Nothlage" versteht, und wenn wir noch beifügen, daß bei Anlaß der daherigen Perhandlungen in den eidgenössischen Rathen der Prasident des Bundesrathes öffentlich seine Meinung dahin abgab, es habe sich ber Kanton Bern gegenüber ben renitenten fatholischen Geistlichen in einer "Nothlage" be-funden, so durfen wir mit allem Rechte schließen, daß Bern in den gegen die Uebergriffe des fatholischen Clerus ergriffenen Maßregeln von ber richtigen Strafe nicht weit fich entfernt, und daß es fur die Butunft - Die endgultige Entscheidung der Bundesbehörden und wohl in letter Instanz des Schweizer-volks vorbehalten — immer noch freie Hand hat und davon im Interesse der Staatsautorität und der Unterwerfung aller Bürger unter Verfassung und Gesetz auch Gebrauch

machen wird!

Schließlich ermahne ich bes hinscheides eines unferer Mitglieder, fowie zweier burch ihre Fahigfeiten, ihre Thatigfeit und Gemiffenhaftigfeit fich auszeichnenden Mitglieder des Obergerichts. Soffen wir, es werbe gelingen, die erledigten Stellen burch Manner zu befegen, welche ben Berftorbenen in allen ihren guten Gigenschaften nicht nachstehen.

Mit biefen Worten ertlare ich die Sigung eröffnet.

## Tagesordnung:

# Bortrag über die Ersakwahl im Wahltreise Nieder= fimmenthal.

An Play bes ausgetretenen herrn Dr. Müller wurde gewählt :

Berr Jatob Ueltichi, Gemeindsprafident in Darftetten.

Da diese Bahl in ber gesetzlichen Form stattgefunden hat und feine Oppositionen bagegen eingelangt find, fo wird fie auf ben Untrag bes Regierung grathes genehmigt.

## Ueberweifung von Traktanden an Kommissionen.

Auf den Antrag bes herrn Brafibenten werden gewiesen :

1) das Bollziehungsdefret zum Gesetze über die Soppothe= fartaffe an die Kommission, welche das Gesetz selbst vorbe= rathen hat, bestehend ans ben Berren Michel, Raifer, Scherg,

Bucher, Imer, Born und Scheurer; 2) das Bollziehungsbefret zum Civilftand= und Chegefet an die Civilgesetgebungstommiffion, bestehend aus den Berren Brunner in Bern, hofer in Bern, v. Kanel, Rummer, Marti, Moschard und Joliffaint;
3) der Refurs der Burgergemeinde Gilterfingen gegen

einen Entscheid des Regierungerathes an die Bittschriften=

4) die Naturalisation &gesuche an die Bittschriftentommission; 5) die Strafnachlaßzesuche an die Bittschriftenkommiffion;

6) der Beschluß betreffend Berschmelzung von Pfarreien an eine Rommiffion von drei Mitgliedern, bestebend aus den

Herren Kummer in Bern, Born und Flud;
7) die Vorträge der Domanen und Forstdirektion an eine Kommission von funf Mitgliedern, bestehend aus ben herren Scherz, Brunner in Meiringen, Meister in Sumis-

wald, Boivin und Gerber in Steffisburg;

8) ber Beschluß über die Ausführung der seelandischen Binnenkorrektion an eine Kommisston von funf Mitgliedern, bestehend aus den herren Bogel, Schwab in Ridau, Fluck, Dahler und Trachfel;

9) der Bertrag betreffend Expropriation zur Anlage eines Schiefplages in Batterkinden an eine Kommiffion von brei Mitgliedern, bestehend aus ben herren hofer, Rußbaum und

Dr. Müller in Sumiswald.

# Gesetzesentwurf

betreffend

# Störung des religiösen Friedens.

Bweite Berathung.

(3. Seite 164-196 hievor.)

Berr Regierungsprafibent Teufcher, Direktor bes Kirchenwesens, als Berichterftatter bes Regierungsrathes. In Ihrer Sigung vom 11. Juni abbin haben Sie beschloffen, am 13. September, also am heutigen Tage, wieder gusammen-zutreten, um namentlich den Gesehentwurf betreffend Störung bes religiofen Friedens in zweite Berathung zu ziehen. Die Dringlichkeit zum Erlaffe diefes Gefeges hat fich feit der erften Berathung wohl noch vermehrt durch die Art und Beife, wie der Refurs Berns gegen den Bundesrath von der Bundes-versammlung erledigt worden ift. Bereits der herr Prafident hat in feiner Eröffnungerede Ihnen davon in Kurze Mit-theilung gemacht. Erlauben Sie auch bem Berichterstatter bes Regierungsrathes, hieruber einige Borte zu verlieren.

Unterm 31. Mai abbin hat der Bundesrath beschloffen, es fei die Regierung von Bern eingeladen, ihren Beschluß vom 30. Januar 1874 betreffend die Entfernung einer Anzahl fatholischer Geiftlicher aus ben juraffischen Amtsbezirken aufzuheben, und es fei ihr hierfur eine Frift von zwei Do= naten bewilligt. Wegen biefen Entscheid hat die Regierung den Refurs an die Bundesversammlung erflart mit dem Begehren :

1) es fei ber Befchluß bes h. Bundesrathes vom 31. Mat

1875 zu faffiren, und

2) es fei jedenfalls die Bollziehung des Befchluffes zu fuß= pendiren, bis über ben vorliegenden Refurs entschieden

Um 12. Juni abhin hat der Große Rath nach lebhafter und einläglicher Distuffion die Refurderflarung des Regierungerathes genehmigt. Lettere fchuf in ber Bunbesver= fammlung momentan eine politisch sehr gespannte Situation. Es schien einen Augenblick, als wolle ein Bruch in ber liberalen Partei der Schweiz eintreten, indem die Einen sich in Bezug auf die Auslegung des \$ 50 der Bundesversaffung der Ansicht des Bundesrathes anschlossen, die Andern dagegen die Anschauungsweise Berns theilten. Gegenseitigem Entsagentenmen gelang of eine Frledigung der Pakturkangelegen gegenkommen gelang es, eine Grledigung ber Refursangelegen= heit herbeizuführen, und zwar in dem Sinne, daß man einerseits die Tendenz verfolgte, beiden Theilen möglichst gerecht zu werden, anderseits aber in der Motivirung grundssählich die Ansicht Berns und die Zulässigkeit derartiger außersandentlichen Wosinskung genedatiete

ordentlicher Magnahmen acceptirte.

In seinem Dispositiv geht der Entscheid der Bundes-versammlung dahin, daß es zwar bei der Einladung zur Zurucknahme des Ausweisungsdekrets sein Bewenden habe, daß indessen die Frist bis zum 15. November nächstihin verlangert werden folle. In ber Motivirung aber wird ausbrudlich anerfannt, daß der Staat auch unter der neuen Bundesverfassung und zwar auch aus Grunden, welche mit \$ 50 gufammenhangen, b. h. aus tonfeffionellen Grunden, in eine Nothlage versett, zur Ergreifung außerordentlicher Maß-nahmen gezwungen werden könne. Mit Rucksicht auf diese Erwägung in den Motiven des Bundesbeschlusses und im hinblid auf den Umftand, daß Bern langft hatte durchbliden laffen, ja fogar erklart, es felbst betrachte die Magnahme nur als eine temporare, haben sich die bernischen Bertreter in ber Bundesversammlung mit diefer Erledigung der Frage zufrieden geben konnen und fich ihr angeschloffen.

Dieß ift ein furger Bericht über Die Art und Weife, wie Diefes wichtige Traftandum feine Erledigung gefunden hat. Ich glaubte, bei der zweiten Berathung des Gesetzes betreffend Störung religiosen Friedens etwas einläßlicher hierauf eintreten gu follen, weil biefes Befet in engem Busammenhange

mit ber Refursfrage fteht. Bei ber Sachlage, wie fie in Folge biefer Erlebigung bes Refurses geschaffen worden ift, steht nämlich ungefähr Folgendes in Aussicht: Am 15. November nächsthin werden die renitenten juraffifchen Geiftlichen größtentheils in ihre Umtsbezirke zurückehren, und zwar als ausgesprochene Feinde des Staates und der Regierung; denn sie haben bis jest noch nicht das geringste Beichen des Entgegenkommens an den Tag gelegt. Sie werden von ihren Anhangern natürs lich mit Jubel empfangen und baburch ermuntert werben, ihren Widerstand in verdoppeltem Maße sortzusezen. Es genügt, auf diese Verspektive hinzuweisen, um damit die ver-mehrte Nothwendigkeit zum Erlaß des vorliegenden Gesetzes darzuthun. Wenn wir dieses Gesetz nicht erlassen, so stehen wir bem widerspanftigen Klerus gegenüber vollständig un-bewaffnet ba, mabrend wir nach Erlaß und Annahme bes Gefeges durch bas Bolf eine fefte, bauernde Sandhabe befigen.

Im Nebrigen kann ich mich jur Motivirung des Gin-tretens auf die zweite Berathung des Gesetzes auf die Grunde berufen, welche bei ber ersten Berathung einläßlich entwickelt

worden find und welche noch heute bestehen. Das Befet ift ein tolerantes Geset, obschon ihm von gegnerischer Seite ber Borwurf der Intoleranz gemacht wird. Das Geset will nur ben firchlichen Uebergriffen, nicht aber ber Rultus- und ber Bemiffensfreiheit entgegen treten. Damit es ein gerechtes fei, muß es auf Alle gleichmäßig bezogen werden. Dieß ift ber Grund, warum wir nicht bloß ein gegen bie Ratholiten gerichtetes, fondern ein alle Konfessionen berührendes Geset vorlegen zu sollen glaubten. Damit es ferner ein wirksames Befet fei, muß es Strafandrohungen enthalten, welche die Betroffenen in ihrem Biderftande zu brechen vermögen. Das burch endlich, daß die Unwendung des Gefetes in die Bande ber Gerichte gelegt wird, benimmt man ihm ben Charafter ber Willfur und ber Parteilichfeit.

Seit ber ersten Berathung des Besetzes ift auch von protestantischer Seite gegen dasselbe einige Opposition erhoben, und in Brofchuren, in der Breffe, in Baftoralvereinen und in Gingaben an die Behorden find einzelne Beftimmungen des Gesetzes angegriffen worden. Es scheint namentlich die protestantische Geistlichkeit, welche s. B. so entschieden zum Kirchengesetze gestanden ist, für ihr freies Wort auf der Kanzel und im Amte zu fürchten; sie befürchtet auch, es werde der und im Amte zu furchten; sie bezurchtet auch, es werde der geistliche Stand herabgewürdigt und der polizeilichen Willkür anheimgegeben. Man hat dafür sogar die unpassenden Aussprücke "Maulkratten" und "Stallbann" erfunden. Soweit diese Opposition nur gegen einzelne Bestimmungen des Gesesches gerichtet ist und nur die Tendenz hat, zu mildern, deutlicher zu redigiren und begründete Besürchtungen zu bestieten bin ich der Erste ihr entersennussen zu bis zu feitigen, bin ich ber Erfte, ihr entgegenzukommen und fie gu berudfichtigen, mo fie fachlich als begrundet erscheint. Bei ber artifelmeifen Berathung werden Sie fich bann auch überzeugen, daß diese Ansicht bei der Regierung in erheblichem Dage gewaltet hat, und ich hoffe, es werden fich die protestantischen Beiftlichen beruhigen und fich überzeugen, daß die Staats= behörden bestrebt find, ein gerechtes Wefet zu erlaffen. Soweit aber bie Opposition, vertappt ober offen, bas gange Befet zu Fall zu bringen sucht, wie dieß bei ben Ultramontanen und leiber auch bei einzelnen Mannern im alten Kantonetheil beabsichtigt wird, follen wir ihr fest und entschieden entgegen= treten. Da konnen wir namentlich die von biefer Seite auf= gestellte Behauptung nicht gelten laffen, daß bas Gefet ein Abfall von ber bisherigen bernifchen Kirchenpolitit fei. Rein, bas Gefet ift vielmehr eine Bestätigung und, wie wir hoffen, ein Abschluß ber bernischen Rirchenpolitit.

Mit diesen wenigen Worten beantrage ich bas Eintreten auf ben Befegeentwurf und beffen artifelmeife Berathung.

Sahli, als Berichterstatter ber Rommiffion, empfiehlt ebenfalls bas Gintreten in ben Entwurf.

2. Rohler. Ich ftelle ben Antrag, es fei auf ben Be-fegesentwurf betreffend Störung bes religiofen Friedens nicht einzutreten. Bei der erften Berathung murbe der Entwurf mit erbruckender Mehrheit angenommen, und es wird Ihnen baber mein Antrag auffallend erscheinen. Allein es handelt sich hier um ein so wichtiges und folgenschweres Befet, daß ich mich in meinem Gewissen verpflichtet fühle, es zu verwerfen, und zwar aus folgenden Grunden. Der § 80 der Kantonsversfassung gewährleiftet die Rechte der römisch-fatholischen und der evangelisch-reformirten Kirche. Man wird vielleicht eins wenden, daß in Folge der vom Großen Rathe seit zwei Jahren gefaßten Beschüffe die religiösen Verhältnisse im Jura eine Beranderung erlitten haben und eine neue offizielle fatho= lische Kirche im Jura eingeführt worden sei, welche an den Blat der romisch-katholischen Kirche, wie sie 1846 bestand, getreten sei. Ich kann diese Ansicht nicht theilen. Die im Jura gegrundete offizielle Rirche bekennt fich nicht zu ber katholischen Religion, welcher wir angehören. Schon die ihrer Spnode vorgelegten Antrage berühren in mehreren Bunften

Fragen, wie bat Colibat, bie Caframente 2c., in Bezug auf welche die neue Rirche und die fatholische Rirche wefentlich auseinandergeben. Dan greift nicht nur bie Beschluffe bes vatikanischen, fondern auch die des tridentinischen Rongils an. Es ift daber die neue Rirche feine katholische Rirche im eigent= lichen Ginne; fie ift nicht Die romifch-tatholische Rirche, Deren Rechte une durch die Kantoneverfaffung garantirt find.

Die Bundesverfaffung spricht fich eben fo beutlich aus. Der § 49 erflart die Gewiffens: und Glaubensfreiheit als unverleglich, und der § 50 gestattet die freie Ausübung gottes= Dienstlicher Sandlungen innerhalb ber Schranken ber Sittlichfeit und der öffentlichen Ordnung. Cobald also der fatholische Privatfultus diese Schranken nicht überschreitet, ist er durch Die Bundesverfaffung gemahrleiftet, und der Große Rath von Bern hat nicht bas Recht, ihm Schwierigkeiten zu bereiten.

Sie wenden ein, es betreffe das vorliegende Gefet nicht ausschließlich ben Brivatfultus, sondern es fei ein allgemeines Befet, welches alle Konfessionen berühre. Man fann indeffen nicht in Abrede ftellen, daß es hauptfachlich mit Rudficht auf Die Rudfehr ber juraffifchen Beiftlichen ausgearbeitet morben und speziell gegen den Privatkultus gerichtet ift. Dieß ergibt fich beutlich aus ben Berhandlungen Des Großen Rathes bei Anlaß ber ersten Berathung bes Gesetzes. Damals hat ber herr Berichterstatter bes Regierungsrathes sich in folgender Weise ausgesprochen: "Sie werden sich aus ben gedruckt ausgetheilten Altenftuden überzeugen, daß diefer Bormurf nicht gerechtfertigt ift. Aus benfelben werden Gie entnehmen, daß Die Rirchendirettion bereits im Januar abhin ben Entwurf einer Berordnung über den Brivatkultus ausarbeitete. Als biefer Entwurf im Regierungerathe jur Sprache tam, mußte man finden, es fei die Bafis, auf dem er beruhe, nicht ganz befriedigend, indem er einerfeits nur Gine Rlaffe von Burgern, nur den Brivattultus betreffe, und anderseits als bloge Berordnung zu wenig icharfe Strafbestimmungen enthalten fonne. Aus Diefem Grunde hat man Diefe Bafis aufgegeben und ben Boben eines Gesess betreten, welches den öffentlichen, wie den Privatkultus gleichmäßig beschlägt und strengere Strafsbestimmungen enthält." Hieraus geht deutlich hervor, daß der vorliegende Gesessentwurf namentlich gegen die römischen Katholiten und ihren Kultus gerichtet ist. Um sich hiervon noch mehr zu überzeugen, lesen Sie die deiden ersten Ents murfe, welche die Rirchendireftion ausschließlich über ben Brivatkultus ausgearbeitet hat; sie sinden sich in den dem Großen Rathe ausgetheilten "Aftenstüden". Man hat den Titel des Gesepes geandert, in seinem Wesen aber ift das Befet fich gleich geblieben.

Ich fage alfo, es fei die Burudtunft ber abberufenen Geistlichen, welche am 15. November nachsthin erfolgen wird, ber hauptgrund zur Erlaffung bes Befetes. Es reglirt ben Brivattultus und geht sogar so weit, ben abberufenen Geift= lichen die Ausübung gottesdienstlicher Berrichtungen zu unter= fagen. Diese Bestimmung ift allzustreng. Sie stellt bie römischen Katholiken außerhalb bes gemeinen Rechtes und ist ein Sie stellt bie Eingriff in die individuelle Freiheit. Diefe Beiftlichen, Die Sie damit treffen, find unabhängig, da fie nicht mehr im bernischen Ministerium sich befinden. Mit welchem Rechte verbieten Gie ihnen, geiftliche Funftionen bei einer Religions= genoffenschaft auszuüben? Der Große Rath hat den Brivat= fultus zu respettiren, sobald er die von der Bundesverfaffung gefetten Schranken nicht überschreitet.

Der vorliegende Entwurf geht auch in einem andern Buntte, nämlich im Strafmaße, zu weit. Auch der Kanton Genf hat vor Kurzem ein Gefet über den Privatkultus erlaffen, allein bas Strafmaß ift nicht ein fo übertriebenes, wie bas= jenige des Entwurfes. Das genferische Gefet spricht nur Bugen von Fr. 10-50 und Gefängnifftrafen bis zu hochstens 8 Tagen aus, mahrend der Entwurf eine zweifahrige Be= fangnifftrafe und eine Buge von Fr. 2000 geftattet. Es

fcheint mir, es follten die Bestimmungen unferes Strafgefeges genugen, um die Storungen, die man hier im Auge hat, ju unterbruden. Warum wollen Sie baber ein eigenes Befet erlaffen? Die §§ 93 und 94 des Strafgesethuches betreffend bie Störung des Gottesdienstes und die Berabwürdigung der Religion, sowie die §§ 177, 178 und 179 über Berlaumdung, Chrberlegung und Injurien finden Anwendung auf diejenigen Berfonen, welche fich in diefen Bunkten gegenüber der Be-horde vergehen. Es konnen baher diefe Bestimmungen auch bei Ranzelmigbrauchen zur Anwendung gebracht werben. In feiner erften Brofchure fpricht herr Oberrichter Zuricher auch bie Unficht aus, es genuge bas Strafgefet volltommen, um alle Widerhandlungen gegen die öffentliche Ordnung zu bestrafen, die man durch ein eigenes Gefet erreichen zu follen glaubt. Ich will die Berhandlungen nicht verlängern und beschrante mich darauf, im Intereffe meiner Babler den Un= trag zu ftellen, es fei auf ben vorliegenden Entwurf nicht einzutreten.

Moschard. Gestatten Sie mir, einige ernste Worte an Sie zu richten, bebor Sie zur zweiten Berathung bes Befegesentwurfes ichreiten. Seit ber Bereinigung bes Jura mit dem Ranton Bern haben sich unsere Behörden ftets befliffen, die Ginheit zwischen ben beiden Bandestheilen zu befestigen. Ich bin überzeugt, wenn man biefen guten, edeln Bwed mit mahrer, ja nur mit etwelcher politischer Ginficht verfolgt hatte, wir gegenwartig bem Biele viel naher ftehen wurden, als es wirklich ber Fall ift. Allein es herrschte babei oft eine auffallende Untenntnig ber bestehenden Berhaltniffe, eine gewiffe muthwillige Migachtung ber einschlagenden Bestimmungen, ber Berfaffung, ber Bertrage, ber Gefete, welche naturlich Billfur und Gewalt nach fich zog. Diefer unversöhnliche Geist hatte auch zur Folge, daß man gegenüber dem Jura rücksichtslos, schonungslos verfuhr, statt mit den Waffen der Geduld und der Belehrung allfälligen ungerechtfertigten Widerstand zu befampfen. Beute ift der Jura bas Stieffind ber bernischen Familie geworben, und mas feit zwei Jahren geschehen ift, hat zwischen ben beiben Kantonstheilen eine solche Kluft geoffnet, daß ich an der Verwirklichung unseres Bunsches, zur Einheit zu gelangen, fast verzweifeln möchte. Der katholische Jura ift ungludlich, er fühlt sich in seinen Grundrechten, in seinen höchsten Freiheiten bes Glaubens und Bewiffens fchwer getroffen, tief verlett. Er behauptet fogar, er muffe unter gewiffen Dagnahmen ber Billfur und ber Bewalt leiben, mahrend er boch nur nach Freiheit, Gleich= heit, Recht und Gerechtigfeit fchreit.

Aber ist der Jura denn wirklich so stiefmutterlich behandelt worden, wie er vorgibt? Ja, er ist sogar noch ärger behandelt worden, als er es zu sagen wagt. Sie wissen dieß so gut als ich, und Sie murben ficher Einhalt gebieten, wenn nicht gewiffe Rudfichten Sie bavon abhalten wurden. Jemand aus unferer Mitte fagte mir eines Tages: Unfere Regierung hat fich in der juraffischen Angelegenheit allerdings zu weit ein= gelaffen und ift durch eine Reihe von unbesonnenen, un= politischen und muthwilligen Schritten in eine Sachgaffe gerathen, und fie durfte ihr Borgeben schwer bereuen, ja sogar bugen; allein wir konnen sie aus politischen Rudfichten, ber Partei halber nicht im Stiche laffen. Diese Borte aus bem Munde eines regierungsfreundlichen Mitgliedes des Großen Rathes bestätigen im vollften Maße meine soeben ausgesprochene Behauptung und geben mir nebenbei noch die Hoffnung, ja die Zubersicht besserer Zeiten; denn in die Länge kann man seinem Gewissen und seiner bessern Ueber=

zeugung nicht Bewalt anthun.

Warum haben mohl die übrigen Diozesanstände von Bafel, welche anfänglich mit Bern gemeinfame Sache machten, auf einmal ben Rudzug angetreten und Bern felbftftandig vorgeben laffen? Bohl beghalb, weil fie die Gefahr einzufeben

vermochten. In ber That, find nicht aus allen Gauen ber Schweiz verbammenbe Urtheile über bas Borgeben gegenüber bem Jura geltend gemacht worden? Gelbst bas Ausland ift weit entfernt, ihm Beifall zu zollen. Es gibt zwar hier zwei Meinungen: Die eine, Die der Berliner Sofblatter und ihrer Anhanger in der Schweiz, flatscht Beifall; die andere aber, Die sich auf bas Gefühl bes Rechts und ber Gerechtigkeit ftust, ift unferer Regierung ungunftig. Es durfte somit balb einmal, wenn ber mahre Sachverhalt befannt, wenn die fonfessionellen Leidenschaften erloschen ober wenigstens abgefühlt fein werden, das ganze Publikum, die öffentliche Meinung sich auf die Seite der Jurasster neigen. Wie könnte es auch anders sein ein Bolk, so klein es auch sein mag, das für seine Freiheit kampft, das wegen seines Glaubens verfolgt wird, muß mit der Zeit alle Herzen gewinnen. Seien Sie deshalb beruhigt, Mithürger aus dem katholischen Jura versagen Sie nicht kaften Sie Wurth haben Sie Webuld die Bagen Sie nicht, faffen Sie Muth, haben Sie Geduld, Die Butunft gehört ficher Ihnen.

Jeder Staat kann sich einrichten, organistren, wie er will, nach Gutdusten, und ber gilt als der beste, der seinen Angehörigen die Bahn des Glückes am leichtesten zugänglich macht. Allein es genügt nicht, in die Berfaffung ichone Bestimmungen, glanzende Grundfage aufzunehmen, fondern bie Sauptfache ift, daß diefelben gur Bahrheit werden. Unfer bernisches Grundgeset enthalt febr viel Gutes, mit dem wir und Alle einverftanden erflaren burfen. Allein welchen Werth, welche Bedeutung wird heutzutage diefen Grundfagen und

Garantien beigemeffen ?

Bor Allem aus ift uns die religiofe Freiheit garantirt, und der evangelisch=reformirten, sowie der romisch=fatholischen Rirche find alle Rechte gemährleiftet. Bu welcher Ironie ift Diefe Gemährleiftung geworden! Wer durfte wohl behaupten, daß der evangelisch-reformirten, sowie der romisch-katholischen Kirche noch ein spezieller Schut von Seite der Staatsbehörden zu Theil werde? Die Angriffe auf die evangelisch-reformirte Kirche will ich heute nicht berühren. Der Tag des Kampfes rudt mit Riefenschritten beran, laßt uns benfelben abwarten und ruften wir uns. Seute will und muß ich mich darauf beschränten, bas Borgeben gegen bie römisch-tatholische Kirche naber in's Auge zu faffen.

Ratholifen nennt man alle diejenigen Chriften, welche in religiofen, firchlichen Angelegenheiten die Autoritat Des Bapftes anerkennen. Wer dieje verwirft, ift fein Ratholik. Ratholiken zerfallen in zwei Hauptkategorien, in die römischen Ratholiten, die fog. Ultramontanen, und in die gallifanischen Ratholiten, die ich die Cismontanen nennen mochte. Indeffen können die lettern gegenwärtig so ziemlich als mit den Ultra-montanen verschmolzen betrachtet werden. Bern gehört mit feiner tatholischen Bevolkerung verfassungegemäß und laut Bertrag ber romisch-fatholischen Kirche an, und es ift mahrend mehr als 50 Jahren berfelben treu geblieben, ohne baß deßhalb der Staat untergegangen und ohne daß der fonfessionelle Friede merklich gestort worden mare. Dieser Friede wurde noch jest feine Berrichaft behaupten, wenn man nicht von Oben herab die Leidenschaften zu rein politischen Zwecken bis auf's Aeußerste gereizt, wenn man nicht einen ungluct-feligen Fanatismus gegen die Ratholifen entflammt hatte. Und in der That, was ift geschehen? Es war Alles still, ruhig, glücklich in unserm schönen, theuren Baterlande. Katholifen und Protestanten lebten mit und neben einander im besten Ginverftandniffe und wußten sich gegenseitig in religiösen Dingen gang gut zu vertragen. Toleranz war das erfte Wort in allen Boltsversammlungen, in den eidgenöffischen, wie in den fantonalen Rathen. Es wurden protestantische Rirchen in der fatholischen und fatholische Rirchen in der protestantischen Schweiz gebaut. Nichts vermochte biese Ginig-teit zu ftoren. Der berüchtigte Syllabus und bas Dogma von der Unfehlbarfeit wurden ohne Biderrede von der Regierung in's Land hineingelaffen und übten keinen ftorenden

Einfluß auf biefe Berhaltniffe aus. Es ging baher bie erfte eidgenöffische Reviftonsbewegung vorüber, ohne die religiöfen Fragen merflich zu berühren.

Als aber das erfte Projett einer Bundesverfaffung ver= worfen murbe, horte man aus den Reihen der damaligen Minderheit offen erklaren, man werde den Rampf nicht aufgeben, fondern ihn fortjegen, und zwar auf bem religiofen Bebiete und mit Gulfe der tonfessionellen Leidenschaften; bann werbe man feben, ob die protestantische Mehrheit die fatholische

Minberheit nicht zu majorifiren vermöge.

Es wurde, fast mochte ich fagen, ein eigentlicher Feld= jugsplan entworfen und instematisch burchgeführt. Nach bem= felben follten die Ginrichtungen der romifch-fatholischen Rirche und der katholische Klerus dem haß und der Berachtung des Bublikums Preis gegeben werden. Bu diesem Zwecke bot man Alles auf, alle Seiten wurden aufgespannt, alle Register geöffnet, alle Mittel nach wahrer jesuitischer Art geheiligt, furg, man fuchte ben 3wed per fas et nefas ju erreichen. Die schmutigften Schriften und Bilber gegen die fatholischen Beiftlichen wurden aus dem Staube aller Buchhandlungen hervorgezogen und unter bem Bolke verbreitet, ja es gelangten folche jogar in biefen Saal. Das Theater bis zur niedrigsten Dorfbuhne hinunter murde ju Gulfe gezogen, edelhafte, ftrafbare, injurirende Umguge wurden veranstaltet, ohne bag bie Bolizei fich veranlaßt fand, dagegen aufzutreten; fie lachelte vielmehr Diefem Treiben mit fichtbarem Bohlgefallen gu. Rundgebungen, beren fich jeder Schweizer ichamen follte, wie ein rabitaler Burcher sich aussprach, mußten ebenfalls in's Feld ruden. Dinge, die man als harmlos in's Land herein= gelaffen, murden auf einmal verdachtigt, entstellt und als staatsgefahrlich an die Band gemalt. Bon den Bolfstribunen herunter, wie in ber Breffe ertonte nicht mehr bas fcone patriotische Bort ber Toleranz, sondern es murbe bas ultra-montane Stedenpferd geritten und ausgerufen: nieder mit dem Romanismus, nieder mit dem Papft und Allem, was mit ihm zusammenhangt! Das war Alles, was man von gewiffen Beißspornen und Bolfsbegludern zu horen betam.

Allein in einem bemofratifchen Staate, wo Alles fchriftlich geregelt wird, wo die Rechte und die Freiheiten bes Bolfes flar und bestimmt festgesett find, mußte man damit auf gewisse Schwierigkeiten stoßen. Und in ber That: das genannte Berftorungswert konnte nur mit Umgehung unserer Berfaffung und der Bertrage von 1815 und 1828 unternommen und durchgeführt werden. Aber was fummert man fich um Berträge und Berfaffung, wenn man von einem ungludseligen Fanatismus beherricht wird? Und boch gab es ein Mittel, um dem Borwurf der Berfaffungswidrigkeit zu entgehen, nämlich bas Mittel der Berfaffungsrevifion. Bereits waren Die Thore bes Landes ben Jesuiten verschloffen. Wenn man nun auch fammtliche romisch-katholische Briefter aus bem Bande gewiesen und nebst ben Rloftern noch bie romifch-Kande gewiesen und nebt den Klostern noch die romisch-fatholische Kirche selbst aufgehoben und verbannt hätte, so ware dadurch wenigstens ein Rechtszustand erwachsen, der das Vorgehen Bern's formell gerechtfertigt haben wurde. Aber das gesammte Schweizervolk und seine Vertreter wollten um jeden Preis alle Veranlassung zu einem neuen Bürger-friege vermeiden, und deßhalb suchten sie auch ihre künstlich

erzeugte antifatholische Gefinnung zu bemeistern.

Dennoch find in unserer Berfaffung einige Bestimmungen aufgenommen worden, welche Biele beunruhigen, und die uns Allen mit ber Beit vielleicht schwere Verlegenheiten bereiten werden. Diefe Bestimmungen find aufgestellt worden, trobbem an ber Spipe ber Berfaffung geschrieben fteht, es fei bie Glaubens- und Gemiffensfreiheit unverletlich. Schone Borte! Aber was find Borte, wenn die That nicht unmittelbar barauf folgt? Richts, die Erfahrung hat uns dieß gezeigt.

Indeffen ift es nicht die Bundesverfaffung, welche bier zunächst in den Bordergrund tritt, sondern unsere kantonale Berfaffung von 1846. Diefe Berfaffung hat feit bem Tage

ihrer Entstehung bis zur gegenwärtigen Stunde gar feine Aenderung erlitten; sie hat mithin ihre volle Gesehestraft behalten, und wir muffen fie bei ber Beurtheilung ber jurafsichen Berhaltniffe als Grundlage nehmen. Burud also mit der allfälligen Behauptung, die Berfaffung habe fich überlebt, fie fei veraltet und ftehe nicht im Ginklange mit den Er= forderniffen unserer Beit. Wenn dieß der Fall ift, so andere man sie ab, so lange sie aber besteht, muß sie als Ausdruck des Bolkswillens betrachtet werden, und Ehre und Bsicht

gebieten uns, fie ftreng zu beobachten. Der einschlagende Artitel ber Berfaffung ift bis jest febr wenig in die Distuffion hineingeworfen worden. Erlauben Sie mir, es zu thun. Man wird vielleicht fagen, es fei bei mir eine Marotte, mit der Berfaffung zu tommen. Es mag fein; ich nehme ben Borwurf gerne an, daß ich im Großen Rathe mich mit der Verfaffung in der hand an der Dis-tussion betheilige. Andere werden vielleicht sagen, das sei alles nur Dottrinarismus! Ich ein Doftrinar? Benn das ein Borwurf sein soll, so danke ich für denfelben. Was ist ein Doktrinar? Giner, ber von Grundsagen ausgeht, der sich auf Berfaffung und Befet ftutt und an benfelben eine fefte

Grundlage hat. Alfo beginne ich ohne Scham mit dem Ablefen der betreffenden Berfaffungsbestimmung. Der § 80 der Bersfaffung fagt: "Die Rechte der bestehenden evangelisch=reforsmirten Landeskirche, sowie der romisch=katholischen Kirche, in ben zu ihnen fich bekennenben Gemeinden, find gewährleiftet. Die Ausübung jedes andern Gottesdienstes ift innerhalb ber Schranken ber Sittlichkeit und öffentlichen Ordnung gestattet. Das Nähere bestimmt bas Befet. Gine Rirchensynode ordnet Die innern Angelegenheiten ber evangelisch=reformirten Rirche, unter Borbehalt bes Rechtes ber Benehmigung bes Staates. In außern Kirchenangelegenheiten fteht ber Synobe bas Untrage= und Borberathungerecht zu. Giner aus Ratholiten zu= fammengefetten Rirchenkommiffion fteht bas Untrags- und Borberathungsrecht in romifch-katholifchen Rirchenfachen ju, foweit diefe in ben Bereich ber Staatsbehorden fallen. Das Gefet bestimmt die Organisation ber Rirchensynode und ber tatholischen Rirchentommission." Gibt es etwas Rlareres, etwas Bestimmteres, als Diese Bestimmung ber Berfaffung? Sagt sie nicht beutlich, daß neben ber ebangelisch-reformirten Rirche auch bie romifch-tatholifche als Staatstirche anertannt fei? Es gibt aber nur Gine romisch-tatholische Rirche, und bieß ift biejenige, welche in Glaubensfachen bie Bischofe und Papft als fouveran betrachtet.

Man fragt vielleicht, wie es komme, daß im Jahre 1846, witten in dem damaligen Jesuitensturm, unser Verfassungsrath ber romisch=fatholischen Rirche, b. h. ben Ultramontanen, eine fo wichtige Stellung im Ranton eingeraumt habe. Dieß ift fehr leicht zu erklaren: Damals glaubte man noch an bie Berbindlichkeit ber Bereinigungsurfunde von 1815; damals bielt man fich ehrenhalber verpflichtet, dem Bortlaute berfelben Rechnung zu tragen. Da nun der § 1 biefes zwischen bem alten und bem neuen Kantonstheile abgeschloffenen Bertrages ben tatholischen Juraffiern Die freie Ausübung ber romisch= tatholischen Religion gestattet, fo glaubte man im Jahre 1846, hievon nicht abgehen zu burfen. Diesem Grunde ift bie Faffung bes \$ 80 theilmeife zu verdanken. Sie wiffen aber auch, daß unfere Berfaffung das Berf eines Rompromiffes zwischen ben verschiedenen Landestheilen des Kantons ift. Den einen versprach man weitgehende materielle Bortheile, bem Jura bagegen murben einfach fein bamaliges Steuersuftem, bie französische Gesetzebung und die freie Ausübung der römisch-katholischen Religion gewährleistet. So wurde die Verfassung angenommen, und zwar mit einer großen Mehrheit. Der Jura hat stets Wort gehalten, ihm gegenüber aber

ift man vielleicht anders verfahren : er hat fein Steuersuftem verloren, die frangösische Gesetzebung ift größtentheils durch die bernische ersetzt worden, und jest mochte man noch mit

ber romifch-fatholischen Religion aufraumen. Dieg hatte man, wie bereits gejagt, vielleicht theilweise burch eine Berfaffungs= revision erlangen tonnen. Allein man hat das Mittel ver= schmabt, weil man sich vor einer weitergehenden Revision fürchtete. Daber hat man vorgezogen, den Weg der Willfur und der Gewalt zu betreten und auf demfelben mit vollem Dampfe hinzufahren. Es ift eine gefahrvolle Reife, bie wir ba unternommen haben; benn mas heute gegen die Ratholifen verübt wird, fann uns in anderer Richtung morgen ebenfalls treffen. Es tonnte unter andern Ronftellationen 3. B. auch bas Oberland eines ichonen Tages majorifirt werben, wie gegenwärtig ber Jura majorifirt wird. Wenn man auf Berechtigkeit gablen will, fo muß man damit anfangen, felbft gerecht zu fein. Mithin ift es immer das befte, treu bie Berfassung zu halten und niemals von ihr abzuweichen; ba fteht man auf festen Bugen. Braucht man bagegen bie Ber-fassung als Spielball ber Leibenschaften, fo fann bieß un-

möglich jum Guten führen.

Es tann wohl nicht in Abrebe gestellt werben, bag bie bernischen Ratholifen in ihrer immensen Mehrheit ber romisch= katholischen Kirche angehören. Wenn darüber irgend welche Bweifel herrschen sollten, so wurden dieselben durch eine vorzunehmende partielle Boltsabstimmung, die man bis jest forgfältig vermieden hat, verschwinden. Es gibt allerdings geborne und getaufte Katholiken, welche mit ihrer Mutterkirche mehr oder weniger gebrochen und sich von ihr losgetrennt haben, um in die Reihen der Ungläubigen, der Freidenker, der Rationalisten, der Konfessionslosen zu treten. Ich will nicht auf die Glaubensbefenntniffe biefer verschiedenen Geften ober Ruancen der fatholischen Rirche eintreten, ba mich bieß gu weit führen wurde. Uebrigens ware bieß schwierig, ba Dieselben selbst noch nicht recht wiffen, mas fie glauben oder glauben werden oder glauben follen. Doch über Ginen Buntt dürften fie in ihrer Mehrheit bald einig werden, nämlich über ihre Unabhangigfeit vom Bapfte. Gerade defhalb aber find fie feine Katholiten mehr, und bennoch hat bas protestantische Bern aus diefen verschiedenartigen Elementen eine fogeheißene katholische Kirche gegründet und sie an Plat der romisch= katholischen Kirche treten laffen unter dem Borwande, es sei dieß die einzige wahre römisch-katholische Kirche. Dieß ist nicht richtig, und felbst Diejenigen, welche sich bazu bekennen, protestiren energisch bagegen, daß sie romisch-katholisch seien. Ich will Alle frei gewähren laffen, allein einen gerechten Anspruch auf die staatliche Anerkennung laut § 80 der Bersfassung tonnen diese Freidenker nicht haben. Dennoch hat faffung tonnen biefe Freibenter nicht haben. Dennoch hat man fie als firchliche Genoffenschaft und ihre Rirche als bernifche Staatstirche anerkannt und ihnen alle damit verknupften materiellen Bortheile zugefichert. Dies haben Biele als eine Berfaffungsverlegung angefehen und nach meiner Anschauung nicht mit Unrecht.

Wenn wir einen tiefern Blid auf die neue bernifch= fatholische Rirche werfen, fo finden wir darin manches Mert= wurdige. Bas junachst die Anhanger Diefer Rirche betrifft, fo gibt es allerdings einige Gemeinden, in benen fich eine ansehnliche Bahl folcher vorfindet. Die meiften Gemeinden aber gablen nur wenige, manche fogar feine Unhanger ber neuen Kirche. 3ch behaupte fogar, daß diese mitroftopischen Gemeinden tagtaglich im Abnehmen begriffen find. Wenn wir nach bem Glauben berfelben forschen, so ift ba von einer Ginigfeit nicht die Rede, fondern es herrscht eine große Mannigfaltig= feit: Die Ginen stellen fich auf den Standpunkt der Grunder Diefer Rirche, auf ben Standpunkt unferer protestantischen Rirchendirektion, welche den Katholizismus, wie er vor der Broklamirung des Unfehlbarkeitsdogma's war, wieder her-ftellen will. Dieß hat die Rirchendirektion in diesem Saale erflärt und schriftlich und mundlich auch anderwarts aus= gesprochen. Der Papft und seine ganze hierarchie bleiben babei also unberuhrt. Wenn Sie in Bezug auf diesen Buntt noch bestimmtere Angaben munschen, so fann ich auf die

"Democratie catholique", bas vom Staate befoldete Organ ber neuen Rirche verweifen, welches formlich erklart, bag an ber Organisation und an den Dogmen der romisch=fatholischen Rirche nichts geandert werbe. Es fallt daber auf, daß, mah-rend bie fatholische Rirche das Colibat der Priefter als Grundfat anerkennt, man gleichgultig zusieht, wie bie neuen Beift- lichen in die Che treten.

Andere wollen weiter gehen und auch gegenüber dem Ratholizismus, wie er vor ber Proflamirung des Unfehlbar= feitsbogma's bestand, Menderungen eintreten laffen und g. B. bas Colibat, Die Beichte ac. aufheben. Es gibt fogar folche, und zwar nicht unwichtige Berfonlichkeiten, welche in Der Che ber Priefter boch etwas fehr Migliches finden und geheime und wenig gefannte She vorziehen. Dieß hat, wenn herr Lopson kein Lügner ift, herr Deramen, Pfarrer in Bruntrut, erklärt. Dieser befürwortet also das Konkubinat der Geistlichen. erflaren, fie wurden ein mariage secret et peu connu, eine

Noch Andere stehen zwar zu ber neuen Lirche, sind aber in Glaubenssachen sehr schwach. Wenn es sich um die Bollziehung eines religiösen Aktes handelt, so gehen sie nicht zu ben neuen Pfarrern, sondern wandern ganz im Geheimen nach Solothurn, nach Frankreich, nach Luzern, nach Neuens burg, um zu beichten, und wenn sie auf das Krankenlager tommen, fo laffen fie heimlich einen romifch=tatholifchen Beift= lichen holen. Ich fonnte da eine Menge Beispiele anführen. Wieder Andere erklaren, daß sie zu der bernisch-katholischen Kirche gehören, allein sie wollen keinen Aultus, keine Pfaffen, son= bern sie möchten die Rirchen schließen und sie nicht einem Japen, sonhalten. Wenn Sie dieß nicht glauben, so brauchen Sie nur nach Münster zu gehen, um sich von der Wahrheit dessen, was ich sage, zu überzeugen. Während der Gründungs-periode wurde eine Masse Wasser zeweiht, wahrscheinlich um die heranziehenden Seelen zu reinigen. Viele gingen nicht nur in ihre Kirche, sondern auch in dieseniagen der benachbarten nur in ihre Rirche, sondern auch in diejenigen der benachbarten nur in ipre Kirche, sondern auch in viesenigen ver venachdatten Ortschaften. Es war erfreulich, zu sehen, wie Leute, die seit Jahren nicht mehr in ein Gotteshaus gegangen waren, nun auf einmal eifrig wurden. Aber diese Inbrunst war nicht von langer Dauer, und nach und nach wurden die Kirchen wieder leer. Ich übertreibe nichts, ich mache nur die Gesschichte dessen, was in letzter Zeit vorgegangen ist. Sie werden wahrscheinlich bas Birtular bes Rirchenvorstandes von Delsberg gelefen haben. Wenn indeffen unter Ihnen folche fein follten, die basselbe nicht fennen , so will ich es hier mittheilen. Es fagt: "Der Kirchenvorstand von Delsberg an die liberalen Katho-liken von Delsberg. Da im Jura die religiöse Frage mit ber Politik eng verbunden ist, so haben alle Liberalen die Bflicht, die neu organisirte bernische Nationalfirche und bie Mehrheit des Bernervolkes in ihrem Borgeben ju unterftugen. Unfer Gottesbienft wird von Tag zu Tag weniger besucht, fo daß unsere Gegner überall behaupten, unsere Kirchen bleiben leer. Angesichts dieses wirklich bestehenden Gehenlassens, dieser konstatirten Gleichgültigkeit fühlen wir uns verpslichtet, an die liberalen Ratholiken von Delsberg die dringende Bitte ju richten, regelmäßiger ber Sonntagsmeffe beizuwohnen und namentlich bie Frauen und Kinder bazu zu ermahnen. Wenn unfere liberalen Ratholifen unfern Briefter und Rirchenvor= ftand nicht eifrig unterftuten wollen, fo wird biefer lettere feine Demiffion in globo nehmen. Delsberg, ben 7. Januar Der Rirchenvorstand."

3ch fomme nun auf ben Klerus zu sprechen. Diefer wurde nicht etwa, wie es die Bereinigungsurfunde vorschreibt, aus Bernern ober aus Schweizern refrutirt, fondern aus allen möglichen Weltgegenden angeworben, indem man Agenten zu diesem Zwecke in's Ausland schickte. Man fand denn auch eine Anzahl solcher Leute. (Rufe: Zur Sache! Zur Sache!) Ich will mich über Diese Perfonlichkeiten nicht naber auslaffen. Man hat ben abberufenen Beiftlichen ben Borwurf gemacht, fie feien zwar Schweizer, ja fogar Berner, allein fie hatten teinen

bernischen, feinen schweizerischen Ginn. Um biefem Uebel= ftande abzuhelfen, hat man Frangofen, Italiener, Deftreicher, Polaten in's Land gerufen , und diefe find nun beauftragt, im Jura Schweizersinn, bernischen Sinn zu pflanzen. Db man aber ben Zweck erreichen wird, muß ich bezweifeln. Laffen wir diese Schooftinder ber Regierung bei Seite,

und fragen wir und: ift bas eine Rirche, wie fie unfere Berfaffung will? entspricht fie ben Bedurfniffen ber juraffischen Bevolkerung? Darüber mogen Sie felbft entscheiden. habe die Erfahrung gemacht, daß diefe neue bernisch preußische Rirche ben Bedürfniffen nicht entspricht. (Gelächter.) lachen, aber ich habe ba eine Thatfache mitzutheilen: Die Beiftlichen find durch den Bifchof Reintens in Bonn tanonisch eingesett worden; Sie stehen also unter fremdem Ginfluß, nur ift ihr Papst nicht in Rom, sondern in Bonn. Sie fonnen das flar und deutlich in ber "Democratie catholique", bem Amtoblatt ber neuen Kirche, lefen, und es hat ein altfatholifcher Pfarrer mir legthin felbft erflart, die Sache verhalte fich fo. Wenn bas Land mußte, wie sein Gelb fur biese Rirche verschwendet wird, so murbe es erstaunen und Ginhalt ge-bieten. Wenn ich nicht furchtete, etwas zu lang zu werden, so wurde ich Ihnen einen genauen Auszug aus der Staatsrechnung mittheilen, woraus Sie sehen wurden, wie es sich damit verhalt. Ich bin im Zweifel — es ist die Sache einer Viertelstunde — — ja, meine Herren! ja, ich will es thun! — Das Land soll es wissen — —

Herr Präsibent. Diese Frage wird bei ber Staatsrechnung zur Sprache kommen. Ich möchte baher Herrn Moschard ersuchen, bei der Sache zu bleiben. Es handelt sich einsach um die Frage, ob in den vorliegenden Gesehsentwurf eingetreten werden soll oder nicht. Wenn herr Moschard über die von ihm berührte Frage sprechen will, so wird er später Gelegenheit erhalten. Ich muß ihn daher bitten, sich auf die Eintretensfrage zu beschränken. (Bravo!)

Moschard fahrt fort: 3ch werde also bei einem fpatern Anlaffe biefe Cache jur Sprache bringen. Uebrigens

glaubte ich, sie gehore auch zu ber vorliegenden Frage.
Ich komme nun auf die Frage, wie verfahren werden soll, um im Lande Ordnung zu schaffen. Ich bin ganz einverstanden, bag Bestimmungen aufgestellt werden, welche bagu fuhren, Ordnung in unsere Berhaltniffe ju bringen. Damit aber fann ich mich nicht einverstanden erflaren, bag man Spezialgesete erlasse, wie das vorliegende Geset offenbar eines ist. Es ist für den Jura viel schärfer, als für den alten Kantonstheil. Wie ist man gegen die Geistlichen der römisch-katholischen Kirche verfahren? Dieselben find ohne Urtheil, burch einfache Bolizeimaßregel ausgewiesen worden. Sie befinden fich bereits 1 1/2 Jahr im Auslande, und wenn es Einer wagt, in's Land zu kommen, so wird er von ben Landjagern traktirt, ja es ift sogar auf Einen geschossen

Mis alle biefe Thatfachen bekannt murben, verfprach bie Regierung hier, sie werde ihr Möglichstesthun, um den Jura zu pacifiziren, auch werde sie die Rücksehr der Priester gesstaten. Was hat nun die Regierung zu diesem Zwecke gesthan? Sie hat sich darauf beschränkt, den neuen Geschesentswurf vorzulegen, welcher den ausgewiesenen Geistlichen die Rücksehr in den Jura zur Unmöglichkeit nacht. Was sollen biefe Geistlichen im Kanton thun, wenn sie nicht einmal in Privathausern funktioniren burfen ? Man nimmt ihnen bas Brod. Ich möchte in der Fassung des Gesetes nicht so weit geben, sondern mich darauf beschränken, Diejenigen zu strafen, welche wirklich aufhetzen. Die Hauptbestimmung des Gesetzes ift in § 3 enthalten, welcher den Prieftern, die gegen ben Staat offen fich renitent zeigen, die Ausubung geiftlicher Berrichtungen unterfagt. Das Bort "renitente Pfarrer" hat Blud gemacht.

Was haben aber am Ende biefe Priefter gethan, um fich Diefem Borwurf auszuseten? Gie haben einfach erflart, daß fie bie Borkehren der bernifchen Behorden, welche in die innere Organisation der Kirche in dogmatischer Beziehung eingreifen, nicht anerkennen. Damit sind die Geistlichen vollständig innerhalb der Schranken der Verfassung geblieben. Diese sagt im § 96: "Die Verfassung ist das oberste Gesetz bes Staates. Keine Gesetz, Verordnungen und Veschlüsse, welche mit ihr im Widerspruche fteben, durfen angewendet ober erlaffen werden." Wenn nun der Staat entgegen den Bestimmungen des § 80 der Verfassung sich in firchliche Ungelegenheiten einmischt, so ift man im hinblick auf § 96 berechtigt, diese Ginmischung des Staates nicht anzuerkennen. Hebrigens haben die jog. renitenten juraffischen Pfarrer im Jura ftets erflart, und in ihrem Namen fann ich es noch heute erflären, daß sie geneigt find und es ftets maren, ben verfaffungsmäßigen Cid zu leisten. Können Sie mehr von ihnen verlangen? Wenn man von Ihnen als Staatsburgern den Gib verlangen wurde, daß Gie allen Berordnungen und Befeten des Staates fich unterziehen wollen, wie viele murben einen folden Gid leiften ? Wurden Gie nicht erflaren: wir haben feinen folden Gid zu leiften; wenn wir uns eines Bergebens oder Verbrechens schuldig machen, so kann man uns geficht auf das Strafgesethuch bestrafen. Dessenungeachtet sind die Priester bereit, den verfassungsmäßigen Gid zu leisten. Ich kann dieß hier in ihrem Namen erklaren; denn ich halte mich noch für ihren Bevollmächtigten. Durch den verfassungs-mäßigen Sid würden sie beschwören, daß sie alle verfassungs-mäßigen Gesetze streng befolgen werden. Man kann aber nicht verlangen, daß sie sich einem mit der Verfassung in Widerspruch ftehenden regierungerathlichen Beschluffe unter= werfen oder gar einer Berordnung des Regierungsftatthalters von Pruntrut, der bisweilen merkwürdige Berfügungen trifft. Cobald eine Verfügung nicht verfaffungegemäß ift, muß es ihnen freistehen, fich zu widerseben -

Heftimmungen des Großrathsreglementes aufmerkjam, welches in § 67 sagt: "Es soll jedes redende Mitglied sich in seinen Eröffnungen flar und kurz, ohne fremdartige Beimischungen und mit dem gehörigen Anstande, sowie mit der erforderlichen Achtung sowohl für die Bersammlung, als für die einzelnen Mitglieder derselben, daher auch ohne Anzüglichkeiten fassen und ausdrücken." Nun spricht Herr Moschard bereits 1½ Stunden über einen Gegenstand, der nicht an der Tagessordnung steht. Ich wiederhole, daß es sich lediglich um die Eintretensfrage handelt. Wenn Herr Moschard sich nicht darauf beschränken, sondern über der Sache ganz fernliegende Gegenstände sprechen will, so werde ich ihm das Wort entziehen. Um in dieser Woche unsere Geschäfte zu erledigen, ist es nothwendig, daß wir täglich zwei Sigungen halten, und es sollte sich daher sedes Mitglied zur Psticht machen, der erwähnten Bestimmung des Reglements nachzukommen und seinen Gesühlen Gewalt anzuthun.

Moschard fährt fort: Ich glaube, ich sei nicht von ber Frage abgewichen; denn ich sprach von der Auslegung des § 3. Ich glaube es daher nicht verdient zu haben, daß Sie mir mit der Entziehung des Wortes drohen. Indessen will ich nicht weiter sprechen, sondern mir Gewalt anthun, mir vorbehaltend, bei einem andern Anlasse anzubringen, was ich sagen wollte.

Herr Berichterstatter des Regierungsrathes. Wohl noch nie ist in den Annalen der parlementarischen Prazis ein solcher Mißbrauch des freien Wortes der Volksvertreter vorzgekommen, wie er nun schon wiederholt im Großen Rathe von Seite der ultramontanen Juraffier begangen worden ift. Bu den Ultramontanen muffen wir auch herrn Moschard fählen, obschon er sich bes stolzen Titels eines Protestanten rühmen könnte. Bon allem Möglichen hat herr Moschard gesprochen, nur nicht über die Gintretensfrage, und ich beswundere die große Geduld bes Präsiventen, der ihm längst

bas Wort hatte entziehen fonnen.

Was herr Moschard angeführt hat, sind alles Injurien und nicht fachliche Wahrheit. Ich will daher auf die Frage der Qualität der altkatholischen und der neukatholischen Geistlichen nicht eintreten. Wir sind alle Menschen, allein ich glaube, die altkatholischen Geistlichen im Jura halten den Bergleich mit den neukatholischen aus. Ich könnte meinerseits auch Müskerchen über den Lebenswandel der renitenten Priester im Jura erzählen, z. B. aus dem Amtsbezirke Laufen. Ich will es indessen nicht thun, da diese Vorgänge Schamhaftigekeits halber in dieser Versammlung nicht zur Sprache gebracht werden dürfen.

Protestiren aber muß ich gegen das Hereinziehen einer Frage, welche bei einem andern Anlasse hier zur Behandlung gelangen wird, nämlich der Frage der Berwendung der Kultussausgaben im Jura. Ich bin bereit, an der Hand der Answeisungen und der betreffenden Belege Posten für Posten zu durchgehen, und ich will gewärtigen, ob eine einzige dieser Ausgaben den Titel einer ungesetzlichen oder einer ungerechtsertigten Ausgabe verdient. Ich weise es als eine Unwahrsheit und als eine Berläumdung zurück, wenn behauptet wird, herr Wallon habe die Gelder, die er erbalten, für die Restation der "Democratie" bezogen. Es ist auch nicht wahr, wenn behauptet wird, die altsatholischen Priester seien von Reinkens eingesetzt worden. Es hat diese Einsetzung vielmehr durch einen schweizerischen Priester, herrn Pfarrer Herzog, stattgesunden.

Alle diese Fragen haben indessen nichts mit der Eintretensfrage zu ihnn. Womit beschäftigen wir uns eigentlich heute? Mit einem Gesetze betreffend Störung des religiösen Friedens, welches in folgender Weise motivirt wird: "in Betracht der Nothwendigseit, gegen Neberschreitung der Schranken, innert welcher die freie Ausübung gottesdienstlicher Handlungen gewährleistet ist, die geeigneten Vorschriften aufzustellen". Das Gesetz soll also durchaus nicht in die Kultusfreiheit eingreisen, sondern es ist einfach gegen die Neberschreitung dersenigen Grenzen gerichtet, innert welcher die Kultusfreiheit garantirt ist. Diese Grenzen sind die öffentliche Ordnung und die Sittlichkeit. Herr Moschard soll einen einzigen Artikel des

Gesetzes citiren, der über diese Grenze hinausgeht.

Sodann madhe ich barauf aufmerksam, daß wir nicht bloß ein Gefet fur den Jura, sondern fur den gangen Kanton erlaffen. Es fallen alfo nicht blos die Ratholiken, fondern auch die Protestanten, die Israeliten, die Freidenker ac. unter das Geset. In dieser Nichtung muß ich mir die Bemerkung erlauben, daß es mir scheint, Herr Moschard habe seine Stellung als Deputirter in biefem Saale falich aufgefaßt und durchgeführt. Nach Mitgabe ber Verfaffung ift Berr Mofchard hier Vertreter des gesammten bernischen Volkes und nicht nur ber ultramontanen Partei. Es steht herrn Moschard sehr schlecht an, sich immer auf die Berfaffung zu berufen, wenn er felbst sich nicht baran halt. Es ist wohl möglich, baß einmal eine Zeit kommt, wo man nicht etwa sagen wird, bie Regierung von Bern habe in biefem Weltfampfe mit ben Ultramontanen unbesonnene Sandlungen begangen, sondern wo man sich erzählen wird, es sei im Kanton Bern ein ge-wisser Korr Moschard, Protestant, in diesem Kampfe auf Seite ber ultramontanen Partei geftanden, welche ben Staat knechten und unter ihr Joch bringen wollte. (Moschard: Ich protestire.) Ich kann mir diese Perspektive auch stellen, wie herr Moschard, der in seinem Botum die Regierung in biefem Rampfe lacherlich zu machen suchte, wie dieß ja in allen diefen firchlichen Debatten ftets die Tendenz der ultra=

montanen Bartei mar.

Sachliches habe ich in dem Botum des Herrn Moschard nichts gefunden, als daß er sich auf die Berfassung beruft und sagt, diese garantire die römisch-katholische Kirche; diese Kirche unterdrücke man im Jura, und zwar sei dieß nicht erst durch dieses Geset, sondern schon vorher durch eine Reihe von Maßnahmen geschehen. Ich frage aber Herrn Moschard: wo ist ein einziger verfassungswidriger Schritt, den die Regierung gethan hat? ist es der der Mitwirkung bei der Absehung des Bischofs Lachat? haben da die übrigen Diözesanstände sich nicht in gleicher Weise betheiligt? hat nicht die oberste Instanz der Schweiz, die Bundesversammlung, ihr letztes Wort über diese Absehung gesprochen und das Vorgehen der Kantone genehmigt? Oder ist etwa das Kirchenzgeset, welches am 18. Januar 1874 vom Bernervolke mit 70,000 gegen 17,000 Stimmen angenommen worden ist, ein inkonstitutionelles Gesetz? Wenn Herr Moschard diesen Borwurf dem Bernervolke in's Gesicht zu scheubern wagt, dann will ich die Richtigkeit seiner Bedauptung zugeben. Heute stehen wir ganz auf dem Boden des Kirchengesetze, in welchem mit keinem Worte von einer römischstarholischen Kirche die Rede ist.

Ich darf aber noch weiter gehen und mich auch auf den Boden ber Berfaffung ftellen und fagen : wenn auch in berselben ber Ausdruck "romisch-katholische Kirche" vorkommt, fo fteht doch das Borgehen der Regierung mit der Berfaffung im Ginklang. Allerdings muffen wir uns fragen, mit welcher römisch-katholischen Kirche mir es feit 1870 ju thun haben, mit derjenigen, welche 1846 und schon jur Zeit ber Bereinigungsurfunde garantirt worden ift, ober mit einer andern. Da fage ich, und zwar mit viel tieferer leberzeugung, als ich fie vielleicht noch vor einigen Jahren hatte, indem Diefe Ueberzeugung durch die in diefem Kampfe täglich gemachten Erfahrungen bestärft worden ist: Ja, wir haben es mit einer gang andern Kirche zu thun, mit einer Kirche, die feine Kirche mehr, fondern eine politische Macht und deren Tendeng darauf gerichtet ift, ben Staat zu fnechten und nach allen Richtungen, soweit ihr dieß möglich ist, in das Staatsgebiet hinüber zu greifen. Diese Kirche führt den Kampf mit dem Staate im Jura am erbittertsten und hat dort einen der gahesten Streit= genoffen. Das Lob will ich den Herren Ultramontanen geben, daß fie zu Denjenigen gehören, welche mit ber größten Musdauer und Energie den Rampf führen. Diefes Lob will ich namentlich herrn Folletete geben, welcher uns bann aber auch bas Recht zugefteben foll, auf bem Boben bes mobernen Staates ben Kampf mit der gleichen Babigkeit zu fuhren. Daraus mache ich mir wenigftens ein Berdienst, hier auf unferm lieben bernifchen Boben mich mit meinen zwar schwachen

Rräften an diesem Kampse zu betheiligen.
Es hieße nun wirklich Ihre Zeit mißbrauchen, wenn man nachweisen wollte, daß die katholische Kirche wirklich eine ansere geworden sei; denn es ist dieß schon hundertmal in diesem Saale geschehen, und namentlich als es sich um die Absehung des Bischoss Lachat handelte, ist diese Frage hier an der Hand der kirchlich-politischen Borgänge, an der Hand des Borgehens Roms einläßlich erörtert worden. Ich will daher nur in Kürze bemerken, daß, wie dieß einer der bewährtesten Kirchenrechtslehrer, Herr Professor Friedrich, der vor Kurzem hier gewirkt hat, in vortresslicher Weise nachzewiesen, die bewußte Tendenz der römisch-jesuitsschen Parteischon lange dahin gerichtet war, auf derzenigen Boden zu kommen, auf dem man nun durch die Proklamirung des Unsehlbarkeitsdogma's gekommen ist. Encyklika und Syllabus waren nur vorbereitende Handlungen; man wollte zuerst einen Kühler ansehen und die Bevölkerung nach und nach gewöhnen. Durch das Unsehlbarkeitsbogma sind alle diese zeit Jahrzehnten getroffenen Vorbereitungsmaßregeln sanktionirt wors

ben, und es find somit Encyflifa und Syllabus ebenfo gultig, wie bas Dogma von ber Infallibilität bes Papftes felbft.

Wollen Sie nun diese horribeln Sate, die in diesen Erlassen stehen, dulden? Im Spladus heißt es z. B., der Protestantismus durfe in einem katholischen Staate nicht geduldet werden, die Civilehe sei nicht zulässig, der Religionsunterricht durfe nicht aus der Schule hinausgenommen werden u. s. w. u. s. w. Wollen Sie beistimmen, wenn diese römische Macht, die über Hundert von Millionen Menschen zu gebieten hat, erklärt: wer diese Sate nicht glaubt, der ist verdammt —? Da kommen wir wieder auf den Boden zurück wo wir sagen: wer soll im Lande regieren, der Staat over die Kirche? Wenn wir um uns blicken, so sehen wir, das diese Sate nicht nur auf dem Papier stehen, sondern das man sie heute schon durchgeführt hätte, wenn man dies gekonnt.

Nach dem Eingange seines Botums zu schließen, hätte man glauben sollen, Herr Moschard werbe vom Frieden sprechen, er hat aber von allem andern, als vom Frieden geredet. Wenn wir uns aber fragen, wer den Frieden gebrochen hat, so mussen wir diese Frage dahin beantworten, daß dieß nicht von Seite des Staates, sondern von Seite des Bertreters des Papstes, des Bischofs von Solothurn, geschehen ist und daß dieser den Feldzug begonnen hat. Herr Moschard kann im Kirchengesehe und in den ausführenden Erlassen des Regierungsrathes keinen einzigen Punkt anführen, der versassungswidrig wäre. Die haben den Frieden gebrochen, denen gegenüber der bernische Große Rath in den 30er Jahren schwach genng war, nachzugeben; die haben ihn gebrochen und brechen ihn fortwährend, welche schuld spelitischen Kampse entbrannt ist. Was die öffentliche Meinung später einmal sagen wird, wollen wir gewärtigen. Ich meinerseits tröste mich mit den zwar nicht unfehlbaren, sondern menschlichen Worten, welche einst Thomas a Kempis gesagt hat: Du bist nicht besser, wenn du gelobt, und nicht schlechter, wenn Du getadelt wirst! (Lang anhaltender Beisall.)

Herr Brafibent. Ich habe ben Herrn Berichterstatter bes Regierungsrathes in feiner Erwiderung nicht unterbrochen, weil diefelbe durch das Botum des Herrn Moschard provocirt und darin nur vom Bertheigungsrechte Gebrauch gemacht worden ist. Ich muß aber erklaren, daß ich, so sehr ich für die Rebesfreiheit bin, eine solche Diskuffion nicht länger dulden kann.

Herr Berichterstatter ber Kommission. Mit Rückssicht auf Ihre furz zugemessene Zeit habe ich mich vorhin enthalten, über die Eintretensfrage das Wort zu ergreisen. Die Anslassungen des Herrn Moschard nöthigen mich aber, auch einige Bemerkungen anzubringen. Herr Moschard hat uns eine Idylle vor Augen geführt, welche in der Schweiz bestanden habe, bevor die Regterung gegen die katholischen Geistlichen ausgetreten sei. Ja, wir haben eine Zeitlang in einer Idylle gelebt, wir haben bewiesen, daß bei aufrichtigem Zusammenwirfen die Katholiken und die Protestanten sich gar wohl vertragen können, wir haben gegen die Katholiken die allergrößte Toleranz geübt. Herr Moschard soll aber nicht vergessen, wie wir zu diesem idyllischen Frieden gekommen sind. Hat dieser Friede stets bestanden? hat sich nicht vielsmehr kurz vorher ein Kampf in Betress der Jesuiten entsponnen? Wer aber war an diesem Kampfe schuld, die Protessanten oder die Katholiken? Die Geschichte hat darüber bereits gerichtet. Luzern berief die Jesuiten und warf damit der protestantischen Bevölkerung den Fehdehandschuh hin, und diese nahm ihn aus. Heute, nachdem das Blut unserer Brüder gestossen ist, sagt Niemand mehr, man habe unrecht gethan, sich gegen die Berufung der Jesuiten zu verwahren. Wir sind also nur durch Blut zu dieser Idylle gekommen, und dieses Blut lastet nicht aus den Protestanten, sondern

auf den Katholiken, auf den Sonderbundskantonen. Der Friede verlangt hie und da auch den Krieg. Die Geschichte zeigt übrigens, daß die Kämpfe mit dem Klerus auch früher

nicht felten maren.

Nach der Beendigung des Krieges gelangten die Parteien wieder in ein ruhiges Fahrwaffer, und es herrschte die Tole= rang. Werhat aber ben Frieden von neuem gebrochen ? Saben bie Regierung von Bern oder die Gidgenoffenschaft den Fehde= handschuh hingeworfen und Streit angefangen? Rein, auch da murde ber Friede auf der andern Geite gebrochen. Es wurden der Syllabus und die Encyflifa erlaffen. Herr Moschard fragt, warum die Regierung Diesen Erlaffen den Eintritt gestattet und nicht gesagt habe: principiis obsta. herr Moschard wird aber einsehen, bag, wenn die Regierung von Bern oder die Eidgenoffenschaft schon damals in Diefer Beife vorgegangen waren, die Folge davon lediglich die gewefen ware, daß man den Krieg einige Jahre früher gehabt hatte. Es ift ein merkwurdiger Borwurf, daß, weil wir fo tolerant waren und im Glauben an die Redlichfeit der Ratholifen anfänglich feinen Schritt gegen diese grundsähliche Opposition machten, sondern dieß dem gefunden Berftand Des Boltes überließen, man nun fagt, wir hatten schon damals dagegen auftreten follen, jest fei es zu spat, indem diese Erstaffe nun romisch-katholisches Recht seien. Auf diesem Wege fommt man nicht zu einer richtigen Beurtheilung ber Berhältniffe.

Fit der Syllabus etwa ein todter Buchstabe geblieben? Mit nichten! Die katholischen Geistlichen glaubten, sie mussen sofort die im Syllabus ausgesprochenen Grundsätze als Richtschnur annehmen, und in Folge dessen haben unsere katholischen Geistlichen mit Einschluß des Bischofs uns neuerdings den Krieg erklärt. Ich habe bereits bei der ersten Berathung des Gesetzes die Protestation der Geistlichen mitgetheilt, in welcher sie unumwunden erklären, daß sie den Staatsgesepen nicht gehorchen, weil der unsehlbare Papst ibe betressenden Fragenals Angelegen, weil der unfehlbare Papst ibe betressenden Fragenals Angelegen, weil der unfehlbare papst die betressenden Fragenals Angelegen, weil der unfehlbare gestichnet habe. Wenn man sich aber auf diesen heiten der Kirche bezeichnet habe. Benn man sich aber auf diesen dem wir uns gegenwärtig besinden, wo die katholischen Geistlichen erklären: Kirchengesch hin, Kirchengeseh her, das ist Sache des Papstes. Und wenn dieser morgen sagen würde, den Jesuiten sei der Eintritt in die Schweiz gestattet, so wäre das ein Glaubenssa, und die Priester würden die

bezügliche Berfaffungsbestimmung nicht achten.

Treibe man mit bem Grundfage ber Glaubensfreiheit nicht Mißbrauch. Wir Protestanten wollen auch Glaubensfreiheit, nur wollen wir sie nach allen Richtungen hin und uns nicht badurch unterdrücken lassen, daß wir Alles, was ber Papst sagt, und wenn es auch noch so tief in unser Bolksleben und in unsere Gesetzgebung eingreift, als unfehlbar

annehmen.

Herr Moschard hat bemerkt, in den ersten Jahren nach Erlaß des Syllabus sei der Friede nicht gestört worden, und es habe deßhalb Niemand daran gedacht, in den Entwurf der Bundesverfassung von 1872 eine bezügliche Bestimmung aufzunehmen, wie sie dann in dem Entwurf von 1874 aufgestellt worden sei. Entweder hat Herr Moschard das Gebächtniß verloren oder falsch gelesen; denn im Entwurfe der Bundesverfassung von 1872 sinden wir folgenden § 49: "Den Kantonen sowie dem Bunde bleibt vorbehalten, sür Handhabung der öffentlichen Ordung und des Friedens unter den Konsessionen, sowie gegen Eingriff tichlicher Behörden in die Rechte der Bürger und des Staates die geeigneten Maßnahmen zu treffen." Ganz die nämliche Bestimmung enthält die Berfassung von 1874.

Gs wird nun eingewendet, der § 80 der bernischen Versfassung, welcher die Nechte der römisch-katholischen Kirche garantire, sei verlet worden, und zwar namentlich durch die Erlassung des Kirchengesets. Ich muß die Kühnheit des Herrn Moschard bewundern, welcher den Vorwurf der Vers

fassungsverlestung dem ganzen Großen Rathe, der die Maßnahmen der Regierung jeweilen genehmigt hat und zwar mit vollem Rechte, in's Gesicht schleudert. Wir können aber auch mit der Verfassung in der Hand argumentiren. Was sind die Rechte der römisch-katholischen Kirche? ist darunter jede Laune begriffen, die etwa den Papst anwandeln kann, zu erklären, Dieß und Jenes sei ein Recht der römisch-kathoslischen Kirche? Wenn dieß der Fall ist, dann wollen wir aushören, Staat zu sein. Da könnte der Papst sagen, die Toleranz der Protestanten sei nicht Etwas, auf das sie ein Recht haben, sondern es sei das Recht der katholischen Kirche, die Protestanten zu unterdrücken. Gegenüber solchen Sägen muß man sich fragen, was unter Verfanden, daß die ganze kirchliche Gesetzgebung Sache des Papstes sei.

Herr Moschard hat einen Zeitungsausschnitt abgelesen. Auch ich habe hier einen solchen, in welchem ich über den Kongreß, der in Freiburg stattgefunden hat, Folgendes lese: "Der vorgestern hier versammelte Katholikenkongreß hat eine Reihe von Beschlüssen gesaßt, in welchen er gegen die Einmischung des Staates in den Religionsunterricht, gegen die der freien Ausübung des Lehramtes des heiligen Stuhles und der Gerichtsbarkeit der Kirche angethaue Gewalt, gegen die Abschaffung der weltlichen Macht des Papstes protestrit, der Kirche das Recht der Gründung von Schulen wahrt, dem Staate das Recht, unbedingten Gehorsam für seine Gesegebung zu verlangen, abspricht, seine Bewunderung für die versolgte Geistlichkeit ansspricht und endlich den Frieden sür unmöglich erkart, so lange nicht der Kirche ihre Freiheit wiedergegeben sei." Wenn solche Grundsätze gepredigt werden, so soll man wicht iszen das die Kirche versolat ist

so soll man nicht fagen, daß die Kirche verfolgt sei.
Religionsgefahr! Dieses Schlagwort ist stets angewendet worden, wenn bessere Gründe fehlten. Ich erinnere Herrn Moschard daran, daß unter dem Mantel der Religionsgesahr bis jest Manches geschehen ist, worüber die Geschichte längst geurtheilt hat. Warum ist das Seminar in Münchenbuchsee s. 2. aufgehoben worden? Wegen der Religionsgesahr. Der Mann, der dem Seminar zu jener Zeit vorstand und der seither mit Ehren und sicher als guter Christ in's Grab gegangen ist, wurde damals, weil er ein religionsgesährlicher Mensch sei, verfolgt und verjagt. Ich denke indessen, diese angeblichen Gründe der Religionsgesahr werden bei dem versständigen und denkenden Menschen nicht mehr in's Gewicht

fallen.

Ich begreife, daß wir einstweilen noch nicht zum Frieden kommen, wenn ich den Aufruf in's Auge fasse, den Herr Moschard anseine Rollegen aus dem katholischen Jura gerichtet hat. Herr Moschard rief ihnen zu: haltet fest, der Sieg ist Euer, die Zufunft gehört Euch! mit andern Worten: haltet fest an Eurer Kenitenz gegenüber dem Staate! Ich sage umgekehrt: haltet fest an der Wahrheit, kämpst für Daß, waß Ihr als wahr anerkannt; denn — und da spricht die Geschichte für unß — die Wahrheit wird doch siegen! Ob nun die Wahrsheit auf unserer Seite, auf Seite Derzenigen, die in redesticher Absicht Gesetz berathen und den Frieden des Landes im Auge haben, ober aber auf Seite der Ultramontanen sei, darüber wird die Geschichte sicher urtheilen.

Herr Moschard sagt, die Geistlichen seien bereit, den Berfassungseid zu leisten. Wie lautet dieser Sid? "Ich geslobe und schwöre: die Rechte und Freiheiten des Bolkes und ber Bürger zu achten, die Berfassung und verfassungsmäßigen Gesehe streng zu befolgen und die Pflichten meines Amtes getreu und gewissende, die verfassungsmäßigen Gesehe also der Schwörende, die verfassungsmäßigen Geseh zu befolgen. Nun aber haben die katholischen Geistlichen schon längst erklärt, eine Reihe der vom Staate erlassenen Gesehe jei verfassungswidrig. Diese Gesehe würden die Geistlichen dann nicht halten, und wenn man sie wegen Meineides vor Gericht ziehen wollte, so hätte dieß einen gehässigen Charatter.

Nachbem die Geiftlichkeit erklart hat, die vom Großen Rathe erlaffenen Wesetze seien verfassungswidrig, fteht es ihr nicht wohl an, nun die Bereitwilligfeit auszusprechen, den Ber= faffungseid zu leiften. Es liegt in biefem Borgeben eine ge-

miffe Unehrlichkeit.

Dieß sind Bemerkungen, welche ich anzubringen hatte. Auf die von Herrn Moschard angeführten Details will ich nicht eintreten, denn es gehoren Dieselben nicht hieher. Dem Aufrufe Des herrn Moschard zur Festhaltung ber Renitenz gegenüber bem Staate mochte ich ben Sat entgegenstellen: halten wir fest an der Wahrheit; denn die Wahrheit hat noch immer gefiegt! (Bebhafter Beifall.)

Folletête. Mit einer Befriedigung, die ichenicht zu verhehlen suche, bemerke ich, daß die gegenwärtige Verhand-lung uns dahin geführt hat, eine bis jest verneinte Thatsache zu konstatiren. Wenn die Abgeordneten aus dem katholischen Jura hier ihre Alagen und Beschwerden vorbringen, wenn fie schon feit Jahren auf die Ausschreitungen, welche begangen werden, hin= weisen, fo werden ihre Borte von ihren Wegnern fehr oft mit Hohnlachein entgegengenommen. Man wirft ihnen vor, daß fie Die Religion mit der Politik vermischen, man stellt ihre Auf= richtigkeit in Abrede. Es gehört selbst fogar zum guten Ton, daß man in ihnen gewiffermaßen Komodianten erblickt, welche ihre Rollen mit größerer oder geringerer Geschicklichkeit durch= führen. Heute sind diese schimpflichen Borurtheile verschwunden, die Stellung unserer Gegner hat sich verändert. Wir haben endlich unfern Plat im Großen Rathe erobert, und nach sahrelangen Kampfen ift man babin gelangt, unsere Anficht zu respettiren. Wenn wir nicht aufhoren, Ihnen zu fagen, daß Sie zu weit gehen, daß Sie Ihre Rechte überschreiten, daß die unnatürliche Situation, in der sich der katholische Jura befindet, nicht andauern kann, daß Sie, wenn Sie mit außerordentlichen Maßregeln gegen uns fortfahren, das von Ihren Vorgängern im Jahr 1815 gegebene Wort, den katholischen Kultus zu schüten und zu garantiren, zurücknehmen,
— so gesteht man uns nun zu, und ich danke dem Herrn Regierungspräsidenten dafür, daß wir aufrichtig seien und

aus Ueberzeugung, aus vollem Bergen fprechen. Ja, wir fampfen bier gegen ben oppressiven Strom, welcher jegliche religiose Freiheit auf immer zu unterdrücken droht. Der Herr Kirchendirektor hat mit Recht gesagt, daß der Widerstand der Katholiken im bernischen Jura ein hart= nädiger fei, wie fonft nirgends. Wir find eben Alle von der Wahrheit überzeugt, daß die Einwirfung des Staates auf die Gewissen ungefetzlich, verderblich, unvernünftig ist, und daß die Politik der Regierung in gerader Linie zum Abgrund führt. Und in der That, wie verhalt es fich in diesem ers bitterten Kampfe mit den angeblichen Rechten des Staates gegenüber ben Rechten ber Rirche? Rach unferer Anficht find es die religiose Freiheit, die Unverletlichkeit des Beiligthums bes Gewiffens, die Achtung vor den Berträgen, der flare und unbestreitbare Bortlaut der Berfaffung, die Gerechtigkeit, Die Hochherzigkeit, welche mit der Billkur, mit den Staats= ftreichen und mit ben ausnahmsweisen Magregeln im Rampfe stehen. So stellen wir die Frage, wir, die man Ultra-montane heißt, welcher Name in den Augen der Massen gleichbedeutend ist mit Rebellen. Nach der Ansicht unserer Gegner handelt es sich dagegen um die Bahrung der durch die Uebergriffe der Kirche bedrohten Oberhoheit des Staates. Cie wiederholen immerfort, daß der Staat neben dem Gpl-labus, der Enchklika und der Unfehlbarkeit nicht existiren könne. Und diefe kindischen Befürchtungen find zuerft in ber fleinen Republik Bern ausgesprochen worden, noch bevor fie der machtige Kangler Deutschlands im Schoofe bes deutschen Reichstages außerte. Dieß ift wirklich seltsam. Wie! fann der bernifche Staat mit einer zu vier Fünftheilen protestan= tischen Bevolkerung sich in feiner Griftenz burch die tatholische Rirche ernftlich bedroht feben, mahrend fo viele große Staaten,

fo viele Monarchien, fo vicle Republiken in beiden Welt= theilen fortfahren, zu leben, zu blüben, fich zu entwickeln, ohne

dabei die Freiheit der Kirche zu beschränten. Ich will zwei Beispiele auführen, die sich dem Beobachter sofort aufdrängen. Sehen Sie, wie die große Republik der Bereinigten Staaten Rordamerita's ihre Arme bem Katho= lizismus öffnet. Der Katholizismus bes Syllabus, der Ency= fliken und der Unfehlbarkeit entwickelt fich dort unter der Sonne ber religiofen Freiheit immer mehr, und Miemand benft baran, fich megen feiner Fortschritte zu beunruhigen und in feinen Behren eine Gefahr fur ben Staat zu erblicen. hat das ftolze England mit feinem fo mißtrauischen Barla= ment, das England Beinrich's VIII. und der Glifabeth sich um Die Promulgation ber Die Rechte Des Staates angeblich Weder England, bedrohenden Lehren befummert? Rein. welches boch eine Staatstirche hat, noch bie große Republik ber neuen Welt bekummern fich um den Syllabus, und Die Staatsbehörden berathen nicht darüber, ob die Dberhoheit bes Staates oder die Rechte der Krone durch die ultramontanen Lehren oder Definitionen des römischen Bontifer bedroht feien. Roch mehr: Als vor wenigen Monaten ber Papft einen englischen und einen amerikanischen Erzbischof mit dem römischen Burpur bekleidete, haben sich die Regierungen und Die öffentliche Meinung in Diefen beiben großen Landern über Die ihren Mithurgern zu Theil gewordene hohe Ehre erfreut. Die englische Breffe, die erste der Welt, hat sich sogar gefragt, welchen Rang der nene Kardinal am hofe einzunehmen habe.

Und Ihr, kleiner Großer Rath des kleinen Kantons Bern, klein im Bergleich zu jenen beiden großen Staaten, Ihr hört nicht auf, mit einer Aengftlichkeit, die, wenn fie ernst gemeint ware, komisch sein würde, zu wiederholen, daß Ihr begründete Ursache habet, für die Zukunft des Kanstons zu zittern, weil der Katholizismus seit 1815 geändert habe und eine Macht geworden sei, die den Staat absorbire und vernichte. Es ift bieß, erlauben Sie es mir zu fagen, die Einbildung eines bofen Gemiffens. Rein, Die katholische Kirche verändert sich nicht, sie ist und wird bis an das Ende der Jahrhunderte sich gleich bleiben. Man war ja sogar ge= wohnt, ihr ihre Unveränderlichkeit zum Vorwurf zu machen. Wenn es übrigens mahr ift, daß die fatholische Rirche in ihrer gegenwärtigen Geftalt eine beftandige und große Gefahr für den Kanton Bern ift, warum verfolgen Sie dann diefen Cat nicht bis in feine außersten Konfequenzen? Wer hindert ben Staat, wenn er in Glaubensfachen allmachtig ift, bie fatholische Religion einfach on unterdrücken? Warum fügen Sie dem vorliegenden Gefegesentwurfe nicht eine Bestimmung folgenden Inhalts bei : "Jeder Burger hat den Gid zu leisten, daß er sich den Staatseinrichtungen und den Erlaffen der Staatsbehörden unbedingt unterwerfe und ihnen gehorchen werde. Wer biefen Gid verweigert, hat das Staatsgebiet gu verlaffen."

Man macht uns unfere Dogmen zum Vorwurfe. Allein die Dogmen der katholischen Kirche sind keine Neuerung. Sie find einfach eine Sache bes Bewiffens und ber Ueberzeugung. Man fagt immer, wir und unfere Beiftlichen feien Rebellen und weigern uns, uns ber Oberhoheit bes Staates zu unter= werfen. Berftehen wir uns, meine Herren. Die geiftliche Gewalt barf nicht mit ber weltlichen verwechselt werben. Bernunft und Gefetz lehren uns, daß die Ausübung bes Kultus frei ift und daß der Staat nicht das Recht hat, fich in die innere Ueberzeugung der Burger einzumischen. Was die weltlichen Angelegenheiten betrifft, so fordere ich Jeden auf, zu beweisen, daß wir uns in dieser Beziehung gegen ben Staat auflehnen. In geistlichen Dingen sind wir ihm

nicht unterworfen.

Bu jeder Beit, unter der Herrschaft des alten, wie unter berjenigen des neuen Gesetzes wurde der Widerstand des menschlichen Gewiffens gegen die Eingriffe bes Staates ober

der Fürsten als eine erhabene Manifestation der Unverleglichkeit des Forums des eigenen Gewissens angesehen. Ber
hat nicht den heldenmuthigen Widerstand des hohenpriesters
Eleasar bewundert, der lieber unter Martern starb, als unreines, dom Gesese Moses verbotenes Fleisch aß! Ber bewundert nicht die Mutter der Makfabaer, welche mitten in
schrecklichen Leiden ihre Sohne zum beharrlichen Widerstande
gegen die gottlosen Befehle eines Tyrannen anfeuerte! Die
neuere Geschichte erzählt uns von dem Vischof Fisher von
Rochester und von dem berühmten englischen Kanzler Thomas
Morus, welcher auf dem Schaffot starb, um die geistliche
Unabhängigkeit der Kirche gegenüber dem Staat zu bezeugen.
Großartige Beispiele, welche die Unverletzlichkeit des religiösen
Glaubens und der Rechte des Gewissens darthun!

Unfere Beiftlichen haben bem Staate ben Behorfam nie verweigert und verweigern ihn noch jest nicht, fo lange er in den Schranken feiner Befugniffe bleibt. Auch die juraffischen Ratholiken haben nie gezogert, dem Staate Behorfam zu leiften und Opfer ju bringen, wenn es fich um die Erfullung burger= licher Pflichten, um die Bezahlung der Steuern, um den Militardienst zc., handelte. Warum aber verlangen Sie von ihnen Dinge, welche ihrem Glauben widerstreiten und sie in thren religiofen Ueberzeugungen verlegen? Die Staatsgewalt hat ihre Schranken, deren Ueberschreitung den Menschen er-niedrigt und seiner Wurde Eintrag thut. Wenn der Staat diese deutlich gezogenen Schranken überschreitet, dann greift er in bas Bebiet ber innern Ueberzeugungen hinüber. 3ch begreife baber nicht, wie man hier behaupten fann, bie fatholifche Rirche fei eine Wefahr fur ben Ranton Bern geworben. Sie war dieß nicht im Jahre 1815, als Bern uns die freie Ausübung unferer Religion garantirte. Und boch ftanb bamals die weltliche Macht bes Papftes noch aufrecht. Dief ift heute nicht mehr der Fall, und die Beschluffe des Rapftes find nur dann unfehlbar, wenn fie Definitionen in Sachen der Dogmen und der Moral betreffen. Der Staat kann allerdings die nothigen Dagnahmen für feine Erhaltung treffen, wir bestreiten ihm aber bas Recht, die Gewiffen gu verlegen, und wir erinnern ihn baran, bag die Bertrage und Die Berfaffungen die romifch = fatholisch = apostolische Religion ausdrudlich und ohne Borbehalt garantiren.

herr Moschard hat die Frage mit großer Klarheit und unbeugsamer Logif bargestellt. Man hat ihm teine ernfte und vernünftige Antwort gegeben, als er behauptete, die katholische Kirche, zu der sich heute 60,000 Katholiken des Kantons Bern bekennen, sei diejenige, welche durch die Berschaft von der fich bei Berschaft von der beiten bet bei Berschaft von der beite ber beiten bet bei Berschaft von der beite ber beite ber beite ber beite beite ber beite beite ber beite beite ber beite be einigungsurkunde von 1815 und durch die bernische Berfassung garantirt worden ift. Es existirt kein Katholizismus, der nicht unter der geistlichen Herrschaft des Papstes und der mit ibm verbundenen Bifchofe fteht, und die von ber Regierung im Jura eingeführte offizielle Religion ift etwas gang Reues, eine icheinheilige Parodie bes mahren Ratholizismus. Man fagt immer mit einer gemiffen Buverficht, bag bie Bertrage von 1815 ben Kanton Bern nicht mehr binden, und daß die Bereinigungsurfunde aufgehoben fei. Ich bestreite entschieden diese Theorie, welche allerdings sehr bequem ift, um die Berletzung unserer konfessionellen Freiheiten zu recht-fertigen. Es gibt kein Recht gegen das Recht. Die Bereinigungeurfunde mar ein zweiseitiger Bertrag, ber einerfeits bon ben Bertretern bes bem Ranton Bern abgetretenen alten Bisthums Bafel und anderfeits von den Bevollmächtigten bes Staates Bern unterzeichnet murbe. Diefer Bertrag fann baber nicht auf bas einfeitige Begehren einer ber vertragschließenden Barteien aufgehoben werden, fondern es bedarf bagu ber Beistimmung beiber Barteien. Run hat aber die fatholifche Bevölferung bes Jura, welche biefer Bertrag hauptfächlich berührt, indem er in der Absicht abgeschlossen wurde, ihre religiose Freiheit zu sichern, noch nicht zu der Auflösung des Bertrages eingewilligt. Es ist daher die Behauptung durchaus

begründet, daß die Bereinigungsurfunde noch stets einen Theil unseres öffentlichen Rechtes bilde und fortsahren musse, ihre Wirkung auszuüben. Da die ofstielle schismatische Kirche nicht katholisch ist, so ist das Geset über die Organisation des Kirchenwesens, welche nur diese Kirche kennt, durchaus verfassungswidrig; denn es protegirt einen Katholizismus, der eben gar keiner ist. Ihr verwerfet die Autorität des Bapstes in Kom, um Guch einem preußischen Papste und Herrn Bismart zu unterwerfen. Darin besteht der ganze Unterschied, urtheilen Sie selbst, ob er groß ist. Allerdings erklärt Herr Teuscher, nicht Herr Reinstens, der schismatische preußische Bischof, sondern der altstatholische Pfarrer von Olten, Herr Herzog, habe die neuen Geistlichen eingesetzt. Wer aber hat diesem Herrn Herzog diese Gewalt zegeben? mit welchem Rechte übt er im Kanton Bern eine bischössliche Jurisdiktion auß? ist Herr Herzog Wiesenschen und ihn eingesetzt? Wan weiß, daß die bischössliche Jurisdiktion auß die Grenze der Diöcese beschränkt ist. Auch wenn man annimmt, daß Herr Reinkens Bischof sei, hat er boch kein Recht, irgend welche bischössliche Jurisdiktionsakten in der Diöcese Basel auszuüben. Herr Moschard hat daher vollkommen Recht, wenn er sagt, man habe einsach den Papst vertauscht und Sie erhalten ihre Gewalt von Berlin.

Sie behaupten, Sie schützen und anerkennen noch ben Katholizismus von 1815. Wiffen Sie aber nicht, daß die Bereinigungsurkunde die geistliche Oberherrschaft des römischen Papstes ausdrücklich anerkennt? Wenn also der Papst ein Dogma definirt oder proklamirt, wie 1854 dasjenige von der unbestedten Empfängniß, so hat Bern sich nicht darum zu bekümmern, worin die am Glauben der Katholiken dorgenommenen Modistationen bestehen. Es sind dieß Dinge, welche einzig das geistliche Gebiet berühren und sich der Einz mirkung des Staates gantlich entziehen

welche einzig das geiftliche Gebiet berühren und sich der Eins wirkung des Staates gänzlich entziehen.

Die Regierung sollte nicht vergessen, daß während mehr als eines halben Jahrhunderts der Staat in seinem Gange und in seiner Entwicklung von der katholischen Geistlichkeit nicht gehemmt worden ist. Man hat von den Unruhen von 1836 gesprochen, welche aus der gleichen Tendenz entsprungen sind, die heute so ohne Bedenken befolzt wird. Das Beispiel ist unglücklich gewählt. Wir haben nicht vergessen, daß, nachdem der Jura militärisch besetzt worden war, um daselbst die an der Badener Konferenz angenommenen schiskmatischen Artikel einzusühren, man sich nach einigen Monaten genöthigt sah, den Rückzug anzutreten und die Badener Beschlüsse zu widerzusen. Am 4. Juli 1836 mußte der Große Rath seine Reise nach Canossa machen, wie Bismark sagen würde. Wer kan behaupten, der Große Rath müsse nicht eine zweite Reise dorthin unternehmen?

Bei der ersten Berathung, die vor drei Monaten stattsfand, führte ich die auf der Thure des Rathhauses befindliche Inschrift an, welche lautet: Gerechtigkeit erhöhet ein Bolk. Ich ergänzte diesen Spruch, indem ich wünschte, man möchte die Worte nicht vergessen: die Sünde aber ist der Bölker Berderben. Ich hoffe, es sei in dieser Versamklung noch Geradsinn genug vorhanden, um den Sinn dieser Worte zu verstehen und sie auf die gegenwärtige Sachlage anzuwenden. Es ist noch Zeit, auf dem verhängnisvollen Abhange der Staatsstreiche und der Willkur einzuhalten. Das Ehrgefühl sollte es der Regierung zur Pflicht machen, ihre religiöse Politik gegenüber den Katholiken zu verlassen und auf den Weg der Gerechtigkeit und der Gesellichkeit zurückzukehren; man sollte dieß um so mehr erwarten, als man nun die Ueberzeugung, daß man sich schwer getäuscht hat, erlangt haben muß und Illusionen nicht mehr möglich sind.

Wenn im römischen Senat der alte Cato sein Votum abgab, so ermangelte er nie, seine Rede mit dem Rathe, die Rivalin Rom's zu zerstören, zu schließen: "Ceterum censeo Carthaginem esse delendam." Wie viele Gesetzgeber im Großen Rathe von Bern und in den eidgenössischen Rathen ergreifen jede Gelegenheit, um dem alten Römer nachzuahmen und einen Kriegsschrei gegen Rom und den Katholizismus außzustoßen! Man sollte glauben, alle Reden, die wir hier hören, werden mit dem Antrage schließen: "Uebrigens halte ich dafür, es sei der Ultramontanismus — d. h. die katho-

lifche Religion - ju zerftoren."

Dieser Kriegsschrei ist schon alt, wie Biele aber sind babei untergegangen, wie Biele haben sich genöthigt gesehen, von ihrem Werke abzustehen und es zu widerrusen! Ueberslegen Sie es wohl, meine Herren, und sehen Sie zu, ob nicht aus dem Schoose des Großen Rathes der Regierung der Rath werde ertheilt werden, der Krise ein Ende zu machen. Sie sind im Herzen Alle überzeugt, daß die Ansstrengungen zur Aufrechthaltung des Schisma's vergeblich sind. Es ist dieß ein versehltes Unternehmen, man hat einen falschen Weg eingeschlagen. Warum sollten Sie dieß nicht eingestehen? Im Privatleben erwartet man von einem Ehrenmanne, daß er einen begangenen Irrthum anerkenne und demgemäß handle. Warum sollte es nicht auch im öffentslichen Leben so gehalten sein? Es gibt nicht zwei Arten der Ehrenhaftigkeit, die eine für die Privaten und die andere für die Rezierungen. Wenn daber die Staatsgewalt sich geirrt hat, so wird es ihr in den Augen des Bolkes zur Ehre gereichen, wenn sie es anerkennt und zu andern Gesinnungen kommt.

Ich spreche mit einer gewissen Offenheit und mit dem tiefen Gefühle von der gefahrvollen Situation, in welche die religiöse Politik der Regierung mein Land gestürzt hat. Ich bin tief überzeugt, daß dieses Gelegenheitsgeset ein ungerechtes ist. Es ist eine schimpsliche Berletzung des Naturrechtes und der Grundlagen, auf denen unsere politische Organisation dernuht; es ist die Berneinung der Gemissens und Kultussteiheit. Weit entfernt, die Situation des Landes zu vers bessern, verschlimmert es sie vielmehr, indem es die zwischen dem katholischen Bolte und Denen, die es unter das Joch schleppen, entstandene Klust erweitert. Gestehen wir es endschleppen, auß wir einen unglücklichen Versuch gemacht haben, der gegen das Wohl und die Ruhe des Landes ausgefallen ist. Suchen wir eine andere Lösung und schlagen wir eine andere, einer Mehrheit, welche den Ueberzeugungen und der Schwachheit der Minderheit Rücksichten schuldig zu sein glaubt, würdigere Politit ein.

Bo den heimer, Regierungsrath. Wir haben wieder einen Redner gehört, der von allem Möglichen gesprochen hat, nur nicht über die in Berathung liegende Frage, ob auf das Gesetz betreffend Störung des religiösen Friedens einsgetreten werden solle oder nicht; wir haben wieder eine Philippita gehört, die von den gröbsten Ausdrücken wimmelt und ausschließlich gegen die Regierung gerichtet ist. Ich bespreise das. In parlamentarischen Ländern gibt es sog. Ministerreden, in republikanischen Ländern sog. Wahlreden, die man nicht des Gegenstandes wegen hält, sondern damit sie veröffentlicht und bekannt werden. Ja, es hat sogar schon Reden gegeben, welche hier hätten gesprochen werden sollen, einer Unterbrechung wegen aber nicht gehalten werden sollen, einer Unterbrechung wegen aber nicht gehalten werden konsten, die dennoch am folgenden Tage in einer jurassischen Beistung zu lesen waren.

In diese Kategorie von Reden für politische Zwecke, die hier nicht in Frage liegen, muß ich die Nede des Herrn Folletete einreihen. Wenn ich mir troß der Mahnung des Herrn Präsidenten diese Bezeichnung erlaube, so geschieht es, weil diese Nede ungeachtet der Mahnung des Präsidiums ebenso aufreizend war, wie diesenige des Herrn Moschard. Ich werde mich nicht zu leidenschaftlichen Aeußerungen hinreißen lassen. Diese beständigen Ausfälle der Ultramontanen machen mich nicht mehr zornig, sondern sie kommen mir nur

noch lacherlich und komisch vor; es ift ein ewiger Kampf gegen Windmuhlen.

Rach ben Reden, die wir gehört haben, sollte man glauben, es handle sich darum, die Religion im Jura zu unterdrücken, die Glaubens und Gewissensfreiheit zu zerstören und den Einzelnen zu verhindern, Gott anzubeten, wie er es wünscht. Bon allem dem sinden wir im Gesetze nichts. Man hat sogar von einem Eid gesprochen, der im Gesetz enthalten sein soll, und doch enthält dieses nichts Derartiges. Es handelt sich hier einsach um den Schutz der Glaubens und Geswissensfreiheit. Wir wollen eben im ganzen Kanton und namentlich im Jura Diesenigen beschützen, denen Ihr, meine Herren Ultramontanen, die Glaubens und Gewissensfreiheit nicht gönnt. Ihr möchtet uns hier die Rolle der Ansgestagten zuweisen, wir schieben aber diese Rolle an Such zurück; denn Ihr seid es, welche den Frieden stört und die Glaubensfreiheit nicht achtet. Wir sind im Namen des Staates berufen, jeden Einzelnen zu schützen und namentlich gegen Such.

Unter den gegen das Gesetz geltend gemachten Argumenten, die einige Beachtung verdienen, ist namentlich das der Verfassungswidrigkeit zu erwähnen. Wenn ich sage, es verdiene dieses Argument einige Beachtung, so ist es nicht deswegen, weil es etwa begründet wäre; denn es muß vom Standpunkt der Kantonsverfassung und namentlich von demzienigen der Bundesverfassung als ein irriges bezeichnet werden; sondern es verdient nur deswegen Beachtung, weil es in einer Versammlung von ernsten Männern erhoben worden ist. Ich erlaube mir daher, kurz auf diese Frage einzutreten.

Man sagt, das Gesch verstoße gegen den § 80 der Kantonsversassung, welche in seinem ersten Alinea sagt: "Die Rechte der bestehenden evangelisch-reformirten Landeskirche, sowie der römisch=fatholischen Kirche, in den zu ihnen sich bekennenden Gemeinden, sind gewährleistet." Man legt nun das Hauptgewicht auf die Worte "römisch-katholische Kirche". Ich will nicht weiter ausssühren, daß römisch-katholische Kirche". Ich will nicht weiter ausssühren, daß römisch-katholische Kirche". Ich will nicht weiter ausssühren, daß römisch-katholische mehr das Gleiche bedeutet, wie früher. Es ist dieß schon mehr=mals nachgewiesen worden. Ich gehe aber weiter und sage: diese Bestimmung unserer Versassung ist, auch wenn die katholische Vestimmung unserer hätte, gegenüber der Bundesversassung nicht mehr haltbar, und ich din überzeugt, daß die Bundesversammlung seder Versassung, welche aussichließlich die Rechte einzelner Genossenschaften garantirte, die Gewährleistung verweigern würde.

Man behauptet sodann, das Gesetz sei verfassungswidrig, weil es gegen die Verträge von 1815 verstoße. Diese Berträge sind aber nicht nur durch unsere bernische Gesetzgebung, sondern auch durch die Eidzenossenschaft aufgehoben worden. Ein hervorragendes Mitglied des Bundesrathes, Herr Welti, hat in der Bundesversammlung sich darüber flar und deutlich ausgesprochen. Er dat nämlich auf die Aeußerung, diese Berträge binden den Jura an die Schweiz und an Bern und wir seien gehalten, die darin erwähnten Garantien in der Weise zu respektiren, wie sie in den Berträgen niedergelegt sind, sowie auf andere in der Bundesversammlung angebrachte Argumente (die Jeremiaden der Ultramontanen sind ja überall gleich) erwiedert: man gehört einem Lande an ohne Res

striftion.

Man hat durchblicken laffen, es werde das Gesetz zu Rekursen an die Bundesbehörde Anlaß geben. Ich will darauf nur bemerken, daß der Berichterstatter und die Mitglieder der nationalräthlichen Kommission während der Diskussion im Nationalrathe — und das Nämliche ist auch im Ständerathe gescheben — sich dahin ausgesprochen haben, es sei das Gesetz wohl geeignet, den öffentlichen Frieden im Kanton Bern wieder herzustellen; und gerade damit das Gesetz erlassen werden könne, ist der bekannte Kompromiß zu Stande gekommen. Wan trägt sich daher mit einer falschen Hoffnung, wenn man

glaubt, es fei möglich, daß Gefet von Bundesmegen um=

ftürzen zu laffen.

Der Rern ber gangen Cache ift ber: bas Befet ift nicht gegen die Freiheit gerichtet, sondern es wird im Intereffe ber Freiheit erlaffen, und wir find nicht die Ginzigen, welche ein foldes Wefen nothig haben. Bon bem Augenblide an, wo Bonifacius VIII. behauptete, es ftehe das Kirchliche über bem Weltlichen, mar es nöthig, daß der Staat fich fcutte. Es haben fich aber nicht nur etwa protestantische Staaten geschütt, fondern es waren vorwiegend und beinahe ausschließlich bie großen katholischen Staaten, welche berartige Bestimmungen in ihren Strafgefegen oder in Spezialgesegen aufstellten. Man hat schon früher Frantreich citirt, man konnte aber auch Italien und andere fatholische Lander, felbst Spanien citiren.

Ich frage noch, ob der Augenblick da fei, wo die katho-lische Kirche sich auf ihr Gebiet einschränken will, wo es ihr endlich einfällt, Religion und Politit von einander zu trennen, wo es ihr einfällt, den Frieden ftatt des Krieges zu predigen und bon ber Kangel herunter Die Gebote Gottes ftatt Saß und hader zu lehren. Wenn man liest, wie letthin ber Bifchof von Ramur in Belgien einer Diocefantonfereng die Frage vorlegte, ob es nicht Pflicht des Pfarrers fei, thatig in die Wahlen einzugreifen, wenn man die ultramontane Preffe Frankreiche verfolgt und darin liest, daß gegenwärtig ein dominirendes und mäßiges Organ ber ultramontanen Partel mit vollem Ernfte die Frage aufwirft, ob nicht die Inquisition in Frankreich, in dem Cande, welches die großen Bringipien ber Freiheit und Gleichheit aufgestellt hat, wieder einzuführen fei, fo muß man fich fragen, ob benn die ganze Sache so unschuldig sei. Die ultramontane Bartei verfolgt tein geringeres Biel, als die Ginführung ber Inquisition mit ihrem geheimen Tribunal, mit ihren Gräueln. Benn wir heute ein Gefet vorlegen, durch welches wir verhindern wollen, daß jene Bartei Anderedenkende ftore und den Rultus bagu mißbrauche, haß und Zwietracht zu faen, bann werden Sie sicher die Antwort nicht schuldig bleiben und mit großer Mehrheit bas Gintreten beschließen.

Jolissaint. Gestatten Sie mir, den beredten Erwiederungen der herren Regierungerathe Teuscher und Boden= heimer auf die leidenschaftlichen Reden ber Berren Moschard und Folletete einige Worte beizufugen. Bunachft mache ich Die ultramontanen Redner, welche jedesmal, da fie bas Wort ergreifen, sich als die Bertreter und die Organe bes ganzen Jura hinftellen und im Ramen beffelben gu fprechen fich anmaßen, barauf aufmertfam, baß fie fich in hohem Grabe tauschen, da die Halfte, ja mehr als die Halfte der jurafsischen Bevolterung gludlicherweise nicht zu ber ultramontanen Gette Mogen fie fich meinetwegen als Vertreter und Bevollmächtigte diefer Sette ausgeben, fie follen fich aber nicht anmaßen, im Namen der liberalen Bevolferung des Jura gu fprechen, welche ihnen stets abgeneigt war und ihnen nie irgendwelche Miffion im Schoofe bes Großen Rathes anvertraut hat. Wenn alfo die ultramontanen Mitglieder Diefer Berfammlung auf ihre Gigenschaft als Bertreter des Jura pochen und in beffen Ramen fprechen, fo bedeutet bieg, daß es fich nur um den ultramontanen Jura handelt, den zu vertreten wir ihnen die Chre gerne gonnen.

Nach diefen vorläufigen Bemerkungen will ich in Rurze einige bon den Berren Teuscher und Bodenheimer nicht berührte Bunkte in der Argumentation der Berren Moschard

und Folletete untersuchen und widerlegen.

Die ultramontanen Mitglieder, benen ich antworte, haben die Behauptung aufgestellt, es habe von 1815 bis 1872 im Ranton Bern zwischen dem fatholischen Klerus und der Staats= behörde beständiger Friede geherrscht, und es sei in unferm Lande Alles auf's Beste gegangen; auch follte die Regierung nicht vergeffen, daß die Geistlichkeit stets gehorsam gewesen sei bis zu dem Augenbticke, da man die dem Bischof Lachat

ertheilte Bewilligung gur Besithergreifung bes bischöflichen Stuhles zurudgezogen habe, daß ferner die Regierung es gemefen fei, welche den Rampf gesucht und hervorgerufen, und daß endlich seither die bernische Republik den Jura behandelt habe wie ein Stieffind. Die herren Moschard und Folletote haben ihre Philippifen mit einer Lobrede auf die großen Brinzipien der Gewissense, der Kultus: und der Bereinssfreiheit, sowie mit einer Anklage gegen die Regierung auf Berlezung des § 80 der Verkassung und der Verträge von 1815 geschlossen. Endlich haben sie den vorliegenden Gesetzes entwurf als verfaffungswidrig bezeichnet.

Untersuchen wir in Kurge Diese verschiedenen Behaup= tungen und Anklagen. Die herren Mofchard und Folletete behaupten zunächst, daß seit 1815 im Kanton Bern tonfessionelle Tolerang und Friede geherrscht und daß zwischen bem tatholischen Klerus und dem Staate gute Beziehungen gewaltet haben; sie behaupten ferner, daß die Beiftlichen ben Staatsbehörden Gehorsam leifteten, und daß es Diese lettern gewesen seien, welche 1872 ben Krieg erflart haben. Gin furger geschichtlicher Rudblick wird sofort zeigen, daß bicje

Behauptungen irrig stind. Während der Restaurationsperiode von 1815 bis 1830 machte die Regierung von Bern, da fie die Macht der bischof= lichen Partei, welches die damalige ultramontane Partei mar, erfannte, den Beiftlichen große Zugeftandniffe. Diese Bolitit ber Schmache gegenüber Diefer Bartei murbe von ber aus ber 1830er Bewegung hervorgegangenen Regierung fortgefest, doch machte fie einige Bersuche, Biberstand zu leiften, Die aber leider ifolirt blieben. Diese Politit wurde mit einigen Anwandlungen, dem Staate bei gewiffen Anlaffen eine größere Unabhängigkeit zu geben, von der Regierung von 1846 fortgefest, um dann 1850 wieder unter den Einfluß des katholischen Alerus zuruchzufallen. Erft 1858 bis 1866 nahmen die Bestrebungen des Staates, die Kirche auf ihr Bebiet gurudzudrangen, eine festere Gestaltung an. Bon 1866 an trat diese Tendenz mehr hervor, und der Kampf entspann sich. Die bernischen Regierungen, welchen der Borwurf der Schwäche gegenüber der katholischen Geistlichkeit gemacht werden muß, haben geglaubt, sich auf biefelbe ftugen und aus ihr ein ftartes und einflugreiches Element machen zu konnen. Sie mußten aber spater einsehen, daß der romische Klerus nur sich selbst als Stuge dient, und daß er nur seine eigenen Intereffen im Auge hat. Go lange man ihm nach= gibt, ift er fugfam und lagt es nicht an Loberhebungen fehlen. Diejenigen Regierungen aber, welche fich ber Soffnung bin= gaben, durch ungludliche Bugeftandniffe ben Klerus mit ben bürgerlichen Freiheiten und den modernen Ideen versohnen gu fonnen, haben fich burch Grfahrung überzeugen muffen, bag, fobalb man feinen Anmagungen entgegentritt, man in ihm einen um fo erbittertern Gegner findet, der um fo furcht= barer ift, wenn man ihn durch fruhere Bugeftandniffe gefraf= tigt hat. Alles, was man für ihn gethan hat, dreht sich gegen euch. Die Geschichte ber gegenseitigen Beziehungen zwischen dem Staate und bem tatholischen Rlerus zeigt sowohl in unferm Kanton als überall anderswo, daß, je mehr man dem romischen Rlerus nachgibt, man ihm destomehr nach= geben muß. Er nimmt nicht Rudficht auf Das, mas man ihm überläßt, sondern nur auf Das, was man ihm ver= weigert.

Die patrizische Regierung von 1815 suchte sich ben Klerus dadurch geneigt zu machen, daß fie deffen Besoldung erhöhte und ihm die Leitung der Brimarichulen und bes College von Bruntrut übertrug. Deffen ungeachtet gerieth fie mit ben Geiftlichen in Streit und fah fich genothigt, einige berfelben Deffen ungeachtet gerieth fie mit ben

abzusegen.

Misim Jahre 1831 die neue Regierung von den Geiftlichen die Leiftung des verfassungsmäßigen Eides verlangte, welchen alle Beamte zu leiften hatten, fließ fie auf einen hartnäckigen Biber= ftand, und nur mit Muhe gelang es bem liberalen Bifchof Galgmann, ihren Wiberstand zu besiegen. Der nämliche Alerus, ben Defan von Pruntrut, Cuttat, an der Spitze, war die Seele der revolutionaren Bewegung, die 1836 bei Anlaß der Artikel der Badener Konferenz entstand. Diese Artikel waren von der Regierung und dem Großen Rathe genehmigt worden, und zwar auf den Antrag des Regierungsrathes Bautren, des Baters des Defans von Delsberg, welcher später seine Haltung versläugnete und die Fahne der Anhänger der Badener Artikel verließ, die leider auch vom Großen Rathe aufgegeben wurden. Als zu jener Zeit das Collége von Pruntrut reorganiskrt wurde, gaben die katholischen Geistlichen, welche aus Rücksicht als Prosessoren beibehalten worden waren, in corpore ihre Demission, da sie nicht neben den neuen weltlichen Prosessoren

lehren wollten.
Soll ich auch baran erinnern, daß bei dem Trennungsversuche des katholischen Jura im Jahre 1840 es wiederum
die katholischen Geistlichen waren, welche die Bevölkerung
fanatisitren und die Petition kolportirten, in welcher diese
Trennung verlangt wurde? Und wer schürte im Jahre 1842
ten Aufruhr am College von Pruntrut, der entstand, als die Regierung einen protestantischen Geistlichen zu der Prüfung
abordnete? Auch dier müssen wir antworten: die Geistlichen.
Wer endlich erklärte bei der 1856 vorgenommenen Umwandlung des College von Pruntrut in eine Kantonöschule dieser
vom Kanton im Interesse des Jura und mit großen Opfern
gegründeten Anstalt den Krieg auf Leben und Tod? Immer
wieder der ultramontane Klerus! Diesenigen Mitglieder desselben, welche man aus Wohlwollen zu Professoren ernannt
hatte, weigerten sich, neben protestantischen Professoren der
Wathematik und Raturgeschichte zu lehren, als ob die Wissen-

schaft eine religiose Farbung hatte.
Das Gesagte beweist nach meinem Dafürhalten hinslänglich die Unrichtigkeit der Behauptung der Herren Moschard und Folletete, es habe zwischen den Staatsbehörben und dem katholischen Rlerus bis 1866 ein beständiger Friede geherrscht, und es habe sich dieser Rlerus stets den Gesehen unterworfen. Aus dem Gesagten geht vielmehr hervor, daß beständig ein gewisser Rampf obwaltete, der zwar oft zu schlummern schien, von Beit zu Beit aber mit größerer oder geringerer Heftigkeit

hervorbrach.

Chenfo energisch muffen wir die gegen die Regierung von 1866 bis 1872 geschleuberte Anklage jurudweisen, daß sie es gewesen sei, welche ben Kampf provozirt und bem Bischof und seinem Heer ben Krieg erklart habe. Der Uriprung biefes Rampfes ift bem Großen Rathe wohl befannt. Er weiß genau, daß der Rampf von den Burbentragern des Bisthums, den Lachat, den Duret 2c., heraufbeschworen worden ift, welche der Diocesankonferenz den Haubschuh binmarfen, indem fie fich weigerten, den wohlgegrundeten Beschluffen berfelben Rechnung zu tragen, und es fogar unter ihrer Burde hielten, ihr zu antworten und ihr die verlangten Erlauterungen und Nachweise zu geben. Bas die Behaup-tung der herren Folletete und Moschard betrifft, daß die Ultramontanen und ber romische Rlerus im Jura fich immer den Staatsgesegen unterworfen haben, so genügt es, um die Unrichtigkeit diefer Behauptung nachzuweisen, baran zu erin= nern, daß ihr Organ, "le Pays", im Januar 1874 in einem Aufruf gur Bermerfung bes Rirchengesehes ausbrudlich erflart hat, es werden die Ratholiken fich biefem Befete nie unterwerfen, und wenn es auch (was bann wirklich geschehen ift) vom Bernervolte mit großer Dehrheit angenommen werben follte. Die 87 fatholifden Geiftlichen, welche die Protestation vom Februar 1873 unterzeichnet haben, find, wo möglich, noch weiter gegangen. Davon hat fich ber Große Rath aus Diefer Protestation felbst überzeugen konnen, welche eine Rriege= erflarung in aller Form, ein arrogantes Ultimatum an bie Regierung ift, worin fie biefer fowie ben Staatsgefeten feierlich ben Geborfam auffunden. Bie weit find angefichts biefer Thatfachen die gewagten Anflagen ber Berren Dofchard

und Folletete begrundet? Sie find durchaus grundlos, fie find leere Borte, wie fie nur Berblendung und Leidenschaft

hervorbringen fonnten.

Ich komme nun zu dem Borwurfe, welchen Herr Moschard ber Regierung und dem Kanton Bern machte, indem er sagte, die bernische Republik habe den Jura wie ein Stiefkind beshandelt. Ich glaube, hier im Namen der Mehrheit der jurassischen Bevolkerung zu sprechen, wenn ich mit aller Energie gegen diesen Borwurf protestire. Der Kanton Bern bat den Jura mit guten Straßen und mit Eisenbahnen außegestattet, und er hat große Opfer für dessen, daß er die Staatsbahn hingab, um daß jurassische Sisenbahnnetz zu sichern, bei welchem er mit einer Subvention von mehr als Millionen betheiligt ist. Der Kanton Bern hat also den Jura nicht nur nicht als Stiefkind behandelt, sondern ihn vielmehr wie ein verwöhntes Kind begünstigt. Die liberalen Jurassisch und die ganze neue Generation im Jura werden hoffentlich dem alten Kanton für seine über dieses kleine Land

ausgeschütteten Wohlthaten bantbar fein.

Beben wir über zu ben letten Anflagen ber Berren Mofchard und Folletete, welche darin bestehen, daß fie behaupten, die Regierung habe die Berfaffung von 1846 und bie Bertrage von 1815 verlett, und es fei der vorliegende Gefetesentwurf verfaffungswidrig. Diefe herren grunden Befetesentwurf verfaffungswidrig. Diefe herren grunden biefe fcweren Anklagen auf ben Umftand, daß die Bertrage von 1815 und bie Berfaffung von 1846 ben Bestand ber romisch-fatholischen Religion garantiren, daß aber die Regierung an ben Blat Diefer lettern eine neue offizielle Rirche eingejest habe, welche nicht tatholisch fei. 3ch mar febr erftaunt, ju horen, wie herr Mofchard uns eine Borlefung über fatholische Theologie zu balten und mit herrn Folletête ben Beweis zu leiften versuchte, daß die Altfatholifen nicht mehr fatholisch seien, weil fie die Dberhoheit des Papftes nicht anerkennen. Ich erlaube mir, herrn Moschard zu be-merken, daß die Theologie, über die er uns einen Bortrag hielt, nicht eine tatholische, sondern eine ultramontane ift, mas zwei burchaus verichiedene Sachen find. Rach ber fatholifchen Lehre, wie fie bon allen Rongilien, mit Ausnahme bes vatifanischen, aufgestellt worden, ift bie Autoritat ber all= gemeinen ober öfumenischen Rongillen größer als biejenige bes Bapftes. Un biefer Lehre wollen Die Altfatholifen im Jura festhalten, mahrend bieß bei ben Ultramontanen nicht ber Fall ift; benn biefe führten im Ratholigismus eine Um= wälzung herbei, indem fie bas Dogma von ber papftlichen Unfehlbarteit proflamirten, burch welches die Dberhoheit des Bapftes über die öfumenischen Rongilien ausgesprochen wird. Diefe Thatfache allein genugt, um den Bormurf ber Berfaffungeverlegung ju widerlegen, welchen Berr Mofchard in Bezug auf die Organisation der altfatholischen Rirchgemeinden im Jura ausgesprochen hat. Diese find vielmehr auf dem Boden bes Ratholigismus geblieben, wie er gur Beit bes Abschluffes ber Bertrage von 1815 und ber Unnahme ber Ber= faffung von 1846 mar. Der tatholifche Rultus, deffen Ausübung durch diese staatsrechtlichen Erlasse garantirt worden, ift berjenige, welcher, wie es von den altfatholischen Rirch= gemeinden geschieht, die Oberhoheit der allgemeinen Ron= gillen über biejenige bes Papftes und ber Provinzialkonzilien annimmt.

Die Anrufung ber Berträge von 1815 burch die Herren Moschard und Folletête hat bei mir ein peinliches Gefühl erzeugt. Diese Berufung auf die Berträge von 1815 erinnert mich an die Interpellation, welche fürzlich in einer Situng ber Bermanenzkommission Bicomte d'Aboville, ein legitismistischer Deputirter, ein Anhänger des Gottesgnadenthums, an Herrn Buffet, Bizepräsidenten des Ministerrathes der französischen Republik, gerichtet hat und welche lautet: "Zwei Thatsachen namentlich scheinen in diesem Jahre der Aufstärung von Seite der Regierung zu bedürfen: Die erste

betrifft die Verfolgung der katholischen Bevölkerung, die 1815 mit den Kantonen Bern und Genf vereinigt worden ist, und deren religiöse Freiheit durch die damaligen Verträge unter den Schuß Frankreichs gestellt worden ist. Welche Schritte hat die französische Regierung zum Schuße dieser Rechte gesthan?" Der "Bays" von Pruntrut, der Moniteur der ultramontanen Partei, hat sich beeilt, diese Interpellation sowie solgendes Gerückt zu reproduziren, welches von der "Union", dem Organ der ultramontanen Legitimisten, verbreitet worden ist: "Es haben in letzter Zeit zwischen der eidgenössischen Regierung und unserm Gesandten in der Schweiz Bespreschungen stattgefunden. Es handelte sich darum, die Lage der Katholiken im Jura sestzustellen, welche von den sogenannten Liberalen der Kantone Genf und Bern seit zwei Jahren in hohem Maße mißhandelt worden sind. Die religiöse Freiheit der 1815 mit der Schweiz vereinigten Bevölkerung ist unter den Schuß Frankreichs gestellt worden. Wenn die von unsserm Vertreter versuchten Schritte zum Ziele führen, so werden die jurassischen Katholiken wieder die Wohlthaten der alten Verträge zu genießen haben." Der "Pays" begleitet dieses übrigens unbegründete Sitat mit folgenden bezeichnenden Betrachtungen: "Nichts widerspricht diesen Bohlthaten mehr, als das neue Geses, welches der Große Rath gegen den katholischen Kultus zu erlassen sich anschießt." Es ist darunter das in Verarthung liegende Geses verstanden.

Blieft aus dieser Berufung auf die Verträge von 1815 und aus den Sitaten, welche ich verlesen habe, nicht der Wunsch auf eine fremde Sinmischung in unsere Angelegenbeiten hervor? Gewiß ist, daß bei und die ultramontane Partei start agitirt, und es scheint, daß ihre im Lande befindlichen Führer eine fremde Intervention in unser Vaterland herbeizuführen suchen. Wenn man aber auch annimmt, die Verträge, auf die man sich beruft, seien noch in Kraft (was ich bestreite, da sie von den betreffenden Mächten und zu allererst von Frankreich selbst verletzt und zerrissen worden sind), so haben dieselben hier nichts zu thun. In Vern wie in Genf ist die religiöse Freiheit der römischen Katholiken unangetastet. Der Staat, d. h. die Gesammtheit der Bürger, hat einsach den sessen, d. h. die Gesammtheit der Bürger, hat einsach den sessen Erstelluß gefaßt, den Gesehen bei Allen Kachachtung zu verschaffen. Wir wollen bei uns Meister sein, und wir können nicht zugeben, daß einzelne Individuen, seien sie Priester oder Bischöse, die Unterwerfung unter unsere Gesehe verweigern, um einer fremden Wacht zu gehorschen

fremden Macht zu gehorchen.
Seit einiger Zeit führen die ultramontanen Redner immer die Freiheit im Munde. Wir wissen, was in den Augen gewisser Leute, wenn sie sich in der Minderheit befinden, die Freiheit gilt. Ihr Führer, das Orakel dieser Partei, Louis Beuillot, hat es mit folgenden Worten ausgesprochen: wenn die Liberalen die Macht in den Handen haben, so verlangen wir von ihnen die Freiheit, weil diese auf ihrem Programm steht, wenn wir aber am Ruder sind, so verweigern wir sie

thnen, weil sie nicht auf unserm Programme steht.

Bas speziell Herrn Moschard betrifft, so bin ich sehr erstaunt über die Berwandlung, die sich bei ihm vollzogen zu haben scheint. Es gab eine Zeit, wo er den Grundsat des Herrn Beuillot vortrefflich praktizirte. Herr Moschard wird sich erinnern, daß er während der Periode von 1850 Mitzglied einer Regierung war, welche die Bereinsz und die Lehrzfreiheit unterdrückte, indem sie einen vatriotischen Berein, den Grütliverein, auslöste und die liberalen Seminarien aushob, und welche außerdem die Menschenwürde so wenig achtete, daß sie ein Prügelgesetz entwarf u. s. w. Herr Moschard ist ein neuer Jünger der Freiheit. Er nimmt sie heute eifrig in Anspruch, wenn er aber morgen die Macht in den Händen hätte, so würde er sie wahrscheinlich Denen verweigern, die sie ihm bis zur Zügellosigkeit gestatten. Das giftige Votum,

welches er gehalten hat, ohne daß ihm das Wort entzogen wurde, obwohl er sich heftigen Angriffen überließ, ist ein beutlicher Beweis bessen.

Was den vorliegenden Gesetzesentwurf betrifft, so wurde sowohl bei der ersten, als bei der heutigen Berathung Folzendes nachgewiesen: der Entwurf tastet weder die Kultus, noch die Bereinsfreiheit an, er ist nicht nur nicht verfassungswidig, sondern vielmehr die Aussührung des § 80 der Kantonsz und der §§ 50 und 56 der Bundesversassung, er will verhindern, daß die freie Aussühung des Kultus in Jügelzlossesteit ausarte und zu einem Heerde der Unruhe und der Agitation werde, er will durchaus nicht den Kultus unterprücken, wie dieß die Ultramontanen, um ihre Sache zu verzechten, behaupten, sondern er will die Freiheit Aller gegen die intoleranten Uebergriffe der römischzstatholischen Sette schügen. Ich werde daher für das Eintreten auf die zweite Berathung des Gesetzentwurses stimmen.

Der Herr Präsident schlägt vor, während der gegenwärtigen Session täglich je zwei Sigungen abzuhalten, von denen die erste von 9—1 Uhr dauern und die zweite um 3 Uhr Nachmittags beginnen wurde.

Bon anderer Seite wird vorgeschlagen, die Bormittags= figungen um 8 Uhr beginnen zu laffen.

#### Abstimmung.

Schluß ber Sigung um 11/4 Uhr.

Der Redaktor: Fr. Zuber.

#### Berichtigungen.

Seite 174, Spalte II, Zeile 14 v. o. lies "schreit" statt: "schweigt". Seite 189, Spalte II, Zeile 4 v. u. soll es heißen: "Rach ben Verhältnissen, welche mir zunächst stehen, könnte ich die Ziff. 2 annehmen, und ich anerkenne" :c.

# 3weite Sigung.

Montag, den 13. September 1875.

Nachmittags um 3 Uhr.

Unter bem Borfige bes herrn Prafibenten Rarrer.

Cagesordnung:

# Gesetesentwurf

betreffend

## Störung des religiösen Friedens.

Tortsetung der zweiten Berathung.

(S. Seite 209 hievor.)

Die Diskuffion über bie Gintretensfrage wird fortgefest.

Der Herr Präsident zeigt an, daß, da ber Regierungs= rath fich ben von ber Commiffion angenommenen Abanderungs= antragen jum vorliegenden Gefetesentwurfe angeschloffen, Die gebruckt ausgetheilten ursprünglichen Untrage des Regierung 8= rathes dahinfallen.

v. Buren. Ich erwartete nicht, daß die Gintretensfrage bie Zeit der Versammlung fo lange in Anspruch nehmen verbe. Ich glaube, das Eintreten sei eine nothwendige Folge alles bessen, was den Berhandlungen vorangegangen ist. Ein Anderes ist es freilich, ob man mit dem Inhalte des Gesetzes und seiner einzelnen Bestimmungen einverstanden sei. Der § 50 der Bundesversassung sagt in seinem ersten Alinea: "Die freie Ausübung gottesdienstlicher Handlungen ist innershalb der Schranken der Sittlichkeit und der öffentlichen

Ordnung gewährleistet".
Ich bente mir, jede Gesetzgebung, welche sich auf dieses Feld begibt, hat die beiden Bunkte in's Auge zu fassen: einerfeits bie freie Ausubung bes Glaubens gu fcuten, und anderseits Dasjenige, was die öffentliche Ordnung benachstheiligt, zu verhindern. Die Frage wird also sein: treffen die einzelnen Bestimmungen mit diesen verfassungsmäßigen Forderungen zusammen, oder gehen sie in dem einen oder andern Punkte zu weit. Dieß zu prüfen, wird Sache der einläßlichen Berathung sein, und ich behalte mir deßhalb vor, bei den einzelnen Paragraphen meine Meinung unverholen auszusprechen, wo sie von der Vorlage abweicht. Ich glaube aber, man thue gut, wenn man fich von vornherein das Ziel klar vor Augen setzt und sagt: wir alle wollen er-reichen, was die öffentliche Ordnung wahrt, aber auch, was die freie Ausübung des Gottesdienstes innerhalb dieser Schranke forbert.

Ich habe schon mehrmals bei ber Berathung biefer Ungelegenheiten, bie une fo vielfach und unangenehm beschäftigen,

gefragt, ob nicht ber Augenblid da fei, wo man auf ben Boben bes beffern Berftanbniffes tommen und bie vielfach berrichende Bitterfeit befeitigt werden tonne. 3ch habe mir bieß gefagt, als ber lette Refurs in ber Bundesversammlung behandelt jund dort der Entschris in der Bundesversammtung behandelt jund dort der Entscheid gefaßt worden ift, zu dem alle Vertreter Berns gestimmt haben, laut welchem die 97 fatholischen Priester am 15. November wieder zurücksehren können. Damit sollte ein wichtiger Stein des Anstogensum sein gegeräumt sein Moment des Friedens eintreten. Run hat die Regierung von Bern erklart, fie bedurfe schützender gesetlicher Bestimmungen, um, wenn der Augen-blid gekommen sein werde, nicht in Berlegenheit zu gerathen und nicht wehrlos den Uebergriffen der Geistlichen ausgesetzt au fein. Wenn folche Bestimmungen aufgestellt werden in ber Weise, baß fie die Ausschreitungen zu beseitigen vermögen, allein die Glaubens= und Gewiffensfreiheit mahren, und wenn Diefe Bestimmungen entsprechend durchgeführt werden, fo durfen wir hoffen, zu friedlichen Zuständen zu gelangen. Zwar wird der Uebergang nicht plöglich statisinden, und es wird der religiöse Friede nicht von heute auf morgen wie mit einem Zauberschlage herg estellt sein. Man wird auch nicht einen sog, faulen Frieden, den Frieden des Grabes und der Gleichgültigkeit wollen, sondern einen Frieden, bei dem jede Glaubensüberzeugung bestehen fann.

Der Gesetzentwurf, ber uns heute zum zweiten Male vorliegt, berührt aber nicht blos die frante Stelle des Kantons, welche zu seiner Ausarbeitung Anlaß gegeben hat, sondern er bezieht sich auf ben ganzen Kanton. Gs ift dieß ein Grund mehr, die aufzustellenden Borschriften sorgkältig zu erwägen. Ich hoffe, daß man auch hier zu einer befriedigenden Lofung gelangen werbe, und es find benn auch die Menderungen, welche vorgeschlagen werden, nicht gering zu veranschlagen. Immerhin wird es möglich und zwedmäßig fein, in Diefer Richtung einen Schritt weiter zu gehen und nicht so be-engende Sabe aufzustellen, über beren Tragweite man sich nicht Rechenschaft geben kann. Ich hatte mich lieber auf einige klare Grundsabe beschränkt und von Bestimmungen abgesehen, welche allzusehr auf Ginzelnheiten eintreten und wesentlich in bie Freiheit der Ginzelnen eingreifen. Ich mache da auf die §§ 2 und 5, sowie auf die Ziff. 2 des § 3 aufmerksam. Der Große Rath thut jedenfalls gut, wenn er sich auf den vom Berichterstatter ber Regierung betonten Boden stellt, daß das Gesetz ein Gesetz des Friedens sein solle. Auch in Bezug auf das Strafmaß bin ich der Ansicht,

daß das Gefet außerordentlich weit gehe. Indeffen wird biefe Frage bei der artikelweifen Berathung jur Sprache kommen.

Ich schließe dahin: ich stimme zum Eintreten, aber in der Erwartung, daß Beschlüsse gefaßt werden, von denen anzunehmen ist, daß sie wirklich zum Frieden führen, ohne die Gewissensteit des Einzelnen zu beschränken, und daß dann bas Gefet auch entfprechend ausgeführt werbe.

#### Abstimmung.

Für das Eintreten 87 Stimmen. Dagegen .

#### § 1.

Wer in einer ben öffentlichen Frieden gefährdenden Beife Angehörige einer Konfession oder Religionsgenoffenschaft zu Feindseligkeiten gegen Angehörige einer andern anreizt, wird mit Geldbuße bis zu taufend Franken ober mit Gefängniß bis zu einem Jahre bestraft.

Berr Regierungspräsident Teuscher, Direktor bes Rirchenwesens, als Berichterstatter bes Regierungsrathes. Dier

Stellen die Regierung und die Rommiffion feine Abanderungs= antrage, und es find feit ber ersten Berathung feine Reflasmationen gegen ben § 1 gemacht worden. Ich beschränfe mich baher vorläufig barauf, ben § 1 zur Annahme zu empfehlen.

- v. Buren. 3ch wiederhole hier ben von mir bereits in der Kommission gestellten Antrag, es sei bas Strafmaß (und zwar sowohl die Beldbufe als die Befangnifftrafe) auf Die Balfte herabzufegen.
- X. Kohler. Ich erneuere die beiden Antrage, welche ich bei der ersten Berathung des Gesetzentwurfes gestellt habe. Der erste geht dahin, es sei nach "Weise" einzusschalten: "öffentlich". Der zweite Antrag nimmt eine Berminderung des Strafmaßes im Sinne der Bestimmungen des Strafgesetzbuches in Aussicht. Ich sehe mich um so mehr veranlaßt, meinen ersten Antrag zu erneuern, als ich Gesetzenheit gehalt habe, mich zu überzeugen, daß dieser Artikel legenheit gehabt habe, mich zu überzeugen, daß diefer Artitel begrundete Befurchtungen bervorgerufen bat. Die bernische Breffe hat fich bamit beschäftigt, und man hat die Berwerfung meines Antrages etwas ftart gefunden. In Bezug auf bas Strafmaß mache ich barauf aufmerkfam, bag man legthin auch in Genf ein Gefet über ben Brivatkultus erlaffen bat, und daß dasfelbe ein weit geringeres Strafmaß aufstellt, als ber vorliegende Entwurf. Diefes Gefet ift fehr furg und lautet, wie folgt:

#### "Art. 1.

"Jebe gottesbienftliche Feier, Prozession ober religiose Geremonie ift auf der öffentlichen Strage verboten.

#### "Art. 2.

"Bon diesem Berbot ausgenommen ist der von den Militarbehörden für die fantonalen und die eidgenöffischen Truppen vorgeschriebene Felbgottesbienft.

#### "Art. 3.

"Das Tragen eines geiftlichen ober Ordens-Rleides ift benjenigen Personen, welche feit mehr als einem Monat im Ranton wohnen, auf ber öffentlichen Strafe verboten.

#### "Art. 4.

"Uebertretungen werden mit 1—8 Tagen Polizeihaft und mit einer Buße von Fr. 10-50 bestraft.

#### "Art. 5.

Der nämlichen Strafe unterliegen die Urheber und die Gehülfen bei Aufreizungen ober Unordnungen, welche bei Anlag ber Feier eines Gottesdienftes in einem Brivateigen=

Es icheint mir, bag Bern in Bezug auf bas Strafmaß ben Ranton Genf an Sochherzigfeit hatte überbieten follen. Da indessen hiefur keine Hoffnung vorhanden ift, so besfchränke ich mich darauf, den Antrag zu stellen, es sei die Buße auf Fr. 200 und die Gefängnißstrafe auf 60 Tage berabzufegen.

Follet ête. Der § 1 fagt: "Wer in einer ben öffent= lichen Frieden gefährdenden Weise Angehörige einer Kon= fession ober Religionsgenossenschaft zu Feindseligkeiten gegen Angehörige einer andern aureizt, wird mit Geldbuße bis zu Fr. 1000 ober mit Gefängniß bis zu einem Jahre bestraft." Ich hätte gewünscht, daß man genauer gesagt hätte, was unter "Anreizungen in einer den öffentlichen Frieden gefahrbenden Weise" zu verstehen seien. Der herr Borredner hat ben Antrag gestellt, es sei nach dem Worte "Weise" ein= zuschalten: "öffentlich". Dadurch wurde der Art. 1 besser

prazifirt, und man mußte, welche Sandlungen ftrafbar find. Ich mochte in diefer hinficht eine Anfrage ftellen. einigen Bochen ließ ein Boffenreißer aus Benf an allen Strafeneden von Pruntrut Die Affiche, Die ich bier habe, anfleben. (Der Redner zeigt eine Affiche von gelbem Bapier.) Dieje Affiche fundigte ein Rongert an, in welchem folgende Lieder gefungen werben follten :

"die heilige Ginfalt;

"die Beldenthaten des Berrn Lachat;

"bie Miggeschicke Mermillod's;

"armer Jefus;

"die schwarze Marfeillaise, Kriegsgeschrei ber Ultra-montanen;"

u. f. w., u. f. w. 3ch tenne Berfonen, welche, weil fie biefe aufreizenden Unschlagzettel abgeriffen, zu einer Buße und ben Roften ver-urtheilt worden waren. Es ift dieß ein neues Beispiel von Demjenigen, was seit dem Beginn der religiösen Krise im Jura geschieht. Wie Herr Moschard sagte, beklagen sich die katholischen Jurasster nicht genug, man kennt die Borgange im Jura nicht hinlänglich, und man weiß nicht, welchen Beschimpfungen, Difbrauchen und Ausschreitungen die tatholische Bevolferung ausgeset ift. Den Borftellungen, welche biefer fremde hanswurft unter bem Schute ber Behorden gab, wohnten alle Staatsbeamten in Bruntrut bei. Die gange Bevolferung konnte horen, wie diefer Menfch bei offenen Genftern und unter tobendem Beifall feiner Buhorer mit gellender Stimme fatgrifche Lieder fang, deren Titel allein eine Beschimpfung und herausforderung der Ratholiten ift.

Moch mehr: eine ber Rirchen, welche ben Ratholifen entriffen worden find, murbe von der Behorbe biefem Ganger gur Berfügung geftellt, um barin feine Lieber vorzutragen. Was fagen Sie und was halten Sie von einer Regierung, welche folche Handlungen bulbet? Dieß ift die Frage, welche ich dem Großen Rathe vorlege. Die Regierung muß von Diefen Borgangen burch die öffentlichen Blatter und durch bie Berichte ihrer Regierungsstatthalter Renntniß erhalten haben.

Wenn die lettern die obere Behorde nicht dudon in denningeseigt haben, so möge man sie an ihre Pflicht erinnern.
Der Mensch, welcher in Pruntrut gesungen, kam von Delsberg, wo er öffentliche Konzerte gegeben und die nämslichen insultirenden Lieder gesungen hatte, ohne daß die Poslici iraend melde Schwieriakeiten erhoben hatte. Glauben Sie, man wurde uns ben taufendften Theil von Demjenigen gestatten, was man fo entgegenkommend diesem herumziehenden Komodianten erlaubt? Man wiederholt bei jedem Anlaffe, daß die Ratholifen durch Ruheftorungen und Aufreizungen ben öffentlichen Frieden gefährden. Bie benennen Gie aber Das, was in Bruntrut und Delsberg geschehen ift? Benn in Folge der Provokationen Diefes Menschen Unordnungen entstanden waren, wem ware die Berantwortlichfeit dafür auf= gefallen? Wenn ein Katholit öffentliche durch Affichen angefundigte Borftellungen gegeben hatte, in denen er bei offenen Fenftern fathrische Lieder gegen Die radikalen Rotabilitäten ober gegen Die Saupter Des Schisma gefungen hatte, glauben Sie, es hatte Gefängnisse genug gegeben, um ihn und seine Buhörer aufzunehmen, und man hatte im Kanton Bern Richter genug gehabt, um sie wegen Aufreizung zu Friedens-störungen zu verurtheilen? Es ist zu beklagen, daß solche Sandlungen, fobald fie von den uns beschimpfenden Berfon= lichkeiten begangen werden, ftraflos bleiben. Dieß ift um fo bedauerlicher, wenn man fieht, wie man auf ber andern Geite mit der außerften Barte gegenüber den unschuldigften, unbedeutenoften Sandlungen vorgeht und Rleinigkeiten mit ber außerften Strenge verfolgt. Benn man fieht, wie ungleich Die beiden Parteien behandelt werden, und wie den Ginen Alles erlaubt ift, mahrend bie Andern immer mit außer= ordentlichen Magregeln bedroht find, so muß man sich fragen,

ob im Kanton Bern zweierlei Maß und Gewicht bestehen, bas eine fur die Katholifen und bas andere fur ihre Gegner. Antworten Gie mir auf Diese Frage.

Herr Berichterstatter bes Regierungsrathes. Das Botum bes herrn Folletete fann nicht gang mit Stillschweigen übergangen werden. Man fann darüber verschiedener Unficht fein, wie weit Gottesläfterung und Berabwürdigung ber Religion als strafbare Bandlungen angesehen werden konnen. Ich perfonlich huldige der Ansicht, daß jeder Bürger die Pflicht habe, sich derartiger Handlungen zu enthalten. Indessen fann ich doch darauf hinweisen, daß in den letzten Tagen im Nationalrathe die Frage gründlich erörtert worden ift, ob unter der Berrichaft der jetigen Bundesverfassung der Begriff der Gotteslästerung noch flichhaltig fei und in den fantonalen Strafgefegbuchern noch aufrecht erhalten werden tonne. Der Entscheid des Nationalrathes, dem ber Standerath beiftimmte, ging grundsaglich dabin, es fei der Begriff der Gotteslafterung, der Berabwurdigung der Religion tein Delift mehr. Es wird später die Frage an die kantonalen Gesetzgebungen berantreten, ob sie nicht in diesem Sinne ihre Strafgesetzbucher revidiren sollen. Dieß ist eine Thatsache, vor welcher wir stehen, und die uns durch die Bundesverfassung geschaffen worden ift.

Man muß aber auch die Rehrseite ber Medaille in's Auge faffen. Belche Ausschreitungen erlaubt fich nicht bie ganze ultramontane Breffe gegenüber den Staatsbehorden! Serr Folletête fteht naturlich da als entschiedener Vertreter ber römisch-katholischen Rirche, wie er fie auffaßt, wir aber stehen da als Vertreter der Staatsordnung und der Staats-gewalt. Ich stelle nun die Anfrage, ob, wenn der "Pays" und andere ultramontane Blätter Tag für Tag die ganze Berner Regierung als eine Lausbubenregierung und bie Mitglieder des bernischen Großen Rathes als Altoholisten und als Ochfen bezeichnen, dieß nicht viel mehr zu tadeln fei und ob ba nicht viel mehr Grund jum Ginschreiten mare, als auf bem fehr zweifelhaften Boden, wie weit der Begriff der Berabwurdigung der Religion vor der Bundesverfaffung der= malen noch Stand habe. Ich glaube, biefe Frage bejahen zu muffen. Das Aergerniß, welches durch das von Herrn Folletete vorgezeigte Blakat erregt worden fein soll, ist jedenfalls viel geringer, als dasjenige, welches f. B. der Kanton Uri hervorgerufen, indem er den befannten Aynifer, der seine religiofen Unfichten in einer gang objeftiv geschriebenen Brofchure auseinandergesett hatte, mit Beitschenbieben bestrafte.

herr Kohler hat den Antrag gestellt, in § 1 vorzuschreiben, es musse die Anreizung, um strafbar zu sein, einen
öffentlichen Charafter haben. Gegen diesen Antrag muß angeführt werden, daß es Falle geben kann, wo auch ein Privatbrief einen ebenso strafbaren Charakter hat, wie 3. B. ein gedructes Birfular und ein Artitel in ber Breffe. kann baher ben Antrag bes Berrn Rohler auf Ginschaltung bes Bortes "öffentlich" nicht jugeben.

hinfichtlich ber Antrage auf Berabsetzung bes Strafmaßes mache ich barauf aufmerksam, welche Tragweite dieß auf die ganze Anlage des Gesetzes hatte. Es mußte dann naturlich auch in allen übrigen Artikeln des Gesetzes eine Herabsetzung bes Strafmages erfolgen, und man murbe bann ben 3med. ben man im Auge hat, nicht erreichen. Das Befet will eben ein wirksames fein, mas man nur burch Aufstellung eines möglichst hohen Strafmaximums erreicht. Dabei ift immerbin gestattet, in einzelnen Fallen eine fleine Strafe auszusprechen; benn ba fein Minimum vorgesehen ift, so fann ber Richter bei einer Buße von Fr. 1 und bei Itägiger Gefängnifftrafe beginnen.

Joliffaint. herr Folletête stellt die Anfrage, wie man in Butunft gegen einen Ganger vorgeben werbe, ber ein Konzert ankundigt, in welchem unmoralische Lieber, wie bie auf ber von ihm vorgezeigten Affiche erwähnten, gefungen werden. Berr Folletete hat nicht nachgewiefen, daß die fraglichen Lieder etwas Unmoralisches enthielten. Um zu ent= scheiden, ob diese Lieder wirklich die romische Religion und ihre Priefter beschimpfen, muß man fie tennen. Berr Folletête hatte fie daher vorlefen und fich nicht damit begnügen follen, ihre Titel mitzutheilen, Die nichts beweifen. Berr Folletete, welcher fragt, ob die Gerechtigfeit zweierlei Maß und Bewicht habe, da fie nicht gegen biefen Ganger, ber in Pruntrut ein Konzert gegeben, eingeschritten sei, vergißt die herausfordernden Lieder, die von den Ultramontanen fo haufig gefungen werben. Ift ein einziges Dorf, in bem die Freunde Des Herrn Folletete nicht schon das "Lied der Abtrunnigen" (chanson des apostats) hatten erichallen laffen? Schimpflied, welches fie fogar ihre Rinder lehren, ift eine Herausforderung. Seid aufrichtig und tadelt, wo wirklich ein Grund zum Tadeln vorhanden ift.

Folletete. Die Ginmendungen des Herrn Joliffaint fegen mich nicht in Berlegenheit. Diejenigen, welche bas Apostatenlied singen, werden unfehlbar vor den Richter gewopinternieb singen, werden unselbent vor ven Atchter geszogen. Es ist unnöthig, zu fragen, ob sie verurtheilt werden. Man verurtheilt sogar Diesenigen, welche das Wort Apostat aussprechen. Wenn Herr Jolissaint dieß nicht glaubt, so kann er sich davon überzeugen. (Jolissaint: Und das Gericht von Saignelégier? verurtheilt es diese Sänger auch?) Die Urtheile liegen vor. Ich selbst war schon oft Beuge von solchen Berurtheilungen. Ich stelle sie den von mir erwähnten Ausreizungen geganüber und ich konstation. den der Unselbsten Aufreizungen gegenüber, und ich fonftatire, daß der Urheber biefer ftrafbaren Brovotationen, die er ohne Zweifel zu jeder Beit mit dem nämlichen Erfolge erneuern fann, nicht bestraft, ja nicht einmal angewiesen worden ift, fich etwas zu mäßigen. Was die Frage betrifft, welches der Inhalt dieser Lieder ge= wesen sei, die öffentlich und bei offenen Fenftern gefungen ind beren Refrains von den Zuhörern gebrullt worden waren, so genügt es, ihre Titel zu lesen. Ich hatte Ihnen am darauf folgenden Tage einige Bruchstücke dieser aufrührerischen Strophen wiederholen konnen; denn der Burger Unfaldi gab feine Borftellungen unter meinen Fenftern. Allein die Titel zeigen zur Genüge, welchen Zweck man verfolgte. Lieder, die be-titelt find "Armer Jesus", "Die Mißgeschicke Mermillod's", muffen nothwendigerweise das religiose Gefühl bes Katholiken verlegen. Solche Aufreizungen bleiben ungestraft, ja fie machen fich unter dem Schute und der Billigung der Kantons= und der Gemeindsbehörden breit, mahrend die Ratholiken fur die unbedeutenoften Dinge gestraft werden.

Gestatten Sie mir, noch ein ganz neues Beispiel anzu-führen, welches zeigt, wie man gegenüber ben Katholiken verfährt. Bor einigen Wochen führten Landjager einen jungen Geiftlichen in bas Gefängniß nach Pruntrut, ber inbeffen bie Brotestation vom Februar 1873 nicht unterzeichnet hatte und von dem Ausweisungsdefret nicht betroffen ift, da er erft seither ordinirt worden ift. Dieser junge Beiftliche mar in Bonfol am Bette eines Kranten verhaftet und auf einem Umwege nach Pruntrut geführt worden. Er murde von den Landjägern mißhandelt und langte mit blutenden Fußen in Bruntrut an. Unfer Rollege, Gerr Grograth Spahr, ber fich gerade vor feinem Saufe befand, trat zu bem Gefangenen, brudte ihm die Sand, und als die Landjager ihn in rober Beife berhindern wollten, mit dem Beiftlichen ju fprechen, trat er mit folgenden Worten gurud: "So behandelt man also jett die Geistlichen! welche Freiheit!" Am folgenden Tage umringten die Landjager bas Haus Spahr, um ihn zu ver= haften. Herr Spahr, ber davon benachrichtigt worden war, hatte sich entfernt. Wissen Sie, was dann geschah? Die Polizei Bismart's, welche seit dem Ausbruch des religiösen Konflikts mit der bernischen Polizei auf dem bestem Fuße lebt, murbe fofort angewiesen, Berrn Spahr zu verhaften, wenn er den Fuß auf elfäßischen Boden segen follte. Am

folgenden Tage hatte Herr Spahr die preußischen Landjäger auf seiner Spur, und er mußte in aller Gile das kaiserliche Gebiet verlassen und sich nach Frankreich flüchten. Man wird meinen Angaben nicht widersprechen; benn biese Thatsachen sind allgemein bekannt, meine Kollegen von Pruntrut können die Wahrheit berselben bestätigen. Herr Spahr selbst könnte bieß thun.

Solches geschieht in bem Lande, in welchem Sie durch Außnahms- und Gelegenheitsgesche die Ruhe wieder herstellen wollen. Diese Thatsachen sind bezeichnend, und sie kommen täglich vor. Sobald der Behörde eine begründete oder unbegründete Klage eingereicht wird, so beginnt man damit, den angeblichen Missethäter einzukerkern, und zwar für die undezeutendsten Dinge. Dieß ist aber nicht Alles. Obwohl der § 190 des Strafversahrens vorschreibt, es sei der Angeschuldigte längstens binnen den zwei ersten seiner Inhaftirung folgenden Tagen zu verhören, habe ich gesehen, wie man Angeschuldigte 15, 20, 28 Tage in Haft ließ, ohne sie zu verhören. Dieß ist mehrmals vorgekommen, und namentlich auch gegenüber zirka 15 Gefangenen von Charmville. Diese Thatsacher tönnen Sie nicht in Abrede stellen; ich garantire übrigens für ihre Genauigkeit. Ich wiederhole die vorhin gestellte Frage, ob im Kanton Bern zweierlei Maß und Gewicht vorkommen. Es wäre wirklich Zeit, darauf bedacht zu sein, diesen Aussichreitungen und Mißbräuchen ein Ende zu machen, welche eine Schande für die Institutionen eines Landes sind, in dem sie strassos bleiben.

Jolissaint. Es scheint, die Diskussion wolle im nämlichen Tone fortfahren, wie diesen Morgen. Es ist im höchsten Grade bemühend, mit Gegnern zu diskutiren, welche nur auf dem Boden der Persönlichseiten sich wohl befinden. Es widersteht mir, ihnen länger auf diesem Gebiete zu solgen. Man entstellt alle Thatsachen. Man hat von Herrn Spahr als von einem ganz unschuldigen Manne gesprochen. Warum hat er sich aber in eine Sache hineingemischt, welche ihn durchaus nichts anging? Herr Spahr beschränkte sich richt daraus, Standal zu machen, sondern er scheint die Gäste seinebe Stadlissements gegen die Landsäger aufgereizt zu haben, welche den Pfarrer Schaffner führten. Diese Gäste verhöhnen die Landsäger bis in die Stadt hinein. Wenn Herr Spahr eine so ruhige und unschuldige Rolle spielte, wie man beshauptet, so begreise ich nicht, warum dieser Herr, der ein unerschrockener Vataillonskommandant ist, sein Haus so plößlich verlassen und in aller Eile die Grenze überschritten hat. Ich will darauf nicht näher eintreten. Ich beschränke mich darauf, zu konstairen, daß herr Kolletete die Thatsachen gröblich entstellt hat.

Herr Präfident. Ich fann nicht dulben, daß die Disfussion noch länger in diesem Tone fortsahre. Ich werde mich daher genöthigt sehen, funftighin den Rednern, welche sich nicht an die Sache halten, das Wort zu entziehen.

herr Berichterstatter des Regierungsrathes. Es ist bei den Ultramontanen Uebung, jeweilen sowohl bei der Eintretensfrage, als bei der Berathung der einzelnen Artikel der Sache fernliegende Gegenstände in die Berathung hineinzuziehen und förmliche Interpellationen über diese und jene Detailfrage an die Regierung zu stellen. Nun aber haben die Mitglieder des Regierungsrathes nicht, wie diese Herren, das ganze Jahr hindurch sich nur mit klerikalen Fragen zu befassen. Wenn daher bei der Berathung eines Gegenstandes eine ganz fern liegende Angelegenheit bei den Haaren herbeizgezogen wird, so ist das betreffende Mitglied nicht immer im Falle, vorher die bezüglichen Akten nachgelesen und sich darüber orientirt zu haben. Wenn also herr Folletête fragt,

ob der fragliche Berhaftsbefehl begründet gewesen sei, so fann die Regierung erst darüber Aufschluß geben, wenn sie die besäuglichen Aften nachgelesen hat. Wie jedoch Herr Jolissant auseinandergeset hat, ist dieser Berhaftsbefehl nicht ohne Grund erlassen worden. Wenn die Ultramontanen über einen Gegenstand Auskunft wünschen, so mögen sie dieß in der durch das Reglement vorgeschriebenen Form einer Interpellation thun.

Steullet. Der § 1 jagt: "Wer in einer ben öffent lichen Frieden gefährbenden Weise Angehörige einer Konsessischen Gesten Angehörige einer andern anreizt, wird mit Gelobuse bis zu tausend Franken oder mit Gefängniß bis zu einem Jahre bestraft." In § 2 heißt est: "Gin Geistlicher oder anderer Religionsdiener, welcher in Ausübung oder bei Anlaß der Ausübung gottesdienstlicher oder seelsorgerischer Handungen Staatseinrichtungen oder Erlasse der Staatsbehörden in einer den öffentlichen Frieden gefährbenden Weise zum Gegenstande einer Berkündigung oder Erörterung macht oder seine Stellung in anderer Weise zu politischen Zwesen mißbraucht, wird mit Geldbusse bis zu tausend Franken oder mit Gesängniß bis zu einem Jahre bestraft." Der § 1 bestrifft die Raien, während der § 2 sich auf die Geistlichen bezieht. Ich sehe die Nothwendigkeit nicht ein, den § 1 zu erslassen, welcher ausschließlich gegen die Katholisen im Jura gerichtet ist. Wir haben ein Strafgesesbuch, welches 258 Artisel hat und dessen Wese darin besteht, die öffentliche Ordnung und Sitte zu schüßen. Es scheint mir, es sollte das Strafgesch genügen, um die öffentliche Ordnung und Sitte zu schüßen. Allein man will eben, wie bereits bemerkt, die Katholisen treffen.

In der letten Sitzung des Großen Rathes haben wir wüthende Ausfälle gegen die Katholiken hören muffen. In den Berfammlungen des Bolksvereins ziehen die Protestanten mit aller Macht gegen die Ultramontanen los. Fast alle Redner, welche in diesen Berfammlungen auftreten, wurden der im § 1 vorgesehenen Strafe unterliegen. Ich bin überzeugt, daß dieser Artikel im alten Kantonstheil ein todter Buchstabe bleiben wird, im Jura werden sich aber Beamte sinden, welche Geldbußen von Fr. 1000 und Gefängnißstrafe von einem Jahre außsprechen werden. Im Kanton Genf, wo ein Carteret in der Regierung ist, begnügte man sich damit, das Maximum der Strafe auf eine Buße von Fr. 60 und auf Stägige Gefangenschaft zu bestimmen. Ich möchte auch nicht weiter gehen und stelle daher den Antrag, es sein § 1 die Buße auf Fr. 60 und die Gefängnißstrafe auf Tage zu reduziren.

v. Wattenwyl. Ich finde das Strafmazimum für gewisse Källe nicht zu hoch. Man geht immer von der Anssicht aus, man wolle in ungerechter Weise die Ultramontanen im Jura chifaniren, und es werben dort die Richter immer das Mazimum der Strafe aussprechen. Ich weiße es nicht. Wenn ich das Mazimum für gewisse Fälle nicht zu hoch sinde, so habe ich da die Verhältnisse im alten Kantonstheile im Auge. Wir haben im protestantischen Kanton auch verschiedene Glaubensgenossen, und wenn die Einen zu Gewaltsthätigkeiten gegen die Andern aufgehetzt werden und ein Todtschlag daraus entsteht, so ist die Strafe nicht zu groß. Wenn ich aber dem Mazimum beistimme, so möchte ich auch ein Minimum aufstellen, damit nicht der Richter für solche Gewaltthätigkeiten nur etwa eine Buße von Fr. 1 ausspreche. Ich stelle daher den Antrag, es sei der Schlußsat des § 1 also zu redigiren: "wird mit Geldbuße von Fr. 50—1000 oder mit Gesängniß von 60 Tagen dis zu einem Jahre bestraft."

Jobin bemerkt, bag bas Amtsgericht von Saignelegier

nicht im Falle gewefen fei, über bas Singen bes Apostatenliedes ein Urtheil zu fällen, da ihm keine bezügliche Anzeige eingereicht worden fei.

Joliffaint. Es ist jest nicht ber Angenblick zu weitern Grörterungen über biefe Angelegenheit. 3ch werbe Berrn Jobin bei einem andern Anlaffe antworten.

#### Abstimmung.

1) Fur ben Antrag bes Berrn Rohler (Ginschalt ung bes Bortes "öffentlich") Minderheit.

2) Fur Die Strafmagima bes Entwurfes . Mehrheit. Minderheit.

Rohler und Steullet babin. 3) Für den Antrag des herrn v. Battenmyl Minderheit.

#### § 2.

Gin Beiftlicher oder anderer Religionsdiener, welcher in Ausübung oder bei Anlag der Ausübung gottesdienftlicher ober seelsorgerischer Handlungen Staatseinrichtungen ober Erlaffe der Staatsbehorden in einer den öffentlichen Frieden gefährdenden Weise jum Gegenstande einer Berfundigung oder Erorterung macht oder feine Stellung in anderer Beije ju politischen Zweden migbraucht, wird mit Geldbuße bis ju taufend Franken ober mit Befangniß bis zu einem Jahre bestraft.

Der Regierung Frath und die Rommission ftellen folgende Antrage:

1) Rach den Worten "feelforgerischer handlungen" beizu=

fügen:

"politische oder burgerliche Angelegenheiten;"
2) nach den Worten "den öffentlichen Frieden" einzuschalten :

"oder die öffentliche Ordnung";

3) die Worte gu ftreichen:

"ober feine Stellung in anderer Beife zu politi= fchen Zweden migbraucht."

Herr Berichter statter des Regierungsrathes. Außer ben gebruckt ausgetheilten Antragen ftellt ber Regierungerath den weitern Antrag, die Borte noder feine Stellung in an= berer Weise zu politischen Zwecken migbraucht" zu ftreichen. Der Grund Diefes Antrages liegt barin, daß biefer Baffus nach mehreren Richtungen bin allerdings zu verschiedenen Interpretationen, zu Misverständnissen und zu irrigen Auffassungen Anlaß geben kann. Es sind benn auch in diesem Sinne seit der ersten Berathung verschiedene Bemerkungen und Kritiken in der öffentlichen Presse, in Broschüren und in Eingaben des protestantischen Synodalraths und protestantischer Beiftlicher an die Kirchendirektion gemacht worden. Der Regierungsrath glaubte, biefen Bedenken Rechnung tragen zu follen, und er trägt deshalb auf Streichung des fraglichen Passus an. Ich habe bereits diesen Morgen bei Anlaß der Eintretensfrage barauf hingewiesen, man werde bei der artifel= weisen Berathung suchen, ben gegen bas Geset erhobenen Einwendungen möglichst Rechnung zu tragen. Gin folcher Fall ist nun hier vorhanden. Die Kommission schlägt noch zwei Ginschaltungen vor, benen die Regierung beiftimmt, deren Begründung ich aber dem Herrn Berichterstatter der Kommission überlassen will.

Sahli, als Berichterstatter ber Kommission. Es ist bieß eigentlich ber einzige Artikel, gegen ben sich Opposition erhoben hat. Man hat gefunden, ber Ausbruck "ober seine

Stellung in anderer Beife zu politischen Zweden migbraucht" fei etwas unbestimmt. Ich glaube zwar, man hatte die Interpretation diefer Bestimmung füglich ben Gerichten überlaffen können, und es hatten sich in der Bragis feine Uebelstande ergeben. Indeffen hat man gefunden, es konne den dießfalls geaußerten Bedenken, dem Sinne des Gesches unbeschadet, Rechnung getragen werden. Dieser Passus ist f. 3. aufgenommen worden, weil man von der Anficht ausgegangen ift, es tonne ein Beiftlicher ben öffentlichen Frieden ftoren, ohne gerade Staatseinrichtungen oder Grlaffe der Staatsbehörden ju fritistren; das Leben biete noch so viele politische und burgerliche Seiten dar, daß auch nach dieser Richtung hin dafür geforgt werden musse, daß kein Mißbrauch stattsinde. Ich glaube nun aber, es könne der Passus weggelassen werben, wenn man in den vorhergehenden Bestimmungen bas Gebiet etwas weiter ausdehnt, auf welchem der Beiftliche in feinen amtlichen Berrichtungen Migbrauch treiben tonnte. In Folge bessen wird ber § 2 also lauten: "Ein Geistlicher ober anderer Religionsbiener, welcher in Ausübung oder bei Anlaß der Ausübung gottesdienstlicher oder seelsorgerischer Bandlungen politische oder burgerliche Angelegenheiten, Staat8 einrichtungen ober Erlaffe ber Staatsbehorden in einer den öffentlichen Frieden ober die öffentliche Ordnung gefährdenden Weise jum Gegenstande einer Berfundigung oder Erörterung macht, wird mit Geldbufe bis ju taufend Franken oder mit Befangnig bis ju einem Jahre bestraft."

Sie sehen hieraus, daß an Plat der gestrichenen Worte zwei Einschaltungen gemacht worden find. Es scheint mir, damit follten sich die Geiftlichen einverstanden erklaren können. Ich fann mir in ber That nicht benten, wie ein ernfter Beistlicher, ber feine Stellung richtig auffaßt, gegen bie vor= geschlagenen Mobififationen irgend welche Ginmendung er= heben fann. Ich habe bereits bemerft, bag nicht nur Staatseinrichtungen und Erlaffe ber Staatsbehörden von Seite ber Geiftlichen in einer ben öffentlichen Frieden gefährbenden Weije jum Gegenstande einer Grörterung gemacht werden konnen, fondern daß dieß auch mit politischen und burger. lichen Angelegenheiten, welche nicht Erlaffe ber Staatsbehörden betreffen, geschehen tann. Es ift mir ein Fall befannt, mo ein Briefter die Absolution verweigerte, es jei benn, daß ber Betreffende sein Bermogen einer frommen Stiftung vermache. Dieß geht nicht gegen bestimmte Staatseinrichtungen ober gegen Erlaffe ber Staatsbehorden, allein es wird doch Jeder= mann fühlen, daß es gegen die öffentliche Ordnung versftößt. Solche Beispiele könnten noch viele angeführt werden. Ich glaube, man folle fich auch gegen folche Uebergriffe ber geiftlichen Gewalt schugen. Ich will mich auf bas Bejagte beschränken, behalte mir aber vor, auf allfällige Ginmen= dungen fpater ju antworten.

A. Rohler. Ich halte ben § 2 fur unnothig. Wie ich bei der ersten Berathung bemerkt habe, und wie dieß in einer von herrn Dberrichter Buricher gefchriebenen Brofchure nachgewiesen ift, sind die Sandlungen, welche man hier er-reichen will, bereits durch die §§ 177 und 178 des Straf-gesethuches vorgesehen. Es handelt sich hier ohne Zweifel um Rangelmigbrauche und um Migbrauche der Breffe. Bir haben aber ichon die Mittel, folche Migbrauche zu bestrafen. Auffallen muß im ganzen Gefetze die unbestimmte Redaktion. Was versteht man unter den Worten: "in einer den öffent= lichen Frieden gefährdenden Weise"? Das ift sehr elastisch. Das Nämliche ift der Fall mit den Worten: "welcher Staats= einrichtungen ober Erlaffe ber Staatsbehörden jum Begenftande einer Berkundigung oder Grörterung macht." Bie wird ber Richter biese Bestimmung interpretiren? Wenn es fich um Erlaffe handelt, welche bas religioje Bebiet betreffen, wird es da dem Beiftlichen verboten fein, fie zu fritifiren? Berr Buricher hat in feiner Brofchure mit Recht gefagt: "Glücklicherweise hat vor mehr als 1800 Jahren die pharisaische

Regierung von Jerufalem von biefem Gefetesentwurfe teine Renntniß gehabt; benn fonft mare eine gemiffe Bergpredigt nicht abgehalten worden." Dieß ist richtig. Indessen hatte Herr Zuricher beifügen können, daß die Juden noch weiter gegangen sind. Jesus Christus mußte diese Bredigt theuer bezahlen, mit dem Kreuzestode. Wenn Sie den § 1 annehmen, wer tann fagen, wo man ftill fteben, wo bie Grenze bes Gefches fein wird? Man hat hier bie Angriffe gegen bie Behörden im Auge. Wenn aber Verlaumdung vorliegt, fo ge= nugt das gewöhnliche Strafgefegbuch, um die Schuldigen ju bestrafen. Auch Berr Buricher ift Dieser Unsicht. Ich stelle ben Antrag, es sei ber § 2 zu ftreichen.

v. Buren. Auch ich möchte in erster Linie ben § 2 ftreichen, und ich glaube, es murbe diese Streichung dem Gesche keinen Eintrag thun. Was der § 2 sagt, ift bereits im § 1 enthalten, welcher allgemein gefaßt ist und nicht nur die Geistlichen, sondern Jedermann betrifft. Wenn tregendwo, so liegen hier der Gebrauch und der Mißbrauch gentwarentlich naha unfammen. außerordentlich nabe gusammen. Ge fann vorkommen, dag ein Geiftlicher nach bestem Wiffen und Gewiffen und nach feiner Pflicht die Wahrheit gejagt zu haben glaubt, mahrend Andere finden, er habe Etwas gefagt, daß gegen die öffent-liche Ordnung verstoße, so daß er strafbar fei. Mit folchen Artikeln greifen Sie außerordentlich tief in die Ausübung bes geiftlichen Amtes binein, und ich begreife gut, daß bie protestantischen Geistlichen sich nahezu einstimmig gegen folche Bestimmungen verwahrt haben. Allerdings wird nun burch die von ben vorberathenden Behorden vorgeschlagene Streichung bie Barte bes Befetes gemildert, und wenn dann Die Aussnührung eine richtige sein wird, so konnte die Sache eher angehen. Man sagt, der Geiftliche sei auf der Kanzel in einer exceptionellen Stellung und man konne ihm da nicht widersprechen. Indeffen hat jeder Buhorer auch sein Urtheil, und es ift nicht gefagt, daß er Alles, mas der Bfarrer fagt, als burchaus richtig und mahr ansehe. Daher hat bas Kangelwort nicht bie Gefahr, bie man barin erbliden will. Es hat Rraft, wenn es mahr ift, geht es aber von der Wahrheit ab, so verliert es seine Kraft. Ich glaube, es ware am besten, den § 2 zu streichen. Der § 1 gibt eine genügende Handhabe, um Ausschreitungen, wie man sie hier im Auge hat, zur Strafe zu ziehen. Eventuell aber ftelle ich den Antrag, die Worte "politische oder burgerliche Angelegenheiten" und "oder die öffentliche Ordnung" fallen zu laffen.

halte die von herrn v. Buren fur die Streichung bes § 2 angebrachten Grunde nicht für ftichhaltig. Die Behauptung, digebluchten Stunde inter jut jungung. Der Inhalt des § 2 sei bereits in § 1 inbegriffen, ist nicht richtig. Bur Noth könnte man vielleicht mit dem § 1 außreichen. Indessen macht dieser den § 2 nicht überflüssig.
Im § 1 ist nämlich von einer direkten Uktion, von einer bireften Anreizung zu Feinbseligfeiten bie Rebe, mahrend ber § 2 diefes Merkmal des Thatbestandes nicht verlangt, sondern sich schon mit einer blogen Verkundigung ober Erörterung begnügt. Also schon in dieser Richtung ift der § 2 nicht in § 1 enthalten. Wenn man nach dem Grunde fragt, warum man im § 2 strenger sei gegenüber ben Geistlichen, so ift es wesentlich ber, ben herr v. Buren auch berührt und gegen ben er nichts Stichhaltiges eingewendet hat, daß nämlich ber Beiftliche auf ber Rangel in Ausubung bes Amtes als Autorität, als Trager ber Kirche auftritt und eine ganz andere Stellung einnimmt, als ber Burger. Der § 1 bezieht fich nämlich sowohl auf ben Burger als auf ben Beiftlichen,

während der § 2 ausschließlich den lettern betrifft.
Der Hauptgrund, warum der § 2 nicht überstüssig ist, besteht darin: der § 1 redet nur von Anreizungen einer Religionsgenoffenschaft gegen eine andere. Der § 2 aber

hat gang andere Falle im Auge, nämlich die ben öffentlichen Frieden gefährdenden Angriffe gegen den Staat und die Staat8= einrichtungen. Die beiden Baragraphen haben alfo ein ver= schiedenes Dbjett. Aus Diefen Grunden mochte ich an bem

Ich fuge noch bei, bag nach meinem Dafürhalten bie Beiftlichen der verschiedenen Konfessionen sich durchaus beruhigen konnen. Im § 2 ift nur von Sandlungen die Rede, welche den öffentlichen Frieden gefahrden. Damit ift alfo eine Kritif über burgerliche ober politifche Ginrichtungen, über fogiale Fragen, über diese ober jene Bestimmung eines Gesebes nicht ausgeschloffen. Cobald ber Richter sich überzeugt, baß nicht die Absicht obwaltete, den öffentlichen Frieden oder Die öffentliche Ordnung zu ftoren, sondern daß nur eine be-rechtigte Kritik ausgeubt wurde, so wird er ein freisprechendes Urtheil fallen. Diefes Butrauen durfen wir in unfere Berichte fegen.

v. Sinner. Da ich bei ber erften Berathung bes Gesehes nicht anwesend war, so erlaube ich mir, einige Worte über den § 2 beizufügen. Ich halte dafür, durch den § 2 werde ein ganz besonderes Strafgeset für die Geiftlichen aufgestellt, und es liege barin ein Mißtrauensvotum uchen aufgestellt, und es liege darin ein Mißtrauensvotum für unfere gesammte Geiftlichkeit. Ich fürchte, es werde das Geset nicht so wirken, wie die Regierung es beabsichtigt. Wenn man die ganze Geistlichkeit gewissermaßen unter ein Ausnahmsgesetz stellt und sagt, es könne jeder Geistliche in Folge irgend einer Aeußerung, die er in seiner Stellung als Geistlicher, z. B. in einer Predigt, thut, zur Rechenschaft gezogen werden, zu wie viel unangenehmen Auftritten kann das führen! Ich habe oft sagen hören, die Sache sei durchaus nicht so gefährlich; das Gesetz sein einer die gen der außersordentlichen und unanmuthigen Berhältnisse im Jura. und ordentlichen und unanmuthigen Berhaltniffe im Jura, und es werde feine Anwendung auf den alten Kantonstheil finden. 3ch will einen Augenblick annehmen, es verhalte fich das fo, obichon ich es nicht glaube. Die heutige Berhandlung zeigt Ihnen, daß die Leidenschaften auf beiden Seiten noch furcht= bar erregt find, wie wir Protestanten ce fast nicht begreifen fonnen. Glauben Sie, es werbe bei ben gegenwartigen Ber= hältniffen im Jura ein folder Paragraph glücklich durchge-führt werden können? Wird bei den fo erregten Leiden= schaften bavon nicht in einer Art und Weise Gebrauch gemacht werden, welche sehr schwierige Verhältnisse mit sich bringen wird? Man vergesse nicht, daß Jedermann das Recht hat, gegen einen Geistlichen eine Anzeige oder eine Klage einzureichen. Benn man, wie dieß im alten Rantonstheile eher geschehen durfte, objeftiv prufen murde, dann mare Die Sache nicht fo gefährlich. Allein bei den anormalen Berhaltniffen, wie fie im Jura bestehen, konnte ber § 2 nur allzuweit führen.

3ch habe mir bereits vor 11/2 Jahren erlaubt, mit aller Offenheit zu erklären, daß ich glaube, die Regierung wolle wirklich das Gute und habe nicht die Absicht, solche Miß-stände zu schaffen, wie wir sie leider zu beklagen haben; allein fie folle fich vor Denjenigen huten, die fich ihre Freunde nennen, die aber vielleicht ihre größten Feinde feien, vor den Leuten, welche viel zu hisig vorgehen wollen. Ich habe mich auch überzeugt, daß die Regierung von den Regierungestatthaltern und andern Beamten nicht immer fo berathen wird, wie es geschehen follte. Ich mochte gerne, daß wir bahin famen, daß die Regierung nicht mehr nothig hatte, gewiffermaßen Bartei zu nehmen, und baß fie nicht burch allzu leibenschaftliche Freunde zu Magregeln getrieben murbe, Die fie vielleicht fpater besavouiren muß. Ich habe damals gefagt: geben wir nicht ju weit. Bare die Regierung gerade von biefer Seite nicht zur Ausweifung ber Priefter angespornt worden, fo hatte fie ficher Diefen Schritt nicht gethan ober

hatte wenigstens langer bamit zugewartet.

Ich fürchte, bas vorliegende Gefet werbe im Jura gu

peinlichen Vorfallen und Auftritten Anlaß geben. Aber auch im alten Kantonstheile wird es andere Wirkungen haben, als man vielleicht erwartet. Wir erlaffen da, wir durfen es wohl sagen, ein Ausnahmsgesetz. In einigen Jahren wird man sich aber nicht mehr fragen, welches die Intention bes Gesetzes gewesen sei, sondern man wird einfach sagen, es bestehe für alle Bürger in Kraft. Ich frage nun: ist es eine Beruhigung für unsere Geistlichen, unter diesem Damoklesseine Rraft. schwert zu fein? Ich babe in Dieser Beziehung viele Be-fürchtungen gehört. Roch vor wenigen Tagen hat mir ein Geiftlicher gesagt: wir hoffen dann auf Guch. Stellen wir im Rampfe mit Rom nicht Bestimmungen auf, Die wir viel=

leicht in einigen Jahren bereuen merben. Bir fteben jest in der Bettagszeit. Bor einem Jahre habe ich eine Bettagspredigt von einem ausgezeichneten Beift= save ich eine Berragsprevigt von einem ausgezeichneren Geif-lichen gehört, welcher sagte, daß in der langen Bettags-proflamation der Regierung alles Mögliche enthalten sei, nur nicht der Name Gottes. Wenn damals das vorliegende Gesetz in Kraft gewesen wäre, hätte man da nicht sagen können, der betreffende Geistliche habe einen Erlaß der Staatsbehörden in einer den öffentlichen Frieden gefährdenden Beife jum Gegenstande einer Erörterung gemacht? Bie aber Berr Oberrichter Zuricher in feiner Brojchure jagt, fo bedeuten die Worte "in einer den öffentlichen Frieden ge-fährdenden Weise" im Grunde nichts Anderes als: "in einer der Regierung nicht genehmen Beise". Wenn die Geister auf einander plagen und eine etwas leibenfchaftliche Sprache geführt wird, dann konnte Die Bartei, die gerade am Ruder ift, fich bes § 2 bedienen, um ihr unangenehme Grorterungen zu unterdrücken. Ge konnte dieß auch bei der protestantischen Kirche zu unglücklichen Situationen führen. Ich glaube, es seien Biele von Ihnen innerlich nicht große Freunde des 32, und es werde unser verehrter Gerr Kirchendirektor spater froh fein, wenn er weggelaffen wird. Ich empfehle Die Streichung bes § 2.

Herr Berichterstatter der Kommission. Es ist eine erfreuliche Erscheinung, daß das lette Botum sich auf das sachliche Gebiet beschränkt hat, und es ift dieß der Grund, warum ich mir einige Gegenbemerkungen erlaube. Ich habe mich nämlich entschloffen, mich auf eine Diskussion nicht mehr einzulaffen, welche eine Wendung nehmen sollte, wie wir sie heute zu beklagen hatten. Herr v. Sinner geht von einer ganz falschen Grundanschauung aus. Er sagt, diese Bestimmung würde ihm nicht Bedenken erregen, wenn sie bloß von den Richtern im alten Kantonstheil angewendet würde, allein im Jura seien die Leidenschaften entzügelt, und es werde dort damit Mißbrauch getricken werden. Der § 2 ist aber so abgefaßt, daß kein darauf bezüglicher Fall im Jura definitiv erledigt werden kann, sobald die Parteien nicht einig sind. Bermöge der Erafandrohung sind nämlich alle Falle appellabel. Das Bedenten bes Berrn v. Ginner ift also burchaus nicht begrundet. Das Endurtheil wird in Bern gefällt werden, und zwar von der Polizeikammer, einem Gerichte, das, wie auch Berr v. Sinner zugeben wird, nach beftem Biffen und Gemiffen urtheilt.

herr v. Sinner hat den Bunfch ausgesprochen, es mochte die Regierung einmal aus diesem Barteigetriebe herauskommen. Ich hoffe, daß gerade durch dieses Geset bie Resgierung von diesen Berhaltniffen werde befreit werden. Der Große Rath bestimmt die Stellung der Geistlichen, und wenn sie diese überschreiten, so werden sie vor ein unparsteilsches Gericht gestellt, welches die handlungen beurtheilen wird, über die bei dem Fehlen eines bezüglichen Geseges bisher die Regierung auf dem Wege der polizeilichen Ber-fügungen urtheilte. Wer also municht, daß die Regierung aus Diefen schwierigen Berhaltniffen herausgelange, foll fur

das Befet ftimmen.

Man fagt, die Geiftlichen haben das Gefet "Maul-

frattengeset" genannt. Ich habe ber Berfammlung ber 216= geordneten des fantonalen Boltsvereins in Bern beigewohnt. geordneten des kantonalen Bolksvereins in Bern beigewohnt. Es ist durchaus unrichtig, daß die Geistlichen gegen die Aufnahme des § 2 opponirt haben. Die einzige Opposition
der anwesenden Geistlichen ging dahin, daß die Worte "oder
seine Stellung in anderer Weise zu politischen Zwecken mißbraucht" gestrichen oder wenigstens genauer präzistrt werden.
In diesem Sinne ist mir auch eine Zuschrift vom Volksverein
Huttwyl zugekommen. Ich darf sagen, daß ein hervorragender
Geistlicher sich mit der Abänderung begnügen wolte, zu sagen:
"oder seine berufliche Stellung in anderer Weise "2c.
Man sah eben nach gewalteter Diskussion ein, daß der Staat
sich gegen Uebergriffe des Klerus schüßen müsse.
Die Kommission ist mit gutem Weillen, nicht eigensung

sich gegen tlevergrisse vor aterno schugen musse. Die Kommission ist mit gutem Willen, nicht eigensinnig an ihre Arbeit gegangen. Man hat gesagt: wir anerkennen, daß die Geistlichen, wenigstens die protestantischen, eine doppelte Stellung haben, eine Stellung als Geistliche und eine bürgerliche Stellung. Wo sie nicht als Geistliche handen, wo sie in ihrem Hause oder in Gesellschaft diskutien, haben fie teine Amtsftellung, und Diefen Berhaltniffen wollen wir Rechnung tragen. Wie hat man das gethan? Man hat die betreffenden Worte umschrieben und gesagt: wir fügen den "Staatseinrichtungen" und den "Erlassen der Staatsbehörden" noch bei: "politische und bürgerliche Angelegen-beiten". Ueber diese Gegenkande durfen die Geistlichen nicht Disfutiren 1) in Ausübung ihrer geiftlichen und seelsorgerischen Funktionen, und 2) darf die Diskuffion nicht in der Weise stattfinden, daß sie den öffentlichen Frieden oder die öffentliche Ordnung gefährdet. Mit dieser Redaktion hat man den Bunfchen Der Geiftlichen in hohem Mage Rechnung getragen, und es wird heute faum der Fall fein, noch weiter ju geben

oder sogar den § 2 ju streichen, wie beantragt worden ist. Man hat bemerft, der § 2 sei im Grunde überstüssig. Der Herr Kirchendirektor hat bereits auf diesen Einwand geantwortet. Das Geset hat eine gewisse Dekonomie und eine gewisse Logik. Der § 1 schüt die Religionsgenossensschaften gegen die Uebergriffe des Klerus, und der § 2 schützten Gegen den Burger gegen bielelben. Diese Ueberg Den Staat, refp. Den Burger gegen biefelben. Diefe Ueber-griffe merden baburch charafterifirt, bag man fagt, ber Rlerus muffe dabei in Ausübung seiner geistlichen Funktionen handeln und zwar so, daß die öffentliche Ordnung dadurch gestört werde. Gegen diese Bestimmungen kann ein Geistlicher, der fein Umt ernft auffaßt und der die öffentliche Ordnung will,

nichts einwenden.

herr v. Sinner hat gesagt, ein Geiftlicher habe sich barüber ausgelaffen, daß in der letten Bettagsproflamation baruber ausgelassen, das in der letzten Bettagsproklamation der Name "Gott" nirgends vorgekommen sei. Ich habe mich sofort kompetenten Ortes darüber erkundigt, ob die Prämisse, welche Herr v. Sinner seiner Behauptung vorangestellt hat, richtig sei. Es ist mir doorts mitgetheilt worden, daß in der letzten Bettagsproklamation der Name Gottes sehr oft genannt worden sei. Ich kann daher nicht begreisen, wie der betreffende Pfarrer sich darüber auslassen konnte.

Es wird jedenfalls Riemmnden einfallen , eine Rritif ftrafbar zu erflaren, welche fich rein auf bem religiofen Ge-biete bewegt und die Gemuther nicht anreizt. Bu einem Gesetze gehört immer ein praktischer Richter, ber basselbe vernünftig anwendet. Ich empsehle ben § 2 mit den von der Kommission vorgeschlagenen Abanderungen zur Annahme.

v. Sinner. Ich stehe zu meiner Behauptung, daß in ber letzten Bettagsproklamation der Regierung der Name "Gott" nicht vorgekommen sei. Ich spreche aber nicht von der dießschiegen Proklamation, welche der Synodalrath ersten laffen hat, sondern von derjenigen des letten Jahres, bie von der Regierung ausgegangen ist. In Bezug auf den § 2 mache ich darauf aufmerksam, daß hier die Bestimmung eines spätern Baragraphen, wonach die Anzeigen ber An-gestellten der gerichtlichen Polizei volle Beweistraft besitzen,

von großer Tragweite ift. Wenn, gestütt auf eine folche Anzeige ein Geistlicher erstinstanzlich verurtheilt und eingesteckt wird, so hat seine Stellung bereits gelitten, auch wenn er vom Obergerichte nachträglich freigesprochen werden sollte. Herr Sahli wird sich erinnern, daß gegen das Ende ber 40er Jahre ein Pfarrer am Münster wegen einer Predigt scharf gestraft wurde. Herr Sahli sagte, die bei der Bersammlung des Bolkvereins anwesenden Geistlichen haben sich befriedigt erklärt. Dieß mag sein, allein ich kenne viele andere Geistlichen, welche damit nicht einverstanden sind, isondern erstlären, daß sie so gut als jeder andere Bürger in Ausübung ihrer Funktionen das Recht haben, nach bestem Wissen und Gewissen ihre Ueberzeugung auszusprechen.

Herr Berichterst atter ber Kommission. Ich glaube gerne, daß herr v. Sinner nicht die lette Bettagsproklasmation im Auge hat; denn es ist dieselbe gar nicht von der Regierung ausgegangen. Er hat von derzenigen des letten Jahres gesprochen, allein gerade in Bezug auf diese ist die Behauptung des herrn v. Sinner nicht richtig. Ich bemerke noch, daß der Geistliche nicht berechtigt ist, absolute Kanzelsfreiheit für sich in Anspruch zu nehmen; denn wenn er von der Kanzel herab redet, so kann ihm Niemand widersprechen, und es ist eine eigentliche Diskussion nicht möglich. Der Richter wird übrigens in jedem einzelnen Falle zu untersuchen haben, ob der öffentliche Friede gestört worden sei. Ist dieß geschehen, so soll sich der Geistliche dem Richterspruch unterziehen, wie jeder andere Bürger auch.

# Anzeige an die Tit. Abonnenten des Tagblattes.

Schon oftmals haben sich Mitglieder des Großen Rathes, wie auch andere Abonnenten des Tagblattes der Großraths= verhandlungen dem Unterzeichneten gegenüber mißbilligend über das langsame Erscheinen dieses Blattes ausgesprochen. In letter Zeit hat sich auch die Presse mit diesem Gegenstande beschäftigt und die ungewöhnlich langsame Herausgabe der Bershandlungen der letten Großratheseision gerügt.

Um den daherigen Borwürfen und Rügen für die Zukunft möglichst vorzubeugen und bie Meinung, es seine Berszögerungen in der Herausgabe des Tagblattes der Nachlässigkeit der Redaktion beizumessen, zu berichtigen, erlaubt sich der Unterzeichnete, an dieser Stelle den Tit. Abonnenten des Tagblattes mitzutheilen, aus welchem Grunde der auf Seite 2 des Jahrganges 1872 erschienenen Anzeige, wonach das Blatt den Abonnenten täglich zugesandt werden sollte, seit zwei Jahren nicht mehr buchstäblich Folge gegeben werden konnte, und warum in der letzten Zeit die Herausgabe der Verhandlungen gänzlich eingestellt werden mußte.

Bis im November 1872 hatte ber Unterzeichnete bloß bie beutschen Berhandlungen bes Großen Rathes zu ftenographiren und die Redaktion ber beutschen Ausgabe bes Tagblattes zu besorgen, da für die stenographische Aufnahme ber französischen Boten und die Redaktion bes französischen Tagblattes ein eigener Stenograph französischer Zunge angestellt war. Damals war es möglich, täglich einen Bogen (4 Seiten) des Tagblattes zu liefern; doch konnte diese Leistung nur bei großem Fleiße erzielt werden, wie dieß schon baraus hervorgeht, daß vor dem Amtsantritte des Unterzeichneten für die Bewältigung des nämlichen Bensums drei Beamte (zwei deutsche und ein französischer Stenograph) angestellt waren.

Als ber französische Concipient von seiner Stelle zurücktrat und seine Ersetzung trot wiederholter Ausschreibung nicht gelang, übernahm der Unterzeichnete im Rovember 1872 auch die Arbeit des französischen Concipienten und hatte somit von da an die sammtlichen Berbandlungen des Großen Nathes allein zu stenographiren und die Tagblätter in beiden Sprachen zu redigiren. In Folge dessen waren auch beim besten Billen und bei der angestrengtesten Thatigkeit einige Male kleine Berspätungen in der Herausgabe der Tagblätter nicht zu vermeiden.

Im Juni 1873 wurde in Folge der Reorganisation der Finanzverwaltung die Stempel = und Amtsblattverwaltung als selbstständiger Administrationszweig aufgehoben und die Amtsblattverwaltung nöhst der damit verbundenen Papierhandlung des Staates, deren Besorgung nicht wenig Zeit erheischt und eine große Berantwortlichkeit in sich schließt, dem Unterzeicht neten übertragen, ohne daß seine bisherige Stellung als Stenograph der deutschen und der französischen Berhandlungen und als Redaktor der beiden Tagblätter irgend welche Aenderung erlitten hätte. Bon da an war es nicht mehr möglich, das Tagblatt mit der frühern Regelmäßigkeit erscheinen zu lassen. Doch gelang es bei größter Anstrengung, wöchentlich 3—5 Bogen zu liefern.

Nun aber erkrankte im Laufe bieses Sommers der eine der beiben Angestellten der Amtsblattverwaltung und verstarb am 4. Oktober abhin. Wenige Tage nach seinem Tode erkrankte der andere Angestellte so gefährlich, daß er noch gegenswärtig nicht im Stande ist, seine Arbeit wieder aufzunehmen. Bei dieser Sachlage konnte, da die Geschäfte der Amtsblattsverwaltung und der Papierhandlung keinen Aufschub gestatten, der Unterzeichnete der Redaktion des Tagblattes fast keine Zeit mehr widmen, und es blieb kein anderer Ausweg übrig, als die Herausgabe der Verhandlungen einige Wochen gänzlich einzustellen.

Bern, 7. November 1875.

Der Redaktor des Tagblattes der Großrathsverhandlungen: Fr. Ruber.

Dr. Muller, von Sumiswald. 3ch ftimme ben Un= tragen bes Regierungerathes und ber Rommiffion bei, ftelle aber den weitern Antrag, nach ben Worten "gefährdenden Beise" einzuschalten: "und in teutlicher Absicht". Der Aus-druck "in einer den öffentlichen Frieden gefährdenden Weise" scheint mir zu unbestimmt zu fein. Bei biefer Faffung wird mehr auf die formelle Seite Bewicht gelegt. Man wird aber nicht einfach wegen eines Formfehlers, ter vielleicht zufällig ben öffentlichen Frieden ftort, ftrafen wollen, fondern es foll nur die unlaugbare Absicht ftrafbar fein, wie dieß der Berr Kirchendirektor bei der erften Berathung erklart hat. Man wendet vielleicht ein, es verftebe fich dieg von felbit, und ber Richter werde in jedem einzelnen Falle nach Recht und Billigfeit entscheiden. Es ift aber beffer, ber Wortlaut bes Befetes fei flar und bestimmt; benn ber Richter ift eben nicht unfehlbar.

Herr Berichterstatter des Regierungsrathes. Nach hierseitigem Dafürhalten ift in den Borten "Beise" die Abficht, von welcher Berr Duller fpricht, bereite enthalten.

#### Abstimmung.

1) Eventuell für den Antrag bes herrn	
Müller	40 Stimmen.
Dagegen	73 .,,
2) Definitiv für den § 2 mit den von	-
ver Regierung und der Kommission vorge-	
schlagenen Abanderungen	88 "
Für Streichung bes § 2	24 "

Schmid, Andreas, ftellt bie Ordnungsmotion, hier die Sigung abzubrechen.

Der Berr Berichterstatter ber Rommiffion fpricht ben Bunfch aus, bag man wenigstens noch ben § 3 erledigen

Ein Mitglied beantragt, bis 61/2 Uhr fortzufahren.

#### Abstimmung.

1) Eventuell für ben Antrag des Herrn Berichterstatters ber Kommission . Für die Fortsetzung der Berhandlungen	55	Stimmer
bis 61/2 Uhr	56	H
2) Definitiv für ben Antrag bes Herrn Schmid	56	"
Für die Fortsetzung der Berhandlungen bis 61/4 Uhr	67	"

#### § 3.

Geiftlichen ober andern Religionsbienern, welche nicht an einer ftaatlich anerkannten Kirchgemeinde (Rirchengeset \$ 6) angestellt find, ift die Ausübung geiftlicher Berrichtungen bei einer Religionsgenoffenschaft und jede Birffamteit an der Schule (öffentliche und private) unterfagt :

1) wenn ber Betreffende einem ftaatlich verbotenen reli=

giofen Orden angehört;

2) wenn er erwiesener Dagen fich öffentlich ben Staats= einrichtungen und ben Erlaffen ber Staatsbehorben widerfest hat, auf fo lange als diefe Wiberfeglichfeit

Wer entgegen diefen Vorschriften geistliche Verrichtungen ausubt, wird mit Geldbufe bis zu taufend Franken oder mit Befängniß bis zu einem Jahre beftraft.

herr Berichterstatter bes Regierungsrathes. behalte mir vor, auf allfällige Angriffe gegen den § 3 zu antworten. Borläufig beschränke ich mich darauf, den § 3 zur Annahme zu empfehlen, wie er aus der ersten Berathung hervorgegangen ift.

v. Buren. 3ch habe bei der erften Berathung be-merkt, ich konnte nach den Berhaltniffen, bie mir gunachst stehen, die Biff. 2 annehmen, indessen muffe ich doch fur die Streichung tiefer Biffer stimmen, und zwar aus folgenden Grunden. Die Biff. 2 bezieht fich auf die jurafsischen Berbalt= niffe, und zwar auf einen bereinigten Theil tiefer Frage. Da wird sie nicht richtig gelöst, sondern auf einen schlimmen Boden hinüber geführt. Welches ist die Bedeutung der Biff. 2, wie sie angewendet werden soll? Antwort: daß die 97 dermal noch ausgewiesenen Briefter nach ihrer Ruckfehr, welche Laut Bundesbeschluß am 15. November erfolgen wird, feine geiftlichen Berrichtungen verfeben konnen auf fo lange als ihre Biderfeglichkeit bauert. Da fragt es fich, wie lange Diefe Biderfeglichkeit dauert. Rach meiner Meinung ift fie langft babin gefallen. Weil aber in biefer Beziehung eine andere Anficht von maggebender Seite geltend gemacht worden

ift, habe ich ben Untrag auf Streichung gestellt. Die betreffenden Geistlichen haben sich geweigert, ihre Berbindung mit dem Bifchof Lachat abzubrechen. Bas mar Verbindung mit dem Vischof Lachat abzubrechen. Was war die Folge davon? Zunächst die Ginstellung und sodann der Antrag auf Abberufung. Ihre Stellung als Staatsgeistliche hat sie angewiesen, den Verhältnissen zu folgen, die maßegebend waren; sie mußten sich der Absehung unterziehen. Was geschieht weiter? Das Gericht urtheilt und beruft sie ab; es erklärt sie unfähig zu einer neuen Wahl auf so lange, als sie auf ihrer frühern Erklärung beharren. Auch dagegen läßt sich nichts einwenden. Aber ich sage: ihre Widersellichsteit hat ausgehört von dem Augenblicke an, wo sie nicht mehr vom Staate angestellte Geistliche waren. Das Gericht hat sie vom Staate angestellte Beiftliche waren. Das Bericht hat fie von ihren Stellen abberufen und als nicht mehr mahlbar gu benfelben erflart. Gin Underes aber ift es mit ihrer privaten Stellung. Cogar Die betreffende Berordnung ber Regierung geht nicht fo weit, fondern gestattet den Privatgottesdienft innert ben Schranken ber Berfaffung. 3ch begreife nicht, baß man nun weiter geben und fagen will, Die Geiftlichen Durfen nach ihrer Rudfehr nicht Privatgottesbienft halten. Ich begreife nicht, wie das fich reimt mit allen diefen Borgangen, mit ben gerichtlichen Urtheilen und mit ber allgemeinen Auffaffung, bag nach Aushaltung einer Strafe bas betreffende Vergehen abgebüßt sei.

Ich frage aber weiter: Wenn man biefe Konfequeng und ich begreife nicht, daß es der Sinn des Gejetzes sei, daß die Geistlichen nach ihrer Rückfehr keinen Privatgottesdienst halten durfen — aufrecht erhalten will, ist es da möglich, irgendwie auf Frieden zu rechnen? Das wird ein unleidlicher Bustand fein. Statt Frieden zu bringen, statt hand zu bieten zu einer friedlichen Lösung und nicht Erbitterung zu pflanzen, statt die Leute von Rom abzulosen, jagt man fie borthin, und die Folge davon ist die, daß sie fich als Martyrer ausgeben, daß ihre Bedeutung größer und ftarter und ber gange Rampf gehäffiger wird. Bill man von Staatswegen fagen, mit wem ber Burger als Brivatperson in Berbindung sein solle, und mit wem nicht? Darüber wurde man mit Recht sich aufhalten. Bir follen bie romifchen Ratholiten nach ihrer Ueberzeugung frei gemabren laffen. Thun wir es nicht, fo handeln mir gegen bie Berfaffung, welche die Gewiffensfreis beit gewährleistet. Das Geset ift gegen Uebergriffe, gegen Störung bes öffentlichen Friedens gerichtet. Wenn aber in aller Stille ein Gottesbienft gehalten und ber öffentliche Friede babei nicht gefährdet wird, so ift tein Grund vor-handen, dagegen Magregeln zu treffen. Das murde nicht jum Guten, jum Frieden, fondern zu einem Buftande führen, über den die Betroffenen fich mit Grund beschweren konnten.

Achten wir die religisse Ueberzeugung. Es zeugt von weit anehr Kraft, wenn man large ift und die in der Berfassung gewährten Freiheiten in vollem Maße gestattet, als wenn man sie beschränkt. Es scheint mir, man sollte da einig sein, Nein zu kagen. Nach dem Wortlaute geht der § 2 zwar nicht so weit, senn er aber die erwähnte Bedeutung haben sollte, so sage ich: die Bedeutung wollen wir nicht. Wir sollten das von unserm protestantischen Standpunkte aus nicht thun. Ich ersuche Sie daher, die Ziff. 2 des § 3 zu streichen, deren Anwendung nicht zum Guten führt, und die mit der Verfassung nicht im Einklange ist.

A. Rohler. Ich unterstütze ben Antrag bes herrn v. Buren auf Streichung der Ziff. 2 des S 3, welche jedem Geistlichen untersagt, kirchliche Kunktionen auszuüben, "wenn er erwiesener Maßen sich öffentlich ben Staatseinrichtungen und den Erlassen sich öffentlich ben Staatseinrichtungen und den Erlassen ber Staatsbehörden widerset hat, auf so lange, als diese Widersetzlichkeit fortdauert." Diese Bestimmung trifft die abberusenen Geistlichen, somit einsache Bürger, welche nicht mehr Staatsbeamte, sondern ganz unabhängig sind. Es widerstreitet aber dem Grundsaße der Freiheit, den jurassischen Geistlichen die kirchlichen Funktionen zu untersagen. Man sagt zwar, die Katholiken kunktionen zu untersagen. Man sagt zwar, die Katholiken konnen ihrem Glauben treu bleiben und fortsahren, den Papst anzuerkennen und ihren Kultus auszuüben. Um aber ihren Kultus auszuüben, müffen sie Geistliche haben. Sie verhindern daher die Katholiken, ihren Kultus auszuüben, wenn Sie ihnen die Möglichkeit entzieben, sich Geistliche zu verschaffen. Dieser Artikel macht es also den abberusenen Geistlichen unmöglich, ihren Kultus auszuüben, und dieser letztere ist daher in Wirklichkeit abgeschafft. Wir werden daher im Jura genöthigt sein, unsern Kultus im Geheimen und unter tausend hindernissen, wie zur Zeit der französsischen Revolution.

Warum geht man nicht lieber noch offener zu Werke? warum erneuert man nicht ben Narbergervertrag? In Folge bes im Jahre 1711 zwischen dem Staate Bern und dem Kürstbischof von Basel abgeschlossenen Bertrages zur Beseiztigung der Zwistigkeiten, welche im Bezirke zwischen den Katholiken und den Protestanten vorgekommen waren, wurde verfügt, es sollen alle Katholiken sous les Roches und alle Protestanten sur les Roches sich niederlassen. Dieser Bertrag wurde bis zur Besehung des Landes durch die Franzosen beobachtet. Gehen Sie in gleicher Weise vor; verordnen Sie, daß die Altkatholiken die Bezirke, in denen die römischen Katholiken vorherrschen, verlassen, um sich in den andern Theilen des Jura niederzulassen, umb daß die im protestantischen Landestheile angesiedelten römischen Katholiken in die rein katholischen Bezirke zurückehren. Da kann dann Jeder seinen Kultus nach seiner Weise frei ausüben, ohne befürchten zu müssen, die öffentliche Ordnung zu stören. Dieß ist eine Lösung, die uns die Geschichte unseres Landes bietet.

Wenn das vorliegende Geset in Kraft tritt, so wird es die Ruhe im Lande nicht wieder berstellen. Gegenwärtig ist unsere Geistlichkeit ungesetzlich verbannt, nach dem 15. November wird sie gesetzlich eingekerkert sein. Warum sollten die römischen Katholiken im Jura ihren Kultus nicht aussüben können, welcher in den andern Kantonen der Schweiz ohne Hinderniß stattsindet? Auch in den übrigen zum Bisthum Basel gehörenden Kantonen hatte man Zwistigkeiten mit dem Bischof, allein dort ist man nicht vorgegangen, wie im Kanton Bern, man hat die ihrem Bischof treu gebliebenen Geistlichen nicht beunruhigt, nicht versagt. Diese Kantone, selbst Solothurn und Aargan, die eifrigsten in dem konzessischen Kantone, sind vorgegangen in Bolge ihrer außerordentlichen Maßnahmen in Verlegenheit gerathen ist. Ist es die Schuld des Bolkes, wenn es keinen Gottesdienst mehr hat? Täuschen Sie sich nicht: man kann lange dekretiren und Gesetz erlassen, nie aber werden die katholischen Geistlichen sich von Kom trennen.

Die Katholifen werden katholisch und in Verbindung mit ihrem Bischof bleiben. Diese Sachlage wird unverändert fort-bestehen.

Nach der Redaktion der Ziff. 2 des § 3 sind die Geistlichen, welche die Protestation vom Februar 1873 nicht unterzeichnet haben, von der Ausübung des Gottesdienstes nicht ausgeschlossen. Gegenwärtig wird aber im Jura ein anderes Bersahren befolgt, und wie wird es gehen, wenn das Geset anzgenommen wird? Wenn nach der Rücksehrder abberusennen Priester, welche am 15. November nächsthin stattsinden wird, einer dieser Geistlichen eine stille Messe liest, wird er da nicht verhaftet und eingekerkert werden? Das Geset wird schwerlich nur die Unterzeichner der Protestation treffen. Der katholischen Pfarrer von Bern, Derr Perroulaz, hat diese nicht unterzeichnet; dennoch ist er von der Regierung abberusen worden. Wie werden Sie ihm gegenüber versahren, wenn er fortsährt, geistliche Berrichtungen auszuüben? In diesem Falle wäre er nach dem Gesetz der erste, der die Ehre hätte, im Zuchthause unterzebracht zu werden, welches eine neue Bastille für den römisch-katholischen Klerus werden wird! Wann wird uns die Sonne des 14. Juli ausgehen, die dem Sturze dieses Kerkers leuchten wird?

Ich habe Ihnen lesthin gesagt, daß viele nicht abberufene Priefter verhaftet worden seien, welche keine geistlichen Berrichtungen bei einer Religionsgenossenschaft ausgeübt haben. Erlauben Sie mir, Ihnen da einen Borfall zu erzählen, den ich auch in der Kommission angeführt habe: Ein junger, vor kaum einem Monat ordinirter Geistlicher, der aus dem Jura gebürtig ist und denselben stets bewohnt hat, kam lettbin in das Dorf Bonfol, wohin er zu einem Kranken berusen worden war. Er wurde arretirt, von den Landjägern mißhandelt und nach Bruntrut in's Gefängniß geführt. Nach zwei Tagen wurde er verhört und entlassen, da seine Bershaftung nicht begründet war. Nach Bonfol zurückgekehrt, wurde er aber von dem nämlichen Landjäger wieder der haftet, der ihn begreissich nur sehr ungerne wieder frei ließ. Man hept die Wölfe; denn man erhält von jedem Thiere eine Prämie von Fr. 40. Man hept die Geistlichen; denn die Landjäger sollen für jeden Abberusenen, den sie erwischen, Fr. 50 erhalten. Es ist daher begreislich, daß unsere Landzäger der Jagd auf die Geistlichen den Borzug geben. In solcher Lage besinden wir und. Solte die Kultusfreiheit nur in der Berbastung der Priester bestehen, welche bei unserem Kultus geistliche Berrichtungen ausüben wollen? Ich glaube, diese Bestimmung des S 3 sei weder klug noch politisch. Es freut mich, daß ein nicht katholisches Mitglied, ein durch und durch christlich gesinnter Mann, Herr v. Büren, die Etreichung der Biff. 2 beanträgt. Im Interesse der Bevölkerung, die ich im Großen Kathe vertrete, stimme ich von ganzem

Dr. Bahler. Nachdem zwei Mitglieder ber Kommission gegen ben S 3 gesprochen haben, gestatten Sie mir, benselben einige Worte zu erwiedern. Es ist gesagt worden, mit dem S 3 werde man die Leute nach Rom jagen. Das soll uns gar nichts angehen. Es soll Jeder im Kanton frei sein; denn das Individuum bat Glaubens: und Kultusfreiheit. Ein Anderes aber ist es, wenn Individuen sich vereinigen, diese Afsociation Kirche nennen und in diesem Konglomerat, in dieser Zusammenrottung gegen den Staat auftreten. Das kann der Staat sich nicht gefallen lassen, sondern er nuß sagen: es ist mir gleichgultig, welches Eure objektive Meinung auf diesem Gebiete sei, sobald Ihr aber die staatliche Ordnung angreift, kann ich Euch nicht gewähren lassen und auch das kanonische Recht nicht anerkennen.

Bergen für biefen Antrag.

Bird durch die Ziff. 2 bes § 3 die Glaubend- und Gewiffensfreiheit verlett? Rein. Die externirten Geiftlichen find als Individuen vielleicht durchaus nicht gefährlich; es mögen fogar fehr liebenswürdige Leute fein. Sie haben sich aber

burch ihre Unterschrift in ihrer Befammtheit gegen die ftaatliche Ordnung aufgelehnt, sie haben, nachdem das Bernervolk ein Geseh angenommen, sammthaft mit ihrer Unterschrift erstlärt: wir als Korporation, als Affociation nehmen von Gurer Boltssouveranetat feine Rotig, Guer Geset gebt uns nichts an, wir haben einen andern Meister. Es ist bieß eine Auflehnung, eine Rebellion.

Bas murden Gie fagen, wenn die Militars erflaren wurden, die Militargesethe geben fie nichts an? Gegenüber bem boben Bringip der Glaubens- und Gewiffensfreiheit ift auch bas Bringip der ftaatlichen Ordnung und der Gefetlich= feit, ohne welches fein Staat egiftiren fann, in Betracht gu gieben. Defmegen tonnen ber Große Rath und bas Bernervolt die Biff. 2 des § 3 febr gut annehmen. Der Staat sagt: wer sich gegen meine Gesetze auflehnt, hat kein Anrecht auf meinen Schutz. In der ursprünglichen Fassung des Ent-wurfes war ein Huldigungseid vorgesehen. Die Kommission wollte aber nicht fo weit gehen, fondern fich darauf be-ichranten, zu erklaren, daß erft dann, wenn Giner fich gegen ben Staat aufgelebnt habe, die fraglichen Consequenzen ein= treten, bis er fich wieder der staatlichen Ordnung unterwerfe. Ein Mehreres verlangen wir nicht, allein ein Mehreres geben wir auch nicht zu.

Berr Berichterstatter des Regierungerathes. Die ftattgefundene Distussion veranlagt mich, mich über den Ginn und die Eragweite der Biff. 2 des § 3 auszusprechen. Bir muffen uns die Bedeutung berfelben flar maden, und es wird, wenn das Gefet in zweiter Berathung angenommen wird, bann auch die Botichaft an bas Bolt fich barüber gang

deutlich aussprechen.

Welches ift nun die Bedeutung der Biff. 2? Die juraffi-ichen Geistlichen, welche f. B. den Protest unterzeichnet haben und am 15. November wieder in's Land gurndfehren werden, follen auf fo lange vom Privatkultus und überhaupt von jeden Auf jo tange bom Striche, sei es in der öffentlichen oder in einer Privatkirche, ausgeschlossen sein, und es soll ihnen die Bekleidung sedes geiftlichen Amtes verboten sein, die ste zum Gehorsam gegenüber dem Staate zurückfehren. Ift eine solche Bestimmung gerechtfertigt? Ich glaube, ja.

Sie ift zunächst gerechtfertigt in politischer Sinsicht. Wenn wir die Biff. 2 ftreichen, so wird man fagen, der Staat habe gegenüber den Geistlichen nachgegeben, die Geistlichen haben triumphirt und in dem ganzen Kampfe den Sieg davon-getragen. Bei der Prufung der Bedeutung der Ziff. 2 durfen Sie die Wendung, welche der ganze firchliche Kampf durch ben Entscheid ber Bundesversammlung über ben Berner Returs genommen hat, nicht außer Acht laffen. Es ift dieß ein fehr wesentlicher Bunkt. Früher haben wir an ber An-ficht festgehalten, wir seien berechtigt, diese Geistlichen aus dem Gebiete, in dem sie ihr Unwesen und ihre Buhlereien treiben, zu entfernen. Der Entscheid der Bundesversammlung fagt uns aber, unbedingt gelte biefer Sat unter der neuen Bundesverfassung nicht mehr, jeder Bürger habe das Recht, sich an jedem Orte der Schweiz frei niederzulassen. Diese Situation muffen wir acceptiren. Allein eine andere Frage ift es, ob wir schuldig seien, diese Geistlichen, so lange fie ihren Biderstand fortseten, nicht nur als Burger auf un= ferm Territorium zu bulden, sondern sie als funktionirende Geistliche, sei es im öffentlichen, sei es im Privatkultus, sei es in öffentlichen ober in Privatschulen, gewähren zu lassen. Diese Frage gestaltet sich zunächst vom politischen Gesichtspunkte aus einsach so: Wollen wir gegendeten Geisen Geistlichen festhalten ober nachgeben? Das ift fonstatirt, baß bis jest feiner von ihnen den Protest jurudgezogen hat, daß fie nach wie vor von der französischen Grenze aus gegen die Regierung und die staatliche Ordnung mühlen.

Die Bestimmung ift aber auch fachlich gerechtfertigt. So gut, als man fowohl in ber frubern, als in ber jegigen

Bundesverfassung ein Jesuitenverbot aufstellte, so gut durfen wir in unserm Gesetz jenes Berbot aufstellen. Das Jesuitens verbot, welches den Jesuiten jede Wirksamkeit in Kirche und Schule auf dem Gebiete der Schweiz untersagt, wurde das durch begründet, daß man sagte, die Jesuiten seien Revos lutionare gegen die öffentliche Ordnung. Gind nun aber Die renitenten Geiftlichen nicht genau bas Ramliche? Spricht va nicht gang berfelbe innere Grund fur Die eine ober andere

gefetgeberische Bestimmung? Run fagen die Berren v. Buren und Rohler, die Griftlichen seien durch gerichtliches Urtheil bereits hinlanglich be= ftraft, und nun kommen fie als einfache Briefter gurud, Die feine staatliche Unerkennung verlangen. Diejes Argument ift nicht flichhaltig. Die Geiftlichen find allerdings wesentlich wegen ihres Protestes abgesett worden; wenn man aber ben Inhalt Dieses lettern pruft, fo findet man barin folgendes entscheidendes Moment: fie erklaren, fie werden allezeit ben Berkehr mit dem Vischof Lachat aufrecht erhalten. Bas ist bies aber für ein Bischof? Ift es nicht ber, welcher von ber Diocefankonfereng feines bijchoflichen Amtes entjegt worden ift? ift es nicht ber, beffen Abfehung die oberfte Inftang der Schweiz, die Bundesversammlung, genehmigt bat? haben Diefe Beiftlichen nicht gleichwohl bis bur Stunde feine Erflarung abgegeben, daß fie ben Bertehr mit dem Bifchof Lachat auf= geben wollen, und segen sie denselben fattisch nicht fort? Da tommen wir auf den Busammenhang des § 3 mit § 4, welcher bischöftiche Jurisdictionshandlungen, Bontifikalhand= lungenfauf unferm Territorium ohne Bewilligung ber Staatsregierung unterfagt.

Dieje Geiftlichen tommen nun zurud. Allerdinge werden sie sich auf den Privatkultus beschränken, allein sie kehren in der ausgesprochenen, offenen Absicht gurud, trog ihrer Absehung, den Bertehr mit dem Bischof Lachat fortzusegen. Unter folchen Umftanden geftaltet fich Die Gache benn boch etwas anders, und man fann nicht von einer Abbugung ber Strafe fprechen, wie gerr b. Buren bieg gethan hat. Die Unterzeichnung bes Protestes ift aber nicht der einzige Grund, aus welchem die Beiftlichen f. B. fortgewiesen worden find. Gine weitere Urfache lag in bem, mas fte vor ihrer Ausweisung in öffent= lichen Bersammlungen gesprochen und Tag für Tag erklärt und gepredigt haben, daß sie nämlich das Kirchengeset nicht anerkennen; endlich ist auch zu erwähnen, daß sie fortwährend die gesammte ultramontane Bevölkerung des Jura fanatistrten.

Es bleibt mir noch ein lettes Argument zu widerlegen-übrig. Man fagt: wenn die Biff. 2 in diesem Sinne aus-gelegt werde, so werde der romisch-katholische Privatkultus im Jura keine Diener haben. Sat aber nicht schon zur Stunde manche ultramontane firchliche Privatgenossenschaft im Jura ihre neuen Briefter? Ich appellire an alle jurafsischen Abgeordneten, ob nicht eine Anzahl solcher Priefter, die man seither aus aller Herren Lander tommen ließ, fich im Jura befinden und an den Plat der renitenten Beiftlichen getreten find! Wenn bieg aber auch nicht ber Fall mare, jo murbe Nichts die römisch-katholischen Privatreligionsgenoffenschaften hindern, in diefer Weife fur die Bufunft gu forgen. Gie tonnen ihre Briefter in der Schweiz und im Austande fuchen. Die abgesetten Beiftlichen aber follen fich zwar im gangen Jura frei bewegen burfen, allein es ift ihnen unterfagt, zu celebriren.

herr Berichterstatter ber Kommission. 3ch will nur eine Erklärung abgeben im Namen und im speziellen Auftrage der Kommiffion. Es find Zweifel erhoben worden, welche Tragweite die Borschrift der Ziff. 2 habe, ob sie namentlich die vom Obergericht abberufenen jurassischen Priester auch beschlage oder nicht. Ich glaube, ich habe mich dießfalls bei der ersten Berathung des Geseges sehr deutlich und bestimmt ausgesprochen. Damals habe ich betont, daß die Kommission die Ziff. 2 in dieser Weise auffasse. Nun hat die Rommiffion ihrem Berichterstatter den Auftrag er=

theilt, diese Erklarung hier zu wiederholen, damit über die Tragweite der Ziff. 2 durchaus fein Zweisel obwalten könne. Zur Begründung des Beschlusses der Kommission nur zwei Bemerkungen. Bei der Wersammlung der Abgeordneten wei Bemerkungen. Bei der Versammlung der Abgeordneten bes Bolksvereins ift beschlossen worden, es sei Ziff. 2 strenger zu fassen und die frühere Bestimmung wieder aufzunehmen, wonach ein Geistlicher, gehöre er zu den Abgesetzen oder nicht, die Erklärung abgeben muß, daß er sich den Staatseinrichtungen und den Erlassen der Staatsbehörden bedingungslos unterwerfe. Die Kommission glaubte indessen, es sei dieser strengen Anschauungsweise nicht Folge zu geben, sondern auf der mildern Fassung zu beharren. Auf der ans bern Seite lag es ihr aber daran, seden Zweisel darüber zu beseitigen, daß die Zisch auch auf diesenigen Geistlichen beziehe, welche sich schon früher der staatlichen Ordnung widers giehe, welche fich schon fruher ber staatlichen Ordnung widers fest haben und von ihren innegehabten Stellen abberufen worden find. Bur Aufftellung einer folden Borfdrift find wir nicht nur vollkommen befugt, sondern sogar verpflichtet. Ver § 50 der Bundesverfassung fagt nämlich: "Den Kan-tonen, sowie dem Bunde bleibt vorbehalten, zur Sandhabung der Ordnung und des öffentlichen Friedens unter den Un= gehörigen ber verschiedenen Religionegenoffenschaften, fo wie gegen Gingriffe firchlicher Behörden in die Rechte der Burger nnd des Staates die geeigneten Maßregeln zu treffen." Nun glaube ich, es gehore zur öffentlichen Ordnung, daß der Bürger sich ben staatlichen Gesehen unterziehe, und daß er, namentlich wenn er in einer Stellung sich befindet, wie f. B. diese Geiftlichen, nicht die Erklärung abgebe, er werde die Staatsgesehe nie und nimmermehr anerkennen und mit dem Bischof Lachat im Berkehr bleiben, deffen Absetzung nicht gerechtsetzigt gewesen sei. Gine solche Erklärung verstraftung generale generale generale generalen bei Bundes-berfassung den Kantonen das Recht gibt, gegen solche Ein-griffe die geeigneten Maßnahmen zu treffen, so sind wir kompetent, diese Bestimmung auch auf rückwärts liegende Sandlungen anzuwenden.

Follet ete ftellt den Antrag, die Verhandlungen hier abzubrechen, da die juraffischen Mitglieder, welche die lette Nacht zu ihrer Reife nach Bern benutt, ermudet feien.

Sofer, Fürsprecher, stellt ben Antrag, heute noch ben § 3 zu erledigen.

Abstimmung.

Für den Antrag des Herrn Folletête . 66 Stimmen. " " " " " " Hofer . Minderheit. " Hofer

Der herr Prafibent verliest eine Buschrift bes herrn Riflaus Stampfli von Schwanden, wodurch berfelbe feinen Austritt aus bem Großen Rathe anzeigt.

Rach dem Ram ensaufrufe find 129 Mitglieder an = wesend; abwesend find 121, wovon mit Entschulz bigung: die Heren Althaus, Anken, Bohren, Bürki, Burri, Charpié, Chodat, Feiß, v. Fellenberg, Feller, Flück, Hegi, Herzog, Jmer, Kellerhals, Ledermann, Lehmann in Küedtligen, Lehmann in Langnan, Lehmann in Logwyl, Lenz, Liechti in Worb, Meyer, Renfer in Lengnan, Köthlisberger in Walkzingen, Schakmann, Schmid Rudolf, Schünhach, Schler ringen , Schahmann , Schmid Rudolf , Schupbach , Segler,

Sterchi, Ueltichi, Bogel, Berren, Beller; ohne Entichul, bigung: die Herren Berger, Bircher, Bohnenbluft, Born Brand, Buhlmann, Burger in Angenstein, Burger in Laufen, Dahler, Ducommun, Engel, Etter, Cymann, Flückiger, Geibuhler, Gerber in Stettlen, Gfeller in Wichtrach, Gru-Geißbühler, Gerber in Stettlen, Gfeller in Wichtrach, Gruber, Grünig, v. Grünigen, Gurtner, Höherli in Münchenbuchsee, Halbemann, Hänni, Hauser, Herren in Niebersscherli, Hofer in Haßli, Hofer in Oberdiesbach, Hofmann, Hoffteter, Hurni, Jaggi, Indermühle, Kaiser in Büren, Kaiser in Grellingen, Kasermann, Keller, Klave, Kötschet, Kohli in Schwarzenburg, Kummer in Ugenstorf, Lehmann n Bellmund, Leibundgut, Liechti im Rüegsauschachen, Linder, Locher, Marti, Mauerhofer, Michel in Aarmühle, Mischer in Wahlern, Monin, Müller in Aramühle, Mischer in Wahlern, Wohn, Mühler in Aramühle, Mischelbaum in Worb, Plüß, Keber in Niederhipp, Rebetez, Rebmann, Kenfer in Bözingen, Kiat, Rossett, Koth, Köthlisberger in Herzogenbuchsee, Kuchti, Salamann, Scheibegger, Schertenleib, Schmid in Winmis, Seiler, Spahr, Stalder, Stämpsti in Bern, Stämpsti in Uettligen, Stämpsti in Schwansden, Stettler in Lauperswyl, Stettler in Eggiwyl, Streit, Studer, Thönen, Wampster, Willi, Wirth, Würsten, Wyß, Bingg, Zumkehr, Zumwald, Zürcher. Bingg, Bumtehr, Bumwald, Burcher.

Schluß ber Sigung um 634 Uhr.

Der Redaftor : Fr. Buber.

# Dritte Sigung.

Dienstag, ben 14. September 1875.

Vormittags um 9 Uhr.

Unter bem Borfige bes herrn Prafibenten Rarrer.

Nach dem Namensaufrufe sind 172 Mitglieder anwesend; abwesend sind 77, wovon mit Entschulz bigung: die Herren Althaus, Anken, Burri, Charpié, Chodat, Feiß, v. Fellenberg, Feller, Hegi, Herzog, Imer, Rellerhals, Ledermann, Lehmann in Robwyl, Liechti in Worb, Meyer, Kenfer in Lengnau, Möthlisberger in Walfringen, Schahmann, Schmid Rudolf, Schüpbach, Seßler, Sterchi, Werren, Zeller; ohne Entschuld ung: die Herren Berger, Bircher, Brand, Bühlz

mann, Burger in Angenstein, Burger in Laufen, Ducommun, Symann, Flückiger, Geißbühler, Gfeller in Oberwichtrach, Gurtner, Gygag in Bleienbach, Halbemann, Hanni, Heß, Hofer in Bollobingen, Hofer in Hastli, Kaifer in Grellingen, Käfermann, Keller, Kummer in Upenstorf, Liechti im Muegsausschachen, Linder, Locher, Mauerhofer, Michel in Narmühle, Müller in Tramlingen, Nägeli, Reber in Niederbipp, Restete, Rebmann, Renfer in Bözingen, Riat, Rosselet, Rothslieberger in Derzygaphychies Scheidenger, Scheiner, Schmid lisberger in Berzogenbuchsee, Scheidegger, Scheurer, Schmid Andreas, Seiler, Stalber, Stämpfli in Bern, Streit, Studer, Thonen, Wieniger, Willi, Würften, Zingg, Zumkehr, Zum-

Die Brotofolle ber beiben geftrigen Gigungen werben verlefen und genehmigt.

herr Gemeindepräsident Ueltich i in Darftetten leiftet ben verfaffungemäßigen Gib.

## Tagesordnung:

## Gesetesentwurf

betreffend

## Störnng des religiösen Friedens.

Fortsetzung ber zweiten Berathung.

(C. Ceite 209 und 224 hiervor.)

§ 3.

#### Fortsetzung ber Berathung.

herr Brafibent. Ich ersuche die Redner, fich mog-lichft furz zu faffen. Ich gedenke, beute das Gefet über Storung bes religiofen Friedens zu erledigen.

Koller, Fürsprecher. Seien Sie nicht erstaunt, wenn die katholischen Abgeordneten gegen den § 3 des Gesetzes protestiren. Ich ergreise das Wort, um die Anträge der Herren v. Buren und Kohler auf Etreichung der Ziff. 2 des § 3 zu unterstüßen. Der § 3 verletzt verschiedene Bestimmungen der Kantons und der Bundesverfassung. Bunächft widerstreitet er dem Grundsatz der Gleichheit aller Bürger por dem Gelek. Der § 71 unserer Cantonsperkassung lautat vor dem Geset. Der S 71 unserer Kantonsverfassung lautet, wie folgt: "Alle Bürger sind vor dem Gesetz gleich. Der Staat anerkennt keine Borrechte des Ortes, der Geburt, der Personen und Familien. Er anerkennt auch keine Adclstitel."

Der § 3 entzieht einer ganzen Klaffe von Bürgern, den -abberufenen Geistlichen, die Möglichkeit, in unserem Kande, d. h. im katholischen Jura, kirchliche Berrichtungen außzuüben, das Evangelium zu predigen, die Sakramente zu verabreichen. Warum dieser Ausschluß? Wir werden dieß

fpater feben. Benug, Sie fdließen bie Beiftlichen vollftanbig aus unter Androhung fehr fcmerer, übermäßiger, brakonisicher Strafen. Wird ba ber Grundfat ber Gleichberechtigung aller Burger vor bem Gesetze nicht auf die ichlagenofte Beife mit Fußen getreten ?

mit Kußen getreten?

Der § 3 verlett aber auch den Grundsatz der Freiheit der Mittheilung der Gedanken durch die Predigt. Der § 76 der Kantonsversassung bestimmt: "Die Freiheit der Mittheislung der Gedanken durch Worte, Schrift, Druck und bildliche Darstellung ist gewährleistet Das Gesetz bestimmt die Strasen des Mißbrauches dieser Freiheit." Diese Freiheit ist Jedermann, jeder Klasse der Bürger gewährt.

Der § 3 widerstreitet auch dem Grundsatz der Lehrsfreiheit, welche in § 81 der Verfassung gewährleistet ist.

Im Weiteren verletzt der Paragraph auch die Kultusfreiheit. Durch ein ganz neues Gesetz, das Sie vor kaum 2 Jahren angenommen haben, wird die Kultusfreiheit im weitesten Sinne garantirt. Es sagt nämlich § 1 des Gesetzs über die Organisation des Kirchenwesens: "Die Glaubens- und Gewissensfreiheit ist im ganzen Umfange des Kantons Vern

Bewiffensfreiheit ift im gangen Umfange bes Kantons Bern gewährleiftet. An bie Glaubensansichten und an bie Bornahme oder Unterlaffung religiofer Handlungen durfen feine Kolgen bezüglich auf bürgerliche ober politische Rechte geknüpft werben." Der § 2 bestimmt sodann: "Die freie Ausübung der gottesdienstlichen Handlungen ist innerhalb der Schranken ber Sittlichkeit und offentlichen Ordnung jeder Konfessions-und Religionsgenossenschaft gestattet." Es sind tieß große Prinzipien: sie gehören zu den modernen Grundsäßen, wie sie im vorigen Jahrhundert in Frankreich aufgestellt worden find. Die Grundfage der Kultusfreiheit, der Lehrfreiheit, der Bereinsfreiheit und der Redefreiheit steben an der Spige unferer Berfaffungen. Boraus ift ein Kultus zusammengesett? Aus Lehrenden und aus Lernenden. Gin Kultus ift jufammengefest aus Leuten, welche predigen und bie Gaframente verabreichen, und aus Leuten, welche zuhören und glauben. Ift aber ein Kultus noch möglich, wenn Sie Den-jenigen, die das Recht haben, zu lehren und zu predigen, den Mund verschließen und ihnen die Möglichkeit entziehen, firchliche Funktionen auszuüben?

Ich glaube, nachgewiesen zu haben, daß die erwähnten Grundsäße auf die schlagenoste Weise, ich will nicht sagen auf standalöse Art, verletzt werden.
Sie betrachten die katholischen Geistlichen als Staatssbeamte, und als solche hat das Obergericht sie abberusen. Wenn Jemand ein Bergeben begangen hat, so wird er bestraft, und nachdem er seine Stroke absehült hat, is sein ftraft; und nachdem er feine Strafe abgebußt hat, ift fein Bergeben gefühnt. Die betreffenden Geiftlichen konnen, ba sie durch das Obergericht von ihren Stellen abberufen worden sind, nicht mehr zu der Klasse der Staatsbeamten gehören. Sie haben ihnen daher Nichts mehr vorzuschreiben; ihr Widerstand als Beamte hat aufgehört, und sie sind für denselben hart genug bestraft worden. Wenn der schwerste Berbercher seine Strase ausgehalten hat, so hat die Gesellschaft von ihm Nichts mehr zu fordern, und Niemand denkt daran, von ihm, wie dieß in § 3 für die katholischen Geistlichen vorgesehen ist, eine Erklärung zu verlangen, daß er sich in Zukunft den Gesehen unterwersen und die Grundlagen unferer hürzerlichen Organisation anerkennen werde. Nicht einwal fie burch bas Obergericht von ihren Stellen abberufen worden Buttuff ben Gefegen unterweisen ind die Erinfolagen unferer bürgerlichen Organisation anerkennen werde. Nicht einmal gegen einen Mörder wurde man in solcher Weise vorgehen. Ein Rechtsgrundsat sagt, daß alle auf dem Staatsgebiete Wohnenden den Polizeigesehen unterworfen sind. Wollen Sie nun weiter gehen? Es ware das unnöthig. Wenn wir unsere Blide um uns wersen, was sehen wir da? In der gangen Schweiz werden Leute unbeanstandet aufgenommen, welche die verkehrtesten Grundsätze in Wort und Schrift pre-digen; Niemand denkt daran, sie dafür zu bestrasen. Und nun wollen Sie Männer strafbar erklaren, welche das Christen-thum lehren. Der Herr Gerrtherstatter des Regierungsrathes hat gestern von Gleichheit gesprochen. Ift aber bas Gleich=

beit, wie man fie hier handhaben will? hat man ba nicht

vielmehr zwei Dage und Bewichte?

Wie konnen Sie befürchten, daß diese wenigen Priefter nach ihrer Rudfehr in ben Jura bem Ranton Bern gefährlich werben! Wenn Sie gegen diese kleine Angahl von Burgern ein folches Geset aufstellen, ist da das Wort des Herrn Folletete nicht vollkommen am Plate, wenn er gestern sagte, bas Gefet fei ein Gefet des Bornes und der Rache?

Der herr Berichterstatter hat vom Syllabus gesprochen und gesagt, berselbe enthalte eine Bestimmung, wonach in einem fatholischen Lande eine protestantische Minderheit nicht gedulbet !werden solle. Er hat dem heil. Stuhle bittere Borwurfe darüber gemacht, daß er einen solchen Grundsat aufgestellt habe. Ich frage aber: wird dieser Grundsat nicht auch im Kanton Bern angewendet? Dieser Kanton hat 430,000 Protestanten und nur 60,000 Ratholiten. Bie ift Diefe ungeheure Mehrheit von Brotestanten gegen die un= endlich fleine Minderheit von Katholifen verfahren? Bas baben Sie, als Sie den Bifchof absetzten, Anderes gethan, als jenen Ausschluß praftigirt, ben Gie dem Syllabus vorwerfen? All Gie in ben Jura Beiftliche fandten, die nicht mehr fatholisch find, als Sie bort sogar in benjenigen Orts schaften, welche feine Anhanger bes neuen Kultus zahlen, bie Rirchen schlossen, haben Sie ba nicht auch Dieselben Mittel angewendet, mit dem einzigen Unterschiede, daß der Syllabus sich auf die Aufstellung von Theorien beschränkt, während Sie dieselben ausführen? Sie haben sogar sich nicht gescheut, zu ben Bajonnetten zu greifen, Sie haben Truppen in den Jura geschickt, um Denjenigen ihren Glauben zu nehmen, benen er in der von Ihnen beschworenen Vereinigungsurfunde gemährleiftet ift.

Ich glaube nicht, daß Sie die Ordnung auf bem Wege ftrenger Magregeln herstellen konnen. Je weiter Sie auf Diesem Wege vorgehen werden, desto mehr wird der paffive Biderftand der fatholischen Bevolferung gegen Ihre Berfolgungsmaßregeln machsen. Wenn einmal der dichte Rebel, ber über ben protestantischen Rantonstheil verbreitet ift, sich gerftreut, dann werden Gie zu anderen, zu gerechten Wefühlen gurudtehren. Ich muniche, es moge dieß bald gefchehen.

Steullet. Nach den beredten Worten, welche der Große Kath angehört hat, kann ich mich kurz fassen. In der ersten Berathung habe ich auf Streichung des § 3, und in zweiter Linie auf Weglassung der Zisser 2 dekselben ansgetragen. Der Große Rath hat diese Anträge nicht genehmigt. Nach der ersten Berathung des Gesches wurde der § 3 sowohl in der Preffe als im Bolte vielfach besprochen und allgemein mißbilligt. 3ch glaubte baber, die Regierung werbe bei ber zweiten Berathung die Streichung Diefes Artifels oder wenigstens der Ziff. 2 beantragen. Dieß ist nicht gesichehen. Bei der Berathung dieses Artikels hat man die Kirche beschuldigt, daß sie die Ursache des Konstittes sei, und man bat Die abberufenen Priefter als Rebellen, als Aufwiegler be-

Wir wiffen aber wohl, welches die Ursache bes Kon-fliftes war. Die Riederlage Frankreichs erklärt Alles. Ware Deutschland besiegt worden, so bin ich überzeugt, bag bie Berfolgung ber Ratholiten in ber Schweiz nicht stattgefunden hatte. Als aber Deutschland siegte, hielt der große Kangler Bismark den Moment fur geeignet, um den großen Kolok in Rom, den Ultramontanismus, zu bekampfen. Weil er Frankreich besiegt hatte, so glaubte er, auch des Sieges über Rom sicher zu sein. Republikanische Regierungen haben Deutsch= land nachgeahmt, und Bern trachtet banach, fie in diefer Berfolgung zu übertreffen. Man glaubt auch, ber Augenblick fei gefommen, das im 16. Jahrhundert begonnene Bert der

Reformation im Jura zu vollenden.

Man fagt, die katholische Kirche sei durch den Erlaß bes Collabus und burch die Unfehlbarfeitserflarung geandert

worden. Diese Behauptung ist durchaus unrichtig, und ich begreife nicht, wie man sie aufstellen kann. Ift die katholische Kirche nicht eine geistliche Genossenschaft, welche seit 18 Jahrhunderten exiftirt? Satte fie mahrend biefer langen Beit nicht immer die gleiche Organisation wie noch heute? Der Papft Bius IX. ift ber Nachfolger bes h. Betrus. In Frankreich und in anderen Landern benft Riemand baran, zu behaupten, die katholische Kirche habe aufgehört, zu existiren und die gegenwärtige Kirche sei nicht diesenige ber vergangenen Jahr= hunderte.

Man hat vom Syllabus gesprochen. Ich begreife, daß man gegen denselben eifert; denn er brandmarkt den Materialismus und die verwerflichen Lehren, welche die Unterbrudung des Chriftenthums bezwecken; er vindizirt ber Rirche das Recht, die Jugend zu unterrichten; er verurtheilt die Alls macht des Staates in firchlichen Dingen u. f. w.

Man hat auch behauptet, die Rirche habe in Folge ber Erklärung des Unfehlbarkeitsbogma's eine Aenderung erlitten. Auch diefe Behauptung ift eine irrige. Sie kennen die Gesichiche. Hat die Kirche, die eine geiftliche Gemeinschaft ift, nicht von jeher das Recht gehabt, Konzilien zusammenzusberufen, welche ihre Verfassung feststellten und sie interpretirten, das Evangelium auslegten und über alles Das, was die fatholische Gemeinde betraf, Beschluffe faßten? Das Unfehlbarteitebogma geht ben Staal und die Brotestanten Richts an. Durch Diefes Dogma wird bloß ausgesprochen , daß, wenn der Bapft ex cathedra, b. h. in Ausubung feines Lehr: amtes, über Sachen des Glaubens und der Sitten einen Aus-ipruch thut, diefer lettere mahr fei. Es ift also nicht mehr nothwendig, daß ein öfumenisches Konzil einberufen werde, um einen solchen Ausspruch zu genehmigen. Uebrigens konsul-tirt der Papft vorher stets die Kirche. Die Unfehlbarkeit be-zieht sich also, wie gesagt, nur auf Sachen des Glaubens und ber Sitten, nicht aber auf weltliche Angelegenheiten; fie bezieht fich nur auf die Satholiken und nicht auf die Protestanten.

Wenn man fagt, die romische Kirche sei nicht mehr ta-tholisch, so frage ich: ist benn die Kirche, die man die bernisch= preußische nennen muß, die mahre fatholische Kirche? Ift es die Kirche, welche uns unsere Pfarrhaufer, unfere Kirchen, unfere Kirchenguter genommen bat? Rein vernünftiger Menfch wird in der juraffischen Staatsfirche die mahre fatholische Kirche erblicken. Durch die Berträge von 1815 hat Bern die fatholische Religion mit allen ihren Dogmen und ihrer Sierarchie anerkannt und gemahrleistet. Heute haben Sektirer ben Namen Katholiken sich angemaßt und sich an die Stelle gesett. Den Namen habt 3hr Guch angeeignet, bas Wefen

aber befitt 3hr nicht.

Gine Rirche erkennt man an ihrer Organisation. Die fatholifche Rirche hat eine bifchöfliche Ginrichtung, und an ihrer Spige fteht ein Oberhaupt, welches den Bischöfen die Weihe ertheilt, und Diefe feten ihrerfeits die einzelnen Briefter ein. Durch welchen Bijchof aber haben Sie Ihren Beift= lichen Die priefterliche Weihe ertheilen laffen? Durch Reinfens, ber vom Bapfte exfommunigirt worden ift. Sagen Sie also nicht, daß die Organisation Ihrer Kirche die ber fatholifchen Rirche fei. Gie haben vielmehr bie Organisation ber protestantischen Kirche; Sie haben eine Synode, welche über Sachen bes Glaubens u. f. w. endgultig entscheidet. Es ift dieß das Prinzip der freien Forschung, wie es die Proteftanten besitzen. Rur Derjenige ist katholisch, welcher an die Autorität der Kirche glaubt und namentlich die Oberhoheit bes Bapftes anerkennt. Es find alfo die Seftirer im Jura, welche die Oberhoheit bes Papftes verwerfen, nicht fatholifch. Ihre Synode hebt die Ohrenbeichte auf und trifft andere wesentliche Abanderungen.

Wie viele Anhänger gählt übrigens diefe Kirche im Jura? Die Bahl berfelben ift außerordentlich gering, fo daß man fagen fann, die romifche Kirche existire nur auf dem Bapier. Sie brauchen nur an einem Sonntage eine Reife in den Jura ju machen und fie werden fich alsbald überzeugen, daß bie Bahl ber Anhanger bes neuen Rultus außerft gering ift.

Bas haben unsere Briefter gethan, daß man in dieser Beise gegen fie vorgeht? Haben nicht auch in den Kantonen Solothurn, Margan und Bafelland die Briefter gegen die Abfegung bes Bischofs Lachat protestirt? Ift man aber bort fo ftrenge gegen fie vorgegangen, wie im Kanton Bern? Sat man fie abberufen und aus dem Lande gewiefen? Rein. Much in Genf find die Priefter abgefest worden und man hat dort ebenfalls ein Rultusgefet erlaffen. Diefes Gefet aber ift bei weitem nicht fo ftrenge, als bas vorliegende. Es lautet, wie folgt:

#### "Art. 1.

"Jede gottesbienftliche Feier, Brogeffion ober religiofe Ceremonie ift auf ber öffentlichen Strafe verboten.

#### "Art. 2.

"Bon diesem Berbot ausgenommen ift ber von den Militarbehörden fur die fantonalen und die eidgenöffischen Truppen vorgeschriebene Feldgottesdienft.

#### "Art. 3.

"Das Tragen eines geiftlichen ober Ordens = Rleides ift denjenigen Berfonen, welche feit mehr als einem Monat im Ranton wohnen, auf der öffentlichen Straße verboten.

#### "Art. 4.

"Uebertretungen werben mit 1—8 Tagen Polizeihaft und mit einer Buge von Fr. 10-50 beftraft.

#### "Art. 5.

Der nämlichen Strafe unterliegen die Urheber und bie Gehülfen bei Aufreizungen oder Unordnungen, welche bei Anlag der Feier eines Gottesdienstes in einem Privateigen= thum stattfinden."

In Diefem Gefete finden wir feinen einzigen Artifel, welcher fo ftreng mare, wie ber vorliegende Entwurf. Sie beabsichtigen eben, den fatholischen Rultus unmöglich zu machen. Der Entwurf verlett alle liberalen, alle protestantischen Grund-Sein Zwed ift einfach ber, ben fruheren Beiftlichen bie Ausübung bes Gottesbienftes unmöglich zu machen. Wenn Sie diefelben aber verhindern , das Chriftenthum gu lebren, ben Rranten Die Sterbefaframente zu verabreichen, fo ift bieß eine Ungerechtigfeit, eine Tyrannei.

Man hat gefagt, es befinden sich schon jest im Jura neue Priester, welche die gottesdienstlichen Funktionen aussüben können. Dieß ist richtig, allein können diese wenigen Priester genügen, um die geistlichen Bedürfnisse der Katho-

lifen zu befriedigen? Rein!

Ich bin fest überzeugt, daß, wenn der Große Rath das Befet annimmt, das Berner Bolt dasfelbe verwerfen wird. Sollte aber auch bas Bolt bas Befet genehmigen, fo werden, wie fie uns mitgetheilt haben, die Bundesbehörden basfelbe faffiren. Die Bereinigungsurfunde gewährleiftet die romifch= fatholische Religion, und der Kanton Bern hat fich verpflichtet, diesen Bertrag zu halten. Ich stelle den Antrag, es fei die Ziff. 2 des § 3 zu ftreichen.

Jolissaint. Gin altes Sprichwort sagt: In allen Dingen ist der erste Schritt der schwerfte. In Anwendung bieses Sprichwortes sage ich den Herren Ultramontanen, baß ber erfte Ton, in welchem fie Die Distuffion beginnen, bis an das Ende fortflingt. Wenn fie beim Betreten ber parlamentarischen Arena eine heftige und leidenschaftliche Eprache anschlagen, so pflanzt sich diese durch die ganze Dis= kussion hindurch fort. Rach den gestrigen stürmischen Ber= handlungen hoffte ich, die ultramontanen Redner werden

begreifen, daß ihre leibenschaftliche Sprache nicht geeignet fei, die Rube und den Frieden gurudzuführen, den fie fo oft im Munde führen. Ich tauschte mich aber. Sie führen beute den Kampf in ihrer gewöhnlichen heftigen und unge-mäßigten Sprache. Durch die Leidenschaft verblendet, verbreiten sie sich in Beschimpfungen, welche bem Gegenstand ber Diskussion fremt sind. Waren ihre Philippisen nur fur diese Bersammlung bestimmt, so wurden wir ihnen gar nicht antworten; benn fie erzielen bamit im Großen Rathe gerade bie entgegengefette Birkung. Allein fie wollen mit ihren Reben die juraffifche Bevölkerung über die mahre Sachlage tauschen und die Agitation im fatholischen Jura aufrecht er= halten. Es ist daber, da wir unfern von den ultramontanen Führern augenblicklich irregeführten Mitburgern die Wahr= heit fagen wollen, unfere Bflicht, ihre Anklagen auf ben wahren Werth gurudzuführen und die Diskuffion auf ben richtigen Boben zu bringen.

Ich will mich indeffen nicht damit beluftigen, Die Unbringen des herrn Steullet ju widerlegen. Seine Argumente find berart, daß fie die Chre einer Befprechung nicht verbienen. Berr Steullet hat nach Art bes Bater Loriquet Be= schichte und nach Urt ber Jesuiten Theologie getrieben.

herr Folletête hat uns gefagt, baß die Souveranetat bes Staates durch ben Syllabus, die Encyclica oder die Unfehl= barteit nicht bedroht fei; daß die fleine Republit Bern mit Unrecht die von der neuen romischen Rirche proflamirten Grundfage fürchte, da die große Republit der Bereinigten Staaten, England und alle andern europäischen Staaten im Allgemeinen sich darum nicht bekummert haben. Diese Be-hauptungen des Herrn Folletête sind irrig. Untersuchen wir, ob die Vorschriften des Syllabus und das neue Dogma von der Unfehlbarkeit des Papstes wirklich so unschuldig feien, wie es bie ultramontanen Redner behaupten, und ob Die gange Rirche und die Staaten fie fo gang ohne Biber= ftreben angenommen haben. Bunachft taufcht fich Berr Folletête, wenn er behauptet, die Bereinigten Staaten von Rord-amerita feien wegen ber Uebergriffe bes Ultramontanismus unbeforgt. Diefe Bunde, welche in allen fatholischen gan= bern zu einem wahren Krebsschaden zu werden droht, hat vor Rurzem die Aufmerksamkeit der fortschrittlich gefinnten Männer der großen Republik der neuen Welt erregt. Es war dort in der letten Zeit ernftlich die Rede davon, Magnahmen zu er= greifen, um dem Gindringen der ultramontanen Sette Schranken gu fegen. Wenn diefe fraftige Republit diefe Sette frei gewähren läßt, fo wird fie, wie ich fürchte, bieß schwer zu berenen und Die verhängnifvolle Theorie bes

Gehenlaffens theuer zu bezahlen haben. Und England? ift diefes so unbeforgt wegen der Lehren des Syllabus und des Dogma's von der papftlichen Unfehlsbarteit? Rennt Herr Folletete die treffliche Brojchure nicht, welche der hervorragenofte Staatsmann bes britannischen Reiches, der frühere Bremierminister Gladstone, herausgegeben hat? In dieser Broschure, welche große Sensation bervorgerufen hat, kennzelchnet Herr Gladstone die Gefahren, welche der Spllabus und die Unfehlbarkeit des Bapftes für die Rechte des Staates und die Freiheiten der neuern Zeit in sich schließen. Er widerlegt schlagend die Argumente der Ultramontanen, welche behaupten, in ber katholischen Sirche fei feine Beranderung eingetreten und die neuen Theorien und Dogmen hindern Die romischen Ratholifen Englands nicht, ebenfo lonale und ebenfo treue Unterthane der König in zu fein, wie die anglikanischen und die protestantischen Burger. Er weist nach, daß der Ultramontanismus und der Jefuitismus, welche identisch find und den Papft und den Reufatholizismus bominiren, die weltliche Gewalt zu unterdrücken und alle Freiheiten und Fortschritte der civilifirten Welt zu untergraben bestrebt sind. Gladstone war besser als jeder Undere geeignet, um so zu sprechen, wie er es gethan hat. Er, der immer die Bewiffensfreiheit vertheidigt, der die Auf-

hebung ber englischen Gefete, welche die Ratholiken ihrer politischen Rechte beraubten, bewirkt hat, ist nicht der In-tolerang und der Parteilichkeit verdachtig, wenn er die Tendenzen der neuen römischen Kirche als usurpatorische bezeichnet. Fügen wir noch bei, daß mehrere fatholische Borde herrn Gladstone ihre Bustimmung zu den in feiner Brofchure entwickelten Ideen erflarten und fich babin aussprachen, daß fie, wenn die Beschluffe des vatikanischen Konzils ausgeführt wurden, mit der romischen Rirche brechen mußten 2c. Thatfachen zeigen, daß die Behauptungen bes herrn Folletete

unrichtig sind.

Bas ift in Frankreich, bem Baterlande ber gallikanischen Kirche, welches heute leider dem Jesutismus in die Hände gefallen und dadurch größern Gesahren ausgesetzt ift, als durch die preußischen Zündnadelgewehre und Kanonen, in Bezug auf den Eyllabus geschehen? Wir sehen, daß die Verkündigung des Spllabus und der Encyclika vom 8. De-zember 1864 durch die Regierung Napoleons III nie bewilligt worden ift, obwohl dieser der Protektor des katholischen Klerus war. Um 1. Januar 1865 untersagte der Justizund Kultusminister oder vielmehr der Ministerrath ausbrucklich die Promulgation ber Encyclifa und des Syllabus. In feiner Nummer vom 2. Januar 1865 publigirte bas amt= liche Blatt des frangofischen Kaiserreichs ein vom Siegelbe= wahrer Baroche unterzeichnetes Kreisschreiben an die Erzbi= schöfe und an die Bischöfe Frankreichs, worin folgende Stelle vorkommt: "Sie werden begreifen, daß die Annahme und die Verkundung dieser Aftenstücke (Syllabus und Encyclika), welche Gabe enthalten, Die Den Bringipien, auf denen Die Berfaffung des Raiferreichs beruht, zuwiderlaufen, nicht geftattet werden darf."

Und waren ein Theil der fatholischen Kirche selbst, nämlich derjenige, welcher einen liberalen Austrich behalten und eine gemiffe Achtung vor ben gallifanischen Traditionen bewahrt hatte, sowie die Bertheidiger bes Gedankens einer Allianz der Kirche mit der modernen Gefellschaft nicht ernstlich beforgt angesichts ber Gefahren, in welche der Syllabus und das Unfehlbarkeitsdogma die katholische Religion dadurch verfetten, daß biefe vatifanischen Erlasse die Rechte des Staates und der Burger bedrohten? Soll ich Gie an den Kongreß von Malines erinnern, der von den liberalen Ratholiten berufen wurde und auf dem Montalembert mit neuem Gifer den Sat feiner Jugend "die freie Rirche im freien Staate" wieder aufnahm? Briefe, Beitungen, Erlaffe fielen um die Bette über ihn her und verurtheilten ihn. Er mußte feine Bedanken berichtigen, wenn nicht zurücknehmen, allein in einem Briefe, den er einige Monate vor dem vatikanischen Konzil einem seiner Freunde geschrieben hatte, geißelte er, wie sie es verdienten, die Intriganten, welche die papftliche

Unfehlbarkeit zum Dogma erheben wollten.

Und hat nicht auch Dupanloup, der Bischof von Orleans, der tein gallifanischer Bischof ift, einen Alarmruf erhoben angefichts der bedauerlichen Folgen, welche, wie er voraussah, die Annahme der von den Jesuiten vorgeschlagenen und gelehrten neuen Dogmas durch das vatikanische Konzil für die katho= lische Kirche haben mußte? Sat nicht der Bischof Dupanloup in einem Briefe an die Geistlichen seiner Diözese Folgendes geschrieben: "Nach der Verkündigung des neuen Dogma's wird kein Geistlicher, kein Bischof, kein Katholik diese den Regierungen so verhaßte Lehre zurückweisen können; in ihren Augen wurden alle burgerlichen und politischen Rechte, sowie alle religiofen Bekenntniffe in der Sand eines einzigen Menfchen fein. Will man in ganz Europa die Trennung von Kirche und Staat auf die Tagesordnung fegen? Man kann es fich unmöglich verhehlen, daß es Leute gibt, welche be-ftrebt find, die Kirche bis auf's Aeußerste zu treiben u. f. w."

Sodann darf man nicht vergeffen, daß 220 Bifchofe, welche von ben bedeutenoften, von den aufgeklarteften Dio-

zesen ber Chriftenheit abgeordnet waren, am 16. Juli 1870 in Gegenwart Bius IX. gegen Dasjenige protestirten, mas am 18. im Batikan geschehen follte. Diese so beträchtliche Minderheit von durch theologische Bildung ausgezeichneten Kirchenvatern hat nicht nur ihr Blacet verweigert, fondern fie hat ihr negatives Botum in einer Abreffe an ben Bapft wiederholt und ber Berkundung bes neuen Dogma's nicht beigewohnt, indem fie erflarte, daß Diefes angebilche Dogma bon Anbeginn an nie und nirgends anerkannt worden fei und nicht diejenigen Eigenschaften besitze, welche die alte katholische Rirche einem Glaubensfate von feber beigemeffen habe.

Diefer Glaubensfat ift übrigens nicht fo unschuldig, wie feine Anhanger behaupten. Dag er Gefahren in fich birgt, beweisen uns die zahlreichen Konflifte, welche er in allen katholischen und namentlich in den gemischten Staaten hervorgerufen hat; dieß beweist uns auch der Umstand, daß ber Papft und die Bischofe Diefen Glaubensfat mit außerfter Strenge ausführten , indem fie die Beiftlichen , welche fich weigerten, das Dogma von der perfonlichen Unfehlbarkeit bes Bapftes anzunehmen und es zu verfünden, extommuni= zirten und das Anathem gegen die Staaten ichleuderten, welche,

wie das deutsche Reich und einige Schweizer Kantone, sich der Berkundung bieses Dogma's widersetzen.
Seit einiger Zeit führt die ultramontane Partei die religibje Freiheit, die Lehrfreiheit, die Bereinsfreihrit immer im Munde, was uns fehr überraschend vorkommen muß. Gestern und heute haben uns die Berren Roller, Steullit und Folletete hochtrabende Lobreden auf alle diese Freiheiten gehalten, welche fie mit vielem garm beanspruchen. Diefe Berren, welche Ratholifen von achtem Schrot und Korn zu fein und mit dem heiligen Stuhl in Ideenverbindung zu ftehen be= haupten, miffen ohne Zweifel nicht, daß die modernen Freiheiten, zu deren Bertheidiger fie fich heute aufwerfen, von der Encyclifa und von dem Syllabus verflucht find und daß Diefer Fluch auf fie felbst zurückfällt, wenn sie für Diefelben in Schranken treten. Sie mogen nur die Encyclika vom 8. Dezember 1864 und den Syllabus nachlefen, und fie werden finden, daß sie Freiheiten vertheidigen, welche in diesen Erlassen verpont sind. Bereits im Jahr 1832 hat der Papst Gregor XVI. den Grundsatz der Kultus = und Gewiffensfreis heit als Wahnfinn bezeichnet. Diefes Urtheil über Die Rultus= und Lehrfreiheit wird im Syllabus in folgender Weife reproduzirt:

Art. XVI. Berflucht ift, wer ba fagt: Die Menschen können in jedem Kultus den Weg zum ewigen heil finden.

Art. LXXVII. Berflucht ist, wer da jagt: In unserer Beit ift es nicht mehr zulässig, daß die katholische Religion mit Ausschluß aller übrigen als einzige Staatsreligion betrachtet werde.

Art. LXXIX. Berflucht ift, wer da fagt: Es ift falfch, daß die burgerliche Freiheit aller Kulte und die Freiheit, alle feine Gedanken und Meinungen offen aussprechen zu durfen, bagu beitragen, die Gemuther und die Sitten ber Wolfer gu verderben und die Beft der Indiffereng gu verbreiten.

Diefe Sprache ift im Munde des Hauptes der intoleranten Sefte, welche man Ultramontanismus nennt, fonfequent, fie steht aber in offenbarem Biderspruche mit den Theorien, welche die Redner im Großen Rathe auseinanderseten, die dieser Sette anzugehören offen erklaren. Ich habe gesagt, daß der Papft tonfequent mit den Grundfaten des Katholizismus gehandelt habe, und in der That ift nach diefen Grundfagen, ba es nur Ginen Gott gibt, nur Gin Kultus möglich, wie bieg vor Kurzem ber Univers, bas Organ ber ultramontanen Sette, behauptete. Fur diese Unhanger des religiofen Absolutis= mus ift die Kultusfreiheit nicht nur ein verdammenswerther Irr= thum, eine Gottesläfternng, sondern ein offenbarer Unfinn; es gibt feine Rultusfreiheit, und es fann feine geben, weil Die Rulte rechtlich nicht existiren ; es gibt Barefien, Abgöttereien,

Empörungen gegen die Wahrheit, allein es gibt feine Rulte; es gibt nur Ginen Rultus, benjenigen, bessen sichtbares Haupt ber Pabst ift, ber Bertreter des göttlichen Oberhauptes, welches ihm nicht nur auf dieser Welt, sondern auch in jener Welt Vollmacht ertheilt und ihn zum Wächter der himmelssschlüssel eingesetzt hat. Für diesen Kultus verlangt man die Freiheit, alle Freiheiten, diejenigen inbegriffen, die Freiheit der anderen Kulte zu unterdrücken; denn die absolute Wahrsheit betrachtet jeden Wierspruch als eine Majestätsbes

eidiauna.

Dieß ist gewiß nicht diesenige Freiheit, welche die berühmten Wänner D'Connel und Montalembert so energisch vertheidigt haben. Ihr seid hingegangen zur hundertjährigen Iubelseier des großen irländischen Agitators, allein Ihr habt ohne Zweisel vergessen, daß D'Connel, wie Montalembert, liberale Katholiken waren, welche, wie die heutigen liberalen Katholiken, dem Iveal der Bereinigung der religiösen Ivee mit dem modernen Fortschritt zustreben. Er gehörte dieser sentimentalen Schule der Schriftseller des Avenir und der Agence generale für die Bertheidigung der religiösen Freizheit von 1830 an, welche die Intoleranz des römischen Papstthums gedemüthigt, gebrochen haben. Die Mannen D'Consnel's mußten sich im Grabe umwenden, als sie bei seiner Jubelseier Illtramontane sahen, wie Benislot 2c., welche diese Ivenen der wahren religiösen Freiheit und des Fortschrittes, denen er seine Kräste gewidmet hatte, in voller Buth versluchen. Ja, mögen Sie es wissen, herr Folletete, wenn D'Connel und Montalembert noch lebten, so würden sie mit den liberalen Katholiken gegen die intoleranten Ultramontanen marsschiren!

Nach diesen allgemeinen Bemerkungen erlaube ich mir, die Anklagen des herrn Fürsprecher Koller gegen das Gesetz und namentlich gegen den § 3 in Kurze zu prüfen. Dieser Redner hat behauptet, daß die Bestimmungen dieses Artikels die Grundsage der Gleichheit der Bürger vor dem Gesetz und

der Unterrichtes und Rultusfreiheit verlegten.

Die Gleichheit vor dem Gefet mare verlett nach der Meinung des herrn Koller, weil der Art. 3 die Ausübung bes Rultus ben Beiftlichen verbietet, welche ben Staatsin= ftitutionen und den Erlaffen der Staatsbehorben Biderftand leiften. Da diese Bestimmung allgemein ift und fich auf alle Burger bezieht, welche sich gegen die Staatsgesete em-poren, so verlett sie den Grundsat der Gleichheit keines= wegs; fie fpricht nur im Allgemeinen die Unfahigfeit aus, ein Umt zu versehen, sei es im öffentlichen, fei es im Privat= fultus (denn diefer intereffirt den Staat ebenfo fehr als der erftere), gegenüber jenen Berfonen, welche durch offenen Biberftandoffentlich ihren Ungehorfam gegen die Gefete und die Berachtung der Erlaffe der Behörden bekennen. Bollte man die Grundfage der Gleichheit aller Burger vor dem Gefete und der Lehrfreiheit in solchem Sinne nehmen, daß der Staat verpflichtet ware, Diejenigen als Lehrer zu dulden, welche den Brinzipien, auf denen die burgerliche Gesellschaft gegrundet ift, den Krieg erklart haben, so mare dieß ein fehr übel verstandener Refpekt vor Diesen Grundfagen. Go gut als die Bewilligung, in einer Privatschule Unterricht zu er= theilen, Denjenigen entzogen werden fann, welche den Unge= horfam gegenüber den Gefegen und den Staatsbehorden lehren wurden, ebenfo gut kann Die Ausubung gottesdienstlicher Funktionen beim Brivatkultus, welcher ebenfalls ein Unter= richt ift, ben Beiftlichen verweigert werben, Die öffentlich er= flart haben, daß sie sich nie den kantonalen Befegen unter= werfen werden. Ge hangt aber von ihnen ab, zu erklaren, daß fie fich ben Staatseinrichtungen und ben Staatsbehörden, wie alle anderen Burger, unterwerfen, und damit ihre Intapagitat gur Ausübung gottesdienftlicher Berrichtungen aufhoren gu laffen.

Solche Intapazitäten werden haufig von den Bifchofen gegen ben Klerus ausgesprochen. Man weiß, daß die hohen

geistlichen Burbeträger mit ben Landgeistlichen ziemlich rauh umgehen, und daß sie von diesen Proletariern der Kirche einen absoluten und blinden Gehorsam verlangen. Was geschieht, wenn diese unglücklichen Heloten sich herausnehmen, einen Schatten von Unabhängigkeit zu verlangen? Sie werden mitzleidslos interdicirt, mit andern Worten, von ihren Funktionen enthoben und so lange zur Ausübung ihres Amtes unfähig erklärt, die sie Buße thun und die Erklärung abzehen, daß sie sich auf Gnade und Barmherzigkeit unterwerfen. Behaupten herr Koller und seine ultramontanen Freunde, daß biese Bischöfe dadurch den Grundsat der Gleichheit der Bürger vor dem Gejet verletzen? Wenn dies der Fall ist, dann können sie auch mit Recht saen, daß der S 3 diesen Grundsat verletze.

fte auch mit Necht fagen, daß der § 3 diefen Grundfag verlege. Gerr Fursprecher Koller hat endlich die Behauptung aufgestellt, daß die Biff. 2 bes § 3 einen schweren Gingriff in Die Rultusfreiheit enthalte, weil diefe Bestimmung badurch, daß fie den 87 externirten Geiftlichen die Ausübung des Privatfultus unterfage, ben römisch-katholischen Rultus überhaupt unmöglich mache. Die Behauptung des herrn Koller ware richtig, wenn dieser Ausschluß alle Geistlichen des römisch= katholischen Kultus ohne Ausnahme treffen wurde, wozu herr Oberrichter Zuricher in seiner Brochure aurath. Allein dieser Ausschluß trifft nur Diesenigen Geiftlichen, welche die Bro-teftation vom Februar 1873 unterzeichnet und dadurch ber Staatsbehörde den handschuh hingeworfen haben. Die übrigen Briefter ber neutatholischen Sette, welche, wie Berr Roller zugeben wird, noch fehr zahlreich find, fonnen ihr Umt beim Brivatkultus der römischen Ratholiken ausüben. Diese werden alfo fich nicht über Mangel an romischen Brieftern beklagen durfen, sondern weit eher durfte sie eine nur zu große Aus-wahl in Berlegenheit setzen. Der Bischof Lachat, welcher, anstatt seine Jurisdiftion auf den ihm treugebliebenen Theil feiner Diogefe zu beschränken, wie es ihm auch von feinen Freunden in der Regierung von Luzern gerathen worden, fort= fahrt, fich als Bischof aller ber Stande zu benehmen, aus welchen das Bisthum Bafel bestand, hat bereits die nothigen Maßregeln getroffen, um alle Kirchgemeinden mit römischen Geist= lichen zu verfehen. Aus der Mitte feines Bisthums hat er wie eine Spinne feine Faben nach allen Geiten bin ausgefpannt; feine einzige Genoffenschaft von Reutatholiten wird der Beiftlichen beraubt fein. Bereits hat der Bischof die Defane und die Beiftlichen ernannt, welche in den alten Rirchgemeinden funttioniren follen. Diefe Thatfache, welche einen neuen Gingriff Des Bischofs Lachat in bas Gebiet ber Kantone enthält, ihm die Bewilligung gur Besitzergreifung des bischöflichen Stuhles zurudgezogen haben, beweist, entgegen ben Be-hauptungen bes herrn Fursprecher Roller, daß die Bedurfnife bes Privatfultus ber ultramontanen Ratholifen reichlich werden befriedigt werden.

Herr Fürsprecher Folletête hat mit großem Nachbruck ben Großen Rath daran erinnert, wie der Staat Bern im Jahre 1836 nach Canossa gegangen sei, um die Berzeihung des Papstes zu erbitten, und in seinem wüthenden Gifer hat er sich so weit vergessen, sich für einen Propheten zu halten und vorherzusagen, der Große Rath werde noch ein zweites Mal hingehen und zu den Füßen Pius IX. ehrenvolle Buße thun. Wir tennen leider nur allzugenau jenen Att der Schwäche, welcher damals von den Staatsbehörden des Bisthums Basel begangen wurde, und wir haben diesen Fehler theuer genug bezahlt, um ihn jemals zu wiederholen. Indem heute die Liberalen des Kantons Bern den Kamps mit der angeblich unfehlbaren römischen Hirarchie ausnehmen, haben sie die Tragweite und die Folgen desselben wohl berechnet. Sie haben diesen Kamps unternommen mit dem festen Entschluß, ihn zu Ende zu führen, d. h. ihn zu unterhalten, die die Bevölserung des katholischen Jura befreit sein werde von der Herschaft des zesutischen, vor keinem Opfer zurückweichen.

Herr Fursprecher Roller hat seine pathetische Rede

geschlossen, indem er sagte, ein dichter Nebel habe sich über dem alten Kanton gelagert, ein Nebel, welcher den Jura zu erdrücken drohe. Ich antworte Herrn Koller, daß die Nebel, welche auf dem Jura lasten, wohl nur diesenigen der Miasmen des Fanatismus und der Ignoranz sein können. Die jurassischen und bernischen Liberalen haben sich aber muthig an's Werk gemacht, um diese Nebel zu zerstreuen und um den Frieden, die Toleranz und das Licht in jenen Theil des Kantons zurüczusühren. Und wir hoffen, daß unsere Anstrengungen den Sieg davontragen werden, zum heile unserer Kinder und zum Heile der Ihrigen. (Anhaltender Beifall.)

Bobenheimer, Regierungsrath. Ich bin den Worten des Herrn Steullet von Anfang bis zu Ende mit großer Aufmerksamkeit gefolgt und habe gehört, daß er Folgendes gesagt hat: Wenn der Große Rath das vorliegende Gesetz annimmt, so wird das Volk es verwerfen, sollte aber auch das Bolk dem Gesetz seine Zustimmung geben, so werden, wie sie uns mitgetheilt haben, die Bundesbehörden es kassiren. (Steullet: Ich habe dies nicht gesagt.) Es sind dies Ihre eigenen Worte, und ich fordere Sie auf, die Bundesbehörde und die Person zu nennen, welche Ihnen gesagt hat, daß sie das Gesetz kassiren werden. Wenn Sie dies nicht können, so erkläre ich, daß Sie die eidgenössischen Behörden verläumdet haben.

Steullet. Ich erkläre, daß ich diese Aeußerung nicht gethan habe. Sollte ich mich wirklich in diesem Sinne auszgesprochen haben, so habe ich mich schlecht ausgebrückt oder ich bin mißverstanden worden. Ich habe aber die Ueberzzeugung, daß die Bundesbehörden dieses Gesetzkassern werden.

Boben heimer, Regierungsrath. Ich habe gang genau gehört, daß herr Steullet die Worte ausgesprochen hat: "wie fie uns mitgetheilt haben."

Steullet. Ich ftelle bies in Abrede.

Joliffaint. Reservatio mentalis!

Folletête. Ich bin so frei, Ihre Aufmerksamkeit noch einige Augenblicke in Anspruch zu nehmen, um die Bestimmungen des Art. 3 einer genauen Prüfung zu unterwersen. Der Art. 3 ist unstreitig der wichtigste des Entwurses, er bildet den Hauptinhalt des Gesehes; er weiht eine ganze Klasse von Bürgern einem barbarischen Oftracismus, er zielt auf die vertriebenen Priester, um ihnen bei ihrer Rücksehr die Aussübung ihres Amtes unmöglich zu machen. Lesen wir seinen Inhalt noch einmal durch: "Geistlichen oder andern Relizionsdienern, welche nicht an einer staatlich auerkannten Kirchzemeinde angestellt sind, ist die Ausübung geistlicher Verrichztungen bei einer Relizionsgenossenostentlich und jede Wirtsamkeit an der Schule (öffentliche und private) untersagt: 1) wenn der Betreffende einem staatlich verbotenen religiösen Orden angehört; 2) wenn er erwiesener Maßen sich öffentlich den Staatseinrichtungen und den Erlassen der Staatsbehörden widersetz hat, auf so lange, als diese Widersetlichkeit fortdauert."

Man muß zugeben, daß eine derartige Verfügung einen wirklichen Ausnahmszustand begründet. Wie aber hat dies geschehen können? Wie hat man in einen Gesetzentwurf, welcher die Freiheit des Kultus wahren soll, ein Verbot aufnehmen können, welches dem gesunden Verstande ebenso widersspricht, als der konstitutionellen Freiheit und der Grundlage unserer gesellschaftlichen Ordnung? Ich will es Ihnen sagen. Man gelangt zu solchen extremen, durchaus beklagenswerthen Handlungen nur in Folge der erstaunlichen Verwirrung, welche sich in Bezug auf die Stellung der Geistlichkeit gegenüber dem Staate der Gemüther bemächtigt hat. Man sucht die Fesseln, welche man der Ausübung ihres geistlichen Amtes anlegt, zu

rechtfertigen, indem man behauptet, daß dasselbe unvereindar sei mit der Sicherheit des Staates. Immer sind es der Syllas bus und die Unsehlbarkeit des Papstes, welche den Vorwand hergeben mussen für die Verfolgungsmaßregeln, über welche wir uns beklagen. Seltsame Verirung! Die erklärten Anhänger des Casaro-Papismus, die mit der Gewalt bekleideten Doctrinare, sie sind es also, welche mit so viel Nachdruck von Frieden sprechen, die uns Versöhnung und Beruhigung predigen! Und dieselben Wänner sind es auch, welche uns hier als Ruhestörer und Rebellen darstellen, uns, die Versolgten, uns, welche sie aus unsern eigenen Kirchen vertrieben haben, uns, die wir die gehässigkten Gewaltmaßregeln, die Staatsstreich, die Kosten, die Gefängnißstrasen tragen mussen, uns, die wir übersall den Launen der zügelloseften Willkür unterworfen sind! Die Versolger sind also Männer des Friedens, — und ihre Opfer sind Unruhstifter!

Ich frage Sie, meine Herren, haben Sie denn auch an die Folgen dieser Grundsäße gedacht, welche man hier vertheidigt und welche man überall und unaufhörlich anzurusen beliebt? Ift die Folge nicht die unbedingte und radikale Inachterklärung des Katholizismus? Wenn die Katholiken in der That gefährlich sind des Syllabus wegen und um der vom vatikanischen Konzil aufgestellten Lehren willen, so wird man sich ja nicht auf die Unterdrückung und Vertreibung der Priester beschränken durfen, sondern die Maßregel sollte außegedehnt werden auf alle Diejenigen, welche das Ansehen des heiligen Stuhles anerkennen und dem Worte des Papstes ges

horchen. Niemanden aber wird unbekannt sein, daß die Macht des heiligen Stuhles, zumal heute, da der Papft auf die Gärten des Batikans beschränkt ist, eine rein geistliche sei. So viele Menschen sprechen freilich vom Syllabus und wissen dennoch nicht, was er bedeutet. Der Syllabus, wie er im Jahre 1864 veröffentlicht wurde, ist ja nichts Neues. Er besteht aus einer Sammlung älterer papstlicher Entscheisdungen, welche sich über gewisse, oft irrthümlich aufgefaßte Säße aussprechen. Alle diese Urtheile waren bekannt und schon früher veröffentlicht worden. Der Papst hat nichts gesthan, als sie sammeln und in's Gedächtniß der Gläubigen

zurudrufen laffen. Was nun die Unfehlbarkeit des Papstes betrifft, wie follte dieselbe wohl dem Staate gefährlich werden, da sie es nur mit Fragen zu thun hat, welche Moral und Dogma betreffen? Man fürchtet doch nicht im Ernste, daß diese Lehre, ob neu oder nicht, dem Kanton Bern in seiner regelmäßigen Ents

widlung hinderlich fein werde?

Alles, was uns soeben Herr Jolissaint vom vatikanischen Konzil erzählt hat, ist Phantasiegebilde. Man hat die grundlose Behauptung aufgestellt, eine imponirende Minorität von Prälaten, darunter die ausgezeichnetsten, wie man sagt, nämlich Dupanloup, Stroßmayer 2c., hätten mit Nachdruck im Schooße des Konzils gegen die Unsehlbarkeitserklärung protestirt. Aber diese Bischöfe, welche, wie Sie sagen, nicht zu den Ultramontanen gehörten, haben sie wohl das Dogma selbst bekämpft oder nur die Opportunität seiner Erklärung, aus welcher man allerdings Kapital gegen das Konzil schlagen konnte? Gerade hierin besteht die beste Probe für die Unabhängigkeit jener erhabenen Bersammlung, welche man gewöhnt ist, und ganz ohne Grund, als von dem Despotismus der Jesuiten beherrscht, darzustellen. Und übrigens mögen Sie nicht vergessen, daß, sobald die Erklärung der Unsehlbarkeit eine vollendete Thatsache geworden war, die Bischöse sogleich ihre Zustimmung ertheilt haben. Gibt es einen besteren Beweis für die Festigkeit der Organisation der kathoslischen Hirarchie?

Keine der fremden Nationen hat sich darüber beunruhigt gefühlt, daß die katholische Kirche fortfährt, von ihrem Rechte, die Bölker zu belehren, Gebrauch zu machen. Freilich sagt man uns, in England habe das Haupt der Liberalen, Glad=

ftone, feinen Mitburgern bie Gefahr bezeichnet, welche aus ben römischen Lehren entspringe. Bas will man bamit beweisen? Doch wohl nur, bag es in England, wie ander= warts übelwollende oder unzufriedene oder ehrgeizige Menfchen geben fann, welche aus politischer ober anderer Absicht, aber ohne wirklichen Grund Alarm fchlagen. Uebrigens weiß man ja aber, wie wenig Nachflang bie Stimme Glabftone's im eigenen Lande gefunden hat.

Die große Republik ber neuen Welt beharrt auf ihrer Bahn des Fortschrittes ungeachtet des Syllabus und der Unsehlbarkeit, weil sie Deisheit besitzt, sich nicht darum zu kummern. Hat man vergeffen, daß die Bereinigten Staaten die so furchtbare Krisis des Secessionskrieges überstanden haben, und boch hatten fie, wie herr Joliffaint fagt, im herzen biefen Rrebsschaden bes Ratholizismus, welcher die Bölker zer= frift! Und in ber That, wenn man absieht von Deutschland, welches der Kanzler von Berlin in einem gegebenen Augen= blid und aus politischen Absichten, die ich nicht näher be-zeichnen will, in die Bahn der religiosen Berfolgung hinein= gezogen hat, fo ift es bemerkenswerth, wie alle andern Rationen ber Welt, Die protestantischen wie die fatholischen, eine vollkommen gleichgültige Saltung bewahren gegenüber Diefer

eingebildeten focialen Gefahr.

Much bas republikanische Frankreich, zeigt es wohl Un= rube um ber Folgen bes vatikanischen Dogma's willen? Man hat erwähnt, die faiferliche Regierung felbst, diese einst machtige Stuge des Ultramontanismus, habe fich verpflichtet geglaubt, die Berfundigung des Syllabus und der Unfehlbarfeit zu untersagen. Ungeachtet ber ftolzen Sicherheit, mit welcher voreingenommene Menschen biefe wohl etwas gewagte Behauptung in Umlauf gefett haben, will ich Diefelbe ichnell entfraften. Man muß namlich zuerft die Perfon des Kaifers Napoleon aus dem Spiel laffen. Die Beschichte wird einft ihr Urtheil über Diefen Souveran sprechen, aber ich glaube nicht, daß fie ihn eine Stute des Ratholigismus nennen wird. Seine Ergebenheit an die Kirche entsprang eben andern Quellen, und die Ratholiken Frankreichs hatten alle Grunde, um ihn schon seit langer Zeit nicht mehr fur ihren Beschützer anzusehen. Was feine Regierung betrifft, fo beachten wir bie Daten. Die Unfehlbarkeit bes Papftes ift am 17. Juli 1870 vom Rongil proflamirt worden, also am Borabend des Krieges zwischen Frankreich und Breußen. Seit jener Zeit bis zum 4. September, 1870, an welchem Tage die guten Freunde des Herrn Jolissaint den kaiserlichen Thron umfturzten, hat die französische Regierung Anderes zu thun gehabt, als sich mit theologischen Streitigkeiten zu befaffen. Ich wollte wohl zwischen ben bezeichneten Daten, vom 17. Juli bis zum 4. September, die Nummer bes amtlichen Blattes sehen, welche Das in Rede ftehende Berbot enthielte.

Ebenso glücklich ist Herr Jolissant mit seiner Berufung auf Montalembert und D'Connell, als Theilnehmer bei der antikatholischen Berfolgung. Man hat gewagt, zu sagen: Wenn Montalembert und D'Connell, diese beiden Borkämpfer der religiösen Freiheit, noch lebten, so würden sie "mit uns" bein! Mit Ihnen? Mit den Verfolgern ihrer Brüder?! Ich protestire als Katholik, und ich fühle die Verpflichtung, es hiermit laut und öffentlich zu thun, ich protestire gegen ben Schimpk, welcher diesen beiben großen Todten angethan worden ist. Gewiß, wenn die Berstorbenen sich in ihren Gräbern umwenden, so hat die Asche Montalembert's wie O'Connell's erzittern mussen vor Unwillen über die Lobreden

des Herrn Joliffaint.

Ich weiß sehr wohl, daß man gesucht hat, das Andenken Montalembert's zu beflecken, indem man ihm Ideen unterlegte, gegen welche sein ganzes Leben Verwahrung einlegt. Seine Wittwe hat diesem Spstem der Verlaumdung Gerechtig= feit widerfahren laffen, indem fie eine neue Ausgabe ber berühmten Parifer Kammerrebe über die Schweizer Angelegen= heiten erscheinen ließ, welche am 14. Januar 1848 gehalten

In diesem Vortrage hat ber katholische Redner in wurde. beredter Weise Die erften Berfolgungsschritte getadelt, welche damals in der Schweiz geschahen, Resultate des Sonderbunds= frieges, eines Wertes, von welchem wir heute die Fortsetzung, ich mochte fagen, die Kronung erbliden. Und diefer große Mann alfo murbe heute, wenn er lebte, einer ber Borfampfer der bernischen Bolitik sein ?! Als im vorigen Jahre der Berfolgungssturm die Ursulinerinnen von Pruntrut über die Grenze warf, ba war es die Grafin von Montalembert, welche die Fluchtigen aufnahm, die aus ihrem Klofter burch ein Defret ber Berner Regierung verjagt worden waren; fie war es, welche ihr Schloß von Maiche zur Berfügung biefer Opfer einer Berfolgung stellte, von welcher ihr edler Ge-mahl schon die ersten Sandlungen verurtheilt hatte. Go ist es denn diese Wittwe felbst, welche die Chre des großen Bertheidigers der katholischen Freiheit beschütt, und fur den es Die größte Schmach ware, wollte man ihn zu ber Bahl Dersjenigen rechnen, welche die heutigen Ungerechtigkeiten billigen.

Nach dieser Abschweifung kehre ich zu der Frage selbst zuruck. Der in Art. 3 ausgesprochene Ausschluß der Briefter, welche sich erwiesener Maßen im Widerstande gegen die Staatseinrichtungen befinden, erscheint von keinem Gesichts-

puntte aus gerechtfertigt.

Um die Ausnahmsmaßregeln zu rechtfertigen, welche gegenüber bem tatholischen Rierus ergriffen worden, und um ihnen das geistliche Amt im Lande zu untersagen, führt man immer die Protestation der 97 jurassischen Priester gegen die Absehung des Bischofs an. Man vergißt, daß der Protest vom Februar 1873 nicht von dem des Marg getrennt werden barf. Der eine ergänzt ben anderen. Ich habe schon vor der Sigung die Borweifung Diefes lettern Aftenftucks verlangt und ich bedaure lebhaft, es nicht erhalten zu haben . . . . .

### Sahli. Geftern befand fich der Protest vom Marg bier.

Folletête. Das ist möglich, allein ich habe ihn nicht gesehen. Wenn ich ihn hier zu meiner Berfügung hatte, fo tonnte ich Ihnen unwiderleglich beweisen, daß ber fatholische Klerus feineswege, wie man nicht mude wird zu behaupten, bem Staate den Gehorfam verweigert. Er erflart im Wegen= theil, fich ben Staatsgesetzen zu unterwerfen, jo lange Diefe sein Gemissen nicht verletzen. Diese Bedingung liegt in der Natur der Sache. Der Staat hat das Recht, von seinen Bürgern Gehorfam zu verlangen auf. dem Gebiete der welt= lichen Angelegenheiten. In geiftlichen Dingen ift es feine Miffion nicht, Befehle zu geben und fie ausführen zu laffen. Die katholische Kirche ist im Laufe der Jahrhunderte fehr häufig den Ansprüchen des Staates auf geistliche Alleinherr= schaft begegnet. Der Cafarismus der Tyrannen, der Defpotismus der Maffen, die absolutistischen Lehren der Rechts= gelehrten, dieser Soflinge aller Machthaber, haben der Reihe nach gesucht, die Kirche sich unterthänig zu machen.

Aber die Kirche hat stets ihre Fesseln abgeschüttelt, und ihr "non possumus" hat Recht behalten gegenüber allen Lyranneien der Welt. Sie hat die Unverleglichfeit des menschlichen Gewiffens offen ausgesprochen und die Unabhängigkeit bes inneren Richters von weltlicher Dacht freimuthig erflart. Diefe ruhmliche und heilige Miffion ift es, welche die fatholifche Kirche auch heute noch erfüllt, jum Trop aller Meuße= rungen der Gewalt; und Richts wird fie verhindern, ihrer Aufgabe treu zu bleiben zum Wohl und zur Ehre der Mensch= heit. "Potius mori quam fædari", lieber den Tod als Schande und Berrath, fo lautete der Wahlspruch des Bischofs von Basel; und unsere Priester haben feine andere Richtschnur für ihr Betragen. Sie verstehen es, sich nicht ben Bflichten zu entziehen, welche ber Staat bas Recht hat, von ihnen zu Der Protest vom Marg fest Diefe vernunftgemaße Unterscheidung zwischen ben Rechten bes Staates und benen bes Gewiffens in klares Licht. Wenn die Unterzeichner ihre

Unterwerfung unter die Gesetz erklaren, so muß dieß die weitgehendsten Forderungen befriedigen. Ihre Unterscheidung zwischen dem Gebiete des Staates und dem geistlichen Bebiete ift übrigens ben Grundfagen ber Konftitution burchaus gemäß. Und bennoch wollen Sie die Treue, welche jene Manner den Grundlagen ihrer Rirche beweisen, bis jum Grabe verfolgen.

Ber aber, in ber That, hat benn die fatholischen Briefter eingesett und angestellt? Ift es ber Staat? Ift es ber Staat, welcher ihnen die Miffion übertragen hat, das Svangelium zu verfünden und die christliche Lehre zu verbreiten? Ganz gewiß nicht! Und daraus folgt, daß der Staat keinen Befehl über fie hat in allem Dem, was das Webiet ihres Priefteramtes betrifft. So viel ift unbestreitbar.

Es fteht irgendwo in den heiligen Schriften geschrieben, bas Wort Gottes werbe nicht unterdrückt werden konnen. Und boch ift es genau bieß, mas Gie mittelft bes Art. 3 thun wollen. Sie machen einer gangen Bevolferung das Amt ihrer Priefter faft unmöglich. Der Wortlaut ift freilich unbe-ftimmt und ungenau, aber nun erfennt man aus den Debatten bes Befeges ben Grundgebanken feiner Urheber. Gie wollen, sagen Sie, nur die Briefter treffen, beren Widerstand gegen die Institutionen des Staates offenbar ist. Aber mas heißt das: offenbar oder erwiesen sein? Durch welche Hand= lung wird ber Widerstand erwiesen? Ober wird er burch bie bloße Voraussetzung einer Meinung Desjenigen erwiesen, welcher getroffen werden foll ? Man antwortet, es fei Sache des Richters, dieß zu beurtheilen. Aber dennoch ist es noth-wendig, daß der Richter eine Richtschnur habe. Wo wird man sie finden? Will man vorgehen, wie man es that zur Zeit der militärischen Kommissäre und Offupationen?

Ich will im Borübergehen nur einen kleinen Beitrag zu biesem Gegenstande liefern. Der Februarprotest, welcher den Borwand lieferte fur die Massenaustreibung der jurafsischen Briefter, wurde von 98 Geistlichen unterzeichnet, wovon 69 Pfarrer waren, d. h. bekleidet mit öffentlichen amtlichen Funktionen. Diese letzteren wurden, wie man weiß, ihrer Funktionen enthoben durch Beschluß des Appellations = und Kassationshoses. Was die anderen betrifft, so waren es ein= fache Briefter, welche ein Privatleben führten. Dennoch hat man auch sie verbannt. Ja, noch mehr: man hat bei dersfelben Gelegenheit 7 bis 8 junge Priester vertrieben, welche seit dem Konslitt ordinirt waren und die sich auf keine Weise vergangen hatten, weder durch eine Unterschrift, noch durch irgend eine andere feindselige Handlung gegen den Staat. Gin einfacher Befehl des Regierungskommissars, ohne An= gabe eines Grundes, hat genügt, um aus ihrem Lande 7 harmlose Bürger zu vertreiben. Ihr Exil hat seitdem nun bald 18 Monate gedauert, ohne daß die Opfer dieses Willstüraktes vor ein Tribunal gestellt und in Betreff ber geheimnißvollen Anklage, welche auf ihnen ruht, verhört worden wären. Ich kann die Namen dieser jungen Priester nennen, und es wird wohl Jeder, wer er auch sei, es bleiben lassen, die Genauigkeit der Thatsache, welche ich bezeichnet habe, ju bestreiten. Belde Folgerung foll man nun baraus ziehen? Benn

man ohne jede rechtliche Form biefe jungen Geistlichen hat aus bem Lande treiben konnen, nur weil sie ben Pflichten ihres Amtes oblagen und weil man fich durchaus aller fatholischen Priefter entledigen wollte, wird man bann nicht gemäß Art. 3 auch die Geiftlichen verurtheilen können, welche vor einen Richter gezogen werden, der fich beeilt, die Absichten der Gewalt zu fördern und zu unterftugen? herr Oberrichter Buricher macht auf die Gefahr, dem Richter eine zu große Gewalt einzuräumen, aufmerksam, zumal mit einem Gesetze, welches Nichts genau feststellt. Man mußte doch wenigstens sagen, wodurch der Thatbestand der Widersetzlichkeit der Priester, gegen welche man vorgehen will, erwiesen werde.

Berden in dem Beispiele, welches ich angeführt habe, die 7 jungen Briefter, welche vertrieben wurden, ohne die Protefte vom Februar ober Marg unterzeichnet zu haben , auch unter ben Art. 3 fallen? Sie wiffen biefe Frage nicht zu beants worten, meil Gie eben nicht wiffen, woran Gie find.

Auch ein zweiter Buntt verdient ernfte Aufmertfamfeit. 3ch frage, welches find die priefterlichen Funttionen, die den vom Ausweisungsbetret betroffenen Pfarrern unterfagt werben, weil der Artifel gerade auf Diese Rategorie von Beiftlichen bingielt? Man muß fich bei biefer Welegenbeit beffen erinnern, was in der Periode zwischen Ginstellung und Abberufung der jurassischen Briefter geschehen ift. Am 18. Marg 1873 ftellte der Regierungsrath die Unterzeichner des Februarprotestes in allen öffentlichen Funktionen ein; am 26. Marz bestätigte der Große Rath Diefe Magregel. Um 28. April erließ Der Regierungsrath eine Bollziehungsverordnung betreffend die Gin= stellung der jurafsischen Pfarrer, welche bestimmt war, die priesterlichen Funktionen festzustellen, die dem Pfarrer noch zu gestatten seien. Der Art. 1 dieser Verordnung zählt zu= nachst die Sandlungen des öffentlichen Kultus auf, welche ben Brieftern verboten werden, und reservirt ihnen die Befugnif, ihre ftille Meffe zu lefen. Diefe fo einfache Ber= fügung führte in der Anwendung zu den ungereimteften und bizarrften Richtersprüchen. In jedem Amtsbezirke legte der Richter den Artifel in einer anderen Beife aus. Es ware Beit, diefer Berwirrung und biefen feltsamen Richtersprüchen gemiffer gar zu eifriger Beamten ein Ende zu machen. Roch einmal alfo : welche geiftlichen Funktionen wird man ben aus dem Exil heimtehrenden Brieftern geftatten, und welche andern wird man ihnen verbieten ? Gedenft man ihnen alle zu unter= fagen? felbft bas Lefen ber ftillen Meffe? Jeber fatholische Briefter foll, foviel als möglich, täglich die Deffe lefen ....

herr Präsident. herr Folletête spricht nun schon feit 3/4 Stunden, ohne zu einem Refultate zu kommen. 3ch ersuche ibn, fich nicht von ber Sache zu entfernen.

Folletête. Ich bin mitten in der Sache. Die Feier ber heiligen Meffe verlangt gewiffe Borbereitungen, eine Gin-jegung, die fich paffender Beife nicht überall vornehmen

Sofer, Fürsprecher. 3ch bitte um bas Wort zu einer Ordnungemotion.

Berr Prafident. 3d werde bas Wort Berrn Sofer ertheilen, fobald Berr Folletête geendet hat.

Follet et e. Ich bitte um Berzeihung, wenn ich in biefe Details eintrete. Es ift nothwendig, um den Sinn und die Tragweite Diefes Gefehes festzustellen, welches ganz und gar ein Ausnahmsgefet ift. Die Katholiten, ihrer Kirchen beraubt, haben proviforische Rapellen eingerichtet, meiftentheils in Privathaufern; man feiert bort feine Andachtsübungen. Wirb es unferen Brieftern verwehrt fein, bort Meffe gu lefen oder zu singen? Wenn das Gesetz seinen unbestimmten Wort-laut beibehalt, so wird geschehen, was so oft vor zwei Jahren unter der Herrschaft der Berordnung vom 28. April 1873 vorgekommen ist, nämlich, daß dieselbe Handlung, welche dem Ginen gestattet worden, oft in demfelben Amtebezirk ohne Mitleid bei einem Anderen unterdruckt wurde. Es wird die größte Unsicherheit herrschen in Dem, mas erlaubt und in Dem, was verboten ist: man wird nicht wiffen, woran man fich zu halten hat. Und welche Vorstellung soll sich das Bolt von einem folchen Befete machen?

Es handelt fich hier also ernstlich um die Wahrung ber religiofen Freiheit, nicht nur der Briefter, sondern auch des Bolfes, welches nunmehr durch eine 18 Monate lange faft gänzliche Beraubung von religiösem Beistande hinreichend geprüft worden ist. Dem Großen Rathe, so hoffen wir, wird baran liegen, unser Leiden nicht zu vergrößern oder zu verlängern. Ich hörte soeben den Herrn Regierungspräsidenten erklären, es solle den römischen Katholiken freistehen, Priester aus anderen Kantonen zu berusen und selbst vom Auslande her, um die Pfarrer zu ersezen. Ich nehme Akt von dieser Erklärung. Sie bestätigt vollkommen das Urtheil, welches ich über das gegenwärtige Gesetz gefällt habe. Wer könnte wohl jeht noch behaupten, ich hätte damals nicht Recht gehabt, als ich es am 11. Juni als ein Gestz des Borns und der Rache bezeichnete? Wie! Sie kündigen an, das Sie fremde Priester im Kanton dulden werden, Sie sind gezwunzgen, sie zu dulden an der Seite Ihrer neuen Geistlichen, dieser Eindringlinge, denen Sie boch versprochen hatten, daß sie ohne Rivalen ihr Amt bekleiden können; Sie können die Ausübung des katholischen Kultus nicht mehr hindern, aber Sie entschädigen sich, indem Sie den ausgewiesenen Priestern die geistlichen Besugnisse versagen. Ihnen gegenüber also ist dies eine ganz willkürliche Handlung der Rache. Die Rezierung ist dahin gelangt, aus diesem Gestz eine Befriedigung der Eigenliede zu machen. Wird der Große Rath sich durch dieses unedle Gefühl ebenfalls leiten lassen? Dann würde man bald bereuen, ein Gestz erlassen zu haben, welches sie mit solchen Witteln den Widerstand des katholischen Weltes brechen werden. Denn glauben Sie nur nicht, meine Herren, daß Sie mit solchen Witteln den Widerstand des katholischen Bolkes brechen werden . . . .

Herr Prafibent. Wenn Herr Folletête fich nicht fo turz als möglich faffen will, so werbe ich ihm bas Wort entziehen.

Folletete. Ich fagte, daß Sie in diesem Rampfe, ben Sie gegen feine religiofe Freiheit unternommen haben, nicht bahin gelangen wurden, ben passiven Widerstand bes katho-

lifchen Jura zu unterdrucken.

Ein Redner hat in spöttischer Weise darauf angespielt, daß ein Bertreter des katholischen Jura am 100jährigen Erinnerungsfeste D'Connells anwesend gewesen sei. Ich selbst habe die Ehre gehabt, der Gegenstand dieser Auszeichnung zu sein, welche auf mein ganzes Land zurücksällt. Und da man nun einmal von Irland gesprochen hat, so erlauben Sie mir, zum Schluß zu sagen, was ich gesehen habe. Ich habe ein Bolt gesehen in der ganzen Kraft und Külle seiner Baterlandsliebe, wie sie in seinem Herzen unzertrennlich ist von seiner unerschütterlichen Liebe zu seiner Religion, ein Bolt, welches seine Unterducker während dreier Jahrhunderte unter ber schmählichsten Tyrannei gehalten haben. Dieses Bolt, welches die Thrannen für immer dem Grabe übergeben zu haben glaubten, es hat sich unter dem Hauche eines großen Genius wieder erhoben, um der Welt zu sagen, daß die Werfe der Gewalt keine ewigen seien, und daß der Zwang Nichts außrichte gegen das Gewissen und gegen ben Glauben eines ganzen Volkes.

Für uns aber, die Verfolgten im Jura, die wir heute unter das Joch von Ausnahms: und Billfürgesesen gebeugt werden, für uns auch wird der Tag kommen, und ich kündige ihn hiemit an, den Tag, da das katholische Bolk, welches Ihr für immer zu den Todten gelegt zu haben glaubt, freudig wieder erstehen und die verlorene Freiheit der Religion wieder aufnehmen wird. (Bravo rechts von Seite der katholischen

Abgeordneten.)

Hofer, Fürsprecher. Ich habe gestern Abend ben Anstrag gestellt, die Berathung des § 3 zu beendigen. Herr Folletête erklärte aber, die katholischen Mitglieder seien ermudet, da sie die ganze vorige Nacht hindurch auf der Reise gewesen. Wir haben nun gesehen, wozu Herr Folletête diese

Unterbrechung benütt hat. Er benutte sie nicht bazu, um auszuruhen, sondern um auszudenken, wie er die Bersammlung neuerdings ermüden könne. Ich möchte nun davor warnen, Herrn Folletête noch einmal eine solche Gelegenheit zu geben, um den Großen Rath in einer Beise zu ermüden, wie es in diesem Saale noch nie vorgekommen ist. Es liegt System in der ganzen Sache. Um nun Herrn Folletête und seinen Anhängern zu beweisen, daß wir, wenn es sein muß, so gut ausharren können, wie sie, stelle ich die Ordnungsmotion, der Große Rath möge sich permanent erklären, bis das Gesetz zu Ende berathen ist. (Bravo!)

### Abstimmung.

Fur bie Ordnungsmotion bes herrn hofer . Mehrheit.

Steullet. Auf die Anfrage des Herrn Bodenheimer sehe ich mich noch zu folgenden Bemerkungen veranlaßt: Als der Rekurs der Berner Regierung in der Bundesversammlung zur Sprache kam, wurde verlangt, daß der Zeitpunkt der Rückfehr der jurassischen Priester auf den 15. November festzgesett werde, damit der Kanton Bern Zeit habe, inzwischen ein bezügliches Gesetz zu erlassen. Da wurde bereits das mals im Schooße der Bundesversammlung bemerkt, daß ein solches Gesetz den Prinzipien der neuen Bundesversassung zuwiderlausen wurde und daher vom Bunde kassirt werden müßte. In biesem Sinne ist die Bemerkung zu verstehen, welche ich in meinem Botum machte.

Bobenheimer, Regierungsrath. Ich erklare mich durch die Auskunft des herrn Steullet befriedigt und behalte meine Behauptung aufrecht, daß ich herrn Steullet richtig verstanden habe. Uebrigens will ich mich über die Ansicht, welche herr Steullet in hinsicht auf die Beschlüsse der Bundes-versammlung hat, nicht weiter verbreiten; denn der Große Rath hat sich mit wichtigern Dingen zu beschäftigen.

Gestatten Sie mir einige Worte der Erwiderung auf das

Gestatten Sie mir einige Worte der Erwiderung auf das Botum des Herrn Folletête. Dieser Redner befindet sich in der unangenehmen Lage, den Absolutismus durch das Argument der Freiheit vertheidigen zu mussen. Nachdem aber Herr Folletête sich auf alle Freiheiten berufen hat, erlaube ich mir, einige Fragen an ihn zu richten und ihm einen Bergleich vorzuschlagen. Ich will ihm einige Sätze vorlesen, die vom Syllabus verslucht sind, jedoch mit den durch unsere Bundes und Lantonsverfassung gewährleisteten Freiheiten übereinstimmen, und ich werde ihn dann bitten, ohne viel Worte und ohne Umschweise mit Ja oder Nein zu antworten, ob er mit diesen Sätzen einverstanden sei:

1) Jebermann fteht es frei, diejenige Religion zu mahlen und fie zu bekennen, welche er mit Gulfe feines Berftanbes

als die richtige anerkannt hat.

Ift herr Folletote hiermit einverstanden? Ja oder Rein? 2) Der Protestantismus ift nichts Anderes, als eine andere Form der wahren driftlichen Religion, und man fann in ihm ebenso gut, wie in der katholischen Kirche Gott gefallen.

Theilt herr Folletête diese Ansicht? Ja oder Nein?

3) Die Leitung der öffentlichen Schulen, in denen die Jugend eines christlichen Staates herangebildet wird, kann und soll, vielleicht mit Ausnahme der bischöflichen Seminarien, in die Hande der Staatsbehörde gelegt, und es soll keiner andern Behörde das Recht zugesstanden werden, sich in die Disziplin der Schulen, in die Leitung der Studien, in die Berleihung von Displomen, in die Wahl oder Bestätigung der Lehrer einzumischen.

Dieß, herr Folletête, ift eine liberale Frage, und man mußte fic, um fie fo zu entscheiben, auf den Boden

ber Imodernen Freiheit und ber Bundesverfaffung ftellen. Sind Gie bamit einverftanden? Ja ober Rein?

4) Man fann auch gewiffe tatholifche Lande nur loben, in benen von Gefeteswegen bafur geforgt wird, daß bie bort wohnenden Fremden ihren Rultus öffentlich ausuben fonnen.

Antworten Gie mit Ja ober mit Rein, herr Folletête? 5) Es ift unrichtig, daß die bürgerliche Freiheit aller Rulte und bie Freiheit, feine Gedanten und Meinungen öffentlich auszusprechen, dazu beitragen, die Gemuther und die Sitten der Bolfer leichter zu verderben, und Die Beft Des Indifferentismus zu verbreiten.

Gibt Berr Folletete bieß zu ober nicht?

Dieß find die Fragen, Die ich herrn Folletete ftellen wollte, und ich bitte ibn, fie mit einem tategorischen Ja ober Rein zu beantworten; benn man ift entweber fur ober gegen biefe Freiheiten. Wenn Sie mit Rein antworten und biefe Freiheiten nicht annehmen, so hatten Sie biefelben auch nicht zu Gunften des Ultramontanismus anrufen follen; wenn Sie dagegen mit Ja antworten, so verlaffen Sie ben Boden bes romifchen Jesuitismus und verlaugnen ben Ultramontanismus, ju beffen Sauptern Sie gehoren. Wenn Sie es thaten, fo murbe ich mich Ihnen anschließen, um die Berwerfung bes Gefetes, das bann unnut fein wurde, zu verlangen. Sie werben aber weder Ja noch Rein sagen; Sie tonnen nicht frei und offen antworten; benn fonft murben Gie fur alle Beit bie Möglichfeit verloren haben, die großen Borte ber Gewiffens- und ber individuellen Freiheit zu Gunften des ultramontanen Absolutismus anzurufen.

Folletête. Ich habe auf diese Aufforderung nicht au antworten. Man hat mich in meinem Botum unter-brochen und mir vorgeworfen, daß ich mich nicht an die Frage gehalten habe. Würde ich nun auf die Fragen des Herrn Bodenheimer antworten, so wurde man mich gewiß sofort zur Ordnung rufen. Die von ihm gestellten Fragen gehoren in eine theologische Bersammlung. 3ch bin bereit, fie zu bistutiren, aber nicht im Großen Rathe. 3ch begreife übrigens, ju welchem Bwede biefe Fragen geftellt worden find.

Bobenheimer, Regierungerath. Ich will nur kon= ftatiren, bag herr Folletete mir nicht geantwortet hat. 3ch habe mich nicht von dem in Berathung liegenden Gegen= ftanbe entfernt; benn wenn herr Folletete meine Fragen mit Ja beantwortet hatte, so ware es überflussig gewesen, ben § 3 weiter zu biskutiren. Wenn herr Folletête nicht antwortete, so geschah es, weil er auf biese Fragen eben nicht antworten tonnte; fie maren zu flar und ihre Konfequengen zu logisch.

Folletête. Die katholische Rirche behauptet, daß fie im alleinigen Besitze ber religiösen Wahrheit sei. Es ist die ihr Recht. Daraus geht aber hervor, daß sie nicht zugeben kann, mit andern Religionen gleichgestellt zu werden. Was mich betrifft, so glaube ich, es gebe nur Eine Wahrheit. Alle andern Religionen nehmen übrigens denselben Standpunkt ein. Burden fie nicht behaupten, die Bahrheit zu befigen, fo murben fie teine Unhanger haben und fich felbft verur= theilen.

### Abstimmung.

1) Fur Beibehaltung ber Biffer 2 Mehrheit. Für Streichung berfelben nach bem Un= trage des Herrn Steullet

2) Für die Annahme des § 3
Für die Streichung besselben Minberheit. 97 Stimmen.

### § 4.

Bur Vornahme von Pontifikalhandlungen (bifchöflichen Jurisdiftionsaften) im Rantonsgebiet von Seite eines auswartigen, ftaatlich nicht anerkannten firchlichen Obern ift bie Bewilligung bes Regierungsrathes erforberlich.
Diese Bewilligung ift nur auf Zeit und nur fur be-

ftimmte, speziell zu bezeichnende Sandlungen (3. B. Firme-lungen) zu ertheilen und darf an feinen Delegaten auf ber-

nifchem Rantonsgebiet übertragen werben.

Ber ohne eine folche Bewilligung ober in Ueberschreitung ber in derfelben gesetten Grenzen Pontifikalhandlungen im Kanton ausübt, wird mit Gelbbuße bis zu zweitausend Franken ober mit Gefängniß bis zu zwei Jahren bestraft.

Folletête. Ich stelle den Antrag, es sei der § 4 zu ftreichen.

### Abstimmung.

Für den § 4 104 Stimmen. " Streichung besfelben 19

### § 5.

Außerhalb ber bazu bestimmten Lokale (Rirchen, Rapellen, Bethaufer, Brivatgebaude, Sterbehaufer, ober andere ge-ichloffene Raume) durfen teine öffentlichen firchlichen Brozeffionen ober fonstige firchliche Beremonien stattfinden.

Borbehalten bleiben :

1) ter Feldgottesbienft gemäß ben nahern Borfchriften ber Militargefete und ben Anordnungen ber militarifchen Obern

2) die kirchliche Begrabniffeier nach den hieruber aufzu= ftellenden befondern Bestimmungen.

Biderhandlungen werden mit Beldbuße bis zu 200 Fr. ober mit Befangniß bis zu 60 Tagen bestraft.

Der Regierungerath und bie Rommiffion empfehlen folgende Faffung bes § 5:

Außerhalb von Rirchen, Rapellen, Bethaufern, Brivat-gebauben, Sterbehaufern ober andern gefchloffenen Raumen burfen teine öffentlichen firchlichen Brogeffionen ober fonftige firchliche Beremonien ftattfinden.

Borbehalten bleiben :

1) ber Feldgottesbienst gemäß ben nahern Borfchriften ber Militargesete und ben Anordnungen ber milis tarifchen Obern ;

Die firchliche Begrabniffeier nach ben hieruber aufzu-

ftellenden befondern Bestimmungen ;

religiofe Bortrage, Gebete und Gefange, Die feinen bemonftrativen Charafter haben. Biberhandlungen werben mit Gelbbufe bis ju 200 Fr.

ober mit Befängniß bis zu 60 Tagen beftraft.

herr Regierungsprafident Teuscher, Direktor bes Rirchenwesens, als Berichterftatter bes Regierungsrathes. So viel an ihm, schlägt ber Regierungsrath vor, ben 5 in ber Faffung anzunehmen, wie er aus ber erften Berathung hervorgegangen ift, mit zwei Mobistationen : Die erste besteht barin, daß die Barenthefe im ersten Alinea aufgelöst und letteres also gefaßt wurde : "Außerhalb von Kirchen, Kapellen, Bethäusern oder anderen geschlossenen Räumen durfen keine kirchlichen Prozessionen oder sonstige kirchliche Zeremonien stattsinden." Der herr Berichterstatter ber Rommiffion wird Ihnen die Grunde angeben, warum biefe Aenderung vorgeschlagen wird. Die zweite Aenderung, welche vom Regierungsrathe vor-

geschlagen wird, geht bahin, nach den Worten "vorbehalten bleiben" eine dritte Ziffer beizufügen, folgenden Inhalts: "religiöse Vorträge, Gebete und Gesänge, die keinen demonsftrativen Charakter haben."

Diefe Bestimmung wird aus folgenden Brunden vorgeschlagen : Seit der erften Berathung des Gefetes ift burch Deputationen und durch schriftliche Eingaben von protestan= tischer Seite gewünscht worden, daß man einfache religiose Bersammlungen nicht ausschließen mochte, welche nach alter Nebung in diesem oder jenem Landestheile des alten Kantons ftattfinden und weit entfernt find, die öffentliche Ordnung und den öffentlichen Frieden gefährden oder ftoren zu wollen. Schon bei ber ersten Berathung hat man sich im Großen Rathe bahin ausgesprochen, baß ein folder Fall nicht ausgeschloffen sein sollte. Wir glaubten unfererseits, es liege Dies schon in ben Worten "sonstige firchliche Beremonien"; wenn man von solchen rede, so meine man barunter nur spezifische kirchliche Afte, wie Meffelesen, Taufen zc. im Freien; man verftehe aber barunter nicht einfache religiofe Berfamm= lungen mit einer Unfprache, einem Gebete und einem reli= giofen Liede.

Um nun den Bedenken und den irrigen Auffassungen, welche über die Bedeutung der Borte "sonstige tirchliche Beremonien" entstanden sind, Rechnung zu tragen, wird die Einschaltung der Ziffer 3 vorgeschlagen. Es ist selbstverständlich, daß solche religiöse Vorträge, Gebete und Gesänge nichs Gefährliches an sich haben, sobald sie nicht einen demonstrativen Charafter annehmen und die öffentliche Ord-

nung ftoren.

Sahli, als Berichterstatter ber Kommission. Ueber bie neue Ziffer 3, beren Einschaltung in \$5 vorgeschlagen wurde, hat ber Herr Berichterstatter bes Regierungsrathes bereits das Nöthige gesagt. Die zum ersten Alinea vorgeschlagene Modifikation läßt sich mit wenigen Worten begründen. Nach ber Redaktion, wie fie bei ber erften Berathung angenommen wurde, hatte man annehmen follen, Brivatgebaude und andere geschloffene Raume waren auch zum Gottesbienfte bestimmt. Dieß ift aber offenbar unlogisch. Mit Rucksicht hierauf beantragte die Rommiffion, in Uebereinstimmung mit dem Regierungerathe, die Worte "ber bazu bestimmten Lofale" gu ftreichen und einfach zu fagen: "Außerhalb von Rirchen, Ra-pellen, Bethäufern 2c." Gine weitere Aenderung besteht barin: Urfprunglich bieß es, es burfen feine öffentlichen firchlichen Prozeffionen ftattfinden. Da man von ber Anficht ausgegangen ift , es feien die Prozeffionen , die in Bethaufern 2c. ftatt= finden, nicht öffentlich, fo hat man diefen Ausbrud geftrichen.

v. Buren. Ich glaubte, herr Dr. Bahler werde bas Bort ergreifen und einen Antrag reproduziren, ben er in der Rommiffion gestellt und ber bort die Balfte ber Stimmen auf fich vereinigt hatte. Ich erlaube mir nun, diesen Antrag zu ftellen, obwohl ich ibn nicht mit großem Nachdruck befür= worten mochte. Die Abanderungen, welche an dem Entwurf, wie er aus ber erften Berathung hervorgegangen ift, vorge= nommen worden sind, entsprechen in hohem Maße den Ber-baltniffen des alten Kantons in Bezug auf solche Ber-sammlungen, von denen man von jeher der Ansicht war, daß fie burch bas im Gefete aufgestellte Berbot nicht betroffen werden sollen. Bei der ersten Reduktion war dieß aber nicht deutlich gesagt, und es ist daher gut, daß man da eine prazifere Faffung vorschlägt.

Indessen ist die von Herrn Bähler vorgeschlagene Fassung einfacher und weniger weitgehend. Sie lautet: "Auf öffent-lichen Strafen und Plagen burfen feine firchlichen Prozeffionen ober sonstige firchliche Geremonien stattfinden. Bor-behalten bleiben:" Hierauf folgen die Riff 1 und 2 800 behalten bleiben:" Bierauf folgen die Biff. 1 und 2 des Entwurfes. Gegen Diefe Redaktion ift eingewendet worben, daß bann hart neben ber Straße Prozessionen ftattfinden und

Störungen herbeiführen fonnten. Sollte aber Diefer Fall wirklich eintreten, so genügen die anderen Bestimmungen des Gesetzes, um solche Störungen zu unterdrücken. Ich stelle den Antrag, es sei der § 5 in diesem Sinne abzuändern.

Dr. Bahler. Als ber § 5 gur Berathung fam, lagen ein Antrag der Regierung, welcher bloß die öffentlichen Prozeffionen verbieten wollte, und ein Antrag der Rirchendiret= tion vor, der ungefähr formulirt war, wie die heute vorliegende Fassung des \$ 5. Damals habe ich einen Mittelantrag gestellt. Seither hat sich die Regierung dem Antrage der Rirchendirektion angeschloffen, und es ift eine Redaktion ans genommen worden, ber ich beistimmen konnte. Das Ginzige, Das ich dabei abgeandert wiffen mochte, ift, daß in Biffer 3 ftatt der Worte "die feinen demonstrativen Charafter haben" gejagt murbe: " Die feinen die öffentliche Ordnung gefährdenden Charakter haben". Diefer Ausbruck ift bestimmter und fommt auch in ber Rantons . und in der Bundesver= fassung vor. Ich stelle den Antrag, es sei diese Aenderung in Ziffer 3 vorzunehmen. Im Uebrigen aber stimme ich dem § 5, wie er heute vorliegt, bei und bin nicht im Falle, an meinem in ber Kommiffion gestellten Antrage festzuhalten.

Brunner, Fürsprecher. Ich wollte den gleichen An-trag stellen, wie herr Bahler, und ich erlaube mir, ju zeigen, warum es besser ift, wenn wir ftatt des unbestimmten Bortes "demonstrativ" einen bestimmtern Ausbruck brauchen. Wir machen ben § 5 jum Schute ber öffentlichen Ordnung , und wir finden, es durfen die firchlichen Prozessionen jum Schute der öffentlichen Ordnung nicht anders mehr stattsinden, als in den dafür bestimmten Lokalen. Wir wissen eben, daß öffentliche Prozessionen in andern Ländern zu Konstitten ge= führt haben.

Run begreife ich gang gut, und es entspricht bieß auch bem Grundsage ber Freiheit ber Ausübung des Kultus, daß man bieses Berbot nur ba eintreten läßt, wo wirklich bie öffentliche Ordnung gefahrdet ift und gestort werden kann. Deghalb haben die Regierung und die Rommifffonen mit Recht vorgeschlagen, eine Biffer 3 beizufügen, welche einfache religiose Vortrage u. f. w. im Freien gestattet. Nun mochte ich aber bas Bort "bemonstrativ" so interpretiren, wie es ber Baragraph wirklich verstanden wiffen will, in dem Sinne nämlich , bag biefe Bortrage feinen bie öffentliche Ordnung gefährbenden Charafter haben follen. Sochft mahricheinlich wird dieses Gesetz auf dem Wege des Refurses auch vor die Bundes= versammlung gelangen. Bir muffen baher bafur forgen, baß feine Bestimmungen flar und prazis sind und mit ben Bor= ichriften der Bundesverfassung im Ginklange stehen; nament= lich muffen wir Worte vermeiben, welche eine mehrfache Deutung zulassen. Nun ist der Ausdruck "öffentliche Ordnung" nicht nur im Kirchengesetze, sondern auch in der Bundesverfassung ausdrück als Schranke der Ausübung des Kultus aufgenommen. Es fagt nämlich die Bundesverfaffung in § 50: "Die freie Ausübung gottesdienstlicher handlungen ist innerhalb der Schranken der Sittlichkeit und der öffentlichen Ordnung gewährleiftet." Ebenfo bestimmt das Kirchengesetz in § 2: "Die freie Ausübung ber gottesbienstlichen Band-lungen ift innerhalb ber Schranken ber Sittlichkeit und öffentlichen Ordnung jeder Konfession und Religionegenoffen= schaft gestattet." Ich glaube nun, es sei gut, daß man den bier enthaltenen Ausbruck in das vorliegende Gefet aufnehme, und ich schließe mich baher bem Antrage des herrn Bahler an. Wollte man den Ausdruck "demonstrativ" ganz allgemein auffassen, so könnte man fagen, daß jeder Vortrag 2c. im Freien einen demonstrativen Charakter habe. Dies ist aber nicht ber Ginn ber vorliegenden Bestimmung.

X. Rohler. Wir haben schon im Schoofe ber Rommiffion Muhe gehabt, einen paffenden Ausdruck gu finden. In ihrem ersten Antrage hat es die Regierung offenbar vermeiden wollen, allzusehr in Details einzutreten. Im Gesetze des Kantons Genf sindet sich eine ähnliche Bestimmung, welche lautet: "Jede gottesdienstliche Feier, Prozession oder religiöse Zeremonie ist auf den öffentlichen Straßen verdoten. Von diesem Verdot ausgenommen ist der von den Militärbehörden für die kantonalen und die eidgenössischen Truppen vorgeschriebene Feldgottesdienst." So hätte mir geschienen, daß diese Redatiion genügen sollte. Es ist nicht nöthig, da die einzelnen Lokale aufzuzählen. Dem Antrage des Herrn Dr. Bähler schließe ich mich an; denn man weiß nicht recht, was das Wort "demonstrativ" bedeutet, und namentlich was das Wort "demonstrativ" bedeutet, und namentlich um Französsischen ist der Ausdruck "caractère démonstratis" unstlar. Im legten Altinea möchte ich das Strasmaß so seize, wie es im Genfer Gesetze enthalten ist. Ich stelle daher den Antrag, das letzte Alinea in folgender Weise zu redigiren: "Widerhandlungen werden mit Geldbusse bis zu Fr. 50, oder mit Gesängniß bis zu 8 Tagen bestraft."

herr Bizeprafident Joliffaint übernimmt ben Borfit. Jobin. 3ch trage auf Streichung bes § 5 an.

Boivin. Ich unterstüge ben Antrag bes herrn v. Buren, nämlich einsach zu sagen: "auf öffentlichen Straßen und Plägen bursen feine kirchlichen Prozessionen oder sonstige kirchliche Beremonien stattsinden." Die Fassung des § 5, wie sie von den vorberathenden Behörden vorgeschlagen wird, verstößt gegen die individuelle Freiheit und das Dispositionsrecht über das Eigenthum, welches jeder Burger innerhalb der Schranken der Sittlichkeit und der öffentlichen Ordnung besitzt. Wenn der sittlichkeit und der öffentlichen Ordnung besitzt. Wenn der sich darauf beschränken, die Prozessionen oder kirchlichen Geremonien auf öffentlichen Straßen und Plägen zu verbieten, so wird ber Richter vorkommenden Falls nicht in Verlegenzheit sein, wie er entscheiden soll. Nehmen Sie aber die andere Redaktion an, so wird der Richter im Zweisel sein, wie er den Artikel auslegen und welchen Entscheid er fällen soll.

Ich mache barauf aufmerksam, daß, wenn bei solchen Prozessionen und Bersammlungen Störungen entstehen, dieselben gewöhnlich nicht von der Bersammlung selbst ausgehen, sondern durch Bersonen außerhalb derselben verursacht werden. Im Kanton Waadt kam es z. B. vor, daß eine Bersammlung der Momiers dadurch gestört wurde, daß man sie aus Feuersprizen mit Wasser begoß. In solchen Fällen sollten aber nicht die Theilnehmer an der Versammlung, sondern Diesenigen, welche diese störten, bestraft werden. Die Bersammlungen der Katholiken, welche außerhalb der öffentlichen Straße auf Privateigenthum zu dem Zwecke stattsanden, gemeinschaftlich zu beten, haben noch nie zu Störungen Anlaß gegeben, es sei denn, es seien solche durch schlechte Subsette hervorgerusen worden.

Ich glaube, die Bestimmungen der §§ 1—4 seien genügend, um Ausschreitungen zu bestrafen, und es sei nicht
nothwendig, in § 5 die individuelle Freiheit zu beschränken.
Bin ich strafbarer, wenn ich in meinem hause eine religiöse
Beremonie veranstalte, als wenn ich auf der öffentlichen Straße
einen Fastnachtszug organisire, die Leute belästige und oft
sogar ihre religiösen Gefühle verletze? Wenn Sie Fastnachtslustbarkeiten auf der öffentlichen Straße dulden, so sollten Sie
auch religiöse Beremonien in einem Privathause gestatten.

Folletete. Ich ersuche ben Großen Rath, ben § 5 zu streichen, welcher bem Grundsatze der Kultusfreiheit widerftreitet. Der § 5 untersagt die Prozessionen. Diese sind religiöse Handlungen und machen einen Theil des katholischen Gottesdienstes aus. Untersagt man sie daher vollständig, so unterdrückt man einen Theil des katholischen Kultus.

Sollten Sie mit ber Streichung bes § 5 nicht einverftanden fein, fo mochte ich einen Unterschied machen zu Gunften berjenigen Gemeinben, in benen nur ein einziger Kultus exiftirt. Ich wiederhole daher den Antrag, der bereits bei der ersten Berathung gestellt worden ist, und wonach es heißen würde, daß in den Ortschaften, in denen nur ein einziger Kultus existirt, die Prozessionen gestattet sind. Ich habe hier die firchlichen Zustände im Jura im Auge. Troßdem es mehrmals in Abrede gestellt worden, ist es Thatsache, daß in einigen Orten des Jura die neue ofsizielle Religion keine Anhänger zählt, und daß in manchen andern ihre Zahl äußerst beschränkt ist. Dieß haben die Abstimmungen mehrmals bewiesen. Warum will man nun eine Bedölkerung, welche in Bezug auf ihre religiösen Gesinnungen einig geht, in der Ausübung ihres Gottesdienstes beschränken? Wan zürchtet, daß die Prozessionen 2c. bei den Anhängern anderer Konsessionen Aergerniß bereiten und daß sie zu Störungen, ja zu Thätlichkeiten sühren würden. Ist aber diese Besürchtung auch in denjenigen Ortschaften begründet, in denen nur ein einziger Kultus existirt? Gewiß nicht! Die Abänderung des 5 im Sinne meines Antrages würde im Jura günstig aufgenommen werden. Ich hosse, Sie werden die Härte nicht ausselfe treiben wollen.

Koller, Fürsprecher. Ich stelle ben Antrag, in Ziffer 2 die Worte "nach ben hierüber aufzustellenden besondern Bestimmungen" zu ersetzen durch: "nach den Gebräuchen seder Konfession." Es ist nicht Sache des Großen Rathes, zu bestimmen, auf welche Weise bei der Begräbnisseier verfahren werden soll; es ist dieß ausschließlich eine kirchliche Sache, und ich möchte es jedem Kultus überlassen, diesen Punkt zu regeln.

Herr Berichterstatter bes Regierungsrathes. Herr Koller stellt ben Antrag, in Ziffer 2 zu sagen: "die kirchsliche Begräbnißseier nach den Gebräuchen sedes Kultus." Ich muß mich diesem Antrage widersetzen. Das zu erlassende Defret über das Begräbnißwesen, für welches bereits ein Entswurf vorliegt, wird näher bestimmten, wie weit man in dieser Richtung geben kann und die religiösen Gebräuche jeder Resligionsgenossenschaft zulassen darf. Es ist dieß eine Frage, welche noch näher zu prüfen sein wird, und der wir daher nicht präjudiziren sollen. Ich glaube, man werde, wie dieß herr Koller anstrebt, da möglichst weit gehen und sedem Kultus gestatten, so viel als möglich nach seinen Gebräuchen die Beerdigungen vorzunehmen.

Herr A. Kohler hat den Antrag gestellt, das Strafmaß auf Fr. 50 Buße und acht Tage Gefängniß zu reduziren. Es ware dieß ein Einbruch in das ganze wohlüberdachte System der Strafandrohung des Gesetzes. Dieses stellt, je nach der Schwere der Bergehen gewisse Straffategorien auf. Ich fann daher den Antrag des Herrn Kohler nicht zugeben.

Dem Antrage bes Herrn Babler, ber auch von Herrn Brunner unterstützt worden ift, kann ich mich aufchließen, ba die von ihm vorgeschlagene Redaktion allerdings klarer und präzifer ift.

Die Serren Jobin und Folletête möchten den ganzen Artikel gestrichen wissen und somit die Prozessionen ganz gestatten. Ich denke, diese Frage sei im Prinzip bereits entsschieden, und es werde nicht nothig sein, naher darauf einszutreten.

Mehr läßt fich zu Gunften bes Antrages bes herrn v. Buren sagen, welcher bas Berbot ber Prozessionen auf die Straßen und öffentlichen Plage beschränken will. Wenn ich mich gegen diesen Antrag ausspreche, so geschieht das aus folgenden Erwägungen: Die Zustände im Jura lassen nicht hoffen, daß in nächster Zeit Rube und Ordnung wiederkehren werden. In jeder Gemeinde, und da muß ich die Behauptung des herrn Folletete bestreiten oder als unrichtig bezeichnen, kommen Andersdenkende vor. Dies ist namentlich in jeder

größern Ortschaft ber Fall. Unter biesen Umständen muß im Interesse des konfessionellen Friedens danach gestrebt werden, daß jeder Anlaß zu Provokationen radikal beseitigt werde. Erreichen wir diesen Zweck, wenn wir nur Prozessionen verdieten, welche auf öffentlichen Straßen und Pläßen statssinden? Ich glaube es nicht. Nach dem Antrage des Herrn v. Buren könnten die Prozessionen auf den Gemeindewegen, welche im Jura und namentlich in den Freibergen häusig vorkommen, auf den ausgedehnten Wiesen und Feldern, auf Privatgrundstücken in den Dörfern und um die Kirche herum abgehalten werden. Ueberall da kann die öffentliche Ordnung und der konfessionelle Frieden ebenso gut gestört werden, wie wenn die Prozession auf der öffentlichen Straße oder auf einem öffentlichen Blaße sich bewegt. Man kann

daher da nicht eine so scharfe Grenze ziehen. Herr Boivin hat eingewendet, die vom Regierungsrathe und von der Komission vorgeschlagene Fassung verstoße gegen die individuelle Freiheit und gegen das Dispositionsrecht über das Eigenthum, das jeder Bürger besige. Ich erwidere hierauf: Die individuelle Freiheit und das Dispositionsrecht müssen eben vielsach aus Gründen der öffentlichen Ordnung beschränkt werden. Das Dispositionsrecht über das Eigenthum muß aus feuerpolizeilichen, aus sanitätspolizeilichen Rücssichten ze. gewisse Beschränkungen erleiden. Man kann ja das Privateigenthum sogar ganz entziehen, d. b. exproprieren. Es ist auch nicht richtig, daß die Religionsfreiheit durch den § 5 verlest werde. Wenn dieß der Fall wäre, so möchte ich fragen, wie es denn komme, daß man in gut katholischen Ländern bereits seit dem Ansange dieses Jahrhunderts dahin gelangt ist, die Prozessionen in die Kirchen einzuschränken, und zwar namentlich an den Orten, wo Anders

bentenbe borbanben finb.

Herr Folletête möchte die Prozessionen da gestatten, wo nur Anhänger des römisch-katholischen Aultus vorkommen. Er hat diesen Antrag bereits dei der ersten Berathung gestellt. Allein er ist vom Großen Rathe verworsen worden, und zwar mit Recht; denn es gibt im Jura keine einzige Gesmeinde, in welcher nicht Anhänger anderer Konfessionen vorkommen. Herr Folletête hat da immer nur die Altsatholiken im Auge. Ich gebe zu, daß in einigen Gemeinden im Jura ihre Jahl verhältnißmäßig gering ist, indessen kommen doch überall solche vor. Wir durfen aber hier nicht nur die Altsatholiken in Betracht ziehen, sondern wir mussen bedenken, daß auch Protestanten, Israeliten, Wiedertäuser und andere Sektirer im Jura zahlreich vorkommen. Sie sehen schon aus den häusigen Naturalisationen von Israeliten, die meistens Burgerrechte im Jura acquiriren, daß die Jahl derselben dort ziemlich bedeutend ist. Es wäre daher nach meiner Ansicht ein Fehler, wenn Sie den Antrag des Herrn Folletête annehmen würden.

Boivin. Man stellt die Richtigkeit der Behauptung in Abrede, daß es im Jura Gemeinden gebe, in welchen keine Anhänger der neuen Kirche vorkommen. Diese Behauptung ist aber durchaus begründet. Wir haben im Amtsbezirke Münster 5 Gemeinden, in welchen kein einziger Anhänger der offiziellen Kirche sich befindet. Es sind dieß die Gemeinden LaJoux, Les Genevez, Corban, Courchapoix und Mervelier. Ich frage nun: ist es nicht eine Beschränkung der individuellen Freibeit, wenn der Staat da hinein regiert, wo er nichts zu besehlen hat, und wenn er einen Grundbesitzer hindert, auf seinem Eigensthum eine Handlung vorzunehmen, durch welche die öffentliche Ordnung und die Sittlichkeit in keiner Weise gestört werden? Man sagt, es sei absolut nothwendig, die Prozessionen im Jura zu untersagen. Wir haben aber sast alle Tage bürgersliche Prozessionen, wie ich sie nennen möchte. Ich meine die Aufzüge der Schühengesellschaften, der Musikgesellschaften 2c. Tropdem wir aber alkfatholische und neukatholische Musikgesellschaften haben, welche ihre Aufzüge auf der öffentlichen

Straße abhalten, find bisher keine Unordnungen vorgekommen. Noch viel weniger ift zu befürchten, daß Unordnungen entstehen, wenn die Prozessionen auf Brivateigenthum abgehalten werden. Ich gebe zu, daß es für Manchen stoßend wäre, wenn die Prozessionen auf öffentlichen Straßen und Plagen statsfinden würden; denn diese gehören Jedermann, und es würde vielleicht Mancher ungern auf die Seite treten und seinen hut abziehen.

Feune. Ich wunsche eine Modifitation ber Biffer 2 bes \$ 5, in welcher ber Ausbruck "kirchliche Begrabnißfeier" (Ceremonie religieuse des inhumations) vorkommt. Das Wort "kirchliche" könnte zu der Ansicht Beranlassung geben, es sei immer ein Priester bei dem Begrabniß anwesend. Wir haben aber im Jura sehr häusig Civilbegrabnisse, an denen kein Priester Theil nimmt. Ich schlage daher vor, statt kircheliche Begrabnißfeier zu sehen "Leichenzug" (convoi funebre).

herr Berichterstatter ber Kommission. herr v. Buren hat ben Antrag gestellt, ben Eingang bes § 5 also gurebigiren: "Auf öffentlichen Stragen und Blagen burfen teine firchlichen Prozessionen ober sonstigen firchlichen Gere-monien stattfinden." herr v. Buren beruft sich babei auf einen Antrag, welchen herr Bahler in der Kommission ge-stellt hat. Es fei mir erlaubt, hier zu erwähnen, wie herr Bahler zu biesem Antrage gekommen ift. Die Kirchenbirektion hat, als Ergänzung zu § 5, eine Biffer 3 vorgeschlagen, beren Redaktion zu verschiedenen Zweiseln Beranlassung gab und nach meinem Dafürhalten mit dem Eingang des § 5 wiede übereinstimmte. Die Kommisson hatte Muse nicht übereinstimmte. Die Rommiffion hatte Dlube, eine zwedmäßige Redaktion zu finden, und ber Antrag des Herrn Bahler bezwedte nur, ihr aus ber Berlegenheit zu helfen. Da nun aber bie Rommiffion eine neue Redaftion vorlegt, halt herr Babler, wie er vorbin felbft erflarte, an feinem Antrage nicht mehr fest, fondern fchließt sich biefem neuen Antrage an mit der einzigen Modifitation, Die er vorges Schlagen hat. 3ch tann mich nicht zu der Anficht bequemen, daß man, wenn man die Brogeffionen überhaupt verbieten will, sie nur auf öffentlichen Strafen und Blaten verbiete. Durch das Berbot der Prozessionen will man Unordnungen vorbeugen. Richt die momentane hemmung bes Berfehrs, fondern die Befährlichfeit berartiger Demonstrativer firchlicher Sandlungen ift ber Grund bes Berbotes. Diefer Grund trifft aber auch zu fur Diejenigen Prozessionen, welche in unmittelbarer Nahe ber Strage auf Brivateigenthum ftattfinden. Dan hat eingewendet, man tonne mit dem Privateigenthum machen, was man wolle. Dieß ist nur insofern richtig, als dabei nicht in die öffentliche Ordnung eingegriffen wird. Herr Boivin hat gesagt, Maskenzüge, Sängerzüge seien doch auch gestattet. Zwischen einer Prozession und einem Maskenzuge besteht aber der Unterschied, daß man dem letzteren keine Chrerbietung ichuldig ift, mabrend eine Brogeffion fie auch von Undersdenkenden verlangt, und die Erfahrung lehrt, daß überall ba Bandel entstehen, wo Andersdenkende biefe Chrerbietung nicht bezeugen, wo sie vor der Prozession nicht auf die Aniee fallen und das Baupt entblogen.

Herr Boivin sagte, die öffentliche Ordnung könne bei Prozessisionen auch von dritter Seite gestört werden. Wenn es vorkommt, daß eine solche Versammlung mit Feuersprigen gestört wird, wovon er uns ein Beispiel erzählt hat, so wird man natürlich diese dritten Personen strafen. He. Boivin sagt ferner, & 5 enthalte einen Eingriff in die persönliche Freiheit und in die Freiheit des Eigenthums. Aber auch das Verbot der Prozessionen und der kirchlichen Geremonien auf öffentlichen Plägen und Straßen ist eine Beschränkung der individuellen Freiheit. Das Argument des Herrn Boivin trifft also nicht zu; denn sonst dürften wir die Prozessionen überhaupt nicht verbieten. In Bezug auf den zweiten Einwand, daß das Eigenthumsrecht in unzulässiger Weise bes

fchrantt werbe, habe ich Folgendes zu bemerten: Bermoge bes Strafrechtes, bas bem Staate gufteht und welches nicht bektritten werden kann, hat die Gesetzgebung die Pflicht, ge-wisse Handlungen zu verbieten. Welche Handlungen werden nun hier verboten? Handlungen auf öffentlicher Straße und in der Nähe derselben. Es ist nichts Anderes als ein straf-rechtlicher Begriff, was man in den Paragraph hineinlegt. Der herr Rirchendirettor hat übrigens bereits gefagt, daß bas Eigenthum vielfach aus polizeilichen Grunden beschrankt

Herr Folletête hat den Antrag gestellt, die Prozessionen in denjenigen Ortschaften zu gestatten, wo nur eine einzige Religionsgenossenschaft vorhanden ist. Der Gerr Berichterstatter des Regierungsrathes hat bereits daruf hingewiesen, daß dieses Berhaltniß im Jura gar nicht existirt. Wenn Gie auf biefen Antrag eingeben murben, fo murben fich in nachfter Butunft ober jebenfalls fpater vielfache Schwierigkeiten bar= bieten. Rehmen wir einen Augenblid an, es gebe Gemeinden, welche absolut ultramontan bleiben wollen und in benen feine Anbersbenfenden vortommen. Bas ware die Folge bavon? Aus allen Gemeinden, in benen bie Brozeffionen nicht ftatt-finden durfen, murde man an jene Orte bin wallfahrten. Gine folche Ballfahrt hatte einen viel gefährlicheren Charafter ale die Projeffion felbft, und es murbe bamit die Abficht Des Befeges vereitelt.

Ueberhaupt geht bie Tenbeng bahin, bas Gefet zuerst gang zu verwerfen, und wenn bieß nicht gelingt, es möglichft abzuschwachen. Buerft hat man gegen bas Gintreten geftimmt, fobann hat man bei ber artitelweifen Berathung gefucht, ben sodann hat man bei der artikelweisen Berathung gesucht, den § 1 so abzuschwächen, daß er praktisch rein illusorisch geworden wäre. Bei § 2 hat man Streichung beantragt, bei § 3 Streichung, bei § 4 Streichung, bei § 5 Streichung. Was bliebe übrig von dem Gesetze, wenn es nach den Anträgen dieser Herren gehen wurde? Gar Nichts! Entweder wollen wir ein Gesetz machen, und dann wollen wir ein solches machen, das eine Handhabe gibt, oder, wenn man es auf alle mögliche Weise abschwächen will, so wäre es besser, man wurde die ausgewiesenen Priester mit offenen Armen empfangen.

Armen empfangen,

Dem Antrage bes herrn Feune ift bereits in anderer Beije Rechnung getragen. Rach ber neuen Bundesverfaffung ift namlich bie Begrabniffeier burgerlich. Sier wollte man nur benjenigen Begrabniffeiern Rechnung tragen, welche etwa nod firchlich begangen werden follen. Fur die übrigen haben

noa firchlich begangen werden sollen. Für die übrigen haben wir im Gesetze keine Bestimmung nothwendig.

Bas den Antrag des herrn Kohler auf herabsetzung des Strafmaßes betrifft, so glaube ich, es sei die im Entwurf ausgesprochene Strafe nicht zu hoch. Es läßt sich der Fall benken, daß durch Prozessionen solche Unordnungen entstehen, daß eine sehr strenge Strafe vollkommen am Platz ist.

Dem Antrage des herrn Bähler auf Ersetzung des Wortes "demonstrativen" durch "die öffentliche Ordnung gefährdenden" kann ich, gestützt auf Besprechungen mit verschiedenen Kommissionsmitgliedern, beipflichten.

Schließlich bemerke ich, daß in der gedruckt ausgetheilten

Schließlich bemerke ich, bag in ber gebrudt ausgetheilten Rebaktion bes Rommiffionalentwurfes im Gingange bas Bort "öffentlichen" fteben geblieben ift. Ge follte aber Diefes Wort geftrichen werden.

### Abstimmung.

1) Der Antrag auf Streichung des Wortes "öffentlichen" im Eingange des § 5 wird genehmigt. 2) Eventuell fur den Antrag bes Herrn Folletete

Minderheit.

3) Eventuell fur ben Antrag des Berrn Rohler auf Berabsetzung der Buße

Minderheit.

4) Eventu. I fur den Antrag Des Herrn Robler auf Berabsehung ter Gefängnifftrafe Minderheit. 5) Eventuell für den Antrag des Berrn

6) Eventuell fur ben Antrag bes herrn

7) Eventuell fur ben Antrag bes Berrn Bähler

8) Eventuell fur den Antrag ber Rom-mission und des Regierungsrathes, wie er aus der Abstimmung hervorgegangen ift

Für den Antrag des herrn v. Buren .
9) Definitiv für den Antrag der Rom=
mission und des Regierungsrathes, wie er aus ber Abstimmung hervorgegangen ift

Fur Streichung bes § 5 nach bem Untrage bes herrn Jobin

Minderheit.

Minderheit.

Mehrheit.

Mehrheit. Minderheit.

Mehrheit.

Minberheit.

herr Prafident Karrer übernimmt wieder ben Borfig.

### \$ 6.

Berfammlungen oder Bufammenfunfte von Religions= genoffenschaften, bei benen bie öffentliche Ordnung geftort ober ber Sittlichkeit zuwider gehandelt wird, follen von Bolizei wegen aufgehoben werden.

Die Fehlbaren werden mit Gelbbufe bis ju Fr. 200 ober mit Gefangnig bis ju 60 Tagen bestraft, fofern nicht ein bestimmtes anderes Bergeben oder Berbrechen borliegt.

Der Regierungsrath und die Rommiffion folagen

folgende Redattion vor:

Berfammlungen ober Bufammentunfte von Religiond= genoffenschaften, bei benen, fei es von Theilnehmern, fei es von britten Bersonen, bie offentliche Ordnung geftort ober ber Sittlichkeit zuwibergehandelt wird, fonnen von Polizei wegen aufgehoben werden.

Die Fehlbaren werden mit Geldbuße bis ju Fr. 200 oder mit Gefängniß bis ju 60 Tagen bestraft, fofern nicht ein bestimmtes anderes Bergeben ober Berbrechen

vorliegt.

herr Berichterft atter bes Regierungerathes. hier ichlagt ber Regierungerath zwei unwesentliche Modifitationen vor, benen die Rommiffion beiftimmt. Die erfte befteht barin, bor, benen die Kommission beistimmt. Die erste besteht battin, baß nach den Worten "bei denen" beigefügt wird: "sei es von Theilnehmern, sei es von dritten Personen". Die zweite Abänderung bezweckt die Ersetzung des Wortes "sollen" durch "können". Die erste Abänderung ist nur eine Verdeutlichung der Redaktion; man will damit sagen, daß nicht nur die Theilnehmer, sondern auch dritte Personen, welche die Versonen Gesten bei Ber-Theilnehmer, sondern auch orine personen, beftraft werden konnen. Es ift nicht über-ammlung ftoren, bestraft werden konnen. Gs ift nicht über-erte Bostimmung hier aufzustellen. Das Strafflussig, diese Bestimmung hier aufzustellen. Das Straf-gesethuch steht nur den Fall vor, wo der öffentliche Kultus durch dritte Bersonen gestort wird, dagegen ist darin von der Storung des Privatkultus nicht die Rede. Die Ersetzung des Bortes "follen" durch "tonnen" ift ebenfalls berechtigt, weil es nicht unter allen Umftanden geboten ift, folche Berfamm. lungen von Bolizeiwegen aufzuheben. Wenn g. B. britte Berfonen die Berfammlung ftoren, fo hat diese lettere nicht gefehlt.

Roller, Fürsprecher. Ich glaube, es liege in der Abficht der Regierung, daß nur bann Berfammlungen aufgehoben werden follen, wenn in ihnen die öffentliche Ordnung geftort und ber Sittlichkeit zuwider gehandelt wird. Um Dieffalls jeden Zweifel zu beseitigen, schlage ich vor, ftatt "bei benen" (à l'occasion desquelles) zu fagen : "in denen " (dans lesquelles).

Boivin. Ich schlage Ihnen eine Redaktion vor, welche ben Bunfchen bes Berrn Roller entspricht : "Berfammlungen oder Busammenkunfte von Religionsgenoffenschaften, bei benen burch Berschulden ber Bersammlung oder eines Theiles ihrer Mitglieder die öffentliche Ordnung gestort ober ber Sittlichkeit zuwider gehandelt wird, sollen von Polizeiwegen aufgehoben werden. Die Fehlbaren, sowie Diejenigen, welche eine solche Bersammlung gestört haben, werden mit Gelde buße dis zu Fr. 200 oder mit Gefängniß bis zu 60 Tagen bestraft, sofern nicht ein bestimmtes anderes Vergehen oder Verbrechen vorliegt." Ich glaube, es sollte die Versammlung vieht aufsehaben werden werden die Störung von Ausgen nicht aufgehoben werben, wenn die Störung von Außen fommt, und diesem Gedanken wird durch meine Redaktion Rechnung getragen.

herr Berichterstatter bes Regierungerathes. Dem Antrage bes herrn Boivin ift bereits burch die vom Regierungerathe vorgeschlagenen Modifitationen entsprochen, indem beantragt wird, das Wort "follen" durch "tonnen" zu erfegen.

Boivin. Ich halte dafür, die von mir vorgeschlagene Retaftion fei beutlicher.

herr Berichterstatter ber Kommission. Herr Boivin will unterscheiben zwischen den Storungen in ber Berfammlung selbst und benjenigen, welche von Außen kommen, und im letteren Falle will er, daß die Aufhebung der Bersamm= lung nicht stattfinde. Diesen Fall haben wir auch in Beruckfichtigung gezogen und ihm durch den Antrag auf Ersepung Des 2Bortes "follen" durch "können" Rechnung getragen. Ich möchte aber nicht so weit geben, wie herr Boivin, und beftimmen, daß die Berfammlung nicht aufgelost werden burfe, wenn fie von Außen gestört wird; benn gerade in folchen Fallen ift die Auflosung vielleicht fehr nothwendig, um weitere Unordnungen und fogar Dighandlungen zu vermeiden. Es wird in manchen Fallen schwierig fein , sofort auf Ort und Stelle zu entscheiden , wer ben Streit begonnen hat. Die Polizei, welche bei berartigen Störungen rafch einschreiten muß, hat zudem gar Nichts zu untersuchen, fondern dieß wird Sache des Richters sein. Ich kann daher dem Antrag bes Herrn Boivin nicht beistimmen.

v. Buren. Es ift gut, daß man fich flar macht, was man mit § 6 bezweckt. Der Antrag der Kommission hat den Sinn, daß die Fehlbaren gestraft werden follen, seien fie Mitglieder der Bersammlung ober nicht. Es fragt fich nun, ob im Gesetz nicht ein Unterschied gemacht und ausdrücklich bestimmt werden folle, daß die Bersammlung nur dann aufgehoben werden durfe, wenn die Störung und die Unfittlich= feit aus ihrer eigenen Mitte hervorgegangen ift. Es mare vielleicht möglich, eine Redaftion zu finden, welche die Sache noch flarer darftellt; ich habe aber feine gefunden, welche beffer entsprechen murde, und ich habe mich daher befriedigt erklärt. Ich habe mir ferner gefagt, wenn eine Störung ftattfinde, fo fei schon diefe eigentlich eine Aufhebung der Berfammlung. Jedenfalls foll die Berfammlung vor Störungen, tommen fie von Außen oder aus ihrer Mitte, geschütt werden, und ich glaube, es werde dieß durch den Antrag der Rommiffion

Ich möchte nun noch einen Punkt in's Licht fegen : Was verfteht man nämlich unter ber Aufhebung einer Berfamm= lung? Man verfteht barunter bie Aufhebung einer Bereini= gung, welche an einem bestimmten Tage ftattfindet. Es mare aber möglich, daß man auch darunter verftehen murbe, daß eine folche Bereinigung nicht nur an bem Tage, wo bie Störung vorgetommen ift , fondern fur immer aufgehoben werden solle. 3ch hatte gerne gesehen, daß man im Gessehe fich hierüber klar ausgedrückt hatte. Man hat aber in der Kommission gesagt, der § 6 habe den Sinn, daß die betreffende Bereinigung nur an dem gegebenen Tage aufgehoben werde. Ich ware froh, wenn von Seite der Bericht= erstatter dießfalls eine Erflarung abgegeben murbe. Aus Mangel an einer gang befriedigenden Redaftion ftimme ich alfo ben Unträgen ber Rommiffion bei.

Berr Berichterstatter bes Regierungerathes. Ich fann herrn v. Buren die Zusicherung geben, daß ich ben § 6 nicht anders aufgefaßt habe, als er. Daß er den Sinn hat, den herrn v. Buren ihm gegeben wissen möchte, ergibt sich schon daraus, daß eine fruhere scharfere Redaktion vorlag, welche lautete: "follen von Bolizeiwegen auffolangeaufgehoben werden,: bis das richterliche Urtheil erfolgt ift." Damale hatte ich bean= tragt, es folle die Aufhebung ber Berfammlung eine andauernde fein auf fo lange, als ter Grund der Aufhebung fortdaure. Man hat gefunden, es gehe dieß zu weit und riede zu fehr nach Bolizei, und man hat fich baber auf diefe milbere Faffung geeinigt.

v. Buren. Es wird mir gejagt, es wurde bas Wort "aufgelost" beffer entfprechen als "aufgehoben".

herr Berichterftatter ber Kommiffton. "Auflosen" geht weiter, als "aufheben". Man hebt eine bestimmte Bersammlung an einem gewissen Tige auf. Bird aber eine Bersammlung "aufgelost", fo bedeutet es, daß ihre ganze Organisation aufgelöst worden ift.

### v. Buren. 3ch ftelle feinen Antrag.

Boivin. Wenn das Gefet nur im alten Kanton Unwendung finden wurde, jo ware feine Befahr bamit verbunden; denn da wurde es vernünftig angewendet versten. Wenn man aber sieht, mit welcher Wilkur man im Jura die Gesebe ausführt, so ist es leicht begre lich, daß man da einige Besürchtung hegt. Es muß daher hab. Geseh klar und bestimmt gefaßt sein, damit man es nicht anders interpretiren kann, als der Gesehgeber es beabsichtigt. Der arose sehler das norliegenden (Verlebes ist das 6 d. Der große Fehler des vorliegenden Gefeges ift, daß es ich in allgu allgemeinen Ausdrucken bewegt und baber bier fo und bort anders angewendet werden wird. Will man meinen Antrag nicht annehmen, fo mochte ich ben § 6 zur Borlage einer beutlicheren Redaktion an die vorberathenden Behorden zurückweifen.

Ich mache noch auf einen weiteren Bunkt aufmerkfam : Bas bedeuten die Worte "von Polizeiwegen"? Kann da der erste beste Landjager eine Bersammlung wegen angeblicher Störung aufheben, oder barf die Aufhebung nur durch ben Bemeindsprafidenten oder den Regierungsftatthalter erfolgen? Auch in dieser Beziehung ift zu befürchten, daß an manchen Orten mit allzu großer Billtur gehandelt werde. Im Jura wurde es vorkommen, daß der erfte beste Landjager oder Feldhüter solche Bersammlungen aufbeben murbe, mas nicht geschehen sollte. Auch in Bezug auf diesen Buntt munsche ich baber eine beutlichere Redaktion.

herr Berichterstatter des Regierungsrathes. Ich muß vor einer Buructweisung des Paragraphen an die vorberathenden Behörden marnen; wir wollen heute die Berathung

Seite 246 hievor, erste Spalte, Zeile 17 v. u., ist zu lesen: "wenn ich ihn auch nicht mit dem nämlichen Nachbruck befürworten will, als es bei der früheren Fassung des Artikels geschen wäre". Zeile 14 v. u. sind die Worte "in hohem Maße" zu ersegen durch: "wesentlich".

beendigen, mas übrigens ber Große Rath bereits beschloffen Die Anfrage des Berrn Boivin, ob der erfte befte An= gestellte der gerichtlichen Bolizei, wie das Strafverfahren fich ausdrückt, das Recht habe, eine Bersammlung aufs zulosen, muß ich auf das Entschiedenste bejahen, und ich möchte nicht, daß vorher der Regierungsstatthalter ober ber Gemeindsprafident angefragt werden mußte. In ber Wirklichkeit wird fich aber die Cache fo gestalten , daß, wenn die Bersammlung in der Rahe des Wohnortes des Regierungestatthaltere ober des Gemeindsprafidenten ftatt= findet und der Polizeiangestellte im Zweifel barüber ift die Bersammlung aufzuheben sei ober nicht, er zuerst bei einem ber genannten Beamten anfragen wird. Ift aber die Rersammlung ner ben Giffe bei bie Berfammlung von dem Gipe Diefer Beamten entfernt, fo wird er auf eigene Berantwortung handeln, und das gerichtliche Urtheil wird dann herausstellen, ob er vorsichtig gehandelt habe oder nicht.

Roller, Fürsprecher, zieht sein Antrag gurud und schließt fich bemfenigen bes Berrn Boivin an.

### Abstimmung.

1) Fur Rudweisung bes § 6 nach bem Antrage des herrn Boivin

2) Fur bie Antrage bes Regierungerathes und der Kommission Für die von herrn Boivin vorgeschlagene

Redattion 3) Fur § 6, wie er von Regierungerath und Kommiffion vorgeschlagen wird

Minderheit.

Mehrheit.

Minderheit.

Mehrheit.

### \$ 7.

Für die Berfolgung und Beurtheilung ber in diefem Befete mit Etrafe bedrohten Sandlungen gelten im Allgemeinen die Borschriften des allgemeinen Theils des Straf= gesethuches (I. und II. Buch), jowie diejenigen des Gefetz-buche: über das Berfahren in Straffachen, jedoch mit folgender befondern Abanderungen :

Als zuständiger Richter urtheilt in allen durch dieses Mefet bezeichneten Fallen erstinstanzlich ber Gerichtspräsident als Polizeirichter, und es sindet von deffen Urtheilen die Weitersziehung an die Bolizei= fammer bes Appellations- und Raffationshofes ftatt.

I'. Fur die Untersuchung und Beurtheilung gilt bas fur Polizeinbertretungen vorgeschriebene Berfahren (Art. 287 und Art. 306 u. ff. St. B.).

III. Die ausgesprochenen Strafen (Buge, Gefängniß) haben ben Charafter von blogen Polizeistrafen, und es ift die Befängnifftrafe bis auf feche Monate in einem Bezirts= gefängniß und in Fallen von langerer Dauer in einem von der Juftig= und Polizeidirektion zu bestimmenden Enthaltungsorte zu vollziehen.

Regierungsrath und Rommiffion beantragen folgende Redaktion ber Biffer II.:

Für die Untersuchung und Beurtheilung gilt bas für Polizeiübertretungen vorgeschriebene Verfahren (Art. 287, 306 u. ff. St. B.), jedoch mit der Abweichung, daß der Richter oder das Gericht bei Würdigung des Beweifes nach freiem Ermeffen urtheilt.

herr Berichterstatter bes Regierungsrathes. Biffer II bes § 7 bestimmt, für die Untersuchung und Beurstheilung gelte bas für Polizeinbertretungen vorgeschriebene Berfahren. Es hat dieß die Bedeutung, daß die Bestimmung bes Strafverfahrens Unwendung findet, welche fagt, bie Brototolle und Anzeigen der Angestellten der gerichtlichen Bolizei verdienen vollen Glauben bis zu ihrer Falschung, daß also der Gegenbeweis gegenüber den Ausjagen und Protofollen ber Bolizeiangestellten ausgeschloffen fei. Run schlagen ber Regierungsrath und die Rommiffion einen Busatz vor, dahin gehend, es sei noch beizufügen: "jedoch mit der Abweichung, daß der Richter oder das Gericht bei Würdigung des Beweises nach freiem Ermeffen urtheilt." Gegen den Ausschluß bes Gegenbeweises ift vielfach reflamirt worden. Man hat gefagt, nach biefem Befete fei der betreffende Beiftliche ober überhaupt der Fehlbare gang den willfürlichen Ausfagen eines Bolizeiangestellten Breis gegeben, welche unter Umftanden ber Leibenschaft oder mangelhafter Wahrnehmung entspringen und nicht der Bahrheit entsprechen fonnen. Durch den vor= gefchlagenen Bufat haben wir biefer Ginwendung Rechnung getragen. Wird diefer Bufat angenommen, fo wird ber Richter nicht unter allen Umftanden an die Ausfage eines Polizeis angestellten gebunden sein, fondern gang frei prufen und ihr benjenigen Werth beimeffen fonnen, ben er glaubt, daß fie verdiene.

herr Berichterstatter ber Kommission. Ich habe ben § 7 nicht so aufgefaßt, wie er interpretirt worden ift. Da die Frage Gegenstand eines besondern Antrages aus der Mitte der Bersammlung sein wird, so will ich mich enthalten, Ihnen meine ursprüngliche Auffassung mitzutheilen. Ich werde mich ungefahr ber Unschauungsweise anschließen fonnen, welche ber Antragsteller geltend machen wird.

Boivin. Ich ftelle ben Antrag, es fei ber Gegenbemeis jugulaffen. Das in § 7 vorgeschlagene System ift außersorbentlich gefährlich. Ich will einen Fall anführen, ber von dem Berichte in Bruntrut beurtheilt worden ift. Bei Anlag einer Beerdigung zeigte ein Landjager eine Anzahl Berfonen an, welche fodann vor den Richter gitirt wurden. Biele Diefer Berfonen behaupteten und wiesen nach, daß fie an jenem Tage gar nicht in ber betreffenden Gemeinde gewesen seien. Satte nun der Richter bas bier aufgestellte Pringip befolgt, fo hatte er Alle strafen muffen. Es ift auch dentbar, bag ein Land= jäger eine Bredigt falich auffaßt, daß er, mahrend der Bfarrer vielleicht die Staatseinrichtungen gelobt hat, gerade tas Begentheil gehört zu haben glaubt. Da mußte alfo ber Richter nach bem vorliegenden Gefete ben Pfarrer verur= theilen, auch wenn die gange Gemeinde bestätigen murbe, baß ber Landjäger die Predigt falsch aufgefaßt habe. Ich möchte baher, daß der Richter in den Fall gesett würde, das Urtheil nach seiner Ueberzeugung zu fällen. Man hat gestern gesagt, die Sache sei nicht so gesährlich; denn wenn der Gerichtse präsident sich täussche, so könne man an das Obergericht restrangen. furriren. Ich setze volles Bertrauen auf bas Obergericht; die Herren Sahli und Brunner, welche häusig vor dem Obergericht plaidiren, wiffen aber wohl, daß die Untersuchungen im Jura oft auf eine erbarmliche Weise geführt werden. Es geschieht überhaupt im Jura Manches, was man im alten Kantonstheile nicht thun durfte. Wir mochten daher Die nöthigen Borfichtsmaßregeln treffen, damit die fatholifche Bevolkerung nicht biefen Begationen ausgefest fei.

Sofer, Fürsprecher. Die wichtigfte Bestimmung jedes Gesetzes ift natürlich diesenige, welche die Bollziehung be-trifft. Da hat man schon gestern hinsichtlich der Zweck-mäßigkeit des Gesetzes darauf hingewiesen, daß die Bollziehung in die Sande der richterlichen Behörden gelegt fei, und baß man in aufgeregten Beiten feine Garantie habe, baß ber Richter mit voller Unbefangenheit handeln werbe. Wenn Alles außer Rand und Band geht und die Bogen ber Beiben= fchaft fo hoch treiben, daß auch der Richter Davon berührt wird, fo fann mit bem beften Befege Richts ausgerichtet Bir wollen aber nicht ben schlimmften Fall fegen, sondern die gegenwärtigen Beitverhaltniffe annehmen. 3ch verweise auf die letten Oberrichtermahlen, wo der Große Rath Die Ansicht zu erkennen gegeben hat, daß er bei folchen Wahlen einzig und allein auf die personliche Tuchtigkeit der Randidaten jehen und nicht nach ihrer politischen Meinung

fragen muffe. 3ch glaube baber, wir konnen une beruhigen. 3ch mochte aber noch weiter geben und nicht ben Schein auf den Großen Rath laden, als wolle er in Bezug auf den Gerichtsstand eine Abweichung vom gemeinen Rechte aufstellen. Wenn man die Ziff. I II und III des § 7 liest, so sollte man im ersten Augenblicke glauben, es solle ein exceptionelles Verfahren eingeführt werden. Dieß ist aber nur infofern ber Kall, als, auch wenn bas Minimum ber Strafe ausgesprochen wird, die Appellation julaffig ift, mahrend bei andern Polizeifallen fie nicht ftattfinden fann, fobald bas Das rimum ber angebrohten Strafe eine gemiffe Sohe nicht erreicht. 3ch glaube aber, es tonne Diefe Ausnahmsbeftimmung ber Regierung nicht jum Bormurf gemacht werden.

Berr Boivin hat zu verstehen gegeben, bag im Jura unfähige und befangene Richter vortommen. Wenn aber bie Berurtheilten glauben, es fei ihnen Unrecht geschehen, fo können sie appelliren, auch wenn die ausgesprochene Buße nur Fr. 1 betragen sollte. Jedenfalls ist es unbedingt noth-wendig, daß in derartigen Fällen das schriftliche Berfahren Plat greife. Wenn es fich um die Auslegung ber Aeuße= rungen eines Pfarrers handelt, so muß auch das lette Wort zu Protofoll genommen werden; ist aber ein unfähiger Richter da oder ein schlechter Gerichtsschreiber, so wird die Polizeifammer eine Remedur der Prozedur anordnen. Allerdings wird nicht in jedem geringen Falle eine neue Untersuchung angeordnet werden, wenn auch die erste nicht ganz gehörig

geführt worden ift.

Bon Bichtigkeit ift die Biffer II, welche in folgender Fassung von der Kommission vorgeschlagen wird : "Fur die Untersuchung und Beurtheilung gilt bas für Polizeinbertres tungen vorgeschriebene Berfahren, jedoch mit der Abweichung, daß der Richter ober das Gericht bei Burdigung des Beweises nach freiem Ermeffen urtheilt." Sier wird also ausbrudlich gefagt, daß eine Abweichung von bem gewöhnlichen Prozefverfahren stattfinde. 3ch glaube aber, die Rommiffion habe dieß nicht gewollt, fondern fie habe auf die ichon jest geltende Pragis der Polizeifammer Rudficht genommen, welche fich nicht an eine bestimmte formale Beweistheorie binden lagt. Ich mochte beghalb die Borte "jedoch mit der Abweichung" erfeten durch die Worte : "in dem Sinne." Damit legen wir gleichzeitig eine Interpretation in die von der Boli-gerfammer befolgte Pragis.

Ueber die Frage, ob der Wegenbeweis zugelaffen werden burfe, hat man fich allzufehr ereifert. Gie miffen, von wem bie "Liefere Differengen" betitelte Brofchure ausgegangen ift, daß die Beiftlichen sich auf diese Bestimmung geworfen und fich darüber beklagt haben, daß fic der Willkur der gands jager Preis gogeben seien. Die berührten "Tiefere Diffe-renzen" find nach meiner Ansicht nicht weit her. Datte ber Berfaffer fich Die Mube gegeben, ben Strafprozeß zu ftudiren, fo hatte er fie vielleicht nicht geschrieben. Ich glaube, nachweifen gu tonnen, daß man gerade gu Dem gelangt, was die Geistlichen anstreben. Der § 344 St. B. sagt: "Jedes verurtheilende Erkenntniß foll auf einem gesetlichen Beweismittel und zugleich auf der Ueberzeugung des Richters von der Schuld des Angeschuldigten beruhen". Saben wir da nicht schon die Borschrift, daß der Schuldausspruch auf ber moralischen Ueberzeugung des Richters beruhen foll? Allerdings wird gleichzeitig verlangt, daß das Erfenntniß auch auf ein gesetzliches Beweismittel sich ftube. Es wird ba die fog. formale Beweistheorie aufgeführt. Ich gebe zu, daß sie dem Buchstaben nach im Gesetze fteht, allein diese Bestimmung wird, wie ich aus ber Pragis der Polizeis tammer weiß', langft nicht mehr gehandhabt. Es ift dieß auch gang begreiflich : Die Beschwornen find an feine Beftimmung gebunden, fondern urtheilen nach freiem Ermeffen, und doch find fie in der Regel nicht juriftisch gebildet. Warum will man nun bem Richter vorschreiben, daß er nicht nach Ermeffen urtheilen burfe? Ich fann Ihnen mittheilen, daß die formale Beweistheorie langst an den Ragel gehangt worden Jedes Gefegbuch macht Fortschritte und heute wird es nicht mehr ebenfo ausgelegt, wie zur Beit feiner Infrafttretung. Ich glaube, wir sollen etwas weiter geben in Bezug auf die Anwendung des § 344 und sollen binsichtlich der Brage des Gegenbeweises die Auslegung geben, das wir in Modifitation des Antrages der Kommission sagen: "in bem Sinne, daß der Richter oder das Gericht bei Burdigung Des Beweises nach freiem Ermeffen urtheilt." 3ch weiß nicht, welche Pragis Die Polizeifammer gegenwartig in Bezug auf ben Gegenbeweis befolgt. Ich glaube, fie laffe ibn ber-malen nicht zu, allein er tann an ber Sand ber vorbin gitirten Bestimmung jugelaffen werden. Wenn namlich ber Richter Anftand nimmt, den Gegenbeweis zuzulaffen, weil er er-fich durch den Rapport der Polizeiangestellten für gebunden halt, fo hat er einen andern Ausweg, um den Begenbeweis zu gestatten; er kann sagen: Das verurtheilende Erkennt= niß muß auf meiner moralischen Ueberzeugung beruhen und ba ber Rapport bes Bolizeiangestellten nicht genügt, um Dieje Ueberzeugung festzustellen, fo laffe ich ihn erlautern und ergangen,

In der Breffe ift die Befürchtung ausgesprochen worden, baß Die Beiftlichen in Folge Des neuen Befeges vielfachen Anzeigen von vielleicht allzu eifrigen gandjagern werden ausgefest fein. Ich mache aber darauf aufmerkjam, bag bie Rapporte der Bolizeiangestellten sich bloß auf Dasjenige begichen tonnen, mas lettere aus eigener Wahrnehmung gu bezeugen im Falle find. Der Richter wird dann zu prufen haben, ob eine Widerhandlung gegen das Gefet vorliege. Man gibt also die Geiftlichen nicht der Willfur eines Polizeis

angestellten Breis.

3ch glaube, burch biefe furze Erlauterung nachgewiesen zu haben, daß wir es da nicht mit einem außerordentlichen Gerichtsverfahren zu thun haben, sondern daß wir uns in ganz normalen Berhaltniffen bewegen. Um diesem Gedanken noch mehr Ausdruck zu verschaffen, möchte ich die von mir vorge-schlagenen Abanderungen zur Annahme empfehlen.

Jobin. Das vorliegende Gefet enthalt fehr brato= nische Bestimmungen, und ich mochte baber ben Angeschul-bigten die Möglichkeit geben, vor dem Richter einen Berthei= biger zuzuziehen. 3ch ftelle bemnach ben Antrag, es fei in Biffer II zu bestimmen, daß ein Bertheidiger zugelaffen werden durfe.

Steullet unterftugt die Antrage ber Berren Boivin und Jobin.

Boivin. In der hoffnung, daß man den Bemer-tungen des herrn hofer Rechnung tragen werde, schließe ich mich bem Antrage ber Rommiffion an.

Bert Berichterstatter der Kommission. Gestatten Sie mir noch einige Bemerkungen in Betreff der Befurch: tung, es mare nach dem fruheren Entwurfe möglich gemesen, daß Polizeiangestellte mit durchaus unrichtigen Anzeigen die Berurtheilung eines Angeklagten herbeiführen konnten. Allerverurtgeitung eines Angertagten herbeisuhren koniten. Auersbings steht die Bestimmung im Strasprozesse (§ 360), daß die Protokolle der Angestellten der gerichtlichen Polizei bis zu ihrer Fälschung vollen Glauben verdienen. Wir haben aber eine weitere Bestimmung in § 351, welche unter Um: ständen ebenso bedenklich sein könnte, wie diesenige des § 360. Es lautet nämlich § 351: "Jede Thatsache ist durch

Beugen bewiefen, wenn wenigftens zwei zeugniffahige und un= verbachtige Berfonen die Bahrheit berfelben übereinstimmend befräftigen, wenn die Kenntniß berselben sich auf ihre un-mittelbare Sinneswahrnehmung grundet und sie nach den Borschriften des Geseges abgehört worden find." Wenn also zwei Beugen über eine Thatfache übereinstimmend ausfagen, fo machen fie fur ben Richter abfolut Regel. Chenfo verhalt es fich mit ben Prototollen ber Angestellten ber gerichtlichen Polizei, mit den Befinden von Sachverftandigen und mit Urfunden.

Alle diefe Bestimmungen find aber burch ben § 344 gemildert, welcher fagt : "Jedes verurtheilende Erfenntniß foll auf einem gesetzlichen Beweismittel und zugleich auf der Ueber= zeugung des Richters von der Schuld des Angeschuldigten beruhen." Bwei Zeugen, Protofolle der Polizeiangestellten, Urkunden, Befinden von Sachverständigen sind also Beweis: mittel, geftust auf welche ber Richter verurtheilen fann, wenn er gleichzeitig von der Schuld des Angeschuldigten überzeugt hat er aber diese Ueberzeugung nicht, fo fann er gleich=

wohl ein freifprechendes Urtheil fprechen.

3ch will ein Beifpiel anführen: Es wird Giner bes Diebstahls angeklagt und zwei Beugen fagen aus, daß fie ihn bei Begehung ber That gefehen haben. Benn aber ber Richter burch anderweitige Indigien von ber Unschuld bes Beklagten überzeugt ift, so wird er trot ber Bestimmung des § 351 ihn freisprechen können. Ebenso verhält es sich mit den Protokollen der Angestellten der gerichtlichen Polizei, und es sind daher dieselben nicht so gefährlich. Wenn der Anges klagte verlangt, daß Beugen einvernommen werden, und wenn diese Beugen, die vielleicht Beamte sind, glaubwürdiger sind, als der Polizeiangestellte, so wird kein verständiger Richter der Welt ein verurtheilendes Erkenntniß ausfällen. Thut er es, fo liegt ber Fehler nicht am Befege, fonbern am

Mit dem Antrage bes herrn Jobin bin ich vollfommen einverftanden. Doch mochte ich es nicht im Befete felbft einverstanden. Doch mochte ich es nicht im Gejege jeioft aussprechen, daß in allen Fällen ein Bertheidiger zugelassen werden könne, da sich dieß von selbst versteht. Wenn in ganz gewöhnlichen geringfügigen Polizeifällen Bertheidiger zugelassen würden, so würde der Richter nie fertig werden. Es wird aber kein Richter behaupten wollen, daß Fälle, welche mit Bußen bis auf Fr. 1000 bedroht sind, zu den gewöhnlichen Polizeifällen gehören. Ich glaube also, es seine heufoliche Pestimmung in das Welek aufnicht nöthig, eine bezügliche Bestimmung in das Gesetz auf-zunehmen. Es wird genügen, wenn in der Diskussion kon-statirt wird, daß darüber kein Zweifel obwalten kann. Herr Boivin möchte ausdrücklich bestimmen, daß der Gegenbeweis zulässig sei. Damit wird aber Nichts erreicht; benn wenn die Ueberzeugung des Richters nicht vorhanden

ift, fo nutt ber Wegenbeweis nichts.

3ch konstatire also, daß ber ganze Larm, der in Betreff biefes Artitels geschlagen worden ift, ein durchaus blinder garm war, indem, was man wunschte, bereits vorhanden war. Die Kommission muß sich bagegen verwahren, daß sie da irgend Etwas übersehen habe. Bur Beruhigung der Ge-muther schlägt sie indessen vor, den erwähnten Zusat aufzunehmen.

Jobin. Nach ben Erlauterungen bes herrn Berichterftattere ber Rommiffion ziehe ich meinen Antrag zurud.

Der Herr Berichterstatter des Regierungsrathes ftimmt bem Antrage bes Berrn Sofer bei.

### Abstimmung.

Der Antrag bes Regierungsrathes und ber Rommission wird mit der von herrn hofer vorgeschlagenen Modifitation genehmigt.

§ 8. Diefes Gefet tritt nach deffen Annahme burch bas Bolt

sofort in Rraft.

Der Regierungerath ift mit beffen Bollziehung beauftragt.

§ 8 wird ohne Bemerfung angenommen.

### Gingang:

Der Große Rath des Rantons Bern,

in Betracht ber Rothwendigkeit, gegen Ueberschreitung ber Schranken, innert welchen die freie Ausübung gottesbienflicher Sandlungen gewährleiftet ift, bie geeigneten Bor-

schriften aufzustellen; in Anwendung der Art. 50 und 56 der Bundesverfafs jung der schweiz. Eidgenoffenschaft vom 29. Mai 1874 und bes § 2 bes Rirchengesetes vom 18. Januar 1874;

auf den Antrag der Rirchendireftion und bes Regie-

rungerathes,

beschließt:

Der Gingang wird ohne Bemerfung genehmigt.

Der Berr Brafibent ftellt die Anfrage, ob man auf einzelne Artifel des Gefetes jurudzufommen ober Bufape vorzuschlagen muniche.

Niemand ergreift bas Wort.

Sofer, Fürsprecher, verlangt, daß die Abstimmung mit Namensaufruf vorgenommen werde.

Diefer Antrag wird von mehr als 20 Mitgliedern unter= ftust und fomit jum Befchluffe erhoben.

### Abstimmung.

Bur die Annahme des Gefetes

. 118 Stimmen.

nämlich die herren Aellig, Ambühl, Arn, Dr. Bähler, Bangerter, v. Bergen, Bieri, Bohnenblust, Bohren, Born, Bruder, Brunner in Meiringen, Brunner in Bern, Bucher, Burfi, Burkhalter, Burren, Butigsofer, Chopard, Dick, Donzel, Droz, Engel, v. Erlach, Etter, Fahrni-Dubois, Flück, Galli, Gaumann, Geiser-Leuenberger, Geiser in Dachsfelden, Gerber in Stefsisburg, Gfeller in Bern, v. Graffenried, Großenbacher, Grünig, Gugger, Gyger, haberli in Bern, hauert, haufer, herren in Mühlekera, hofer in Bern, hofmann, hoftsetter, Huber. in Mubleberg, hofer in Bern, hofmann, hofftetter, huber, Surni, Jaggi, Imobersteg, Indermuhle, Jolissaint, Kaifer in Buren, v. Kanel, Kilchenmann, Kotschet, König, Ruhn, Lehmann-Cunier, Lehmann in Langnau, Lehmann in Bellsmund, Leibundgut, Lenz, Leuenberger, Luder, Mader, Mägli, Marti, Meister, Michel in Kinggenberg, Mischler in Bern, Mischler in Bahlern, Monin, Morgenthaler, Möschler, Mühlemann, Müßenberg, Nußbaum in Bowyl, Rußbaum in Borb, Beter, Blug, Reber in Muri, Reichen-bach, Roth, Rufenacht-Mofer, Sahli, Salzmann, Schertenleib, Scherz, Scheurer, Schmid in Wimmis, Schori,

Schwab in Nibau, Schwab in Büren, v. Siebenthal, Sieber, Sigri, Sommer, Spring, Stämpsti in Zäziwyl, Stettler in Lauperswyl, Stettler in Eggiwyl, Trachsel, Ueltschi, Bogel, Walther in Radelsingen, Walther in Krauchthal, Wampster, v. Wattenwyl, Dr. Wildbolz, Winzenried, Wirth, Wiß, Wyß, Wyttenbach, Zoß, Zürcher, Zyro.

### Für die Verwerfung des Gefețes

. 27 Stimmen.

nämlich die herren Boivin, v. Buren, Chappuis, Dahler, Deboeuf, Feune, Fleury, Folletète, Girardin, Gouvernon, Grenouillet, Greppin, hennemann, hofer in Diesbach, hornstein, Jobin, Rohler, Koller, Lindt, Moschard, Pape, Prêtre, Quelog, v. Sinner, Spahr, Steullet, Bermeille.

Laut nachträglich eingelangten Erklarungen murben, wenn fie anwesend gewesen waren, gestimmt haben:

### Bur die Annahme des Gefetes:

Die Herren Jooft, Dr. Müller in Sumiswald, Oberli, v. Werdt, Beller.

Fur die Derwerfung des Gefebes:

herr Fattet.

hiemit ift bie zweite Berathung bes Gefetes beenbet, und es tritt basfelbe nach seiner Annahme burch bas Bolt in Kraft.

Auf den Antrag des Herrn Brafidenten wird beichloffen, heute teine Nachmittagssitzung zu halten.

Schluß ber Sigung um 21/2 Uhr.

Der Nedaktor: Fr. Zuber.

# Vierte Sigung.

Mittwoch, den 15. September 1875.

Vormittage um 9 Uhr.

Unter bem Borfige bes Beren Brafidenten Rarrer.

Nach dem Nam ens aufrufe sind 160 Mitglieder auswesend; abwesend sind 89, wovon mit Entschuls digung: die Herren Althaus, Anken, Burkhalter, Burri, Charpié, Chodat, v. Fellenberg, Friedli, Herzog, Jmer, Ledermann, Lehmann in Rüedtligen, Lehmann in Langnau, Lehmann in Logwyl, Meyer, Müller in Sumiswald, Oberli, Renfer in Lengnau, Köthlisberger in Walkringen, Schapsmann, Schmid Rudolf, Schüpbach, Seßler, Sterchi, Werren, Zeller, Boß, Byro; ohne Entschuldigung: die Herren, Beller, Bangerter, Berger, Bircher, Bruder, Bucher, Bühlsmann, Burger in Angenstein, Burren, Fahrni-Dubois, Geißsbihler, Gerber in Steffisburg, Gfeller in Wichtrach, Großensbacher, Grüber, Grünig, v. Grünigen, Gygaz in Seeberg, Haberli in Münchenbuchse, Haldemann, Hanni, Hauert, Herren in Niederscherli, Herren in Mühleberg, Hofer in Hügsdauschachen, Linder, Luder, Mägli, Mauerhofer, Weister, Michel in Kinggenberg, Morgenthaler, Müller in Eramlingen, Nägeli, Plüß, Rebetez, Rebmann, Kiat, Köthlisberger in Herzogenbuchsee, Scheibegger, Schertenleib, Seiler, Sigri, Etämpsti in Bern, Streit, Studer, Walther in Landerswyl, v. Wattenwyl, Willi, Winzenried, Würsten, Wüthrich, Zumswald, Bülli, Winzenried, Würsten, Wüthrich, Zumswald, Bülli, Winzenried, Würsten, Wüthrich, Zumswald, Bülli, Winzenried, Würsten, Wüthrich, Zumswald, Bürcher.

Das Protofoll ber geftrigen Sigung wird verlesen, und genehmigt.

### Tagesordnung:

Refurs der Gemeinde Lamlingen gegen den Beschluß des Regierungsrathes vom 2. November 1871, betreffend die Burgernutzungen.

Bon Seite ber Grofrathskommiffion liegt folgender Antrag vor:

Der Große Rath des Rantons Bern,

nach Einsicht ber Beschwerbe ber gemischten Gemeinde Lamlingen (Lamboing) vom 31. Oktober 1872 betreffend ben Beschluß des Regierungsraths vom 2. November 1871 über die Mitberechtigung der auswärts wohnenden Burger an den burgerlichen Rutungen — und des Bortrags der Direktion des Gemeindes und Armenwesens an den Regierungsrath zu

handen des Großen Rathes vom 11. Rovember 1872, fowie des Beichluffes des Regierungsrathes vom 18. gleichen Monats betreffend die nämliche Frage,

### beschließt:

1) Der Regierungerath ift eingeladen, bis zur orbentlichen Winterseffion eine Gesetzesvorlage zu Handen des Großen Rathes und eventuell des Bolfes auszuarbeiten, mit dem doppelten Zwecke:

a. Die Uebertragung ber burgerlichen Rupungsguter an die Ginwohnergemeinden - auf dem Wege ber freiwilligen Schlugnahmen ber Burgergemeinden gegen eine billige Entschädigung an bie Burger, ohne Rucficht auf Alter, Geschlecht und Bohnfit, ju erleichtern und zu befordern;

b. die burgerlichen Rugungereglemente in bem Sinne einer Revision zu unterwerfen, daß bis zu jener Uebertragung die burgerlichen Rugungen gleich= maßig den einzelnen Burgern ohne Rudficht auf Alter, Befchlecht und Wohnfit gutommen, gleich = zeitig aber ein Theil der burgerlichen Rutungen zu einem öffentlichen Orts= zwede verwen bet merbe.

2) Bis jum befinitiven Entscheid über biefe Gefetesvorlage ist der angefochtene Beschluß des Regierungsrathes vom 2. November 1871 betreffend die Mitberechtigung ber außerhalb bes Gemeindebezirts Lamlingen wohnenben Burger an den burgerlichen Rutungen suspendirt.

Bern, ben 21. August 1875.

Die Mitglieder ber Rommiffion: R. Brunner, Brafident.

Born.

Monnin.

Scheurer.

Schwab in Nidau.

Sigri.

Willi.

Der Regierungsrath halt bafur, es fei bie gange Frage ber burgerlichen Rugungen burch ein allgemeines Gefes gu regeln; er erflart bem Großen Rathe bie Bereitwilligfeit, in der Novemberfession einen bezüglichen Besetzentmurf vor= zulegen, und ersucht ihn , zur Borberathung biefes Entwurfs entweder eine Rommiffion niederzusegen oder die bisherige Rommiffion fur ben Lamlinger Refurs mit diefer Borberathung zu beauftragen.

Bern, den 4. Herbstmonat 1875.

Im Namen bes Regierungerathe, Der Bizeprafident:

Hartmann. Der Ratheschreiber: Dr. Trächfel.

Die Großrathskommiffion pflichtet vorstehendem Antrage des Regierungsrathes nachträglich bei, jedoch in folgender, etwas modifizirter Form:

1) es sei die ganze Frage der burgerlichen Rugungen (inclusive Returs Lamlingen) burch ein allgemeines

Gesetz zu regeln

2) ber Regierungsrath ift eingelaben, in ber Rovember= feffion einen Befegesentwurf vorzulegen;

3) es sei die Kommission zur Begutachtung besselben noch in Diefer Geffion zu ernennen.

Froffard, Direttor des Gemeindemefens, ale Bericht= erftatter bes Regierungsrathes. In ber legten Geffion hat

ber Große Rath beschloffen, in ber gegenwärtigen Berbftfigung nicht nur den Refurs von Lamlingen zu behandeln , fondern überhaupt die ganze Frage der Burgernugungen prinzipiell zu entscheiden. Es ift wirklich febr gu munschen, daß biefe fo lange auf den Traktanden stehende Frage endlich einmal zu einer Lösung gelange. Es liegt dieß nicht nur im Intereffe der Rekurrenten, sondern auch in demjenigen der Exekutivsbehörde, damit sie wisse, auf welchen Boden sie sich für die

Butunft in Diefer Frage zu ftellen habe. Geftatten Sie mir, Ihnen in Kurze ben gegenwärtigen Stand der Frage vor Augen zu führen und fodann bie Antrage Des Regierungerathes borgulegen. Gie erinnern fich, daß der Regierungerath unterm 2. November 1871 Die Burger= gemeinde Lamlingen anwies, ihr Nugungereglement im Ginne der Gleichberechtigung der in= und auswärts wohnenden Burger auf Die Ertragniffe Des Burgergutes ju revidiren. Anjänglich fam die Gemeinde Lamlingen diefem Beschluffe nicht nach; fie wollte fich ihm nicht unterwerfen, fie wollte aber auch nicht dagegen beim Großen Rathe Befchwerde führen. Der Regierungerath bemerkte hierauf ber Bemeinde, bag fie entweder feinen Beschluß auszuführen habe, oder aber von dem verfaffungsmäßigen Mittel des Returses an den Großen Rath Gebrauch machen muffe. Endlich beschloß die Gemeinde, zu dem lettern Mittel zu greifen, und sie reichte eine Bejchwerde an den Großen Rath ein. Der Regierungsrath, an welchen die Beschwerde zur Berichterstattung überwiesen wurde, stellte den Antrag, es sei über Diefelbe einfach zur Tages-ordnung zu schreiten. Sierauf sette der Große Rath eine Kommission nieder, welche beschloß, beim Großen Rath den Untrag zu ftellen, es fei die Frage nicht auf dem Adminiftra= tivmege zu entscheiden, fondern auf dem Bege ber Befet = gebung zu reguliren, und zwar in bem Ginne, ben Uebergang ber Burgerguter an bie Ginwohnergemeinden zu erleichtern; inzwischen aber solle man die Nugungen gleichmäßig den ein= gelnen Burgern gutommen laffen und gleichzeitig einen Theil berfelben zu einem öffentlichen Ortszwecke verwenden. Es ftanden fich alfo drei Untrage gegenüber: ber Antrag ber Burgergemeinde Lamlingen, welche, wie überhaupt die meisten Burgergemeinden, am status quo Nichts andern wollte; der Antrag des Regierungsrathes, welcher alle Burger nuthungs= berechtigt erklaren wollte, und endlich der Antrag ber Rom= miffion.

Während die Frage fich muhfam von Seffion zu Seffion hinschleppte, traten im Schoofe ber Behorden, fowohl im Regierungerath als in der Rommiffion, verschiedene Berfonal= anderungen ein. Bor Rurgem trat die Kommiffion neuer-bings zusammen und beschloß, an ihrem frühern Antrage mit einigen unwefentlichen Modifitationen festzuhalten. Die Direttion bes Gemeindewefens legte die Frage bem Regierungs= rathe wiederum vor, und nun beschloß diese Behorde Folgendes: "Der Regierungerath halt dafur, es fei die gange Grage der burgerlichen Rugungen durch ein allgemeines Gefes du regeln; er erflart dem Großen Rathe bie Bereitwilligfeit, in der Rovemberfeffion einen bezüglichen Befegesentwurf vorjulegen und ersucht ihn, jur Borberathung biefes Entwurfs entweder eine Kommission niederzuseten, oder die bisherige Kommission für den Lamlinger Returs mit dieser Borberathung

ju beauftragen."

Es hat somit ber Regierungsrath feine Unficht geandert und fich dem Antrage der Kommiffion genabert; er will fich nicht mehr darauf beschränken, die Administratiofrage ju reguliren und zu bestimmen, bag auch bie auswärtigen Burger nutungsberechtigt fein follen, sondern er ift damit einver= ftanden, die gange Frage ber Burgernutung durch ein all= gemeines Gefen zu regeln. Sat ber Regierungsrath badurch, daß er seinen Antrag modifizirte, seine Ansicht in Bezug auf den Lamlinger Refurs geandert? Rein, der Regierungsrath findet, daß er innert der Schranken der Verfassung gehandelt habe, als er die auswärtigen Burger nutungsberechtigt erklarte. Die Mehrheit des Regierungsrathes halt aber dafür,
daß die Frage auf eine andere Weise, d. h. auf einer viel
breitern Grundlage gelöst werden sollte. In der That mussen wir, wenn wir einen kurzen Blick in die Vergangenheit werfen und sehen, welche Antrage aus dem Schoose der Behörden und des Volkes hervorgegangen sind, zur Ueberzeugung gelangen, daß der Augenblick da ist, um die Frage grundsäzlich

zu regeln.

Im Jahre 1852 verlangte ein Mitglied der gesetzgebenden Behörde, daß ein Defret erlassen werde, wonach auch die ausswärtigen Burger nutungsberechtigt erklärt werden. Herr Blösch versprach, einen solchen Entwurf vorzulegen, versaß es aber leider; auch die spätern Regierungen scheuten sich, diese brennende Frage zu berühren, und ließen sie unangetastet. Im Jahr 1861 war es das Volk selbst, welches in einer Petition an die gesetzgebende Behörde verlangte, daß die Regierung die sostorige Revision sämmtlicher Burgersungungsreglemente, namentlich im Sinne der Gleichstellung der innerhalb und außerhalb des Gemeindebezirks wohnenden Burger, anordne. Später beschäftigte sich auch die Amteversammlung von Schwarzenburg mit dieser Frage und reichte eine bezügliche Petition ein.

1863 fand eine große Burgerversammlung im Kafino in Bern statt, unter beren Beranstaltern auch Herr Brunner, ber heutige Berichterstatter, sich befand. In dieser Bersamm-lung wurde beschlossen, dahin zu wirken, daß eine Fusion der Burger- und Einwohnergemeinde erreicht werde in dem Sinne, daß man den Burgern eine angemessene Entschädigung verabfolge. Dieser Antrag rief in allen Kantonstheilen, welche noch Burgergüter besitzen, einen Schrei der Entrüstung hervor.

Alle diese Schritte hatten aber kein praktisches Resultat.

Alle diese Schrifte hatten aber tein prattisches Regultat. Drei Jahre später, 1866, wurde die Frage durch zwei Mitzglieder der gesetzgebenden Behörde, die Hernen Gygar und Gräub, neuerdings angeregt, indem sie einen Anzug stellten, dahin gehend, es sei die Frage durch ein Gesetz zu regliren in dem Sinne, daß die Ruhungsberechtigung auf alle in der Schweiz wohnenden Burger ausgedehnt und das Alter als einziges Requisit dieser Berechtigung bezeichnet werde. Der Anzug wurde vom Großen Rathe am 27. Juli 1866 erheblich erklärt, worauf der Regierungsrath einen Gesetzsentwurf in diesem Sinne ausarbeitete. Die Kommission des Großen Rathes, an welche derselbe zur Begutachtung gewiesen wurde, theilte sich in eine Mehrheit und in eine Minderheit. Die Mehrheit wollte auf die Frage nicht eintreten, während die Minderheit dem Entwurf beistimmte. Am 26. November 1868 kam die Frage im Großen Rathe zur Sprache, und es beschloß dieser, auf den Antrag des Herrn Hoser, und es beschloß dieser, auf den Antrag des Herrn Hoser, und es beschloß dieser, auf den Antrag des Gerrn Hoser, die ganze Frage auf unbestimmte Zeit zu verschieden. Bon da an blieb die Frage liegen, bis sie durch den Entscheid über das Regelement der Gemeinde Lamlingen wieder aufgenommen wurde.

Aus den angeführten Daten werden Sie entnommen haben, daß der Augenblick gekommen ift, die ganze Frage zu regeln. Auf welche Weise dieß geschehen soll, will ich beute nicht berühren, da der Regierungsrath, wie bereits erwähnt, sich bereit erklärt, in der nächsten Rovembersitzung einen sachsbezüglichen Gesetzernwurf vorzulegen. Im Weitern ersucht er den Großen Rath, zur Vorberathung dieses Entwurfes entweder eine Kommission niederzusezen oder aber die für den Lamlinger Returs bestehende Kommission damit zu beauf-

tragen.

Brunner, Fürsprecher, als Berichterstatter ber Kommission. Man hat den Lamlinger Entwurf oft eine Seesschlange genannt und in gewissem Sinne mit Recht. Es ist indessen gut, daß diese Seeschlange nicht sofort erlegt worden ist, sondern daß man die nöthige Zeit gelassen hat, um sie desto sicherer ganz zu bekommen. Dieß ist der Grund, warum die Kommission nicht darauf gedrungen hat, den Lamlinger

Returs separat zur Entscheidung zu bringen, sondern warum sie es vorzog, die ganze Frage der Burgernutzungen und damit die ganze weitere Entwickelung des Gemeindewesens zu regeln.

Wie Ihnen bekannt, hat man 1866 einem Gesetze über diese Frage gerufen, durch welches diese in einer, mit den Anforderungen der gegenwärtigen Zeit mehr im Einklang stehenden Weise geregelt werden sollte. Der Große Rath erklätte den betreffenden Anzug, welcher ein solches Gesetzerlangte, für erheblich, und der Regierungsrath arbeitete einen Gesetzesentwurf in diesem Sinne aus. Die Kommission, an welche er zur Bezutachtung gewiesen wurde, theilte sich in eine Mehrheit und in eine Minderheit, und schließlich wurde der Gesetzesentwurf fallen gelassen und die ganze Angelegenbeit auf den Antrag des Herrn Hofer perschofen

heit auf den Antrag des Herrn Hofer verschoben.
Durch die Lamlinger Angelegenheit wurde die Frage wieder in den Bordergrund gedrängt. Im Jahr 1871 stellte nämlich die Gemeinde Lamlingen ein neues Reglement über ihre Burgernußungen auf, welches an der bisherigen Beschränkung der Rußungen auf die in der Gemeinde wohnenden Burger festhielt. Auswärtige Burger von Lamlingen beschwerten sich über diesen Grundsah, und der Regierungsrath erklärte diese Beschwerde für begründet. Gegen diesen Entsichted des Regierungsrathes reichten die in Lamlingen ansgesessenen Burger einen Rekurs an den Großen Rath ein, zu dessen Borderathung dieser eine Kommission niedersetzte.

Wir haben nun einstimmig gefunden, es sei nicht wohl thunlich, jeden einzelnen Fall besonders auf dem Wege der bloßen Administrativverfügung zu entscheiden. Würden diese Entscheide auch noch so zweckmäßig ausfallen, so würde man doch bei jeder Gelegenheit zu hören bekommen, wir dürfen nicht mit der Frage vor das Bolf treten, sondern wollen die Sache im Rathhause zu Bern abthun. Es ist auch, ich glaube zwar mit Unrecht, gesagt worden, es seit duch, ich glaube zwar mit Unrecht, gesagt worden, es seit die Regierung nicht kompetent, solche Entscheide zu sassen. Immerhin ist auch das eine Frage, die man vom konstitutionellen Standpunkte aus aufwerfen konnte. Dann hat man, und dies war der Hauptgesichtspunkt, der die Kommission leitete, gesunden, er Hauptgesichtspunkt, der die Kommission leitete, gefunden, er Hauptgesichtspunkt, der die Kommission leitete, gefunden, er Hauptgeschieden Burger, sondern auch vom Standpunkte der Gemeinde behandelt werden; denn auch diese hat ein Interesse bei der Liquidation.

Die Kommission wollte nun dem Regierungsrathe bestimmte Direktionen zur Ausarbeitung eines Gesetzestentwurfes geben. Ich will auf diese Direktionen hier nicht eintreten, da sie Ihnen bekannt sind, und nur bemerken, daß in denselben auch den Interessen der Gemeinden in ausreichender Weise Rechnung getragen worden ist, soweit dieß nach der Berfassung und den bisherigen Ausscheidungsverhandlungen möglich war. Nichtsbestoweniger hatte sich gegen diesen Anstrag eine ziemlich starke Opposition von Seiten der Burgerschaften im Lande kund gegeben. Eine Reihe von Petitionen sind eingereicht worden (die meisten sibrigens noch, bevor man die Anträge der Rommission kannte), in denen man von der Ansicht ausging, es solle ein Gesetz erlassen werden, wonach die Burgergemeinden ihre Güter den Einwohnergemeinden sofort unentgeltlich abtreten müssen. Es war dieß ein durchaus unrichtiger Standpunkt.

Die Kommission will Ihnen nicht zumuthen, sich heute sofort über diese Anträge auszusprechen. Es ist sehr schwierig, über folche Prinzipien einen Entscheid zu fassen, wenn man nicht weiß, wie sie in dem vorzulegenden Gesegesentwurse werden ausgeführt werden. Herr Regierungsrath Hartmann bat zwar einen solchen Entwurf ausgearbeitet, allein die Regierung wollte ihn nicht vor den Großen Rath bringen. Es liegt daher gegenwärtig noch keine Basis vor, auf welche gestütt man ersehen kann, wie sich die fraglichen Grundsätze in der Prazis machen werden. Es war dieß also ein Grund, warum wir gesunden haben, es sei besser, wenn bis zur Bors

lage bes Wesetgesentwurfes zugewartet werbe.

Gin weiterer Grund ift folgender: Bir glauben burchaus nicht, daß wir mit unferm Entwurfe ben Stein ber Beifen in diefer Frage gefunden haben. Wir find befferer Belehrung zugänglich; wir wollen gerne Modifitationen acceptiren, wenn fte mit dem Biele, das wir im Auge haben, beffer im Gin-

klang stehen.
Der Regierungsrath hat die Frage in der letzten Zeit nochmals berathen und sich der Kommission wesentlich genähert. Auch er erweitert nun den Rekurs Lamlingen zu der eigentlichen Burgernugungsfrage und will einen Befetes= entwurf über diese vorlegen, ohne aber vorher über die Direktionen zu berathen. Der Regierungsrath will also in keiner Weise prajudiziren. Die Kommission stimmt nun in Diefem Bunfte dem Regierungsrathe auch bei. Dieß legt mir aber die Bflicht auf, heute nicht in die Materie einzutreten. Es wird dieß dann geschehen, wenn ber Befegesentwurf gur Behandlung fommt.

Ich habe gestern gehört, man wolle bei diesem Anlaß ben Antrag stellen, es sei die Berfassung zu revidiren. Ich glaube, ein solcher Antrag sei erft dann am Blage, wenn ber Besegentwurf vorliegt und man fieht, wie weit derfelbe geht. Erst dann kann man wissen, ob es nothig fein wird, die Berfassung zu revidiren. Ich mochte daher Herrn Boivin, der gestern einen folchen Antrag in Aussicht gestellt hat, ersuchen, damit bis im November zuzuwarten. Ich fchließe im Ramen der Kommission mit folgenden Antragen: 1) G8 fei die ganze Frage der burgerlichen Rutungen (influsive Refurs Lamlingen) durch ein allgemeines Gesetz zu regeln; 2) der Regierungsrath ist eingeladen, in der Robembersesssion einen Gesetzekentwurf vorzulegen; 3) es sei die Kommission zur Begutachtung desselben noch in dieser Session zu ernennen.

Boivin. 3ch glaube, man wurde mit ber Ausarbeitung eines Gesetsentwurfes eine unnöthige Arbeit unternehmen; denn es ift nicht möglich, ohne Berfaffnngsrevision zu dem Resultate zu gelangen, welches der Regierungsrath und die Rommission im Auge haben. Die Verfassung garantirt in § 69 den Burgerschaften ihr Bermögen als Brivateigen. thum. Können Sie angesichts einer solchen Bestimmung die Burgergemeinden zwingen, ihre Guter abzutreten? Die Verfassung sagt ferner, daß der Ertrag des burgerlichen Vermögens seiner Bestimmung gemäß zu verwenden sei. Mit Rücksicht auf diese Vorschrift kann man die Burgergemeinden nicht zwingen, einen Theil des Ertrages ihres Bermogens ben Einwohnergemeinden zusließen zu laffen. Offenbar wurde man damit eine Berfaffungsverletung begeben. Warum ift Die Burgernutungefrage ichon fo lange auf ben Traftanden? Beil man fühlt, daß man der Berfaffung einen Fußtritt geben muß, wenn die Frage so gelost werden soll, wie es die Rommiffion bezwectt.

Es scheint mir, wir haben bereits genug Arbeit und haben nicht nothig, und mit diefer Extraarbeit zu belaften, von der ich überzeugt bin, daß fie ohne Revision der Ber-fassung zu keinem Resultate führen wurde. 3ch habe aber nichts dagegen, daß die Berfaffung revidirt werde. Es scheint mir, mir follten dem Regierungerathe die Beifung geben, bie Rugungereglemente wie bisher zu fanktioniren, und zwar im Sinne ber Rugungsberechtigung ber auswärtigen Burger, fofern die Mehrheit der Gemeinde dieß beschließt. Man fann dann nicht einwenden, daß die Rechte der Burger verlegt werden, weil ein bezüglicher Beschluß durch die Mehrheit der Burger gefaßt werden muß. Wenn die Burgemeinde damit einverstanden ift, den auswärtigen Burgern die Rugungen ebenfalls zukommen zu laffen, fo ift dieß ganz etwas Underes, als wenn man sie dazu zwingt. Ich habe nichts dagegen, daß die Rugungsfrage in anderer Weise reglirt werde, nur mochte ich auf legalem Wege vorgehen. Ich stelle also ben Antrag, es fei auf ben Borfchlag bes Regierungsrathes und ber Kommiffion nicht einzutreten, sondern in Gewärtigung

der Verfaffungsrevifion der Regierungsrath einzuladen, die Rugungereglemente der Gemeinden, unter Bulaffung der Ginzelnugung und ber Berabreichung derfelben an die auswarts wohnenden Burger, wo die Gemeinde es mit Mehrheit beschloffen haben wird, wie bis dahin zu fanktioniren.

Gngar, von Bleienbach. Die Lamlinger Frage intereffirt mich insoweit, als ich einer Burgergemeinde angehöre, welche ein bedeutendes Burgergut befigt. Bir haben in unferer Burgergemeinde die fast im ganzen Kanton geltende Uebung befolgt, nur benjenigen Burgern Rugungen gutommen gu laffen, welche mit Feuer und Licht in ber Gemeinde angeseffen Im vorletten Jahre ift man dazu gekommen, die Sache etwas liberaler zu organistren. Bleienbach hat nämlich ein Reglement erlaffen, welches auch die auswarts wohnenden Burger nugungsberechtigt erklart. Dieß ist der Grundfab, von dem die Regierung bei der Sanktion der Reglemente ausgeht.

Run liegt die Lamlinger Frage zur Behandlung vor. Diefelbe fann nur in dem Sinne entschieden werden, daß man das Vorgehen der Regierung entweder gutheißt oder nicht. Erledigen wir zuerft diese Frage, und gewärtigen wir im Uebrigen, was die Zukunft bringen wird. Es ist nicht ber Fall, der Regierung den Auftrag zu geben, ein Gesetz zu erlassen. Die Regierung wird schon Dassenige thun, was Verfassung und bisherige Gesetz vorschreiben.

Wenn man auf die Sache naher eintritt, und fich fragt, ob die Burgergüter richtig benutt werden und ob der daherige Zustand ein Sluck oder ein Ungluck für den Kanton Bern fei, fo muß man weiter geben und unterfuchen, wie die Sache gekommen sei. Im Anfange Dieses Jahrhunderts bestanden fast in allen Gemeinden des Mittellandes sog. Rechtsamegemeinden. Diese haben die Güter getheilt, eingesackt und Privateigenthum daraus gemacht. Andere haben das Bermogen als Burgergut benutt, und diefen will man nun durch ein Gefet vorschreiben, daß fie fo und fo viel an die Ginwohnergemeinden abtreten follen. Durch die ftattgefundenen Ausscheidungen hat man den Burgergemeinden Dasjenige abverlangt, von dem man glaubte, daß es zu öffentlichen Zwecken verwendet werden folle. Wenn man nun noch Weiteres verslangt, so sollte man die Spieße gleich lang machen und die Rechtsamegemeinden dazu anhalten, einen Theil ihrer Balber den Gemeinden gurudgugeben.

Ich ftelle ben Antrag, es fei ber Returs gegen ben regierungsrathlichen Beschluß in ber Lamlinger Angelegenheit sofort abzuweisen, im Uebrigen aber von den Antragen der

Rommission zu abstrahiren.

### Abstimmung.

1) Eventuell fur den Antrag bes Berrn	
Boivin	33 Stimmen
Eventuell für den Antrag des Herrn	
Gygar	60 "
2) Definitiv für den den Antrag des	
Regierungsrathes, dem fich nachträglich auch	m.rr.:
der Kommission angeschlossen	Mehrheit.
Für den Antrag des Herrn Gygar	Minderheit.

Der Berr Brafident ftellt die Anfrage, ob man gur Vorberathung des vom Regierungsrath vorzulegenden Gefetes= entwurfes eine neue Kommission ernennen, oder, wie er vorschlage, die bisherige Kommission für den Lamlinger Refurs mit diefer Borberathung beauftragen wolle.

Hartmann, Regierungsrath. Ich stimme bem Bor-schlag bes herrn Prafibenten bei, doch mache ich darauf aufmertfam, daß die gegenwärtige Kommission ziemlich einseitig zusammengesetzt und die burgerliche, namentlich die stadt= Mehrheit.

Minderheit.

bernische, Opposition darin nicht vertreten ift. Ich munsche baber, daß die Kommission um zwei Mitglieder vermehrt und biese aus der Opposition genommen werden.

Gin Mitglied stellt ben Antrag, die Rommission um vier Mitglieder zu erweitern.

### Abstimmung.

1) Für den Antrag des Herrn Prafidensten, die bisherige Kommission mit der Borsberathung zu beauftragen . . . . . . . . . .

2) Für Bermehrung der Kommission um

	Stimmenbe.	Annehmende.	Bermerfende
Uebertrag	20470	13336	6159
Oberhasle	351	319	10
Pruntrut	<b>263</b> 0	1397	1109
Saanen	<b>2</b> 38	200	27
Schwarzenburg	386	248	109
Seftigen .	938	499	342
Signau	892	455	342
Obersimmenthal	527	<b>47</b> 0	<b>5</b> 0
Riedersimmenthal	777	647	72
Thun	1762	1512	188
Trachfelwald	1570	663	589
Wangen	1037	<b>527</b>	412
Militär	666	492	122
Ranton	33,144	20,765	9531
Mehr Annehmende als	Bermerfen'	de:	11,234
	3	0296	

2) Anleihen für die Rantonalbank, die Hypothekarkasse und die Juragemässerkorrektion.

ott	Suragemajieri	notitution.	
	Stimmenbe.	Annehmende.	Verwerfende.
Aarberg	1312	914	252
Aarwangen	1510	654	. 584
Bern	3735	2171	1000
Biel	514	391	41
Büren	631	407	149
Burgdorf	1404	782	346
Courtelary	1235	965	141
Delsberg	1634	695	830
Erlach	331	216	76
Franbrunnen	693	389	210
Freibergen	1019	366	579
Frutigen	642	<b>4</b> 25	134
Interlaken	2060	1494	382
Ronolfingen	1144	<b>45</b> 0	456
Laufen	. 815	279	451
Laupen	570	356	134
Münster	952	372	485
Neuenstadt	338	193	99
Nidau	831	553	173
Oberhasle	351	299	14
Pruntrut	2630	1310	1141
Saanen	238	170	<b>4</b> 3
Schwarzenburg	386	221	114
Seftigen	938	430	376
Signau	892	420	344
Obersimmenthal	527	411	95
Niedersimmenthal	777	495	160
Thun	1762	1290	292
Trachselwald	1570	<b>546</b>	619
Wangen	1037	462	429
Militär	666	468	149
Ranto	Annual Control of the	18,594	40.305
Mehr Annehmende	als Verwerfen	de	8,296

3) Gefet über die Tehrerbildungsanftalten.

		Stimmenbe.	Annehmende.	Berwerfende.
Aarberg		1312	749	393
Marwangen		1510	648	573
Bern		3735	2054	1038
Biel		. 514	404	23
Büren		631	366	178
ı	lebertrag	7702	4221	2205

# Entlaffungsgefuch des Gerichtspräfidenten von Biel.

Auf ben Antrag bes Regierungsrathes ertheilt ber Große Rath bem herrn hofmann die als Gerichtsprafibent von Biel auf Mitte Oftober nachgesuchte Entlaffung in allen Ehren und unter Berbantung ber geleisteten Dienste.

# Bortrag des Regierungsrathes betreffend die Boltsabstimmung bom 18. Juli 1875 über:

1) das geset über die Inpothekarkasse;

2) das Anleihen für die Kantonalbank, die hypothekarkasse und die Iuragewässerkorrektion;

3) das hefet über die Lehrerbildungsanstalten.

Laut biefem Bortrage ift bas Ergebniß biefer Bolks= abstimmung folgendes:

### 1) Gefet über die Anpothekarkaffe.

	Stimmenbe.	Annehmende.	Verwerfende.
Aarberg	1312	968	263
Marwangen	1510	751	590
Bern	3735	2367	951
Biel	514	403	55
Büren	631	443	125
Burgdorf	1404	841	387
Courtelary	1235	1008	<b>14</b> 8
Delsberg	163 <b>4</b>	737	821
Erlach	331	231	74
Fraubrunnen	693	436	203
Freibergen	1019	422	560
Frutigen	642	528	<b>7</b> 7
Interlaken	2060	1743	226
Konolfingen	1144	525	477
Laufen	815	329	<b>4</b> 38
Laupen	570	374	136
Münster	952	423	482
Neuenstadt	338	215	89
Nibau	831	592	57
Uebertrag	20470	13336	6159

	Stimmenbe.	Annehmende.	Berwerfende
Uebertrag	7702	4221	2205
Burgdorf	1404	741	392
Courtelary	1235	961	153
Delsberg	1634	523	1022
Erlach	331	185	108
Fraubrunnen	693	391	215
Freibergen	1019	164	802
Frutigen	642	227	303
Interlaten	2060	1187	640
Konolfingen	1144	365	585
Laufen	815	<b>28</b> 8	453
Laupen	570	331	160
Münster	952	359	534
Reuenstadt	338	227	65
Nidau	831	490	217
Oberhasle	351	177	93
Bruntrut	2630	1071	1425
Saanen	238	102	98
Schwarzenburg	386	134	190
Seftigen .	938	293	525
Signau	892	324	421
Obersimmenthal 3	527	280	207
Riederfimmenthal	777	247	357
Thun	1762	866	627
Trachselwald	1570	441	706
Wangen	1037	447	417
Militär	666	528	85
Ranton	33,144	15,570	13,005
Mehr Annehmende als		28 575	2,565

Bon vorstehendem Ergebniffe wird im Protofolle Bormerfung genommen.

# Bortrag betreffend Antauf eines Haufes durch die Boltsbant in Bern.

Auf den Antrag des Regierungsrathes wird dem Raufvertrage, durch welchen die Bolfsbant in Bern von der Schweizerischen Bereinsbant ein Wohnhaus an der Chris stoffelgasse, Nr. 186 e und f, um Fr. 455,000 erwirbt, die im Geset über die gemeinnüßigen Anstalten dem Großen Rathe vorbehaltene Genehmigung ertheilt.

Der herr Prafibent theilt mit, daß das Bureau zu vier-fernern Mitgliedern der Rommiffion betreffend die Burgernutungsfrage bezeichnet habe: herrn Großrath Rufenacht-Mofer,

v. Sinner, Ongar von Bleienbach, #

Boivin.

# Gesekesentwurf

### betreffend

# Befoldungserhöhung der Primarlehrer.

Zweite Berathung.

(S. Seite 56 hievor.)

Der Regierungerath legt folgenden neuen Entwurf vor:

# Der Große Rath des Rantons Bern,

### in Betrachtung :

1) baß die durch bas Gefet vom 8. Marg 1870 bem Staate und ben Gemeinden auferlegten Leiftungen an die Lehrerbesoldungen namentlich mit Rudficht auf die feither ein= getretenen Preisveranderungen der nothwendigften Lebens= bedürfniffe nicht mehr genügen;

2) daß eine Mehrbelaftung der Gemeinden aber eine Er= hohung bes außerorbentlichen Staatsbeitrages an arme

Bemeinden erfordert;

3) daß mit Rudficht auf die in ben fatholischen Gemeinden des Jura stattgehabte außerordentliche Inspektion, sowie mit Rucksicht auf § 27 der Bundesverfassung von Seite des Staates und der Gemeinden besondere Anstrengungen nothwendig find;

in theilweiser Abanderung der SS 22, 23 und 24 des

Gefetes vom 8. Marz 1870, auf ben Antrag bes Regierungsrathes

### beschließt:

### § 1.

Die Baarbefoldung, welche bie Gemeinden für jede Lehrstelle anzuweisen haben, beträgt wenigstens Fr. 550 jährlich.

Der Staat verabreicht ben Lehrern und Lehrerinnen, welche ein bernisches Patent ober ein gleichlautendes Fahig-

feitszeugniß befigen, folgende Bulagen:

Dienstjahre.	Lehrer.	Lehrerinnen
vom 1. bis und mit bem 5.	Fr. 250	Fr. 150
" 6. " " " " 10.	,, 350	, 150
44 45	" <b>4</b> 50	, 200
" 16. Dienstjahre an"	" 550	" <b>25</b> 0

### § 2.

Arme Gemeinden erhalten einen außerordentlichen Staatsbeitrag an die Lehrerbesoldungen , zu welchem Zwede ein jahrlicher Kredit von 35,000 Fr. auszusegen ift.

Zum Zwecke ber Hebung des Primarschulwesens in den katholischen Gemeinden des neuen Kantonstheils wird ein jährlicher außerordentlicher Kredit von 10,000 Fr. bewilligt.

Die Bertheilung desselben steht dem Regierungsrathe zu. Derselbe ist überdieß ermächtigt, in Abweichung von § 1 hievor, die Gemeindebaarleistung in denjenigen katholifchen Bemeinden bes neuen Rantonstheils zu erhöhen, wo es bas Intereffe ber Schule erforbert.

Die Bewilligung des außerordentlichen Kredites, fowie die Abweichung von § 1 foll aber nur vorübergehend ftatt-

31

finden, b. h. fo lange, bis das Schulwefen in ben frag-lichen Gemeinden von feinen Schaben geheilt und mit ben Anforderungen, welche § 27, Lemma 1, der Bundesverfaffung an die Rantone stellt, in Ginklang gebracht fein wird.

So lange auf bie Schulen im fatholischen Theile bes neuen Kantonstheils bie 10,000 Fr. ju Berwendung fommen, foll der für arme Gemeinden ausgesetzte Kredit von 35,000 Fr. ausschließlich auf die armen Gemeinden des übrigen Rantons verwendet werben.

### 5 4.

Diefes Gefet tritt nach deffen Annahme burch bas

Bolt auf 1. Januar 1876 in Rraft.

Durch dasselbe werden die damit im Widerspruch stehen= den Bestimmungen der §§ 22, 23 und 24 des Gefeges vom 8. Marg 1870 aufgehoben.

Die Staatswirthschaftstommiffion stimmt bem neuen Entwurfe bes Regierungsrathes bei, jedoch mit der Modifikation, daß § 3 gestrichen und als Bufat ju § 2 folgende Bestimmung aufgenommen werbe :

Bur Unterftugung von allgemeinen Bildungsbeftrebungen (Bolfsbibliotheten, Erftellung und Anschaffung von Lehrmitteln u. f. w.) wird ein jahrlicher außerorbent=

licher Rredit von Fr. 10,000 bewilligt.

Im Beitern wird gebrudt ausgetheilt ein Bericht vom 18. Februar 1874 über die außerorbentliche Inspektion in den katholischen Schulen des Jura,

welcher dahin schließt :

daß die Primarschulen im katholichen Jura durchweg an ichweren Bebrechen und tiefliegenden Uebelftanben leiden, daß in Folge beffen die Leiftungen berfelben im Allgemeinen weit hinter ben Forberungen bes Befeges und des obligatorifchen Unterrichtsplans jurudgeblieben find. Ein folder Buftand ber öffentlichen Schulen eines gangen Landestheiles darf ohne ernfte Befährdung der öffentlichen Bohlfahrt nicht langer fortdauern.

Auf den Antrag der beiden Berichterstatter wird beschloffen, in ben Entwurf einzutreten und benjelben in globo au berathen.

Ritschard, Erziehungebireftor, als Berichterstatter bes Regierungerathes. Die einzige Abanderung bes Entmurfes, welche von der Staatswirthichaftstommiffion vorgeschlagen wird und welcher ber Regierungsrath nachtraglich beiftimmt, betrifft den § 2. Es wird namlich ba folgender Bufat vor= geschlagen: "Bur Unterstützung von allgemeinen Bildungs-bestrebungen (Bolksbibliotheken, Erstellung und Anschaffung von Lehrmitteln u. s. w.) wird ein jährlicher außerordent-licher Kredit von Fr. 10,000 bewilligt." Ich erlaube mir, biefen Antrag turz zu begrunden. Der Stand ber Dinge war bis zu bem Augenblide, ba die Staatswirthichaftstommission Bufammentrat, ein anderer. Der Regierungerath beantragte namlich einen neuen Artitel als Art. 3 in bas Befet, wie es aus der erften Berathung hervorgegangen ift, aufzunehmen. In diefem neuen Artitel wurde gefagt, bag mit Rudficht auf ben traurigen Buftand bes Primarschulwesens im tatholischen Jura es Pflicht des Staates sei, dasselbe zu heben. Zu biefem 3mede follte ein Kredit von Fr. 10,000 bewilligt werden. Im Weitern bestimmte der neue Artitel, bag ba, wo es das Bedürfnig erheische, auch die Gemeinde angehalten

werden tonne, über bas Minimum von Fr. 550 binaus=

zugehen. Mit der Tendenz dieses Artikels war die Staatswirthichaftstommission einverftanden; fie glaubte aber aus verschies benen Grunden, man folle dem Jura gegenüber nicht ein Musnahmsgeset machen; wenn man eine derartige Bestimmung aufnehmen wolle, fo tonne dieß nur in gang allgemeiner Weise geschehen, Da auch im alten Rantonstheile Difftande vorkommen.

3ch habe bedauert, daß die Staatswirthschaftskommission fich nicht auf ben Boden des Regierungerathes ftellen konnte; ich glaubte, und dieß war auch die Ansicht des Regierunge= rathes, es konne mit dieser Bestimmung fur das Primar= schulmesen im Jura Wesentliches geleistet werden, und es ser zudem dieselbe möglichst schonend gefaßt. Schließlich hat aber auch der Regierungsrath diesen Boden verlassen und von einem Ausnahmsgesetze gegenüber bem Jura abstrahirt. An Die Stelle bes § 3 ift bamit ber verlesene Antrag ber Staats- wirthichaftstommission getreten.

3ch habe biesem Antrage wenig beizufügen. Man wird allgemein einverstanden sein, daß es in mancher Beziehung noch Anstreugungen von Seite des Staates und der Gemeinden braucht, um unfer Boltsichulmefen gu beben. Ramentlich follten die Boltebibliotheten unterftugt werden. Diefe Unterftugung ift am nothwendigsten im tatholifchen Jura, wie dieß statistische Aufnahmen beweisen. Im Weitern ift es nothwendig, Lehrmittel herzustellen, welche bis dabin größtentheils noch gefehlt haben. Es soll nun der Kredit von Fr. 10,000 zu diesen Zweden verwendet werden. Wenn nun auch der Antrag der Staatswirthschaftskom-

miffion allgemein lautet und nicht nur von einem einzelnen Rantonstheile spricht, so waltet doch sowohl beim Regierungs-rathe als bei der Staatswirthschaftskommission die Absicht ob, ben Rredit größtentheils auf ben Jura gu verwenden. Es ift nothwendig, daß fur das juraffifche Schulwefen betrachtliche Opfer geleiftet werden, weil, wie fich aus einer 1873 vorgenommenen Inspettion ergibt, die Schulzuftande im tatholifchen Jura in hohem Grade traurig find und weit unter bem Niveau fteben, welches die Bundesverfaffung und unfer fantonales Schulgefet verlangen. Die Ultramontanen behaupten immer, daß auch fie der Aufflarung und dem Staate zugethan seien. Wenn dieß richtig, so konnen fie diese Beshauptung in keiner Weise besser und schöner bethätigen, als wenn sie auf diesem noch neutralen, tonfessionslosen Boden

Band in Band mit bem Staate geben. 3ch ftelle ben Antrag, es fei das Gefet mit dem von der Staatswirthschaftstommission und dem Regierungsrathe vor-

gefchlagenen Bufage ju genehmigen.

Rummer, Direktor bes eidg. ftatiftischen Bureau's, als Berichterftatter ber Staatswirthichaftstommiffion. Bunachft einige Borte über die beiden Baragraphen, welche bereits bei ber erften Berathung angenommen worden find. Rach bem einen wird das Befoldungsminimum der Gemeinden von Fr. 450 auf Fr. 550 erhöht. Gbenfo erleiden die Beitrage des Staates eine Erhöhung von Fr. 100 für die Lehrer und von Fr. 50 für die Lehrerinnen. Nach § 2 soll auch der außersordentliche Staatsbeitrag an arme Gemeinden von Fr. 20,000 auf Fr. 35,000 erhöht werden. Ueber diefe beiden Paragraphen ift bereits bei der erften Berathung einläßlich rapportirt und nachgewiesen worden, daß ber Ranton Bern gegenüber vielen andern Kantonen der Schweiz fich in Bezug auf die Lehrerbefoldungen im Rudftande befindet. Dieß ift denn auch vom Großen Rathe anerkannt worden, und ich begnuge mich ba= ber, auf die damalige Distuffion zu verweisen.

Ich gehe über zu demjenigen Punkte, welcher in der zweiten Berathung neu ift. Da liegen uns zwei Antrage vor, berjenige des Regierungsrathes, und derjenige der Staats= wirthschaftskommission, dem sich nun aber der Regierungs= rath auch anschließt. Die Staatswirthschaftskommission hat ben Antrag ber Regierung einläßlich besprochen und mit Freuden mahrgenommen, baß sie allen Ernstes barauf bebacht ift, das Möglichfte zu thun, damit Diefenigen Amtsbezirke, in welchen das Primarschulwesen notorisch jurudsteht, gehoben werden. Daß die fatholischen Amtsbezirke des Jura zu diesen gehören, ift durch verschiedene Thatsachen konstatirt. Ich habe hier eine Tabelle über die Refultate der dießighrigen Refruten= schulen, woraus hervorgeht, daß in teinem Amtsbezirke so viele Retruten sich fanden, welche nicht lefen und schreiben konnten, wie in den fatholischen.

Im Staatsverwaltungsberichte pro 1874 find auf Seite 318 die Gemeinden aufgezählt, welche es theilweise oder ganz unterließen, die straffälligen Schulversaumnisse dem Richter anzuzeigen. Die Aufzählung der Gemeinden aus den vier Amtsbezirken des katholischen Jura nimmt nicht weniger als 20 Beilen in Unspruch, mabrend ben Gemeinden der übrigen juraffischen Umtebezirte 7 und ben Gemeinden im ganzen alten Kantonstheil 71/2 Beilen gewidmet find. Auch in Bezug auf die Bahl der Absenzen, deren Anzeige unterlaffen worden ift, befinden fich die tatholifden Gemeinden im Borfprung.

Es ift nun erfreulich, daß die Regierung biefen Uebel-ftanden abzuhelfen fucht. Der Jura befand sich unter ber herrschaft ter Bischofe in einer fehr ungunstigen Stellung, und ebenfo unter ber Regierung Frankreiche, welches awar ichone, aber unausfuhrbare Gefete macht. Als ber Jura mit Bern vereinigt wurde, scheint er ber Regierung etwas zu ent=

legen gewesen zu sein. Wenn aber bie Staatswirthschaftstommiffion auf ber einen Geite Die gute Abficht ber Regierung anerkennt, fo tragt fie auf ber andern Seite Bebenten, ein Befet ju erlaffen, in welchem ein Baragraph nur für einen einzigen Rantonstheil vortommt. Man hat fich gefagt: Wir wollen bie Schulzuftande des Jura nicht in der Bundesversammlung bistutiren (wozu es getommen mare), fonbern wir wollen bie Frage en famille behandeln. Der Berr Erziehungebireftor bat gefagt, die Fr. 10,000 werden zu Unterftugung der Bolfsbibliotheten und zur Unschaffung von Lehrmitteln hauptfachlich in diesem zuruckgeblichenen Landestheile zur Berwendung ge-langen. Ich bente, die jurassischen Reprasentanten werden wegen dieser ausnahmsweisen Behandlung nicht vor die Bun-

besversammlung gelangen.

Bestatten Gie mir, noch mit einigen Worten nachzu-weisen, daß in Diefer Berwendung des außerordentlichen Rrebites burchaus keine Benachtheiligung bes alten Kantons-theiles liegt. Es handelt sich da um die Abbezahlung einer alten Schuld. Ich habe die Schulverhaltniffe des Jura seit feiner Bereinigung mit bem Ranton Bern unterfucht und ge= funden, daß der tatholische Jura in der Beriode von 1815 bis 1830 in Schulfachen fast vollständig feinen eigenen Weg gegangen ift. Allerdings hat die Berner Regierung fofort nach ber Bereinigung Des Jura mit Bern Die Rollegien in Bruntrut und Delsberg reorganisirt und mit schonen Staats= beitragen ausgestattet, überhaupt fur bas bobere Schulwefen nach ben Begriffen ber bamaligen Beit Erhebliches geleiftet. Dagegen murbe bas gange Boltsichulmesen bem Schulinspettor überlaffen, welcher ein Reglement über die Schulen aufstellte, das einfach Dieß und Jenes als munfchbar erflarte, es aber ben Bemeinden überließ, Die Sache einzuführen. Es fam fo weit, daß der Regierungestatthalter von Pruntrut der Regierung fchreiben mußte, ber Schulinfpettor verftebe von ber Schule felbst Richts. Die Regierung hat überhaupt damals nicht viel fur bas Bolfsichulwesen gethan. Indeffen hat fie boch Beiträge an Schulhausbauten, fur Normalkurse gur Beranbildung von Lehrern und fur Lehrmittel geleistet. Der Fall, daß eine Gemeinde des fatholischen Jura von der Regierung einen Beitrag an einen Schulhausbau verlangte, tam aber felten vor, da man bort gar nicht wußte, daß ber Staat folche Beitrage gebe. Gin Normalfurs fand in ber bamaligen

Beriobe nur ein einziges Mal ftatt und zwar im Ranton Solothurn, wo einige Lehrer aus bem Jura theilnahmen. Die Lehrmittel waren protestantische und bestanden in Rinderbibeln und Gefangbuchern, mit benen man die fatholischen Gemeinden nicht beschenten konnte, fo bag biefe auch ba Richts erhielten.

In den 30er Jahren hat fich bie Sache etwas geandert. Da participirte ber Jura an ben Beitragen ju Schulhaus= bauten und fur Lehrerbildung in gleicher Beife, wie der alte Ranton. Die Lehrmittel bagegen waren mit Ausnahme von Lesebüchern nur religiose, so daß der katholische Jura daran teinen Antheil hatte; auch feither ift es langfam gegangen mit ber Erstellung von Lehrmitteln fur die Schulen bes tatholischen Jura; man mußte sich mit ben Kantonen ber frangosischen Schweiz vereinigen, ba fonft bie Bucher für Diefen fleinen Landestheil zu theuer gekommen maren. einer Beziehung aber bezieht ber fatholische Jura noch jest weniger als ber alte Ranton. Es erhalten namlich bie Boltsbibliotheten bes gangen Kantons von Beit zu Beit, burch-ichnittlich alle zwei Jahre, Beitrage, Die meift in Buchern bestehen, welche zu Engrospreifen angefauft worden find. Run ift der Jura biebon fast ganz ausgeschloffen, weil er beinabe teine Bolksbibliotheken besitzt, mahrend der alte Kanton folde faft in jeder Rirchgemeinde hat; ja manche Rirchgemeinden befigen fogar mehrere Bibliotheten. Benn bas Raiferreich Frantreich ichon feit Jahrzehnten allfährlich ungeheure Summen verwendet, um in den Gemeinden Bolfsbibliotheten ju grun= ben, so ware es traurig, wenn ber angrenzende Jura jest, ba er zu Bern gehort, sich im Nachtheile befande. Da haben wir alfo eine alte Schuld abzutragen.

Bas die Lehrmittel betrifft, so hat die außerordentliche Inspektion herausgestellt, daß da noch Bieles mangelt. Auch Da muß baher ben Gemeinden entgegengekommen werben. Benn bie Regierung in biefem Sinne vorgeht und wenn fie auch die Initiative der Gemeinden berudsichtigt, fo daß ihre Beitrage gewiffermaßen als Belohnung eigener Leiftungen ersicheinen, so ift zu hoffen, daß in den im Rudstande befindelichen Gemeinden ein größerer Eifer entstehe.

A. Rohler. Der Entwurf, wie er vom Regierunge= rathe vorgelegt worden war, enthielt eine Bestimmung, welche den katholischen Jura verlegen konnte; er trug das Geprage unserer konfessionellen Kampfe. Ich konnte ihm daher meine Bustimmung nicht geben. Ich war frob, zu sehen, daß im Entwurfe der Staatswirthschaftskommission das Berlebende ber Bestimmung gestrichen mar, und ich bante ihr bestens für ben Tatt, ben fie bei biefem Anlaffe an ben Tag gelegt hat. Man findet in biefem Entwurfe feine Spur mehr von ben bemühenden Berhandlungen, welche noch gestern in diefer Bersammlung stattgefunden haben. In biefer Form pslichte ich dem Entwurfe vollständig bei. Ich wünsche, es werde ber Entwurf in globo angenommen, doch mochte ich ben Beitrag an arme Gemeinden von Fr. 35,000 auf Fr. 40,000erhöhen.

Die Sauptfrage, welche fich bier barftellt, ift die finan-Bielle. Glauben Sie, ce werde das Gefet vom Bolte ange-nommen werden? Ich hoffe es, allein ich mache darauf aufmerkfam, daß im Jahr 1870 die Erhöhung der Brimarlehrer-befoldungen auf großen Widerstand stieß. Um denfelben abzu-schwächen, hat man damals die Periodizität der Lehrerwahlen eingeführt und das Wahlrecht den Gemeinden übertragen. Laut Staatsrechnung find im vorigen Jahre fur Befoldung ber Primarlehrer und Lehrerinnen Fr. 438,838. 05 ausz gegeben worden. Es ist dieß eine erhebliche Summe, und man muß fich die Frage ftellen, ob das Bolf neuerdings einer Erhöhung beipflichten werde. Ich muniche es und er= flare, daß ich nach Rraften fur bie Annahme bes Gefetes wirken werbe.

Mit Rudficht auf ben in ben juraffifchen Beitungen ver=

öffentlichen Bortrag der Erziehungsdirektion und angesichts ber sachbezüglichen Erörterungen in der Presse, sehe ich mich als Vertreter des katholischen Jura veranlaßt, einige Worte beizusügen. Man sagt, es stehe das Primarschulwesen im Jura hinter demjenigen des alten Kantons zurück. Diese Behauptung sindet sich auf Seite 11 des Vortrages der Erziehungsdirektion, wo ich lese: "Ift diese Bestimmung poli-tisch, rechtlich und ökonomisch zulässig? Untersuchen wir zuerst die Frage der politischen Zulässigkeit. Man könnte gegen die Maßregel einwenden, es gehe politisch genommen nicht an, einen Landestheil, resp. einige Distrikte ausnahmsweise zu behandeln. Gerade jest, wo man daran bente, ben alten und neuen Kantonstheil mit Rudficht auf andere Materien wie Civil = und Steuergesetzgebung vollständig zu unifiziren , fet es fehr unpolitisch , gewissermaßen zwei Schulgesetzgebungen zu schaffen. Wir halten Diefen Ginwand nicht fur ftichhaltig. Derartigen Redensarten, denn es find nur folche, ftellen wir bie Erwägung gegenüber: Dem alten Kantonstheil fommt Die Kulturaufgabe zu, ben Jura fich und bem Fortschritt zu gewinnen, ihn zu erlösen aus den Handen des Aberglaubens (denn das ift der Ultramontanismus). Das zuverläffigste Rulturmittel in diefer Rulturarbeit ift nun unftreitig die Schule. Entweder stellen wir unsere Arbeit im Jura ein, wischen unfer Brogramm aus ober bann ftatten wir uns mit

den Mitteln aus, Die einzig zum Biel führen." Ich will auf Diefe Behauptung nicht antworten, sondern mich barauf beschränken zu fagen, bag biefer Sag zwei Zeilen enthält, die ich nicht zugeben kann. Ich glaube, wenn diefer Bortrag zwei Sahre früher ober später geschrieben worden ware, so wurde ein solcher Ausbruck barin nicht vorgekommen Ich habe hier eine Broschure, welche das Urtheil des amtlichen Berichtes einigermaßen bestätigt, ja man follte glauben, daß sie ihm zu Grunde lag. Indessen hat mir der Herr Erziehungsbirektor noch diesen Morgen erklart, daß er Diefe Brofchure nicht gelefen habe; immerhin herrscht eine merkwurdige Uebereinstimmung zwischen beiden, und ich bin daher fo frei, Ihnen folgende Stelle daraus vorzulefen : "Die betrachtliche Bahl ber Lehrer und Lehrerinnen im bernischen Jura, welche den ultramontanen Interessen ergeben sind, bes weist, mit welcher Geschicklichkeit die Jesuiten die demofratischen Institutionen auszubeuten wissen. Die früheren Beistlichen richteten ihr Hauptaugenmerk barauf, fich Die Ginwohnergemeinderathe gewogen zu machen. Da mehrere Gemeindebeamte von ben Gemeinderathen ernannt werben, Da mehrere fo sicherten sich die ultramontanen Geistlichen dadurch eifrige und intelligente Mitarbeiter. Die Lehrer und Lehrerinnen find naturlich unter biefen Beamten in erfter Linie zu nennen. Bevor ich nach Pruntrut fam, fragte ich, welcher Beift unter bem Lehrer- und Lehrerinnenpersonal herrsche. Man hat mir beruhigende Antwort gegeben, indeffen muß man endlich einmal der Wahrheit die Ehre geben und sagen, daß das schulen anstedt. Es gibt zahlreiche ehrenwerthe Ausnahmen, allein ber größte Theil bes Lehrerpersonals bient theils offen, theils in etwas zurudhaltender Beife dem Ultramontanismus. Darum fieht man denn auch jene große Bahl von Rirch-gemeinden, wo die neuen Beiftlichen bei ihrem Gottesbienfte an gewiffen Tagen 50-100 Theilnehmer gablen, mabrend kaum 8 oder 10 Kinder in der Kirche find. Es ift ohne Zweifel gut, daß die Gemeinde und die Familienvater ihre Lehrer wählen, allein es ift auch gut, daß der Staat seine Ober-boheit mahre. Eine Gemeinde wird immer ein Zusammenfluß von Kirchthurmsintereffen fein, fie wird baher immer ber Staatsleitung bedurfen, welche einen weitern Befichts= punft einnimmt und auf einen einheitlichen Bang bedacht fein muß. Bir wollen nicht in Ginzelheiten eintreten; benn wir mußten allzuviele Erbarmlichkeiten anführen. Die Schultommissionen gleichen nur allzuhäufig ben Lehrern und ben Lehrerinnen der ultramontanen Partei, und es muß etwas

Außerordentliches geschehen, wenn die Commiffionen die Schidlichfeit, die Boflichfeit, die Disziplin und den Wett= eifer, welche die haupteigenschaften jeder Schule find, mahren follen. Man hat Die argften Ruheftorer unter der fruhern Weiftlichkeit entfernt, und man hat wohl baran gethan. Dan follte auch viele ihrer Stellung unwurdige Lehrer und Lehrerinnen entfernen fonnen. In Folge eines unglücklichen Berhang= niffes icheinen die hauptfächlichften Institutionen der bernischen, ja fogar ber schweizerischen Demofratie fo fombinirt worden zu sein, daß der Jesuitismus sich ihrer mit hulfe eines ftorrischen Briefters, einer einstußreichen Familie bemächtigt. Wenn ein Regierungsstatthalter, ein Gemeindsprasident, ein Inspektor dem Uebel Ginhalt thun wollen, so sehen sie sich fofort durch eine Mauer von Berordnungen, von Abstimmungen, von uralten Webrauchen gehindert, und die fcmargen Manner benuten ben Wirrwar und die Unentschiedenheit. 3m bernischen Jura wird Nichts ausgerichtet werden konnen, bis eine radifale Menderung im Lehrerpersonal der im Blerus vorgenommenen Aenderung nachgefolgt fein wird. Man weiß es an hoher Stelle und überall, allein man fürchtet, nicht genug Kandidaten zu besitzen, und man zählt auf die Zeitzumstände. Wolle Gott, daß dieselben sich liberal und christlich gestalten." Was densen Sie von dieser Darstellung der schweizer rifchen und bernischen Demofratie? Ift Die Gache nicht deutlich ? Um bas im Ranton Bern begonnene Werk der Civili= fation zu vollenden, muß man die nicht altfatholischen Lehrer und Leprerinnen fortichiden. Der Berfaffer Diefer Brofchure, welche den Titel trägt "Darstellung der liberal=fatholischen Bewegung im bernischen Jura", ist kein anderer, als der Staatspfarrer in Pruntrut, herr Abbe Deramen.

Ein anderes Aftenflud, welches uns ausgetheilt worden ift und welches fich über bas Schulwefen im fatholischen Jura nicht gunftig ausspricht, ift ber Bericht bes Beren Schulinspektor Konig. Es ift zu ermahnen, daß diefer Bericht aus jener Zeit datirt (18. Februar 1874), wo die religiofe Rrife ihren Sobepunkt erreicht hatte. Es find daber die von Berrn Ronig angeführten Grunde nicht immer gerechtfertigt will ein Beifpiel anführen: Berr Konig hat Die Schulen in Bruntrut mahrend ber Berbftferien befucht. Man mußte burch Trommelichlag befannt machen, bag alle Rinder in Die Schule geben follten, um ein Examen gu bestehen. Gin Theil ber Kinder mar aber abwesend und brachte die Ferien anderswo zu. Daher war die Bahl der Kinder nicht die normale; viele fanden fich nicht ein und darunter gerade die beften; andere hatten Diefen Besuch nicht erwartet und bestanden ziemlich schlecht. Rurz, Die Inspettion konnte fich teine genaue Ibee von bem Stande ber Schule machen. Es lagt baber auch bas Urtheil, welches barüber gefällt wird, ju munichen

übrig

Wenn die juraffischen Schulen in manchen Gemeinden fich in einem bedauernswerthen Buftande befinden, mas ich dis in der religiösen Frage. Ich will Ihnen einige davon aufzählen. Zunächst läßt der Schulbesuch zu wünschen übrig. Wem konnen diese gahlreichen Absenzen zur Last gelegt werden, als der Nachläsigkeit der Eltern, welche ihre Kinder nicht regelmäßig in die Schule schiden? Sodann muß man zu= geben , daß der Unterrichtsplan allzu überladen ift und zu viele Zweige enthalt. Es ergibt sich baraus, daß wichtige Kächer, wie französische Sprache und Rechnen, oft vernachnachlässigt werden. Auch die Lehrer sind im Fehler. Das Primarschulgeset hat die Besoldungen der Lehrer vermehrt, gleichzeitig aber bestimmt, daß der Lehrer alle seine Zeit auf die Schule verwenden solle. Der § 36 des Primarschulgesetzes von 1870 sagt wörtlich Folgendes: "Die Betreibung eines der Schule nachtheiligen Nebenberufs ist dem Lehrer untersagt.... Unverträglich mit ber Stelle eines Brimarlehrers find namentlich die Verrichtungen eines Redaktors eines po= litischen Blattes und eines Birthes." Run tennen mir aber

Behrer, die einen Bandel treiben, ber fast alle ihre Beit in Unspruch nimmt; ich habe auch barüber flagen horen, bag in gewiffen Gemeinden Lehrer Korrespondenten politischer Blatter find und fich in der Preffe bedauerlichen Berfonlich= feiten hingeben. Es ware auch zu munschen, daß die Lehrer, welche Boglinge haben, die verschiedenen Meinungen angeboren, nicht einen allzuthätigen Antheil an ben tonfession= nellen Rampfen nehmen; einerfeits nimmt ihnen dieß einen Theil ihrer Beit weg, die sie anderweitig beffer verwenden fonnten, und anderseits fann dieß die Eltern verlegen.

Wenn wir endlich unfähige Lehrer haben, wer ift baran Schuld? Die Lehrer find im Seminar gebildet worden. Seit Jahren haben wir solche Anstalten, welche zur Heransbildung von Lebrern bestimmt sind. Dessenungeachtet beflagt man sich schon seit langer Beit über schleckte Lehrer. Es war nicht immer so. Ich habe diese Borwürfe nicht aussprechen hören, als ein Thurmann, ein Daguet, ein Bequignot Direktoren bes Seminars waren. Warum verhalt es fich nicht mehr fo? Etwa aus dem Grunde, weil bas Berfonal Diefer Schulen eine zu thatige politische und religiose Rolle spielt? Selbstverständlich muß der Unterricht darunter leiden, und es ubt dieser Umftand einen gewiffen Ginfluß auf ben Lehrer aus.

3ch will mich auf das Gefagte beschränken. 3ch unter= ftute den Entwurf, doch spreche ich den Wunsch aus, es möchte der Rredit fur die armen Gemeinden auf Fr. 40,000

erhöht merden.

Scherz. Der Gesetzesentwurf beruht auf dem Motive, baß alle Lebensbedurfniffe geftiegen find. Wir bleiben aber gegenüber andern Kantonen und gegenüber den Bedurfniffen gurudt. Es konnen da zwei Quellen in Anspruch genommen werden, die Gemeinden und der Staat. Was die Gemeinden betrifft, so wissen wir, daß es schwierig ist, mehr als Fr. 550 von ihnen zu erhalten, und daß, murde man höher geben, man befürchten mußte, das Bolt werde bas Gefet verwerfen. Die zweite Quelle ift der Staat, welcher seinen Buschuß um Fr. 150,000 erhöhen will. Der Herr Erziehungsdirektor fagt uns, es werde biefe Summe erichopft werden ; ich mochte indeffen hier eine bedeutende Ungleichheit befeitigen helfen, welche barin besteht, baß die Lehrerinnen in geringerem Ber= haltniß als die Lehrer berücksichtigt werden. Die Gründe, welche man für die Besoldungserhöhung geltend macht, gelten auch für die Lehrerinnen, obschon man gesagt hat, die Lehrerinnen haben weniger Bedürfnisse und man habe Lehrerinnen genug. Ich ftelle den Antrag, die Staatszulage an die Befoldungen der Lehrerinnen alfo festzusegen :

Bom 1. bis und mit dem 5. Dienstjahre Fr. 150 ,, 10. 6. " " " 200 250 15. 11. 16. Dienstjahre an" 300

Rur wenige Lehrerinnen werben in ben Fall fommen, auf eine Bulage von Fr. 300 Anspruch zu machen, da die meiften fich por bem 16. Dienstjahre verheirathen. Mein Antrag enthält feine wejentliche Belaftung fur bas Budget, ba er bloß die 2., 3. und 4. Rlaffe betrifft.

v. Sinner. Als ich ben Antrag des Regierungs= rathes erhielt, mar ich fehr überrascht durch ben § 3, ba ich barin eine große Befahr fur die Annahme des Bejetes burch das Bolf erblickte. Ich will nicht in Abrede stellen, daß im Jura es in manchen Nichtungen nothwendig ware, mehr zu leisten. Allein die Art und Weise, wie der § 3 formulirt worden, ift eine eigenthumliche Beranderung des bis da= bin geltenden Bringips, daß alle Gemeinden des Kantons gleich zu behandeln feien. Ich bin daher der Staatswirthsichaftstommission sehr dantbar, daß sie eine Abanderung des § 3 beschloffen hat. Wie ich horte, ift ber § 3 auch von

ber Regierung angefochten worden und hat nur zufälliger Beise die Mehrheit erhalten. Ich glaube, die Staatswirth= schaftstommission habe den § 3 fehr richtig redigirt, und jeden= falls mußte er vom fonftitutionellen Standpuntte aus fo ab-

gefaßt werden.

Ich mochte indeffen eine fleine Modifikation beantragen und sagen: "Bur Unterftugung von Bolfsbibliothefen, Erftellung und Anschaffung von Lehrmitteln wird ein sahrlicher 2c." Es wurden alfo namentlich die Worte "u. f. m." meg= gelaffen werden, welche im Bolte vielleicht ein gewiffes Diß= trauen erregen konnten. Im Uebrigen glaube ich, daß dann der Gesetzentwurf alle Aussicht habe, vom Bolke angenommen du werden; es ift aber nothig, daß in der Botichaft hervor. gehoben werde, daß die Bermehrung um Fr. 150,000 durch das Budget bereits genehmigt ift, und daß damit das lettere teine Abanderung erleidet.

Den Antrag des Herrn Scherz muß ich lebhaft unter= ftupen. Bir haben bereits bei der Berathung des Brimars ichulgesetzes in der Kommission das Gefühl gehabt, daß die Behrerinnen etwas fliefmutterlich behandelt worden find. Bir waren schon damals weiter gegangen und haben es nur deßhalb nicht gethan, weil man fich allseitig mehr oder weniger das Wort gegeben hatte, Daß zu halten, um ja die Saupt= bedürfniffe des Befeges nicht ju fchadigen und den Bolts= entscheid nicht fraglich ju machen. Herr Scherz hat gang richtig bemerkt, daß die Lehrerinnen in einem gewiffen Alter Die Schule haufig verlaffen. Wir haben g. B. in ber Gemeinde Bern die Erfahrung gemacht, daß, mahrend die Lehrer bei zunehmendem Alter immer feltener ben Schuldienft verlaffen, bei den Lehrerinnen ein fehr häufiger Wechsel stattfindet, da die meisten in die She treten. Es werden also die Budgetverhältniffe durch den Antrag des herrn Scherz nicht wesentlich geandert. Ich habe von vielen Seiten bittere Klagen barüber vernommen, daß man für die Lehrerinnen vom 6. bis zum 10. Dienstjahre teine Erhöhung eintreten laffe. Ich glaube, es follte biefe Burudfegung bei biefem Unlaffe gut gemacht werden.

Raifer, von Grellingen. Ich hatte das Wort nicht er= griffen, wenn nicht zwei Vorredner ihre Freude darüber auß= gedrückt hatten, daß der § 3, wie er im Antrage des Re-gierungsrathes lautete, fallen gelaffen worden fei. 3ch fann nicht umbin, mein Bedauern darüber auszusprechen, daß man ihn nicht beibehalten hat. Die Bemeinden im fatholischen Jura ftehen in gang anderer Beife da, als Diejenigen bes reformirten Kantonstheiles. Wenn im alten Kanton Die Be= foldungen der Lehrer gering find, und wenn wenig Opferfinn ba ift, um fie ju erhohen, fo mag bieß bem Umstanbe qu= quichreiben fein, daß die daherigen Opfer burch Tellen auf= gebracht werden muffen. Anders aber verhalt est fich im ta= tholischen Jura. Dort ift nicht ber Mangel an Geldmitteln Schuld baran, daß man die Befoldungen der Lehrer nicht erhöht. In den meisten Gemeinden hat man für alle möglichen Zwecke Geld, so viel man will. Für eine Kirche werden Hunderttausende von Franken nicht gespart, für die armen Lehrer aber hat man gar Nichts. Warum? Aus systematischen Grunden: Man will teine Boltsbildung. Bei den Refruten= prüfungen bestehen die juraffischen Ratholiken am schlechteften. Mit einem ungebildeten Bolte fann man eben machen, mas man will, und diefem Umftande haben es die Berren Pfarrer ber Ultramontanen zu verdanken, daß sie noch einige Macht im Jura haben.

Wenn Sie den § 3 fallen laffen, fo ift doch die Bundes= verfassung immer noch da, und die Regierung wird Mittel und Wege finden muffen, um dem traurigen Zustande im Jura abzuhelfen. Giner der Borredner hat eine Stelle aus einer Brofchure gelesen, die ich nicht tenne. 3ch fann aber Alles, mas er gelesen hat, unterschreiben; benn dieß ift Alles

vollkommen wahr. Gin großer Theil unferer Lehrer fteht unter einem derartigen Ginfluffe, daß das Bolksichulwefen darunter leiden muß.

herr Berichterstatter bes Regierungerathes. herr Kohler hat den Antrag gestellt, es sei der Rredit von Franken 35,000 fur arme Gemeinden auf Fr. 40,000 zu erhöhen. 3ch verdante Diefen Antrag auf's Warmfte und zwar um fo mehr, als er von einem Mitgliede gestellt wird, bas einem Landestheile angehört, welcher an folchen Beitragen wenig erhalt, weil er fozusagen feine armen Gemeinden hat. Ich führe hier im Borbeigehen an, daß von den Fr. 20,000, welche jest an arme Gemeinden vertheilt werden, der Jura nur Fr. 900 erhalt. Ich fann die Bemerkung des herrn Raifer nur bestätigen, daß ber Jura die nothigen Mittel zwar befitt, daß es aber an gutem Billen fehlt. Ich fuge dießfalls einige statistische Angaben bei. Es betragen per Ropf:

Im Jura. Im alten Ranton.

bas Einwohnergemeinbevermögen Fr. 142. Fr. 30 das Schulvermögen 23

Bu Bunften bes Antrages bes Berrn Rohler fpricht auch der Umftand, daß der Staatsbeitrag an die armen Gemeinden früher, D. h. bis jum Infrafttreten des neuen Brimarichuls gefetes Fr. 40,000 betrug, und daß die betreffenden Gemeinden es schwer empfanden, als diefer Beitrag herabgesett murde. Ich verdanke also den Antrag des Herrn Kohler und gebe

ihn zu

Bas die andern Austaffungen des herrn Rohler betrifft, fo batte ich gewunscht, fie maren unterblieben. Bare der Untrag des Regierungerathes aufrecht erhalten worden, fo hatte ich etwas genauer auf das juraffische Schulwefen eintreten muffen, und ich hatte alle meine Behauptungen Durch unumftögliche Dofumente belegen konnen. Ich habe mich deffen enthalten, da die Regierung ihren Antrag fallen ließ, und ich habe baber gefunden, auch Berr Koller hatte über die Sache hinweggeben follen. Da er bieß nicht gethan hat, so erlaube ich mir auch noch einige Bemerkungen.

Herr Kohler hat eine Broschüre zitirt, von deren Existenz ich Richts wußte, und gefagt, es existire awischen biefer von herr Deramen geschriebenen Brofcure und dem Bortrage der Erziehungedirektion eine auffallende Uebereinstimmung. Fur diefe Uebereinstimmung konnen wir Richts, allein fie beweist gerade, daß das in ber Brofchure Enthaltene mahr ist. Herr Kohler hat sich in Sachen ergangen, die eigentlich nicht hieher gehören. Er hat z. B. gesagt, die Unterrichts-plane seien überladen 2c. Diese Frage ist indessen hier nicht zu diskutiren, und ich mache ihr gegenüber barauf aufmerkfam, daß im Jura die Bahl der Absenzen außerordentlich groß ift, daß die Schulkommissionen nachlässig, daß die Befoldungen fo gering find, wie in Obwalden, in Jug und in Schwyg. Warum find Die Juraffier Obwaldner, Buger und Schwyger? Cben weil die Befoldungen der Lehrer fich auf fo trauriger Stufe befinden. Die Schulkommissionen machen teine Anzeigen; es ift teine Aufrichtigkeit, teine Bahrheit ba, fondern man geht nur darauf aus, der Schule ein Bein unterzuschlagen.

Bestatten Sie mir, einen Paffus abzulesen, den ich nicht mitgetheilt baben murde, wenn Berr Rohler Diefe Frage nicht berührt hatte. 3ch mache barauf aufmertfam, daß an biefem traurigen Stande der Dinge hauptsächlich die ausgewiesenen Beiftlichen schuld find. Mit Recht hat man gefagt, daß, wo Diefe den Fuß hinsegen, fein Gras machjen tann. Bermoge ihrer Autorität maren fie am erften im Falle gemefen, bem Schulgesetze Nachachtung zu verschaffen, allein fie haben ihren Ginfluß nicht in Diefer wohlthatigen Beife geltend gemacht. Der Paffus, den ich Ihnen mittheilen will, befindet sich in dem objektiv gehaltenen Berichte des Herrn Schulinspektor Konig und lautet folgendermaßen: "Gine andere Thatsache

fann hier nicht unberührt bleiben: Un der Spige Der Schultommissionen ftanden haufig die herren Geiftlichen; erft in Folge der Ginftellung wurden diefelben auch diefer Funktionen Run drangt fich die Frage auf: Wenn diefe Herren die Pflichten ihres Amtes ernst genommen, wenn sie dazu das ganze Gewicht ihres geistlichen Amtes und ihre weitreichende Antorität in die Wagschale gelegt hatten, mare es ihnen nicht möglich gewesen, Die gerügten Difftande ju beseitigen und bem Gejege Wehorsam ju verichaffen ?" Ja, Das hatten fie getonnt, allein fie haben es nicht gethan aus dem natürlichen Grunde, weil die Bildung des Boltes den Beiftlichen den Boden, auf dem fie fteben, unter den Fugen hinweggenommen hatte.

Berr Schers hat den Untrag geftellt, es feien die Befolbungsanfage der Behrerinnen in der II., III. und IV. Rlaffe um je Fr. 50 zu erhöhen. Go leid es mir nach gewiffer Richtung bin thut, fo muß ich boch Diefen Antrag befampfen. Bor Allem aus mache ich auf die finanzielle Tragweite Des= felben aufmerksam. Go jehr wir auch geneigt find, die Schule zu unterftugen, jo muffen wir doch immer wieder auf das Budget zurudtommen. In diefem find fur die Erhohung der Brimarlehrerbefoldungen im Bangen Fr. 150,000 aufgenommen; diefe Summe wird jedenfalls ausgegeben werden, um jo mehr, ale ber Beitrag an die armen Gemeinden im Entwurfe um Fr. 15,000 erhoht worden ift, welche Erhohung im Budget nicht vorgeschen ift. Der Antrag bes herrn Scherz murde eine finanzielle Tragweite von ungefahr Fr. 25,000 per Jahr haben. Wir muffen daher, wenn wir das Budget ausführen wollen, Diefen Untrag ablehnen.

Es find aber noch andere Grunde, welche mich ver-anlaffen, ibn zu befampfen. Ich glaube, die Erhöhung ber Behrerinnenbefoldungen fei in dem Maße, wie Berr Scher, fie vorschlägt, sachlich nicht gerechtfertigt. Rach bem Ent-wurfe wird das Minimum der Gemeindebesoldung um Fr. 100, also auf Fr. 550 erhoht. Dazu tommt die Grhöhung der Staatszulage um Fr. 50, fo daß bie Befammt= erhöhung Fr. 150 beträgt. Entspricht Dieses Berhaltnig nicht ber Ratur Der Sache? Die Lehrerinnen find meiftens nicht verheiratet und haben fur feine Rinder ju forgen. Ferner haben sie nicht den nämlichen Studiengang wie die Lehrer ju machen: Die Lehrer muffen 3, Die Lehrerinnen Dagegen nur 2 Jahre im Seminar zubringen, und beim Eramen werden an die erftern viel hohere Anforderungen gestellt. Auch treten die Behrerinnen in den meiften Fallen nach 10 ober 15 Jahren aus, fo daß nur wenige mehr als 16 Dienstjahre haben. Dazu kommt, daß wir durchaus nicht Mangel, fondern Ueberfluß an Lehramtetandidatinnen haben, fo bas man bei den Aufnahmsprufungen in bas Seminar viele abzuweisen genothigt ift. Raturlich halten Die Lebrerinnen ihre Befoldungen ebenfalls fur zu niedrig, dagegen beflagen fie fich nicht darüber, daß fie im Berhaltniß zu den Lehrern zu un= gunftig gestellt feien. Die gange Frage ift übrigens bereits bei ber Berathung bes Primarschulgefeges, sowie bei ber erften Berathung der heutigen Borlage einläßlich erörtert worden. Ich will daher nicht näher darauf eintreten.

Droz. Ich unterstüße den Antrag des Herrn Scherz. Bei der erften Berathung des Gefetes habe ich ebenfalls den Antrag geftellt, die Befoldung der Lehrerinnen fo gu ftellen, wie fie im Antrage Des herrn Scherz vorgesehen ift. Diefer Antrag ift aber damals verworfen worden. Es freut mich nun, daß er von anderer Seite wieder aufgenommen wird, und ich wunsche, es mochte ber Große Rath ihn dießmal genehmigen.

Boivin. Ich unterftuße den Antrag des herrn Scherz ebenfalls, doch mochte ich zwischen der 1. und 2. Klaffe einen Unterschied machen und stelle daher den Antrag, erstere auf Fr. 175 festzusegen.

Berr Berichterstatter ber Staatswirthschaftstommis= fion. Ich mache barauf aufmerksam, daß, wenn nach bem Antrage der Staatswirthschaftskommission der § 3 gestrichen wird, dann der § 4 jum § 3 wird. Der § 4 wird also nicht gestrichen. Was den Antrag auf Erhöhung der Lehrerinnenbefoldungen betrifft, fo mache ich barauf aufmertfam, daß bie Babl ber Lehrerinnen im Ranton laut Staatsvermaltungs= bericht 700 beträgt. Bor 5 Jahren hatten wir bloß 200 Behrerinnen. Run wurden in diejenigen Rlaffen, welche nach dem gestellten Antrage Fr. 50 mehr erhalten sollen, 431 Leh-rerinnen fallen; es ware dieß somit eine Mehrausgabe von Fr. 21,550. Es ist dieß eine Ausgabe, die reislicher Ueber-legung bedarf. Man muß dabei auch bedenken, daß diese Ausgabe die Bahl ber angestellten Lehrerinnen nicht vermehren wird, da die betreffenden Stellen befest find. 3ch mochte Die vorgeschlagene Erbohung ben Lehrerinnen berglich gonnen, und ich habe volle Sympathien für diesenigen Institute, welche Lehrerinnen heranziehen. Ich mochte aber schließlich nicht mehr Lehrerinnen heranbilden, als angestellt werden tonnen; benn bamit mare ben Betreffenden nicht geholfen. Man behauptet immer, die Lehrerinnen verdienen gleichviel Befoldung wie die Lehrer. Wie fommt es aber, bag fur bie Lehrerinnenstellen sich immer genug Bewerberinnen finden, während bei den Lehrerstellen das Gegentheil der Fall ift? Es scheint in Wirklichkeit die Sache sich boch anders zu gestalten, als in der Theorie. Thatfachen beweisen, daß fur ben Mann eine bohere Befoldung verlangt werden muß, als für die Frau. Der Mann foll verdienen, um eine Frau und Rinder erhalten zu konnen, mahrend man von der Frau nicht verlangt, daß fie ihren Mann erhalte. Es gibt allerdings Lehrerinnen, welche noch fur Bermandte gu forgen haben, aber auch Lehrer konnen einen alten Bater ober eine alte Mutter unterftugen muffen. Darin eben fteben Die Lebrer und die Lehrerinnen ungleich ba: wenn ber Lehrer heiratet, fo hat er fur die Frau zu forgen; wenn aber die Lehrerin beiratet, so erhalt sie einen Mann, der fur fie forgt; bei= ratet fie aber nicht, fo braucht fie nur fur fich felbst zu forgen.

Scherd. Der Herr Erziehungsbirektor hat bemerkt, baß in Folge ber Annahme meines Antrages bas Büdget übersichritten werden wurde. Wenn es richtig ist, daß die Lehrerinnen nach dreis bis vierjährigem Schuldienst ihren Beruf verlassen, so haben wir durchaus Nichts zu beforgen; denn dann werden sie von der von mir vorgeschlagenen Erhöhung nicht berührt. Sollte übrigens auch ein Destit enstehen, so ist die Erziehungsdirektion bereits seit Jahren an Büdgetsüberschreitungen gewöhnt und wird auch das ertragen. Wenn Sie anerkennen, daß es billig und recht ist, eine Erhöhung eintreten zu lassen, so durfen Sie sich wegen der Fr. 20,000 nicht so sehr bekümmern; diese Summe wird sich schon sinden.

Ich weiß nicht, ob herr Kummer glaubt, ich wolle Lehrer und Lehrerinnen vollständig gleich stellen. Dieß ist durchaus unrichtig; ich anerkenne, daß der Lehrer mit Mücksicht auf die von den Borrednern angeführten Berhältnisse höher gestellt werden muß, allein der Unterschied sollte nicht so groß sein, wie er von den vorberathenden Behörden vorgeschlagen wird. Man hat gesagt, für die Bildung der Lehrer werden drei, für diesenige der Lehrerinnen zwei Jahre beansprucht. Diese Bestimmung ist aber noch nicht alt, und der größte Theil der Lehrer sind solche, welche nur zwei Jahre im Seminar zugebracht haben. Herr Kummer fürchtet die zu große Bahl der Bewerberinnen. Je größer aber die Zahl derselben ist, eine desso besseren Auswahl wird man tressen korselben ist, eine desso besseren und Krziehungsdirektor hat bemerkt, es seine klagen einz gegangen. Es ist möglich, daß bei der Erziehungsdirektion keine solche eingereicht worden sind. Die Lehrerinnen wagen natürlich nicht, sich plöglich bei der höchsten ihnen übergeordneten Behörde zu beklagen. Daß aber Land auf, Land ab

Rlagen haufig find, muß bem herrn Erziehungebirettor boch befannt fein.

Moschard. Ich stimme zum Gesetz. Man hat behauptet, der Jura thue für Schulen Nichts; er habe nicht den guten Willen dazu. Diese Beschuldigung ist unrichtig. Unsere Gemeinden sind immer bereit, für die Schulen Opfer zu bringen. hier die Beweise: Laut der Broschüre, die mir hier vorliegt, betrug im Oktober 1874 der Durchschnitt der Baarbesoldungen der Lehrer in den Amtsbezirken:

aibejoidungen b	ei weij	iei ii	i ben	atillity	overille	11.		
Oberhaste, Int	erlafei	ı und	Frui	igen			Fr.	496
Saanen, Thun,	Dbe	r= un	d Mie	Derfin	nmenth	al	"	536
Signau und Ri	nolfin	gen	•		• ′			504
Bern, Stadt		•	•				"	1011
Bern, Land			•	•			"	559
Seftigen .		•	•				tt	<b>549</b>
Schwarzenburg							"	477
Burgdorf und	Trachi	elival	<b>b</b> .				"	542
Marmangen unt			-				"	590
Fraubrunnen, &	Büren,	Mar	berg.	Laup	en			556
Erlach und Rid			•				-	556
Biel und Reuer	iftabt						"	901
Courtelary und		fter					"	742
Delsberg, Freil			Brun	trut			"	544
Laufen .							"	650
Orne States O.	. 61		21.			> -	a" s .	الممسية

Aus diesen Bahlen werden Sie entnehmen, daß sowohl der protestantische als der katholische Jura eben so viele Opfer für das Schulwesen bringen als der alte Kantonstheil.

Kaiser, von Grellingen. Ich zweisle durchaus nicht, daß die von Herrn Moschard angeführten Ziffern richtig sind. Herr Moschard hat aber vergessen, beizusügen, daß im alten Kanton der Franken mehr werth ist, als im Jura. In einem agrifolen Lande sind eben die Lebensmittel wohlseiler, als in einer industriellen Gegend. In einem agrifolen Lande hat man auch sehr wenig Gelegenheit, sich einem andern Lebensberuse zuzuwenden, während dieß da, wo Industrie herrscht, leicht ist. Kein Uhrmacher verdient so wenig, wie ein Lehrer, und doch hat der Uhrmacher seine Lehrzeit in einem Jahre beendet. Wir sehen daher, daß im Jura gerade die tüchtigsten Lehrer sehr häusig ihren Stand verlassen.

Boben heimer, Regierungsrath. Ich ware fehr froh, wenn ich dem Jura eine Chrenrettung geben könnte. Ich möchte aber nicht, daß man aus den von Herrn Moschard angeführten Zahlen die Ueberzeugung schöpfen wurde, es geschehe dort für die Schulen das Möglichste. Uebrigens genügt es nicht, einzelne Zahlen anzuführen. Bei statistischen Angaben muß man diejenigen Zahlen herausgreifen, welche die Verhältnisse wirklich beleuchten. Die von Herrn Moschard angeführten Durchschnittsbesoldungen können namentlich im Jura kein richtiges Bild gewähren. Denn dort haben wir viele größere industrielle Gemeinden, in denen die Besoldungen sehr hoch sind. In Folge dessen erscheint dann der Durchschnitt der Besoldungen ziemlich hoch.

Wenn Sie hier ein richtiges Urtheil fällen wollen, so mussen Sie untersuchen, wie viele Prozente der Gemeinden das gesetzliche Minimum ausrichten und wie viele es überschreiten. Da finden Sie, daß mit Ausnahme der oberlänsdischen Amtsbezirke, wo andere Faktoren, namentlich die in Folge der großen Distanzen bedeutende Zahl kleiner Schulen, in Betracht kommen, die katholischen Amtsbezirke Delsberg, Freibergen und Pruntrut am ungünstigsten daskehen. Da bezziehen nämlich 63% der Lehrer und Lehrerinnen das gesetzliche Minimum, während die übrigen Amtsbezirke folgende Rablen ausweisen:

Bern (Stadt	und La	nd),	Seftig	en 1	ınd	
Schwarzenb	urg .	•	•		•	26 %
Burgdorf und	Trachselr	vald	•	•		33 "
Marmangen u	nd Wange	en	•		٠	30 "
Fraubrunnen,	Buren,	Marber,	g und	Lau	sen	44 ,,
Courtelary ur	id Deunfte	er .	•			11 "
Biel und Rev	ienstadt				•	7 "
Dieß find	Die Bable	n, au	8 ben	en r	nan	im Stand

ift, in Diefer Frage ein richtiges Urtheil gu fallen.

Hauben Sie mir, gegenüber herrn Moschard noch einige Bahlen anzuführen. Ich habe die Ergebniffe der Refrutenprüfungen von 6 Jahren zusammengestellt, den Durchschnitt berechnet und die Amtsbezirfe nach ihren Leistungen geordnet. Da nimmt der Amtsbezirf Freibergen den 30. Rang ein, Bruntrut den 27., Delsberg den 28. Den 29. Rang nimmt Schwarzenburg ein; wir durfen aber nicht vergessen, daß dort die Armuth der Hauptgrund ist, warum die Schule nicht auf der gehörigen Stufe steht. Im Jura dagegen hat man die Mittel, nicht aber den guten Willen.

Bergleichen wir den protestantischen mit dem fatholischen

Jura, so finden wir folgende Bahlen :

Die Befoldung beträgt im Durchschnitte in den Amts= bezirken Reuenstadt Fr. 763 Courtelary 817 " 638(Diefe gunftige Biffer rührt von den protestantischen Gemeinden des Umtsbezirks ber.) Delsberg 538 583 Freibergen 530 Bruntrut 650 *<u>Yaufen</u>* In folgenden Rantonen beträgt die Befoldung durch= fchnittlich :

stande wollen wir denn doch heraustommen!

Freiburg

Luzern

Bug

Roch zwei Worte über ben Antrag des Herrn Scherz. Ich mache darauf aufmerkfam, daß die Primarlehrerinnen noch andere Einnahmsquellen haben. Sie sind nämlich gleichzeitig Arbeitslehrerinnen und beziehen als solche einen Extrastaatsbeitrag. Run werden im Laufe des nächsten Jahres die Erziehungsdirektion und der Regierungsrath Ihnen eine Mevision des Arbeitsschulgesets vorschlagen, welche hauptsächlich in der Richtung der Besoldungserhöhung gehen wird. Da wird man volle Gelegenheit haben, die Lehrerinnen zu berücksichtigen und über das Bücget hinauszugehen. Wenn ich die Dürstizskeit mancher Lehrer mit zahlreichen Familien mit der Lage der Lehrerinnen vergleiche, so müßte ich den Antrag, in der Besoldung der Lehrerinnen im Berhältniß zu den Lehrern noch höher zu gehen, eine Art von Berzschwendung nennen. Helsen wir vor Allem aus da, wo Noth ist. Aus diesen Gründen kann ich dem Antrage des Herrn Scherz nicht beipslichten.

Gygax, von Bleienbach. Ich habe in der ersten Berathung den Antrag gestellt, es sei der außerordentliche Staatsbeitrag an die armen Gemeinden auf Fr. 20,000 zu belassen. Der Große Rath hat aber beschlossen, ihn auf Fr. 35,000 zu erhöhen. Nun verlangt man nach dem Sprichwort "der Appetit kommt mit dem Essen" sogar Fr. 40,000. Ich möchte den Bogen nicht zu straff spannen. Wer zuviel

will, bekommt oft Richts. Geht man zu hoch, so könnte bieß Manchen veranlaffen, gegen das Gesetz zu stimmen. Ich möchte bei dem Ansate von Fr. 35,000 bleiben.

Herr Berichter ftatter des Regierungsrathes. Für den Fall der Annahme des Antrages der Staatswirthschafts=
fommission sollte die Ziffer 3 des Ginganges gestrichen werden, da dieses Motiv mit Rücksicht auf den vom Regie=
rungsrathe vorgeschlagenen § 3 aufgenommen worden ist.

Es wird der Antrag gestellt und angenommen, die Saupt abftimmung mit Namensaufruf vorzunehmen.

### Abstimmung.

2) Für einen Kredit von Fr. 35,000 in § 2 Für Fr. 40,000 nach dem Antrage des Herrn Kobler

Herbattion

4) Für Streichung ber Biffer 3 bes Gingangs Mehrheit.

Auf die Anfrage des Herrn Brafidenten, ob man auf einzelne Artifel zuruckzufommen wunsche oder neue Artifel vorschlage, ergreift Niemand das Wort.

Es folgt nun bie

Fr. 643

"

832 697

### Befammtabstimmung.

Dur die Annahme des Gefetes . . 143 Stimmen

nämlich die Herren Aellig, Ambühl, Amstuß, Arn, v. Bergen, Bieri, Böhlen, Bohnenblust, Boivin, Botteron, Brand, Brunner in Meiringen, Brunner in Bern, v. Büren, Burger in Lausen, Bürsti, Bütigstofer, Cattin, Chappuis, Chopard, Dähler, Did, Droz, Ducommun, Engel, v. Erlach, Etter, Eymann, Fattet, Feiß, Feune, Flück, Flückiger, Folletete, Galli, Gäumann, Geiser-Leuenberger, Geiser in Dachsfelben, Gerber in Stettlen, Gseller in Bern, Girardin, Gouvernou, v. Graffenried, Grenouillet, Greppin, Gugger, Gurtner, Gygaz in Bleienbach, Gyger, Höberli in Bern, Hegi, Hennemann, Heß, Hofer in Bollodingen, Hofer in Diesbach, Hofmann, Hoffteter, Hurni, Jaggi, Indermühle, Jobin, Folissaint, Kaiser in Büren, Kaiser in Grellingen, Köstichet, Kohler, Kohli in Schwarzenburg, Koller, König, Ruhn, Kummer in Bern, Lehmann: Gunier, Lehmann in Rüedtligen, Lehmann in Bellmund, Leibundgut, Lenz, Leuenberger, Liechti in Borb, Locher, Mader, Michel in Aarmühle, Mischler in Bern, Mischler in Bahlern, Moschard, Möschler, Mühlemann, Müßenberg, Nußbaum in Bowyl, Nußbaum in Borb, Pape, Beter, Pretre, Dueloz, Reber in Muri, Reber in Niederbipp, Reichenbach, Renfer in Bözingen, Ritsschard, Kosser, Schener, Schmid Andreas, Schmid in Wimmis, Schori, Schwab in Büren, v. Siebenthal, Sieber, v. Sinner, Sommer, Spahr, Spring, Stalder,

Stämpsti in Uettligen, Stämpsti in Zäziwyl, Stettler in Lauperswyl, Stettler in Eggiwyl, Steullet, Thonen, Trachsel, Ueltschi, Bermeille, Bogel, Walther in Krauchthal, Wampster, v. Werdt, Wieniger, Wildbolz, Wirth, Wis, Wys, Wyttenbach, Zeesiger, Zingg, Zumkehr.

### Für die Verwerfung des Gefetes

Riemand.

Das Gefet ift somit angenommen und tritt nach seiner Annahme burch bas Bolf auf ben 1. Januar 1876 in Kraft.

# Staatsbeitrag an die internationale Ausstellung in Philadelphia.

Der Regierungsrath stellt ben Antrag, es sei zur Unterstüßung der Beschickung der nächstährigen Weltaussstellung in Philadelphia, namentlich von Seite der Holzsichnister und Uhrmacher, ein Beitrag von Fr. 10,000 zu bewilligen in dem Sinne, daß der Direktion des Innern unter einer neuen Büdgetrubrit "IX, C, 4, Ausstellung in Philadelphia" ein Nachtredit von Fr. 10,000 eröffnet werde, welcher, soweit er nicht im Jahre 1875 zur Verwendung komme, für das nächste Jahr verfügbar bleibe, und daß der Regierungsrath eingeladen werde, s. Anträge zu stellen, ob dieser Nachtredit aus dem Kredit für Unvorhergesehenes oder auf andere Weise zu decken sei.

Die Staats wirt hich aft tom miffion pflichtet biefem Antrage bei.

Bodenheimer, Direktor bes Innern, als Berichterstatter des Regierungsrathes. Aus der Presse und den Berhandlungen der eidgenössischen Rathe werden Sie entsnommen haben, daß im nächsten Jahre in Philadelphia eine Weltausstellung statissinden wird, und daß der Bund zur Beschickung derselben einen Kredit von Fr. 250,000 bewilligt hat. Die Gründe, welche die Eidgenoffenschaft zur Aussseyung dieses Kredits bestimmten, sind allgemein politischer Natur; man hat gefunden, es wurde der Schweiz, als einem republikanischen Lande, nicht wohl anstehen, fern zu bleiben von einer Ausstellung, in Berbindung mit welcher die 100-jährige Feier der am 4. Juli 1776 am Kongresse zu Philadelphia von den 13 vereinigten Staaten ausgesprochenen Unsabhängigkeitserklärung der nordamerikanischen Union begangen werden soll.

Dazu kommen aber auch noch kommerzielle Gründe. Burde es sich um eine neue Ausstellung in London, Paris, Wien oder auch um eine folche in Berlin handeln, so könnte man sich fragen, ob es von großem Ruten sein wurde, sie zu beschießen. Hier aber handelt es sich um die erste solche Ausstellung auf dem amerikanischen Kontinente. Da könnte ein Fernbleiben leicht als eine Schwäche unserer Industrie gedeutet werden, welche es nicht wage, sich auf dem Welt-

markte zu zeigen.

Es ist aber noch ein dritter Grund vorhanden, und dieser ist der wichtigste von allen. Bekanntlich erschwert Amerika, von falschen finanziellen Grundsägen ausgehend, den Produkten anderer Länder den Eintritt in sein Gebiet durch sehr starke Schutzölle. So muß unsere Uhrmacherei einen Gingangszoll von 25 % des Werthes bezahlen. Wenn nun die Ausstellung beschickt und sedem einzelnen Gegenstande der Fabrikpreis beigesetzt wird, so wird das amerikanische Volk sich fragen, wie es komme, daß bei uns die Waaren so bedeutend billiger seien, als dort. Es wird schnell ausges

rechnet haben, daß einerseits der Umstand dazu beiträgt, daß das Fabrikat, z. B. eine Uhr, 2-3 amerikanischen Zwischenshändlern durch die Hände geht, bevor sie zum Uhrmacher geslangt, der sie dem Publikum verkauft, und daß anderseits der Grund der Bertheuerung in dem hohen Schutzolle liegt. Wenn wir die Ausstellung beschiesen, so machen wir damit einen Schachs, ich möchte fast sagen einen Feldzug gegen die Schutzölle. Wie sehr unsere Industrie durch die Schutzölle bedroht wird, ist Ihnen aus der Presse wohl bekannt. Auch unserer Landwirthschaft droht die nämliche Gesahr, da ein Nachbarland mit dem Gedanken umgeht, den Zoll auf Käse zu erhöhen. Wir haben also ein großes Interesse, an der Manisestation Theil zu nehmen, durch welche das Schutzollssystem bekämpst werden soll.

Dieß sind die Grunde, warum der Bund die Ausstellung in Philadelphia subventionirt und zwar in höherm Maße als die bisherigen Ausstellungen, da er nun auch noch die Erstellung der Behälter übernimmt. Der Bund hat ferner besichloffen, es seien in der schweizerischen Abtheilung der Ausstellung nur Produkte zuzulassen, welche in Amerika verkauft werden können. Unnöthige Lugusgegenstände und Spielereien

find alfo von vornherein ausgeschloffen.

Nun haben wir im Kanton Bern zwei Hauptindustrien, die Uhrmacherei und die Holzschnitzerei. Die betreffenden Industriellen sind angegangen worden, sich in Philadelphia zu betheiligen, sie haben aber, gestütt auf die bei frühern Ausstellungen gemachten Erfahrungen, wenig Geneigtheit dazu gezeigt. In Paris war die jurassische Uhrmacherei in einer großen Bitrine vertreten, welche aber sorgfältig verschlossen war, ohne daß sich Jemand da befunden bätte, um die Borzüge der betreffenden Fabrisate vor Augen zu führen. Es waren ganz wohlfeile Uhren da, welche wahrscheinlich guten Absatz gefunden hätten, wenn sie den dafür sich interessirenden Besuchern vorgezeigt worden wären. Die Jury hat der gessammten Industrie eine bronzene Medaille zugesprochen, allein die Aussteller waren sehr unzufrieden mit dem Resultate, denn sie hatten viele Kosten und wenig Ruzen.

Als ich die Fabrisanten im Jura und im Oberlande zur

Als ich die Fabrikanten im Jura und im Oberlande zur Beschickung ber Ausstellung anging, hat man mir diese Thatsfachen mitgetheilt und gesagt, daß unbedingt für eine kommerzielle Bertretung gesorgt werden muffe. Die Fabrikanten sind geneigt, zu den daherigen Kosten beizutragen; Alles aber

fann man ihnen nicht zumuthen.

Ich ersuche nun den Großen Rath, einen Kredit von Kr. 10,000 zu bewilligen, von welchem ungefähr die Hälfte für die fommerzielle Bertretung der Uhrmacherei, und die andere Hälfte für diesenige der Holzschnitzerei zu verwenden wäre. Mit dem Gelde wird man einerseits die nöthige Reklame durch kleine Druckschriften machen und anderseits Agenten anstellen. Wenn etwa von Seite der landwirthschaftlichen Bevölkerung eingewendet werden sollte, für die Landwirthschaft geschehe nichts Derartiges, so ist ein solcher Einwand nicht richtig. So ist z. B. die Beschickung der Bremer Ausstellung durch Berner Lieh mit einem Beitrage bedacht worden. Aber selbst wenn die Berabsolgung eines Beitrages für die Betheiligung an der Ausstellung in Philadelphia etwas einseitig erscheinen sollte, so möchte ich den Antrag warm empfehlen, weil unsere Industrie gegenwärtig sich in einer kleinen Krisis besindet. Benn es möglich ist, durch ein verhältnißmäßig kleines Opfer das Absatzgebiet für unsere Industrie zu erweitern, so liegt es in der Stellung des Großen Nathes, dieses Opfer nicht zu schenen.

Der Antrag des Regierungerathes und der Staatswirth= schaftstommiffion wird genehmigt.

Es wird beschloffen, Die Boltsabstimmung über 1) bas Gefet über Storung bes religiofen Friedens, und 2) bas Gefet über bie Erhohung ber Primarlehrerbefol-

dungen auf Conntag ben 31. Oftober anzuordnen, an welchem

Tage die Nationalrathsmahlen ftattfinden merden.

Schluß ber Gigung um 12 1/4 Uhr.

Der Redattor : Fr. Buber.

# Fünfte Sigung.

Mittwoch, den 15. September 1875.

Nachmittags um 3 Uhr.

Unter bem Borfige bes herrn Prafibenten Rarrer.

# Tagesordnung:

Nebereinkunft mit Solothurn betreffend die tirchlichen Berhältniffe des Bucheggberges und der reformirten Pfarrei Solothurn.

Diefe Uebereinfunft lautet, wie folgt:

In Erwägung, daß der firchliche Berband der buchegge bergischen Pfarrgemeinden Oberwyl, Meffen, Luflingen und Aetingen, soweit fie jum Kanton Solothurn gehoren, mit ber evangelisch reformirten Rirche des Kantons Bern von Altere her bestanden hat und auch fur die Butunft die nam-lichen guten Birtungen, insbesondere fur Erhaltung und Befestigung der bestehenden freundeidgenöffischen Beziehungen, verspricht wie bisher;

in Betracht ferner, daß eine Ausdehnung biefes Ber= bandes auf die evangelischereformirte Pfarrgemeinde Colothurn wegen ber Mehnlichkeit ber Berhaltniffe munichbar

erscheint;

in der Absicht, die Bestimmungen des bisherigen Ronfordats mit den durch die neuere Gefetgebung ber beiden b. Stande veranderten Berhaltniffen in Ginflang ju bringen, haben die beidfeitigen Abgeordneten der h. Stande Bern und Solothurn, unter Ratifitationsvorbehalt ber fomvetenten Behörden beider Kantone, folgende Bunkte einmuthig verabredet und

### beschloffen:

### Art. 1.

Bur Ordnnug ihrer Rultus-Angelegenheiten fteben Die Eingangs genannten bucheggbergischen Pfarrgemeinden sowie

bie reformirte Pfarrei Solothurn im Synodalverbande mi ber evangelisch-reformirten Rirche bes Rantons Bern. Demgemäß haben fie

1) an ben Berhandlungen ber bernischen Rirchenspnoden (Kantons: und event. Bezirksspnode) in der im Art. 2 hienach bestimmten Beife burch Abgeordnete sich ver=

treten zu laffen, und 2) in allen innern firchlichen Angelegenheiten, die fich auf die chriftliche Lehre, ben Kultus, die Seelforge und die religiose Seite bes Pfarramtes beziehen, fich nach ben Beschluffen und Erlaffen der bernischen Rantonsfynode und ihres Borftandes (bes Synodalraths) zu richten.

Die Befchluffe biefer firchlichen Behorden find jedoch nur insofern für fie verbindlich, als diefelben nach Mitgabe ber jeweiligen Staatsgefengebung ber vertragichließenden Rantone die staatliche Genehmigung erhalten haben und als von Seite ber betreffenden Gemeinden nicht nach Mitgabe bes bernischen Rirchengesehes bas Ginfprucherecht gegen ben betreffenben firchlichen Erlaß geltenb gemacht wirb.

### Art. 2.

Behufs ber Bahl ber Abgeordneten an die bernische Kantonssynobe werden zwei Bahlfreise gebildet:

1) Der Bucheggberg, bestehend aus den Kirchgemein-ben Meffen (bernifch-folothurnifch), Dberwhl (bernifchfolothurnifch), Aetingen (folothurnifch) und Luglingen

(solothurnisch); 2) Solothurn, bestehend aus der reformirten Pfarret Solothurn und den zerstreuten Protestanten in den Memtern Solothurn-Lebern und Kriegstetten.

Sinsichtlich der Bahl der in jedem dieser Wahlkreise zu ermählenden Abgeordneten, ihrer Amtsdauer und des Berfahrens bei den daherigen Wahlen, incl. der Prüfung der Gultigfeit derfelben, gelten die Bestimmungen der jeweiligen

bernischen Gesetze.
Die Stimmberechtigung und die Bahlbarkeit zu diesen Bahlen richtet fich fur die bernischen Angehörigen nach den bernischen und fur Die folothurnischen Angehörigen nach ben folothurnischen Gefegen.

Die Abgeordneten ber Wahlfreise Bucheggberg und Golothurn haben an der bernischen Rantonesinnode Sig und

Stimme gleich den bernischen Spnodalen. Falls die bernische Kantonsspnode Die Organisation von Bezirksinnoden beschließt, treten die bucheggbergischen Pfarr= gemeinden und die reformirte Pfarrei Colothurn in Rechten und Pflichten auch dem Berbande der betreffenden Begirteinnobe bei.

### Art. 3.

Die Pfarrer, Pfarrvermefer und Pfarrvifarien werden aus den nach jeweilen bestehenden Befegen oder Ronfordaten im Ranton Bern mahlfähigen Geiftlichen gemablt.

Für temporare Aushülfe baben die Pfarrer des Bucheggsbergs und derjenige von Solothurn in gleicher Weise Ansspruch auf den Bezirkshelfer desjenigen Helfereibezirks, dem sie zugetheilt werden, wie die bernischen Pfarrer.
Solothurnische Angebörige reformirter Konfession sind beserchigt, unter den gleichen Bedingungen wie die bernischen Kantonsburger in den bernischen Kirchendienst aufgenommen und dadurch aller Rechte bernifcher Beiftlicher genöffig ju merben.

### Art. 4.

Die reformirten Pfarrer, Pfarrverwefer und Bikarien bes Bucheggbergs und von Solothurn werden nach Mitgabe ber bernischen Kirchengesetze gewählt und fteben auch binficht=

lich ihrer pfarramtlichen Rechte und Pflichten unter biefen

Bejegen.

Den Regierungen ber beiben vertragichließenben Stande fteht jedoch in Bemagheit der betreffenden fantonalen Befepe bas Recht ber Anerkennung, refp. Bestätigung, biefer Wahlen gu.

Die Beeidigung und Installation ber Beiftlichen von Meffen und Oberwol geschieht burch die tompetenten bernischen und diejenige der übrigen Pfarrgemeinden durch die

folothurnifchen Behorden.

### Art. 5.

Die in diefer Uebereinkunft begriffenen Pfarrgemeinden behalten ihre bermalige territoriale Abgrenzung und verbleiben hinsichtlich der burgerlichen Angelegenheiten unter der Wefetzgebung desjenigen Rantons, in welchem fie gang oder theilmeife liegen.

Someit es dagegen die mit dem Rultus jufammenhangenden Angelegenheiten betrifft, bilbet jede Diefer Bfarr-

eine Rirchgemeindeversammlung,

einen Rirchgemeinderath.

Die Organisation Diefer Behorden ift durch Rirchgemeindereglemente festzustellen, welche sich, soweit es mit der Gefetzgebung des Kantons Solothurn verträglich ift, möglichst den organisatorischen Borichriften Des bernischen Rirchengefeges anzufchließen haben. Diefe Organisation8-Reglemente unterliegen ber Geneh-

migung ber beiben vertragschließenden Regierungen.

### Art. 6.

hinsichtlich des Eigenthums, der Zweckbestimmung und ber Verwaltung der Kirchenguter, der Ansprüche der Geistzlichen auf Besoldung, Wohnung und aller übrigen mit der Pfrunde verbundenen Rechte und Ruhungen, ferner bezüglich der Berpflichtung zum baulichen Unterhalt der Pfarrhäufer nebst Dependenzen und überhaupt hinsichtlich aller vermögensrechtlichen Berhaltniffe garantiren Die beiden Regierungen ben mehrgenannten funf Pfarrgemeinden den gegenwartigen Buftand diefer Berhaltniffe in Rechten und Pflichten, wie fich folche durch Urbar und bisherige Uebung, durch frubere Uebereinfunfte und durch verfaffunge und gefehmäßige Er= laffe der refp. Rantonsbehorden entwidelt haben.

Die Aufficht über die Rirchenguter und ihre Berwendung

fteht den beiden Regierungen gemeinschaftlich zu.

### Urt. 7.

Insbesondere wird über die im Art. 6 hievor bezeichneten Berhaltniffe erneuert, mas folgt:

1) Binfichtlich der Pfarrei Obermyl verbleibt es bei ben

Bestimmungen der Uebereinkunft vom 13. Febr. 1851. 2) Den Bfarreien Meffen und Metingen wird der Seitens bes Staates Bern auszurichtende Befoldungsbeitrag in feinem bermaligen Bestande zugesichert; ebenfo der Unterhalt der Bfarrgebaude. Dagegen genießen beide Bfarreien den Ertrag der folothurnischen Bfarrfonde incl. Die freie Benugung Des Pfarrlandes und Die Holzberechtigung in der Gemeinde gemäß Urbar.

3) Die Pfarrei Luglingen hat den Genug ihres Pfarrfonds gemäß Urbar und nach den Bestimmungen der

Uebereinfunft vom . .

Der Unterhalt der Pfarrgebäude wird hier aus dem Baufond bestritten, wie folder aus dem Kollaturver-mogen ausgeschieden worden ift.

Die freie Benutung des Pfarrlandes bildet einen

Beitrag an die Befoldung des Pfarrers, bem auch die Solzberechtigung in ber Gemeinde nach ben Beftim: mungen bes Urbars zufteht.

4) Die reformirte Pfarrei von Solothurn bezieht ihre Befoldung aus bem Ertrag bes zuständigen Pfarr= fonde, den Steuern der Bemeindeglieder und ben bisherigen Staatsbeitragen.

Die derfelben im Jahre 1874 vom Kanton Solo= thurn ichenkungsweise eingeraumte Pfarrwohnung wird

als ihr Gigenthum anerkannt.

### Art. 8.

Die Ortsfirchenguter ber 5 Pfarrgemeinden burfen nur ihrem 3med und ihrer Bestimmung gemäß verwaltet und verwendet werden.

Ueber die Ausschreibung und ben Bezug verbindlicher Steuern gu Rultuszwecken haben die Rirchgemeinde : Regle= mente die nothigen Borfdriften aufzustellen.

### Art. 9.

Beide Kantone behalten sich vor, nach Erforderniß der Umftande, bie angemeffenen Modifitationen und Abanderungen diefer Uebereinkunft gemeinschaftlich zu treffen.

#### Art. 10.

Begenwärtige Uebereinfunft tritt in Rraft, fobald fie von ben tompetenten Beborben ber beiben Rantone gutgeheißen und von den 5 betheiligten Pfarrgemeinden angenommen worben ift.

Alfo vereinbart auf der abgehaltenen Ronfereng gu Golo= thurn den 17. Februar 1875.

### Die Abgeordneten

bes Standes Bern :

bes Stanbes Solothurn:

Teuscher, R.=R. Ritschard, R.=R.

Brosi, R.=R. Bigier, R.=R.

Borftebende Uebereinfunft wird genehmigt und bem b. Rantonsrathe zur weitern Genehmigung vorgelegt.

Solothurn, ben 5. Juli 1875.

Der Landammann : A. Brofi, Reg.=Rath. Der Staatsichreiber: Amiet.

herr Regierungsprafident Teufcher, Rirchendirektor, als Berichterstatter Des Regierungsrathes. Bon Alters her waren die reformirten Rirchgemeinden des Bucheggberges im Ranton Solothurn, nämlich Oberwyl, Meffen, Luglingen und Aetingen dem bernischen Rirchenverbande einverleibt, und es munschen biefelben, auch fernerbin in demfelben zu verbleiben. Das Diegbezügliche im Jahr 1817 zwischen den Standen Bern und Solothurn abgeschloffene Konkordat paßt aber nicht mehr in allen Bunkten zu den dermaligen Berhaltniffen, wie fie durch die neuere Besetzgebung der beiden Stande geschaffen worden find. Dazu kommt nun noch, daß sich seither in der Stadt Solothurn eine evangelisch reformirte Bfarrgemeinde gebildet hat, welche ebenfalls in den bernischen Rirchenverband auf= genommen zu werden wunscht. Es wurde deghalb von Abgeordneten der beiden Stande unterm 17. Februar 1875 eine neue Uebereinkunft unter Ratifikationsvorbehalt abgeschlossen, welche den veränderten Verbältnissen angepaßt ist. Laut Mitteilung der Regierung von Solothurn vom 5. Juli abhin ist diese Uebereinkunft von den fünf betheiligten Gemeinden angenommen worden, und sie wird auch die Genehmigung des Kantonsrathes von Solothurn erhalten. Nach meiner Ansicht wird die Uebereinkunft wesentlich dazu beitragen, die bestehenden freundschaftlichen Beziehungen zwischen Bern und Solothurn zu erhalten und zu besestigen. Es stellt daher der Rezierungsrath den Antrag, es möchte der Große Rath die fragliche Uebereinkunft genehmigen.

Bas ben Inhalt berfelben betrifft, so kann ich mich vorläufig auf bie Bemerkung beschränken, daß der Entwurf von Bern ausgegangen ift und im Wesentlichen auf den Bestimmungen unseres neuen Kirchengesetzes basirt. Nur in einzelnen Bunkten hat man wegen der divergirenden Gesetzebung des Kantons Solothurn einige Konzesstonen machen muffen. Benn nahere Auskunft gewünscht wird, so bin ich gerne bereit,

fie zu ertheilen.

Der Große Rath ertheilt der Uebereinkunft feine Ge-nehmigung.

# Strafnachlaßgejuche.

Auf ben Antrag bes Regierung grathes und ber Bittichriften fom miffion werben erlaffen:

- 1) dem Johann Bigi, von Schüpfheim, der Acft der ihm am 7. April 1870 von den Afsijen des IV. Bezirks wegen Raubes auferlegten 6½ jährigen Zuchthausstrafe;
- 2) bem Andreas Aebi, von Oberburg, ein Biertheil ber ihm am 13. November 1868 von ben Affijen bes II. Bezirks wegen Mordversuchs auferlegten zehnjährigen Zuchthaussiftrafe;
- 3) bem Lucien Brichoux, von Epiquerez, ber Reft feiner ihm am 27. Februar 1874 von ben Affifen bes Jura wegen Mighandlung und Brandstiftungsversuchs auferlegtenzweischrigen Zuchthausstrafe;
- 4) bem Johann Bartichi, von Ruegsau, das lette Biertheil der ihm am 18. September 1874 von den Affifen bes IV. Bezirks wegen Diebstahls auferlegten 18monatlichen Buchthausstrafe;
- 5) bem Jakob Grogg, von Melchnau, bas lette Biertheil ber ihm am 1. April 1872 von ben Affifen bes III. Bezirks wegen Brandstiftungsversuchs auferlegten fünfsihrigen Zuchthausstrafe;
- 6) bem Andreas Jordi, von Huttwyl, das lette Viertheil feiner 20monatlichen Buchthausstrafe, welche ihm am 11. August 1874 von den Afsijen des III. Bezirks wegen Diebstahls und Raubversuchs auferlegt worden ift;
- 7) dem Samuel Kölliker, von Robrbach, das lette Biertheil der ihm am 28. Januar 1875 von den Afsifen des III. Bezirks wegen Diebstahls auferlegten vierzehnmonatlichen Zuchthausstrafe;
- 8) bem Andreas Matheyer, von Brienz, bas lette Biertheil ber ihm am 11. Februar 1875 von den Affifen bes I. Bezirks wegen Schändung auferlegten zwölfmonatlichen Zuchthausstrafe;
- 9) bem Jakob Sigrist, von Bordemwald im Kanton Aargau, das lette Viertheil der ihm am 11. Juli 1874 von den Afsijen des III. Bezirks auferlegten dreijährigen Zuchthausstrafe;

10) bem Ambrosius Bigezzi, von Cunardo in Italien, bas lette Biertheil ber ihm am 19. Oftober 1874 von ben Assifisen bes IV. Bezirks wegen Schandung auferlegten 18= monatlichen Zuchthausstrafe.

Ferner wird :

- 1) auf das Begehren der Ariminalkammer die der Anna Barbara Baugg, geb. Frauchiger, von Erismpl, von den Alffijen des III. Bezirks am 24. Juli 1875 wegen Diebstahls auferlegten 8\(^1/2\) monatlichen Korrektionshausstrafe in eine viermonatliche herabgesett;
- 2) die 13monatliche Zuchthausstrafe des Friedrich Bigler, von Worb, zu welcher er am 14. September 1875 wegen unzuchtiger Handlungen mit Madchen von den Afifen des Seclandes verurtheilt worden ist, auf das Begehren der Kriminalkammer in Enthaltung in der Schülerklasse von Thorberg umgewandelt;
- 3) dem wegen Widerhandlung gegen das Gesetz über Pferde= und Rindviehzucht am 29. Dezember 1874 verur= theilten Christian Jungi, in Oberscherli, nachdem derselbe die im § 14 jenes Gesetz vorgesehene Bescheinigung über Berwendung seines prämirten Zuchtstieres zur Zucht beigesbracht, sowohl die Fr. 400 betragende Buße, als die Rückserstattung der Prämie von Fr. 100 erlassen.

Dagegen werden mit ihren Straf: und Bugnachlaß= gesuchen auf den Antrag der vorberathenden Behörden ab = gewiesen:

- 1) Glife Renning, geb. Gunthner, am 8. Juli 1875, vom Polizeirichter von Bern megen Chrverlegung zu acht Tagen Gefangenschaft verurtheilt;
- 2) Barbara Eggimann, von Sumiswald, wohnhaft in Nidau, durch Urtheil der Polizeikammer vom 24. Marz 1875 wegen Berläumdung zu fünf Tagen Gefangenschaft verurtheilt;
- 3) Friedrich Schär, von Dürrenroth, am 26. Februar 1874 von den Affifen des Jura wegen Fälschung zu zwei Jahren Buchthaus verurtheilt;
- 4) Johann Buri, von Wierezwyl, wegen Diebstahls von den Afstjen des II. Bezirks am 14 Juli 1868 zu 1 Jahr Buchthaus verurtheilt;
- 5) Johann Joseph Dougond, von Billarimboud im Kanton Freiburg, am 28. August 1874 von den Affisen bes IV. Bezirks wegen Wechselfalschung zu 16 Monaten Korrektionshausstrafe verurtheilt;
- 6) Magdalena Rothenhühler, geb. Bracher, von Lügelflüh, am 7. Dezember 1874 wegen Ausstellung eines faschen Zeugnisses zu 30 Tagen Gefangenschaft verurtheilt.
- 7) Samuel Weyermann, von Bhnigen, in Bern, am 12. Mai 1875 von der Polizeikammer wegen Untersichlagung zu drei Monaten Korrektionshaus verurtheilt, welche Strafe in 45tägige Einzelhaft umgewandelt wurde;
- 8) Bendicht Schertenleib, Gutsbesitzer in Heimiswyl, vom Polizeirichter von Burgdorf am 6. April 1875 wegen Widerhandlung gegen die Berordnung über die Waldausreutungen und Holzschläge zu einer Buße von Fr. 594 verurtheilt.
- 9) Johann Bunberli, Weinhandler in Meilen, Kanton Burich;
- 10) Jakob B enger, Beinhandler in Bern, am 1. Juli 1875 von den Affifen des II. Bezirks wegen Unterschlagung zu sechs Monaten Korrektionshaus verurtheilt, welche Strafe in drei Monate Einzelhaft umgewandelt wurde;

- 11) Johann Tritten, v. St. Stephan, gewesener Amtsgerichtsweibel, wegen Wechselfälschung am 30. April 1874 von ben Afsien bes I. Bezirks zu zwei Jahren Buchtshaus verurtheilt;
- 12) Alfred Mathys, von Burgdorf, am 14. August 1874 von den Afsisen des III. Bezirks zu drei Jahren Zuchtshaus verurtheilt;
- 13) Johann Jakob Cottier, von Arni, rudfällig, am 11. Juli 1874 von den Afsisen des I. Bezirks wegen Diebsstahls zu 214 Jahren Buchthaus verurtheilt;
- 14) Urs Affolter, von Schalunen, am 20. April 1875 von ben Affifen des IV. Bezirfs wegen Mighandlung zu einem Jahr Zuchthaus verurtheilt;
- 15) Konftant Merguin, von Alle, von den Affifen bes Jura am 9. April 1873 wegen Diebstahls zu drei Jahren Buchthaus verurtheilt.

# Beschwerde des Joh. Röthlisberger, gew. Ge= meindschreibers in Schlofwhl, nun in der Suri bei Neuenegg.

Le u en b er g er, als Berichterstatter der Bittschriftenkommission. Johann Röthlisberger, Bannwart in der Suri, verlangt die Kassation eines Urtheils der Polizeikammer vom 7. August abhin. Der Thatbestand ist in der Borstellung nicht besonders klar sauseinandergescht, und diese bewegt sich mehr in Ausfällen gegen die Behörden und einzelne Personen. Aus dem von der Polizeikammer erstatteten Bericht geht Folgendes hervor: Röthlisberger, der früher in Schloswyl Gemeindschreiber war, wurde von einem Johann Aebi, Aktuar auf dem Richteramte daselbst, der Widerhandlung gegen das Dekret über die Stimmregister und der Berläumdung angeklagt. Die Sache wurde vor das Amtszericht gewiesen. Allein dieses kam nicht dazu, ein Endeurthit zu fällen, weil Röthlisberger, wenn die Sache zur Hauptverhandlung kommen sollte, seweilen irgend welche Borfragen auswarf und, abgewiesen, an die Polizeikammer appellirte. Dadurch wußte er die Sache in die Länge zu ziehen. Nach Erledigung der Borfragen sollte die Angelegenheit am 17. Juli abhin zur Entscheidung gelangen. Da warf Köthlisberger wieder eine Borfrage auf; das Amtsgericht aber besichloß Nichteintreten auf dieselbe. Er appellirte hierauf an die Polizeikammer, welche am 7. August das Urtheil des Amtsgerichtes bestätigte. Gegen diesen Beschluß der Polizeikammer returrirt nun Köthlisberger an den Großen Rath.

Die Bittschriftenkommission trägt auf Tagesordnung an. Borerst sagt der § 52 der Staatsverfassung, kein richtersliches Urtheil durfe von der gesetzgebenden oder Administrativ-Behörde nichtig erklärt werden. Der Große Rath ist somit nicht kompetent, dieses Urtheil aufzuheben. Aber auch bei materieller Brükung der Sache ergibt es sich, daß die Besichwerde durchaus unbegründet ist und nur auf eine Verschleppung der ganzen Sache hinzielt. Die Vorfrage bestand darin, daß er verlangte, das Gericht solle vorher entscheiden, ob er sich der Widerhandlung gegen das Dekret über die Stimmregister schuldig gemacht habe, eine Frage, die mit der

Hauptfrage geradezu identisch ift.

herr Prafibent. Ihr Prafibium war wirklich eine Zeitlang darüber im Zweifel, ob es die Borstellung in den Papierford werfen oder Ihnen vorlegen solle. Schließlich glaubte ich, die Sache zur Behandlung vorlegen zu sollen.

Der Antrag der Bittschriftenkommission auf Abweisung der Beschwerde wird genehmigt.

# Raturalisationsgesuche.

Auf den Antrag des Regierungsrathes werden mit der gesetlichen Mehrheit von 2/2 der Stimmen in das bernische Landrecht aufgenommen :

1) Karl Comund Heusch, geb. 1855, in Bijchweiler im Unter Eljaß, Bierbrauer in Bern, weil minderjährig noch unter Vormundschaft seines Baters und durch diesen vertreten, mit zugesichertem Ortsburgerrecht von Mirchel, unter dem Borbebalte der nachträglichen Beibringung einer Urkunde über seine Entlassung aus dem bisherigen Staatsverbande.

### Abstimmung.

Für	Entsprechung				77	Stimmen.
Für	Abweifung	•	•	•	15	"

2) Salomon Levy, französischer Bürger, geb. 1827, in Bern, Handelsmann und Thierarzt in Sonvillier, versheiratet und Bater dreier Kinder, dem das dortige Orts-burgerrecht zugesichert ist, mit der Bedingung, daß er nachsträglich seine Entlassung aus dem bisherigen Staatsverbande durch eine authentische Urfunde nachweise.

### Abstimmung.

Für	Entiprechun	g				71	Stimmen.
	Abweisung		•	•	•	24	"

3) Adolf Saager, von Menzifen, Kanton Aargau, Handelsmann in Biel, geb. 1820, verheiratet mit einer Bernerin und Vater dreier Kinder, mit zugesichertem Orts-burgerrecht von Biel.

### Abstimmung.

Für	Entsprechung			80	Stimmen.
	Abmeisung .			12	"

4) Franz Joseph Schwob, geb. 1854, zu Frießen im Essaß, Sattler in Pruntrut, unverheiratet, mit zugesichertem Ortsburgerrecht von Löwenburg.

### Abstimmung.

	Entsprechung		•	•		70	Stimmen.
Für	Abweifung	•		•	٠	22	"

### Expropriationsgesuch der Gemeinde Didi.

Der Regierung grath legt folgenden Defretsent= wurf vor:

Der Große Rath des Rantons Bern,

auf den Antrag des Regierungsrathes ertheilt hiemit der Gemeinde Didi für die Erweiterung des Beundezelgweges langs des Landes des Samuel Gofteli nach Mitgabe des vorgelegten Planes das Expropriationsrecht.

Kilian, Baudirektor, als Berichterstatter des Regierungsrathes. Die Gemeinde Dicki ist damit beschäftigt, ihre Feldwege auszumarchen. Bei solchen Ausmarchungen kommt es nicht selten vor, daß langs des Weges zu dessen Crweiterung Streifen Landes in Anspruch genommen werden

mussen. Dieser Fall ist auch hier vorhanden. Mit allen Anftößern ist die Gemeinde einig geworden, ausgenommen mit einem einzigen, Samuel Gostell, welcher gegen die Abtretung des Landes förmlich protestirt hat. Die Protestation liegt bei den Akten. Die in § 14 des Expropriationsgesetzes vorzesehenen Förmlichkeiten sind erfüllt. Der Regierungsrath trägt auf Ertheilung des Expropriationsrechtes nach Mitzgabe folgenden Dekretes an: (der Redner verließt den oben mitgetheilten Dekretsentwurf.)

Der Defretsentwurf wird ohne Ginsprache genehmigt.

# Korrettion der Zweilütschinen=Grindelmaldftrage.

Der Regierungerath trägt auf Genehmigung Des vorgelegten Projektes für die auf Fr. 38,400 vorgeschlagene Korrektion ber Strecke Schlucht-Rothenegg der Zweilutschinen: Grindelwaldstraße an.

Kilian, Baudirektor, als Berichterstatter des Regierungsrathes. Die Grindelwaldstraße gehört zu denjenigen Straßen, welche am meisten frequentirt sind und zwar namentlich in der Sommerszeit. Schon seit einer Reihe von Jahren hat man auf dieser Straße Korrektionen vorgenommen, allein es bleiben noch mehrere auszuführen, bis den Bedürfenissen Wenüge geleistet ist. Ich habe mich vor ungefähr 10 Tagen neuerdings überzeugt, wie groß der Verkehr auf dieser Straßenstrecke ist. Innerhalb einer Stunde habe ich zwischen Grindelwald und Zweilütschinen 43 Fuhrwerke, meist Zweisspänner, angetroffen. Es war allerdings an jenem Tage schönes Wetter, allein die Fremdensaison hatte ihren Höhepunkt doch bereits überschritten.

Gestügt auf einen am 31. März abhin genehmigten Plan hat man in diesem Jahre die sog. Endweg-Korrektion unterbalb des Dorfes Grindelwald auf eine Länge von 6000' besonnen. Die Korrektion beginnt bei der sog. Rothenegg an einer Stelle, wo später, wenn die Touristenbahn ausgeführt wird, der Thalbahnhof zu stehen kommen soll. Früher ging das Projekt dahin, die Korrektion nicht bei der Rothenegg, sondern eine kleine Viertelstunde unterhalb, bei der sog. Schlucht, zu beginnen. Die Gemeinde Grindelwald erklärte aber, sie könne einstweilen keinen Beitrag an diese Korrektion leisten. Wan mußte daher die andere Linie, die bei der Rothenegg beginnt, wählen. Tabei hat man in Aussicht genommen, daß die Strecke zwischen Schlucht und Rothenegg etwas später an die Hand genommen werde, und man hat im Laufe des Sommers einen Plan dafür aufgenommen. Diese Strecke bildet den Anschluß an die obere gegenwärtig in Korrektion besindliche Strecke.

Auf ber Strecke zwischen Schlucht und Rothenegg befinden sich mehrere Stellen, welche bringend der Korrektion bedürfen. Wenn wir bloß unsere Büdgetverhältnisse berücksichtigen würden, so könnten wir die Korrektion im nächsten Jahre nicht beginnen oder wenigstens nur ein Theil davon aussühren, da der nächstährige Kredit für die obere Korrektion zwischen Rothenegg und Grindelwald verwendet werden muß. Es ist jedoch Hoffnung vorhanden, daß die Gemeinde Grindelwald einen Borschuß mache, so daß die Korrektion zwischen Schlucht und Rothenegg noch in diesem Jahre besonnen und die schlucht und Rothenegg noch in diesem Jahre besonnen und die schlucht und Kothenegg noch in diesem Jahre besonnen und die schlucht und Kothenegg noch in diesem Jahre besonnen und die schlucht und Kothenegg noch in diesem Jahre besonnen und die schlucht und Kothenegg noch in diesem Jahre besonnen und die schlucht und Kothenegg noch in diesem Jahre besonnen und die schlucht und Kothenegg noch in diesem Jahre besonnen und die schlucht und Kothenegg noch in diesem Jahre besonnen und die schlucht und Kothenegg noch in diesem Jahre besonnen und die schlucht und Kothenege noch in diesem Jahre besonnen und die Korrektion mißt 3467' und ist auf Fr. 38,400 veranschlagt. Die Korrektion soll so vorgenommen werden, daß ein Steigungsmaximum von 4% erhalten wird. Die Kronenbreite ist angenommen, wie bei ber obern Sektion.

Man hat sich gefragt, wie man vorgehen könne, um eine Partialkorrektion vorzunehmen. Da hat es sich gezeigt, daß die eine Korrektion bei dem sog. Schulhausstug und die andere unmittelbar am Anschlusse an die obere Korrektion vorgenommen werden kann. Dafür ist eine Summe von Fr. 8700 nothwendig, und es wird der Gemeinde Grindels wald zugemuthet, dieselbe unverzinslich vorzuschießen. Dieser Vorschuß würde dann theilweise aus dem nächstährigen Kresdite und theilweise aus dem Büdget von 1877 restituirt.

Um diese Kombination durchführen zu laffen, empfiehlt der Regierungsrath die Genehmigung des Planes der Kor-

reftion zwischen Schlucht und Rothenegg.

Der Antrag des Regierungerathes wird genehmigt.

# Defretsentwurf

betreffend

# die Ausführung der Binnenkorrektion im Juragewässer= korrektionsgebiet.

Diefer Defretsentwurf lautet, wie folgt :

Der Große Rath des Rautone Bern,

in Erwägung:

daß die Entsumpfungsarbeiten für die Binnenkorrektion im ganzen Gebiete der Juragewässerkorrektion gleichmäßig und in technisch-rationeller Weise gefördert werden sollten;

daß daher für die Ausführung der verschiedenen Korrektionsarbeiten eine einheitliche Bauleitung nothwendig erscheint;

daß die Bildung einzelner Entsumpfungsgefellschaften, jowohl in administrativer als namentlich in finanzieller Beziehung, auf zu große Schwierigkeiten gestoßen ist,

auf den Antrag des Regierungsrathes

### beschließt:

### § 1.

Die Ausführung der Binnenkorrektion im Seeland (Erstellung der für die Entsumpfung nothwendigen Hauptkanäle der einzelnen Movsgebiete) wird dem Unternehmen der Juragewässerkorrektion übertragen.

### 8 2

Der Regierungsrath vrdnet Alles an, was zur zweck= mäßigen, doch möglichst wohlfeilen Ausführung des Unter=

nehmens nothwendig ift.

Er sett insbesondere den Korrektions: und Entsumpfungs: plan sest und bestimmt nach Anhörung des Ausschusses die Umfangsgrenzen der einzelnen Wivosgebiete, welche bei dem Unternehmen betheiligt sind.

### § 3.

Ueber die Kosten der Korrektionsarbeiten, welche vollständig von den betheiligten Grundeigenthümern — ohne Staatsbeitrag — zu tragen sind, ist besondere Rechnung zu führen.

### § 4.

Die Bertheilung der Kosten, sowie der Bezug der Beiträge, geschieht nach den gleichen Grundfägen wie bei dem Hauptunternehmen.

§ 5.

Der Regierungsrath ist ermächtigt, das zur Ausführung festgestellten Plane erforderliche Eigenthum zu Handen des Unternehmens zu expropriiren, soweit dasselbe nicht auf dem Wege gütlicher Unterhandlung erworben werden kann.

Der Regierungsrath erläßt die nöthigen Bollziehungsverordnungen.

§ 7.

Diefes Detret tritt sofort in Kraft.

Robr, Direktor ber Entsumpfungen, als Berichterstatter Des Regierungsrathes. Der vorliegende Defretsentwurf über bie Ausführung ber Binnenkorrektion im Geelande betrifft eine Angelegenheit, welche biefen Landestheil und namentlich das Moosgebiet in hohem Maße intereffirt, eine Angelegen= heit, von welcher Bohl und Webe der Entsumpfung ab-bangt. Bie Ihnen bekannt, ift durch das Defret vom 10. Marg 1868 die Ausführung des Unternehmens der Juragemäfferforreftion beschloffen worden. Diefes Unternehmen hat in erfter Linie ben 3mect, ben Bafferfpiegel ber Jurafeen, wozu der Bieler-, der Neuenburger- und der Murten-fee gehoren, zu senken, die Aare durch den Hagneckkanal zur Ablagerung ihres Geschiebes in den Bielersee zu leiten und Die vereinigten Bemäffer der Aare und Bibl durch den Ridau-Buren-Kanal abzuführen. Durch die Tieferlegung ber Geen wird das anliegende Gelande vor Ueberschwemmung geschütt, und es wird ihm die Möglichkeit gegeben, durch Anlegung von Entfumpfungefanalen fulturfahig zu werden.

Das ganze Unternehmen zerfällt alfo in 3 Abtheilungen,

nämlich in:

1) die Tieferlegung der Geen und die Korreftion ber Hauptflüffe;

2) die Kanalisation des Moosgebietes, wodurch die Moa-

lichfeit ber Rultivirung gegeben wird;

3) die Rultivirung felbit.

Die erfte Abtheilung ift in Ausführung begriffen und soweit vollendet, daß der Bafferspiegel des Bielersee's bereits um die plangemaßen 7 Fuß, ja noch etwas mehr gefenkt ift. Durch die Korrettionsarbeiten der obern Kantone Reuen= burg, Waadt und Freiburg ift auch bereits eine Sentung des Wafferspiegels des Neuenburgersee's eingetreten. Es ift da= ber möglich geworden, das Große Moos durch einen haupt= fanal zu durchziehen, der seinen Ausfluß in den Reuenburger-fee nimmt. Die Entsumpfung des Großen Moofes hangt nämlich nicht von der Tieferlegung des Bielerfee's oder von ber Korrettion der untern Bihl ab, fondern größtentheils von der Tieferlegung des Neuenburgerfee's. Ginzig der weftlich gelegene Theil, wo die Kolonie Bismul fich befindet, hat feinen Abflug in die obere Bibl, das übrige Gebiet aber finbet ibn im Reuenburgerfee.

Es tann alfo die Ranalisation des Moosgebietes in Angriff genommen werden. Um biefen Theil des hauptwertes ber Entfumpfung, um die fog. Binnenforreftion handelt es fich Als der Große Rath das Defret über die Juragewäffer= korrektion erließ, nahm man an, man wolle sich mit dieser Arbeit nicht befaffen. Man hatte Muhe genug, die Saupt= forreftion unter Dach zu bringen, und wollte fie nicht mit dieser kleinern Korrektion kompliziren oder sogar gefährden. Man fagte daber, es folle den einzelnen Moosbesigern über=

laffen werden, fich felbft gu helfen.

Run ift aber ber Zeitpunkt eingetreten, wo man auf ben Beginn ber zweiten Arbeit bedacht fein muß. Die Ent= fumpfungedirettion hat versucht, die einzelnen Moosgemeinden nach dem Gefete von 1857 über den Unterhalt der Gemäffer und Austrodnung ber Mofer ju Entsumpfungegefellichaften

ju vereinigen, welche bas Unternehmen auf ihre Roften aus= geführt, mogegen ber Staat bie Borarbeiten und die Bauaufficht besorgt hatte. Die baherigen Bemuhungen der Direftion blieben aber fruchtlos, da Die Gemeinden fich zu fehr mit der hauptkorrektion beschäftigen und nicht den Muth hatten, fich zu vereinigen, auch mit Rudficht auf bie bei ber großen Ausdehnung bes Unternehmens fo verschiedenartigen

Intereffen fich nicht vereinigen konnten.

Im Schooße der Abgeordnetenversammlung, welche der Ausdruck ber feelandischen Bevolkerung ift, ift ber gang na= turliche Gedante gu Tage getreten, daß nicht diefer fomplizirte Mechanismus, wonach jedes einzelne Moosgebiet eine besondere Entfumpfungsgesellschaft bilden murde, eingeführt, sondern die Erstellung der kleinern Kanäle dem Hauptunternehmen auferlegt werden folle, welches nun einmal vollständig organisirt ift und feinen geregelten Bang bat. Diefe Unficht bat in ber Abgeordnetenversammlung ber betheiligten Grundeigen-thumer Boben gefaßt, und es liegt darin ein lobenswerthes Butrauen Der Bevölkerung gegenüber der Bauleitung, ihren Abgeordneten und den Behörden.

In Folge beffen murbe ber heute vorliegende Defrets: entwurf ausgearbeitet, welcher Diefem Bedanten Ausbrud gibt. Er enthält die Sauptbestimmungen , daß die Ranali= fation dem Hauptunternehmen der Juragewäfferkorrektion ju übertragen fei, d. h. daß sowohl die Bauleitung, als Die Entfumpfungedirektion und ber Regierungerath nach ben bisherigen Berordnungen und in bisheriger Beise die Fort= setzung der Arbeiten übernehmen, und daß das hauptunternehmen auch die Roften vorschießen folle. Satten die Entfumpfungsefellschaften fich felbstständig bilden muffen, fo hatten fie felbststandig Geld aufnehmen muffen, was bei ben meiften schwierig gewesen mare, da fie bereits fur bas Saupt= unternehmen zu diesem Schritte genothigt gemesen find.

Sobald nun der Grundfat ausgesprochen ift, daß bas Sauptunternehmen gable, fo muß dafür geforgt werden, daß Geld wieder gurudigelange. Da hat man ben Ausweg getroffen, daß die Grundeigenthumer gleichzeitig mit der Ruckvergütung ber übrigen Roften auch die Roften der Binnenforreftion gurudbegablen. Diefe Roften find von den eidgenöffischen Experten auf Fr. 1,030,000 und von unserer Bauleitung auf Fr. 950,000 berechnet worden. Man kann sie also ungefähr auf 1 Million verauschlagen. Wenn die Gemeinden diese Million durch 20jahrige Rudgahlungen amortifiren wollen, so beträgt die jährliche Duote ungefähr Fr. 70—75,000. Da das ganze Moosgebiet 13,800 Jucharten umfaßt, so ergibt dieß auf die Jucharte jährlich Fr. 5—6. Diese Ausgabe ist für die Grundeigenthumer nicht drückend, und es ift überhaupt für fie febr vortheilhaft, wenn die Binnenkorrektion burch Die betreffende Bauleitung ausgeführt wird. Durch Ihren am 18. Juli abbin vom Bolte genehmigten

Beschluß ist der Regierungerath ermächtigt worden, für das Hauptunternehmen ein Anleihen aufzunehmen. Dadurch ift es in den Fall gefett, Die begonnenen Bauten energisch fortzuführen und rechtzeitig zu vollenden, und gleichzeitig find ihm Die Mittel gegeben, die Kanalisation auszuführen. Für diese

Arbeit werden ausgegeben werden muffen :

		mer ne	,						
im	Jahre	1876			٠			Fr.	300,000
11	"	1877	•	•	٠	٠	٠	"	300,000
"	"	1878	•	•	•	•	•	"	300,000
"	"	1879	٠	*	•	•	•	"	100,000

Buj. Fr. 1,000,000

Beftatten Gie mir, noch einige Mittheilungen über ben Umfang des Bertes zu machen. Unter dem Großen Moofe verfteht man bie gange Flache, welche langs ber obern Bihl zwischen dem Neuenburger- und Bielersec liegt, neben den Dörfern Gampelen und Ins sich bis zur Brove hinzieht und in östlicher Nichtung bis Bargen und Aarberg sich ausdehnt. Dieses Gebiet umfaßt 12—13,000 und mit Inbegriff des Leugenen = Moofes 14,000 Jucharten. Um die Entsumpfung dieser 14,000 Jucharten handelt es sich nun. hinter dem eigentlichen Großen Moose, durch eine hügelkette von ihm getrennt, liegen die sog. hinter=Wöser bei Brüttelen, Epsach, Hagnest 2c.; ferner das Merzligen = , Jens = und Worben= Moos. Ganz abgelegen davon ist das Leugenen = Moos, welches auch im Perimeter des Entsumpfungsgebietes liegt.

Was die Kosten der Binnenkorrektion betrifft, so werden sie einzig von den Grundeigenthümern getragen. An das Hauptunternehmen leistet der Bund einen Beitrag von Fr. 5,000,000, wovon Fr. 4,340,000 auf den Kanton Bern fallen. Bon den übrigen, vom Kanton zu tragenden Kosten übernehmen die Grundeigenthümer 3 und der Staat 3. Die Kosten der Binnenkorrektion werden dagegen, wie gesagt, von den Grundbesitzern einzig getragen. Es handelt sich also nicht darum, hiezu einen Beitrag in irgend einer Form zu beschließen, sondern einfach darum, das Hauptunternehmen zu ermächtigen, die Kanalisation auf Kosten der Betheiligten

auszuführen.

Die Vertheilung der auf 1 Million veranschlagten Kosten soll nach den gleichen Grundsätzen geschehen, wie sie bereits im Großen Rathe beschlossen und vom Bunde sanktionirt worden sind. Diese Grundsätze sind ungefähr folgende: Bevor die Korrektion in Angriff genommen wird, wird eine Schatzungskommission ernannt, welche sich an Ort und Stelle begibt und den Werth des Landes vor der Korrektion schätzt. Nach Beendigung der Korrektion begibt sich die Kommission nochmals an Ort und Stelle und ninmt eine neue Schatzung, dem dannzumaligen Werthe entsprechend, vor. Die Differenz der beiden Werthe bildet den Maßstad zur Vertheilung der Kosten. Es handelt sich da also nicht darum, den Eigenthümer zur Bezahlung des vollen Mehrwerthes anzuhalten, sondern es handelt sich einsach darum, einen Maßstad zur Vertheilung der Kosten auszustellen.

Um nun aber mit den Ruckgahlungen sofort beginnen zu können, ist eine sog, provisorische Mehrwerthschanung nothwendig. Diese Arbeit ist jedoch bereits durchgeführt, da sie auch für die Hauptforrektion gemacht werden mußte.

Selbstverständlich muß über die Kosten dieser Arbeiten befondere Rechnung geführt werden. Ebenso muß über jedes einzelne Moos getrennte Rechnung gelegt werden, weil man 3. B. die Kosten für Entsumpfung des Großen Mooses nicht

auf bas Lengenen-Moos vertheilen fann.

Wenn Sie das vorliegende Defret annehmen, so werden die Bauten vielleicht schon nächsten Winter, jedenfalls aber im kommenden Frühling beginnen. Es ift natürlich der Munsch der ganzen seeländischen Bevölkerung, daß, nachdem sie bereits drei Jahre zu den Kosten der Korrektion beigetragen hat, ohne irgend welchen Bortheil zu genießen, sie endlich durch die Kanalisation in den Stand geset werde, mit der Kultivirung

zu beginnen.

Das vorliegende Defret enthält nur wenige Artifel. Es fpricht nur die Grundfage aus, welche gur Gicherung Des Unternehmens nothwendig find. Alles Undere ift bereits Durch Das Defret vom Marg 1868, sowie durch die feither erlaffenen Bollziehungeverordnungen festgestellt. Im § 1 wird ber Grundfat ausgesprochen, daß die Musfuhrung der Binnenforrektion im Seelande dem Unternehmen der Juragemaffer-forrektion übertragen werde. Demnach steht dem Haupt= unternehmen nicht nur die technische Leitung gu, jondern es hat auch die Koften vorzuschießen. Der § 2 bestimmt, daß der Regierungerath Alles anordne, was zur zwedmäßigen, jedoch möglichst wohlfeilen Ausführung des Unternehmens nothwendig fei. Es ift diese Bestimmung wortlich dem Gefete von 1854 über die Korreftion der Gurbe entnommen. Im Weitern hat der Regierungerath nach § 2 insbesondere den Rorrektiones und Entsumpfungsplan festzustellen und nach Unborung des Ausschuffes Die Umfangegrengen der einzelnen Moosgebiete, welche bei dem Unternehmen betheiligt find, ju

bestimmen. Sofort nach Erstellung der Bauplane werden dieselben öffentlich aufgelegt, um den Betheiligten Gelegenheit zu allfälligen Ginsprachen zu geben, die in gewohnter Beise werden erledigt werden. Durch den Entscheid des Regierungserathes über den Korreftionsplan kann Riemand benachtheiligt werden, da die Schatzungskommission immer noch kompetent ist, den Mehrwerth eines Grundstückes, auch wenn es im Berimeter aufgenommen ist gleich Rull zu schätzen oder ihm z. B. einen solchen von nur Fr. 1 beizumessen.

Bu den §§ 3, 5, 6 und 7 habe ich vorläusig keine weitern Bemerkungen zu machen. Zu § 4 dagegen wird eine Redaktionsveranderung vorgeschlagen, wonach derselbe lauten soll: "Die Bertheilung der Kosten, sowie die jährlichen Rückzahlungen, welche mit dem ersten Baujahre zu beginnen haben, geschehen nach den gleichen Grundsähen, wie bei dem Hauptunternehmen." Ich empfehle das Dekret mit dieser Abanderung

zur Annahme.

Bogel, als Berichterstatter ber Kommission. Nach bem einläßlichen Berichte des herrn Borredners fann ich mich furg faffen. Die Rommiffion ift vollftandig einverstanden, daß das vorliegende Defret von Wichtigfeit fei. Es bezwectt, die Juragemäfferkorrektion fur die Gemeinden nugbar gu Schon die eidgenöffische Expertenkommiffion von 1866 bat in ihrem Gutachten fich dahin ausgesprochen, daß, wenn die Juragewäfferforrettion nugbringend fein folle, man fich nicht auf die Korreftion der Fluffe und auf die Gentung ber Seen beschränken, sondern in den Binnenlandern burch Saupt- und Seitenkanale die Entsumpfung möglich machen Die damalige Expertentommiffion hat Die Summe, welche für die Ausführung der Binnenforrettion nothwendig fein wird, berechnet und ift ungefahr auf denjenigen Anfas gekommen, ben ber Berr Borredner ermahnt hat (1 Million). Statt nun zwanzig oder mehr fleinere Entsumpfungegefell= schaften zu bilden, hat man beschloffen, die Ausführung dem Sauptunternehmen anheimzustellen. Daburch wird eine einheitliche Leitung erzielt, und es fann die Korreftion rafcher ausgeführt werden.

lieber den Rugen der Binnenforrektion kann man nicht im Zweisel sein. Die Gesellschaft in Witwul hat bereits eine Anzahl Kanäle gezogen, in Folge dessen man dort schon jest die schönsten Kulturen antrifft. Bon wie großem Werthe die Trockenlegung eines Mooses ift, sehen wir in Kallnach. Ich berufe mich da auf die Mitglieder der Steuerschapungskom-mission, welche diese Gegend bereist hat. Kallnach hat seit einigen Jahren den Weidgang aufgegeben und Kanäle gezogen, und man trifft auf dem dortigen Moose so schone Kulturen, wie auf dem besten Felde In Brüttelen, eine Stunde westlich, herrscht noch der Urzustand, und man würde nicht glauben, daß es möglich sei, im 19. Jahrhundert im Kanton Bern eine so verwahrloste Fläche auzutreffen. Die Kommission empsiehlt einstimmig die Genehmigung des vorliegenden Dekretes mit der vom Herrn Borredner erwähnten Redaktions-

veränderung.

Herr Berichterstatter des Regierungsrathes. Noch einige Bemerkungen betreffend die vorgeschlagene Redaktionsänderung. Wie ich bereits mitgetheilt habe, soll § 4 lauten:
"Die Bertheilung der Kosten, sowie die sährlichen Rückzahlungen, welche mit dem ersten Baujahre zu beginnen haben,
gescheben nach den gleichen Grundsähen, wie bei dem Hauptunternehmen." Da die Grundeigenthümer die Kosten allein
zu tragen haben, so kann man hier nicht von Beiträgen sprechen,
wie dieß im gedruckten Entwurfe der Fall ift. Sodann wurde
gewünscht, daß ausdrücklich bestimmt werde, die Rückzahlungen
haben mit dem Beginn des Baues ihren Ansang zu nehmen.

Die Rommission hat auch im § 3 eine Ginschaltung gewunscht. Sie möchte nämlich sagen : "ift fur die verschiedenen Moosgebiete befondere Rechnung ju führen." 3ch tann biefe Aenderung jugeben.

Der vorliegende Defretsentwurf wird mit ben vom herrn Berichterstatter bes Regierungsrathes vorgeschlagenen Abanterungen ber §§ 3 und 4 genehmigt.

# Defretsentwurf

betreffend

# Trennung einiger Kirchgemeinden in mehrere politische Bersammlungen.

Der Große Rath des Rantons Bern,

auf ben Untrag bes Regierungeraths

beschließt:

§ 1.

Es werden die nachgenannten Kirchgemeinden in je zwei politische Versammlungen getrennt, wie folgt:

a. Melchnan im Amtebegirt Aarwangen, in 1. Melchnan, Bugwyl und Reifismyl,

2. Gondismyl;

b. St. Immer im Amtsbegirf Courtelary, in

1. St. Immer, 2. Billeret;

c. Tramlingen im Amtsbezirk Courtelary, in

1. Obertramlingen mit der Seftion bes Bacheries: Brunières von Mont Tramelan,

2. Untertramlingen mit ber Geftion bes Blaces von Mont Tramelan;

d. Dachofelten im Umtobegirf Dunfter, in

1. Dachefelben, Saicourt und Fuet (Bellelan und La Pottiere)

2. Reconvillier, Caules und Lovereffe.

§ 2.

Durch dieses Detret wird in ben übrigen Beziehungen ber genannten Gemeinden zu den betreffenden Rirchgemeinten nichts geandert.

§ 3.

Das Defret tritt fofort in Araft.

Die Diskuffion über die Gintretensfrage wird eröffnet.

Herr Regierungsprassent Teuscher, als Berichterstatter bes Regierungsrathes. Schon wiederholt sind Gesuche um Bornahme einiger Abanderungen in der Gintheilung der politischen Gemeinden eingelangt. Solche Gesuche sind, theils weise schon wiederholt, gestellt worden von den Ortschaften Billeret, zur Kirchgemeinde St. Immer gehörend, Reconvillier in der Kirchgemeinde Dachsselden, Gondiswyl in der Kirchgemeinde Melchnau, und in jüngster Zeit von der Kirchgemeinde Tramlingen. Diese Gesuche sind jeweilen abzgewiesen, resp. vertagt worden, weil man beabsichtigte, in

nachfter Beit ein allgemeines Defret vorzulegen, welches allen

daherigen Bedürfniffen Rechnung tragen folle.

Gin foldes Defret liegt nun heute vor. Rach bem Borschlage des Regierungsrathes betrifft es bloß die vier Kirch= gemeinden Melchnan, St. Immer, Tramlingen und Dachs= felden, welche in je zwei politische Versammlungen getheilt werden jollen Der Entwurf ist Ihnen gedruckt mitgetheilt worden, und ich halte es baber nicht fur nothig, in die Details der vorgeschlagenen neuen Gintheilung einzutreten. 3ch gebe zu, daß man vielleicht noch eimas weiter hatte geben und noch einige fernere Kirchgemeinden hatte berbeiziehen fonnen, in Bezug auf welche theils Gefuche vorlagen, theils von Seite der betreffenden Regierungsstatthalter, welche man angefragt hatte, Bunfche geaußert worden waren. Bie mir der Berichterstatter Der Kommiffion vor Kurgem mitgetheilt hat, wird Dieje einige erganzende Antrage in Diejem Sinne ftellen. Es war dem Regierungsrathe nicht mehr möglich, fich über diese Antrage auszusprechen. Indeffen haben mehrere Rollegen, mit benen ich Rudfprache genommen, mir erflart, daß sie mit diesen Erganzungen einverstanden seien. Immerhin will auch die Kommission heute nicht ein allge= meines Defret für bas gange Rantonsgebiet vorlegen, fondern fich darauf beschränken, den berechtigten Bunfchen zu entsprechen. Solche berechtigte Bunfche liegen namentlich vor aus Rohrbach, von welchem Defchenbach, aus Biel, von welchem Bogingen, aus Munfingen, von welchem Stalden und Riederhunigen, und aus Thun, von welchem Strattligen getrenut wurde.

Rach der Ansicht des Regierungerathes mare es aller= dings angezeigt, Die politische Gintheilung des ganzen Rantons durch ein allgemeines Defret zu regeln, und es wird benn auch in dem Gesetze über die Bolfsabstimmungen einem folden Defrete gerufen. Run fteben wir aber bier vor einer durch die Berfaffung geschaffenen Schwierigkeit, welche als Basis der politischen Gemeinden die Rirchgemeinden hinstellt und nur folde Rirchgemeinden in mehrere politifche Berfamms lungen abzutheilen geftattet, welche über 2000 Seelen gablen. Auf diefem Boden fann man unmöglich allen Bunichen gerecht werden; denn es gibt Rirchgemeinden mit einer Bevolte-rung von weniger als 2000 Seelen, wo aber die Berhaltniffe eine Trennung durchaus rechtfertigen wurden. Es bleibt alfo, wenn man die gange Angelegenheit gehörig ordnen will, nichts Anderes übrig, als eine Verfaffungerevision abzuwarten und dann auf der neuen Grundlage Die Gintheilung ber politischen Bersammlungen feftzustellen. Wenn ich mich unmaggeblich darüber zu außern hatte, jo wurde ich vorläufig meine Meinung dabin abgeben, daß man bei der Berfaffungerevifion Die Ginwohnergemeinden als Grundlage annehmen follte, von welchem Grundfaße man jedoch da, wo allzukleine Ginwohners gemeinden vorhanden find, eine Ausnahme machen mußte. Wir stehen eben beute auf einem ganz andern Boden, als gur Beit ber Erlaffung ber Berfaffung von 1846. Damals hatten wir das Referendum noch nicht, und es fam der Fall der Bufammenberufung ber politischen Gemeinden ziemlich jelten vor. Jest aber haben wir jedes Jahr durchschnittlich brei bis vier theils fantonale, theils eingenöffische Bolfsabstimmungen. Der Bahler wird alfo fehr häufig von den Behörden in Un-fpruch genommen. Ueberdieß haben wir feither auch bas ipruch genommen. Urnenspstem eingeführt. Diese ganz veränderten Berhältniffe durften es rechtfertigen, daß man dem Wähler die Stimmzgebung möglichst erleichtere. Diese Erleichterung sindet aber nur statt, wenn man möglichst kleine Kreise macht. Es hätte bieß auch zur Folge, daß die Theilnahme an ben Abstimmungen

eine verhältnismäßig größere ware, als bisher.

Nun stehen wir aber nicht auf tiesem Boten, sondern sind an die Borschrift der Verfassung gebunden. Deshalb glaubte der Regierungsrath, man solle sich heute darauf besichränken, den Wünschen, die sich in dieser Richtung geltend gemacht haben, zu entsprechen, so weit sie gerechtsertigt sind.

Ueber die einzelnen Bestimmungen des Entwurfes mache ich folgende Bemerfungen : Laut § 1 murde junachst Melchnan im Amtobegirf Marwangen in zwei politische Berjammlungen eingetheilt, von tenen die erfte aus Melchnau, Bufwul und Reifismyl und die zweite ans Gondismyl bestehen murde. Nach der Boltsgablung von 1870 gablt die Kirchgemeinde Melchnau 3536 Einwohner, wovon 1217 auf die Einwohner= gemeinde Gontismyl fallen. Auch Die Entfernung ber Bemeinde Gondismyl von den übrigen Theilen der Rirchgemeinde rechtfertigt Die Trennung ber lettern.

Die zweite Abtrennung betrifft Die Rirchgemeinde St. Immer, von welcher Billeret loggetrennt werden foll. Billeret ift eine geschloffene Ortschaft mit über 1200 Ginwohnern. Die Entfernung von St. Immer ift zwar nicht beträchtlich , allein Die Berhaltniffe find berart, daß bas Begehren ber Gemeinde

Billeret gerechtfertigt erscheinen muß. 3m Amtsbezirk Courtelary wird noch eine weitere Trennung vorgeschlagen, nämlich biejenige ber Rirchgemeinde Eramlingen in 1) Obertramlingen mit der Sektion des Bacheries Brunières von Mont Tramelan und 2) Unterstramlingen mit der Sektion tes Places von Mont Tramelan. 3th fann erflaren, daß der Berichterstatter des Regierungs: rathes sich bier dem etwas modifizirten Antrage der Kommission anschließt, welche die Gemeinde Mont Tramelan nicht in zwei Theile trennen, dagegen aber die Rirchgemeinde in drei politische Bersammlungen, ihren Einwohnergemeinden entsprechend, zerlegen will. Die Kirchgemeinde Tramlingen besteht nämlich aus den drei Einwohnergemeinden Ober-

tramlingen, Untertramlingen und Mont Tramelan.

Die lette Abanderung, welche im gedruckten Entwurfe vorgesehen ift, betrifft die Rirchgemeinte Dachsfelden im Amtsbezirte Danfter, welche getrennt werden foll in 1) Dachefelden, Saicourt und Fuet (Bellelan und la Bottiere) und in 2) Reconvillier , Saules und Lovereffe. Die Rommission schlägt auch bier eine Dreitheilung vor, nämlich: 1) Dachsfelden; 2) Reconvillier, Saules und Lovereffe; 3) Saicourt, Fuet, Bellelay und la Bottiere. Auch da schließt fich der Berichterftatter Des Regierungsrathes ben Kommiffionalantragen an. Namentlich Bellelay ift fehr weit von dem gegenwärtigen Abstimmungsorte Dachsfelden entfernt, und es wurde nach seiner topographischen Lage eher zu les Genevez oder zu Cornetan hinneigen. Zedenfalls fann man ben Burgern von Bellelay nicht zumuthen, nach Dachsfelben ju geben. Aehnliche Berhaltniffe find auch in Reconvillier, Saules und Lovereffe vorhanden, welche weit von Daches felden entfernt find.

Die Kommission will, wie bereits angedeutet, noch vier weitere Kirchgemeinden, Robrbach, Biel, Munfingen und Thun in je zwei politische Bersammlungen abtrennen. will tie Begrundung Diefer Antrage tem Berrn Berichterftatter ber Rommiffion überlaffen und nur wiederholt erklaren, daß ich gegenüber dieser von der Rommiffion vorgeschlagenen Modifitation Nichts einzuwenden, baß ich jedoch nicht Gelegen-heit gehabt habe, fie im Regierungerathe gur Sprache gu

Echerg, als Berichterstatter ber Kommiffion. Es find verichiedene Borstellungen über Erhebung von Gemeinden gu politischen Berfammlungen eingelangt. Gie zerfallen ihrer Natur nach in zwei Kategorien, nämlich in solche, welche nach der jetigen Berfaffung bebandelt und denen bemnach entsprochen werden fann, und in solche, beren Berücksichtigung nach ber Verfaffung nicht zuläffig ift. Go wünschen 3. B. Darligen und Beißigen eine Trennung, welche aber nicht gestattet werden tann, da die Nirchgemeinde Leißigen bie in der Berfaffung vorgesehene Zahl von 2000 Einwohnern nicht hat. Eine weitere Kategorie von Borftellungen zielt auf Trennung bestebenter Ginwohnergemeinden hin. Man ift der Ansicht, es fonne Diefem Gesuche nicht entsprochen werden, ba bie

bestehenden gesetlichen Bestimmungen der Tendenz, die Ginwohnergemeinden zu treinen, entgegentreten. Es ift auch eine Ungabl bon Rirchgemeinden vorhanden, welche berechtigt waren, eine Trennung ju verlangen, ba fie die verfaffungemäßigen Bedingungen erfüllen. Die Regierung hat aber geglaubt, es follen gunachst nur diejenigen berucfichtigt werden, mo die Eren-nung im unzweifelhaften Bunfch und Billen der betreffenden

Bemeinte liege.

Die Kommission hat sich mit den vom Regierungsrathe vorgeschlagenen vier Trennungen einverstanden erklart; sie glaubte aber, es ergebe fich aus ben Aften, daß noch weitere Gemeinden im Falle feien, eine Trennung zu verlangen. Es find dieß folgende Rirchgemeinden : 1) Rohrbach mit 4669 Seelen, wovon Deschenbach, welches vom Abstimmungsorte  $1\frac{1}{2}-2$  Stunden entfernt ist, losgetrennt werden soll; 2) Biel (10551 Seelen) soll getrennt werden einerseits in Biel, Leubringen und Vingelz, und auderseits in Bözingen; 3) Münsingen, wovon Stalden und Niederhüningen, welche eine Stunde vom Abstimmungsorte entfernt find, getrennt werden follen; die Kirchgemeinte Munfingen gablt eine Be-völferung von 5,283 Seelen; 4) Thun (7433 Ginwohner), von welchem Strättligen loggetrennt werden foll.

Es ergeben sich nun allerdings aus den Berichten ber Regierungsstatthalter noch fernere Begehren um Trennung von Rirchgemeinten in mehrere politische Berfammlungen. Die Regierung glaubte anfänglich, einigen bavon Rech-nung tragen zu follen, allein es war noch nicht gang flar, ob bie Trennung wirklich im alleitigen Bunsche liege, und man hat est daher vorgezogen, noch weitere Erfundigungen

einzuholen.

Daher ftellt die Rommiffion einstimmig den Antrag, jei auf das vorliegende Defret einzutreten, jedoch bie Regierung einzuladen, bis jur nachften Seffion weitere Antrage über Trennung berjenigen Rirchgemeinden gu bringen, welche verfaffungegemäß im Falle find, eine folche ju berlangen, und bei benen bicfe auch topographisch gerechtfertigt ericheint.

Flück. Ich bin fo frei, den Herrn Berichterstatter bes Regierungerathes anzufragen, ob nicht eine bezügliche Borstellung aus ber Kirchgemeinde Brienz betreffend bie Be-meinde Schwanden eingelangt fei.

herr Berichterstatter des Regierungsrathes. Es ist allerdings ein Gesuch eingelangt, welches die Trennung ber politischen Gemeinde Hofftetten in zwei politische Berfamm= lungen, hofftetten und Schwanden, verlangt. Das Gesuch frügt fich barauf, daß die Rommunifation zwischen hofftetten und Schwanden burch ben Lombach bedeutend erschwert merbe. Der Regierungsrath bat gefunden, es fei nicht wohl zuläffig, hier eine Trennung vorzunehmen, weil Schwanden bloß 89 ftimmfähige Burger babe. Auch ber Regierungsstatthalter von Interlaten hat fich tiefer Ansicht angeschloffen. Indeffen mochte ich mich beute nicht befinitiv über Diefes Wefuch ausiprechen, fondern tieg bem Defret überlaffen, welchem bie Kommission ruft. Mit der Einladung, welche die Kommission an den Regierungsrath richten will, fann ich mich einverstanden erklären. Es wird also eine weitere Vorlage an den Großen Rath gemacht werden, welcher dann nach genauer Brufung ber Verhältniffe alle berechtigten Bunfche wird berudfichtigen fonnen. Coviel fann man jedenfalls jagen, daß bas Wesuch von Schwanden nicht zu ben dringen ben gehört, fo daß man beffen Behandlung auf bas fpatere Detret ber= Schieben fann.

Klück. Die Auskunst bes herrn Berichterstatters bes Regierungsrathes bat mich nicht gang befriedigt. Bare bie Richgemeinde Brieng nicht icon fruber in mehrere Begirte getrennt worden, fo murde ich fein Wort verlieren. 1854 ift aber diese Kirchgemeinde in vier politische Versammlungen eingetheilt und Schwanden, das eine sehr rege, thätige Bevölkerung hat, mit Hofftetten vereinigt worden. Run hat vor bald 1½ Jahren der Lombach sein Bett beträchtlich vertieft und dadurch die Verbindung dermaßen erschwert, daß man Schwanden unmöglich mehr zumuthen kann, in Hofftetten zu ktimmen. Sollte dem Gesuche von Schwanden nicht entsprochen werden, so ware es weit gerechtsertigter, diese Gemeinde zu Brienz einzutheilen. Ich möchte diese Sache nicht bis zu einem kunftigen Dekret verschieben, sondern sie schon beute entscheiden.

Boivin. Ich bin fehr überrascht, daß man fur viele Gemeinden, in benen die Berhältnisse eben so ungunstig oder selbst ungunstiger find, als in den im Dekretsentwurfe aufgenommenen, keine Beränderungen vorgeschlagen hat. Ich kann mich nicht damit einverstanden erkaren, daß man jett in einigen Gemeinden Trennungen vornehmen und in den übrigen die Regulirung dieser Berbältnisse einem spatern Dekret überlassen will. Es scheint mir, es sollte diese Maßregel eine allgemeine sein und auf alle Kantonstheile gleichzeitig angewendet werden. Wenn man ein anderes Berfahren einschlägt, so könnte man glauben, es bandle sich hier um ein

Belegenheitsbetret fur die nachften Bahlen.

Es wird vorgeschlagen, Billeret von St. Immer zu trennen und zu einer eigenen politischen Versammlung zu erzheben. Run ist aber Billeret nur 20 Minuten von St. Immer entfernt, und zudem sind die beiden Ortschaften durch eine Eisenbahn mit einander verbunden, so daß daß Bedürsniß einer Trennung derselben weit weniger vorhanden ist, als in vielen Gemeinten des Oberlandes und anderer Landestheile. Reconvillier, dessen Trennung von Dachsfelden vorgeschlagen wird, ist nur 20 Minuten von diesem entfernt; die Entfernung von Loveresse beträgt ebenfalls höchstens 1/2 Stunde. Ober- und Untertramlingen, welche gleichfalls getrennt werden sollen, sind nur einen Steinwurf von einander entfernt. Mont Tramelan ist allerdings etwas abgelegener; immerhin ist die Entfernung nicht so groß wie in manchen andern Gemeinden des Jura.

Man muß daher annehmen, die ganze Borlage habe nur einen politischen Zweck. Man hat der 50er Regierung, als sie Beränderungen im Amtsbezirke Aarberg vornahm, vorzeworfen, es sei dieß ein politisches Manöver. Ich möchte nicht, daß man auch heute einen folchen Vorwurf erheben wurde Ich trage daher auf Nichteintreten an. Dagegen pflichte ich dem Antrage der Kommission bei, es sei die Regierung einzuladen, in der nächsten Session einen Dekretsentwurf über die Eintheilung des Staatsgebietes in politische Versamms

lungen vorzulegen.

Bodenheimer, Regierungerath. Herr Boivin will auf das Defret nicht eintreten. Er bezeichnet dasselbe als ein Gelegenheitsbefret und sagt, es sei auf die nächsten Nationalrathswahlen berechnet. Benn er diese Behauptung ausspricht, so ist er nur das Echo Desjenigen, was die ultramontane

Presse vorgebracht hat.

Run verhalt sich aber die Sache, wie folgt: Bereits im letten Frühling war ein Defretsentwurf über diese Angelegensheit ausgearbeitet, und es ware derselbe vom Großen Rathe bereits behandelt, wenn eine Krankheit mich nicht verhindert hatte, den Entwurf in der Frühlingssesson vorzulegen. Man sagt zwar vielleicht, auch im Frühling habe man bereits die am 31. Oktober stattsindenden Nationalrathswahlen im Auge gehabt. Die Gemeinden, in denen eine Trennung vorgenommen werden soll, sind angefragt worden und baben sich damit einz verstanden erklärt, und ich deute, diese Gemeinden werden über die Frage, mo sie abstimmen wollen, eben so gute Richter sein, wie herr Boivin. Auch die Regierungsstatthalter sind angefragt worden, und diese haben da, wo spezielle Wünsche

vorlagen, die betreffenden Gemeinden einvernommen. Aus den eingelangten Berichten ergibt es sich, daß die Tendenz dahin geht, in den Einwohnergemeinden abzustimmen. Dazu wird man wahrscheinlich gelangen, sobald die Berfassung es gestattet. Diese vestimmt nämlich, daß kirchgemeindsweise abzestimmt werden solle, und sie gestattet nur da eine Trennung, wo die Einwohnerzahl der Kirchgemeinde 2000 Seelen übersteigt. Bon dieser Besugnis, welche die Verfassung gewährt, hat der Große Rath schon mehrere Male Gebrauch gemacht. In der Gesetssammlung werden Sie verschiedene Erlasse sinden, durch welche solche Trennungen ausgesprochen werden.

Ich sehe nun nicht ein, warum man die vorliegenden Begehren zurückweisen sollte. Wie bereits bemerkt, ist es nur die Folge eines außerordentlichen Umstandes, daß das Defret erst jest behandelt werden fann. Wäre es aber früher behandelt worden, so hatte man ihm den Borwurf nicht machen können, daß es ein Gelegenheitsdefret sei. Diesen Borwurf muß ich im Namen des Regierungsrathes entschieden zurückweisen. Wenn übrigens herr Boivin den Bürgern die Stimmabgabe nicht erleichtern will, wenn er z. B. das Begehren von Billeret, wo man seit Jahren über die gegenwärtige Ginrichtung förmlich Klage führt, zurückweisen will, so will es mir scheinen, als ob herr Boivin da einen Gelegenheitsantrag stelle.

Herr Berichterstatter der Kommission. Man wirft dem Dekret vor, daß es ein Wahlmanöver sei. Ich habe bei der Berathung derselben nicht hieran gedacht, nun kommt mir aber daß Sprichwort in den Sinn: wer selbst hinter dem Ofen gesteckt hat, sucht auch Andere dahinter. Boshafte Bungen haben auch gesagt, die bei der Berathung des Gesetzes über die Störung des religiösen Friedens gefallenen Reden seien Wahlreden. Ich bin überzeugt, daß die Herren Ultramontanen nicht in dieser Absicht gesprochen haben! Der Borwurf, daß es sich hier um ein Wahlmanöver handle, könnte allenfalls gerechtsertigt scheinen, wenn man vor den in sechs Wochen vorzunehmenden Wahlen eine neue Wahlkreiseintheilung in dem Sinne machen würde, daß z. B. der Amtsbezirf Biel dem Nationalrathswahlkreise Jura zugetheilt würde. Etwas Neues wäre dieß nicht; denn 1850 sind solche Manöver gemacht worden, indem man die Amtsbezirfe Aarberg und Interlaken so eintheilte, daß nur Konservative gewählt werden konnten. So Etwas soll aber heute nicht geschehen; denn der Wahlkreis bleibt sa unverändert. Der Zweck des vorliegenden Dekretes besteht nur darin, den betreffenden Bürgern die Stimmabgabe zu erleichtern, was sowohl den Liberalen als den Konservativen zu Etatten kommt. Ich weise daher die Behauptung, daß es sich hier um ein Wahlmanöver handle, entschieden zurück.

Kötschet. Die vorliegenden Begehren find durchaus gerechtfertigt, und ich kann nicht begreifen, daß man ihnen nicht entsprechen will, trogdem sie bereits seit Jahren gestellt worden sind. Wenn später neue Begehren einlangen, so hindert Nichts, auch ihnen Rechnung zu tragen. Es ist ein demokratisches Prinzip, die Stimmabgabe möglichst zu ersleichtern, und es ist dieß um so nothwendiger, als die Bahl der Abstimmungen immer zunummt. Man hat dieser neuen Eintheilung Motive untergelegt, welche durchaus unrichtig sind. Ich glaube nicht sehlzugehen, wenn ich sage, man wolle die von den Liberalen verlangte Erleichterung der Stimmabgabe nur aus dem Grunde verweigern, weil es nicht im Programme dieser Herren liegt! (Bravo.)

Geiser, in Dachsfelden. Herr Boivin behauptet, die Gemeinden, deren Lostrennung von Dachsfelden vorgeschlagen wird, sein nicht mehr als 1/2 Stunde von biesem Orte entefernt. Dieß ist unrichtig. Loveresse ist eine ganze Stunde von Dachsfelden entsernt. Saicourt liegt hinter einem Berge und hat einen bedeutenden Umweg zu machen, um nach Dachss

felben ju gelangen. Die Entfernung von Bellelay beträgt 14/2 Stunde. Auf ber andern Seite mache ich darauf aufmerksam, daß Les Genevez und La Jour nur 10 Minuten von einander entfernt find und doch zwei verschiedene poli= tifche Berfammlungen bilden. Ich ftelle den Antrag, es fei die Rirchgemeinde Dachsfelden in drei politische Berfamm= lungen einzutheilen.

Berr Prafident. Diefer Antrag fann erft bei ber artifelweisen Berathung gestellt werden. Gegenwärtig hans belt es sich nur um die Eintretensfrage.

X. Rohler. Die Berfaffung fagt ausdrücklich, daß Kirchgemeinden von mehr als 2000 Seelen Bevölterung in mehrere politifche Berjammlungen abgetheilt werden fonnen. Durch das Gefet über die Bolksabstimmungen und öffent= lichen Wahlen vom 31. Oftober 1869 murde bestimmt, daß Die Gintheilung Des Staatsgebietes in politische Berfamm= lungen dem Defrete des Großen Rathes anheimgestellt bleibe. Es find also die Gemeinden, welche eine Trennung ver= langen, hierzu vollkommen berechtigt. Ware es aber nicht loyaler, wenn die Regierung eine allgemeine auf den ganzen Kanton bezügliche Borlage machen würde? Ich mache darauf aufmerksam, daß in vielen Gemeinden, z. B. in St. Ursit, die Verhältnisse ungünstiger sind und weit cher eine Trennung rechtsertigen würden, als z. B. in Villeret, welches ganz nahe bei St. Immer liegt und durch eine Eisenbahn mit dieser Ortschaft verbunden ist. Wäre es angesichts dessen nicht ber Fall, Die Borlage an Den Regierungerath gurudgu: weisen mit dem Auftrage, geftügt auf Die Ergebniffe der letten Boltszählung eine neue Eintheilung des Staatsgebietes in politische Versammlungen vorzulegen? Man hat gesagt, Diefe Angelegenheit ftebe schon feit langer Beit auf den Eraf= tanden. Dieß ist richtig. Ich erinnere mich, im "Progres" gelesen zu haben, daß im Juni abhin eine politische Bersammlung stattgefunden hat und in berfelben beschloffen murde, in einer Gingabe an die Regierung die Trennung gewiffer politischer Bersammlungen, sowie die Ausbehnung der Stimmabgabe auf zwei Tage zu verlangen. Rach einigen Wochen brachte der "Progress" die Mittheilung, daß der Regierungsrath auf das lettere Begehren nicht habe eintreten können. Ich finde, es handle sich hier um eine Frage der Schicklichkeit. Ich unterstüße den Antrag des Herrn Boivin, welcher das Dekret zurücweisen und die Regierung viellen mill gine vere Allermeine Rarlosse weitern einladen will, eine neue allgemeine Borlage zu bringen. Sollte aber dieser Antrag nicht angenommen werden, so muß ich erklären, daß ich nicht gegen die Antrage des Regierungsrathes stimmen kann, da sie durch die Berfassung gerechtfertigt find.

Joliffaint. herr Boivin scheint fagen zu wollen, bag man mit bem Defrete einen ahnlichen Zweck verfolge, wie bie Regierung von 1850, als fie im Amtsbezirfe Marberg eine neue Gintheilung vornahm. Diese Behauptung ist durchaus unrichtig; denn dieses Defret hat durchaus nichts Analoges mit Demjenigen, was damals in Aarberg geschehen ist. Schon der "Bans", der Moniteur der Ultramontanen, hat das vorliegende Defret als ein Gelegenheits-befret bezeichnet, und herr Boivin hat nichts Anderes gethan, als die Bemerkung des "Pays" reproduzirt. Ich bedaure dieß; denn Herr Boivin ist sonst nicht so leidenschaftlich, wie es der "Pays" zu sein pflegt.
Ich begreise nicht, wie man die Behauptung aufstellen

fann, es handle fich bier um ein Belegenheitsdefret. Wir wiffen ja, taß z. B. aus ten Gemeinden Billeret und Dachs= felden ichon seit 1869 Begehren um Trennung vorliegen. Ich mochte nun wirklich herrn Boivin und die Redaktoren des "Bans" auffordern, zu beweisen, daß man 1869 bei der Gin-reichung dieser Begehren die Nationalrathswahlen von 1875

im Auge gehabt habe!! Uebrigens mache ich barauf aufmert, im, daß durch die vorgeschlagene Trennung einiger Rirchgemeinden in mehrere politische Bersammlungen bas Ergebniß ber Bahlen nicht beeinflußt werden fann; denn die Bahlfreife bleiben gang unverändert, und es handelt fich hier nur darum, bem Burger ohne Unterschied feiner politischen Ansicht die Stimmabgabe zu erleichtern. Der Borwurf, ben man uns machen will, ware eber begruntet, wenn wir, wie es bie 50er Regierung gethan hat, Aenderungen in der Gintheilung der Wahlfreife vornehmen wollten.

Man fagt, es follte ein allgemeines Defret fur ben gangen Kanton vorgelegt werden, worin namentlich auch für ben katholischen Jura Aenderungen vorgesehen werden. katholischen Jura haben wir aber politische Bersammlungen, welche bloß 400-500-700 Seelen gablen. Man bat zwar die Zahl der dortigen Kirchgemeinden durch Berschmeljung vermindert, allein die politischen Bersammlungen find unverandert geblieben. Es ware baher die Erennung folder im fatholischen Jura nicht begrundet. Anders verhalt es fich im protestantischen Jura und im beutschen Rantonstheile. Da haben wir meift große Rirchgemeinden, Die hanfig mehrere taufend Seelen gablen. Auch find an vielen Orten einzelne Theile der Kirchgemeinden fehr weit vom Kirchenfige entfernt. Da ift es daher vollkommen gerechtfertigt, eine Trennung in mehrere politische Bersammlungen eintreten zu laffen, um bem Burger ben Gang zur Urne nicht allzusehr zu eridmeren.

pandeln wir in guten Treuen und laffen wir Bertach= tigungen bei Seite, wie sie ausgesprochen worden sind. 3ch bedaure, daß Gerr Boivin, der sonst so longl ift, sich auf biesen Boden hat hinreißen laffen.

Man wirft uns vor, wir haben mit dem Defrete die Oftoberwählen im Auge. Ihr, ihr herren Ultramontanen, habt allerdings fur diese Wahlen schon seit mehreren Tagen Guer Brogramm auf der Blattform festgestellt. Allein ich muß im Ramen der betreffenden Kirchgemeinden gegen die Absicht protestiren, die man ihnen unterschiebt. Ich weiß nicht, ob herr Boivin die vorliegenden Aften nachgelesen hat. Hat er es gethan, so wird er sich überzeugt haben, daß bie betreffenden Begehren schon mehrere Jahre alt sind und auf ihre Erledigung warten. Die Gemeinden find um fo berechtigter, Die Erledigung ihrer Gingaben zu verlangen, als man ihnen im Gefege von 1869 die möglichste Erleichterung ber Stimmabgabe in Aussicht gestellt hat.

Wenn man einwendet, einzelne der vorgeschlagenen Trennungen, z. B. diesenige von Billeret und Et. Immer, seien nicht begründet, weil die Entfernung beider Ortschaften nicht groß sei, so erwiedere ich darauf, daß bei der Beurtheilung dieser Frage die Entsernung nicht allein maßgebend ist. Die Einwohnerzahl ist in dieser Ortschaft so groß, daß es bei einer zahlreichen Betheiligung der Wähler dem Büreau fast nicht möglich ist, seine Aufgabe zu bewältigen. Seien wir gerecht und erleichtern wir überall, se es im deutschen oder im frangösischen, im protestantischen oder im katholischen Kantonstheile, dem Burger seine Stimmabgabe möglichft. — Ich stimme zum Gintreten in den Entwurf.

Hartmann, Regierungsrath. Ich ergreife das Wort, um gegen den Borwurf zu protestiren, daß man mit dem porliegenden Defret ein Wahlmanover beabsichtigt habe. Als die Frage im Regierungsrathe zur Sprache fam, war man allgemein der Ansicht, es sollte die Abstimmung ein= wohnergemeindeweise stattfinden können. Dem stand aber die Berfaffung entgegen, welche fagt, daß die Kirchgemeinden bie politischen Berfammlungen bilden sollen und nur in den= jenigen Kirchgemeinden eine Trennung vorgenommen werden durfe, welche mehr als 2000 Ginwohner gablen. Bei Aufftellung Diefer Borichrift wollte man verhindern, daß allzufleine politische Versammlungen von der Größe vieler unserer

Eifliohnergemeinden gebildet werden, von denen manche nicht einfial 100 Ginwohner zählen und daher kaum im Stande wären, ein Büreau aufzustellen. Bon der Bestimmung der Berjaffung, daß Kirchgemeinden von mehr als 2000 Seelen in mehrere politische Bersammlungen getrennt werden können, ist schon mehrmals Gebrauch gemacht worden. So hat der Große Rath unterm 19. November 1850 die Kirchgemeinde Gsteig bei Interlaten in mehrere politische Bersammlungen getrennt; ferner am 27. Februar 1858 die Kirchgemeinde Brienz. Im letztern Falle ist allerdings der Fehler begangen worden, daß man Hofstetten und Schwanden nicht trennte. Dieß fann indessen morten, der kelle im vorliegenden Defret nachgeholt werden, ind wenn herr Flück einen bezüglichen Antrag stellt, so bin ich damit einverstanden.

In dem Gefete über bie Boltsabstimmungen und öffentlichen Wahlen ist die Bestimmung aufgenommen, daß der Große Rath ein Defret über die Sintheilung des Staatsgebietes in politische Bersammlungen erlassen solle. Der Regierungsrath hatte Ihnen ein solches Defret vorgelegt, ware er nicht durch die erwähnte Bestimmung der Verfassung

gebunden gemefen.

Heute wird nun bloß für tiejenigen Gemeinden eine Trennung vorgeschlagen, aus denen Begehren vorliegen. Diese Gemeinden haben offenbar das gleiche Recht, wie diesenigen, welche früher getrennt worden sind. Wenn Sie Kirchgemeinden, wie Tramlingen mit 3461, St. Jumer mit 6930 und Dachsfelden mit 2662 Ginwohnern, in mehrere politische Versammlungen trennen, so thun Sie nichts Anderes, als die Versammlungen trennen, sorr Bodenheimer hat übrigens bereits erflärt, daß die Angelegenheit schon seit mehreren Monaten vor dem Regierungsrath lag und nur wegen der Krankheit des damaligen Präsidiums dem Großen Rathe nicht früher vorgelegt werden konnte.

Bermeille. Ich bin einverstanden, daß man dem Bürger die Ausübung des Stimmrechtes möglichst erleichtere. Ich begreife aber nicht, wie herr Jolissaint sagen kann, wir sollen gerecht sein, während er nur den Verhältnissen einzelner Gemeinden des Kantons Rechnung tragen will. Wir haben im Jura mehrere Kirchzemeinden, bei denen eine Trennung ebenso gerechtsertigt wäre, wie bei Villeret und Tramlingen. Diese Gemeinden werden im vorliegenden Entwurfe mit keinem Worte erwähnt. Man sagt uns, die vorliegenden Begehren seien schon seit 6 Jahren hängig. Allein gerade der Umstand, daß sie schon seit so langer Zeit vor den Behörden liegen und nun gerade im gegenwärtigen Momente behandelt werden sollen, läßt mich die Ansicht als eine richtige annehmen, daß es sich hier um ein politisches Manöver handle. Ich verlange, daß im Entwurfe alle Gemeinden, welche sich in ähnlichen Verhältnissen besinden, berücksichtigt werden.

Es wird Schluß verlangt.

Abstimmung.

Für den Schluß . . . . . Mehrheit.

Es wird beantragt, die Berathung hier abzubrechen und morgen fortzusegen.

Bon anderer Seite wird vorgeschlagen, die Berathung bes Defrets noch heute zu Ende zu fuhren.

Abstimmung.

Für die Bertagung auf morgen . . 70 Stimmen. Für die Fortsetzung der Berathung . 42 "

Rach dem Namensaufrufe sind 135 Mitglieder anwesend; abwesend sind 114, wovon mit Entschulzdigung: die Herren Althaus, Anken, Burthalter, Burri, Charpie, Chodat, v. Fellenberg, Friedli, Herzog, Imer, Tedermann, Lehmann in Küedtligen, Lehmann in Langnau, Lehmann in Logwyl, Meyer, Müller in Sumiswald, Oberli, Renfer in Lengnau, Röthlisberger in Walkringen, Schaßmann, Schmid Rudolf, Schwab in Nidau, Schüpbach, Seßler, Sterchi, Werren, Beller, Boß; ohne Entschuldigung: die Herren Bangerter, Bircher, Born, Bruder, Brunner in Bern, Bucher, Bühlmann, Burger, Burren, Deboeuf, Fahrnis Dubois, Fleury, Geißbühler, Gerber in Stessstäug, Gseller in Wichrach, Greppin, Großenbacher, Gruber, Grünig, v. Grünigen, Gyzar in Seeberg, Gyzer, Häberli in Münchenbuchsee, Haldenann, Hänni, Hauert, Hauser, Herren in Niederscherli, Herren in Mühleberg, Hofer in Bern, Hofer in Hasli, Hofmann, Hofftetter, Hornstein, Hurni, Jaggi, Imobersteg, Jobin, Joost, Kaiser in Grellingen, Keller, Klaye, Kuhn, Rummer in Uhenstorf, Lehmann-Cunier, Leibsundzut, Leuenberger, Liechti in Rüggsauschachen, Kinder, Wüller, Mauerhofer, Wichel in Ringgenberg, Worgenthaler, Müller in Tramlingen, Rägeli, Plüß, Rebetez, Rebmann, Reichenbach, Riat, Ritschard, Rosselter, Köhnis, Salzmann, Schertensleib, Scheurer, Schmid Andreas, Schmid in Wimmis, Seiler, Sigri, Stämpsti in Bern, Stämpsti in Uettligen, Streit, Studer, Walthrich, Bumwald, Zürcher.

Schluß ber Sigung um 65/4 Uhr.

Der Nedaktor: Fr. Zuber.

# Sechste Sigung.

Donnerstag, den 16. September 1875.

Bormittags um 9 Uhr.

Unter bem Borfite bes herrn Prafibenten Rarrer.

Nach bem Namensaufrufe find 168 Mitglieder an = wefend; abwefend find 81, wovon mit Entschuldi=gung: die herren Althaus, Anten, Arn, Burri, Charpié,

Chobat, v. Fellenberg, Feller, Herzog, Imer, Lebermann, Lehmann in Ruedtligen, Lenz, Meyer, Müller in Sumis-wald, Oberli, Renfer in Lengnau, Röthlisberger in Walstringen, Schapmann, Schmid Rudolf, Schwab in Nidau, Schüpbach, Seßler, Sterchi, Bogel, Werren, Beller; ohne Entschuldigung: die Herren Bähler, Berger, Bieri, Bruder, Bucher, Bühlmann, Burger in Angenstein, Dähler, Deboeuf, Fattet, Fleury, Galli, Geißbühler, Gseller in Wichtrach, Grenouillet, Greppin, Gruber, Gygax in Bleiensbach, Gyger, Haldemann, Hanni, Hauert, Herren in Mühleberg, Hornstein, Hurni, Johin, Leuenberger, Liechti im Rüegsauschachen, Luder, Marti, Michel in Ringgenberg, Mischler in Bablern, Müller in Tramlingen, Rägeli, Rußbaum in Worb, Beter, Reber in Niederbipp, Rebetez, Rebemann, Renfer in Bözingen, Ritschard, Ruchti, Schmid in Wimmis, Seiler, Stämpst in Bern, Streit, Studer, Walther in Krauchtbal, Willi, Wirth, Würsten, Wüthrich, Zeesiger, Bumwald. Bummald.

Die Protofolle ber beiben gestrigen Sigungen werden verlefen und genehmigt.

### Cagesordnung:

# Defretsentwurf

betreffend

# Trennung einiger Rirchgemeinden in mehrerc politische Bersammlungen.

Fortfegung ber Berathung. (S. Seite 275 bievor.)

Es folgt nun bie

Abstimmung

über bie Gintretensfrage, welche folgendes Refultat ergibt :

Fur bas Gintreten . . . . Große Mehrheit.

#### § 1, litt. a.

hier ftellt die Rommiffion den Antrag, im erften Alinea Die Worte "je zwei" zu ftreichen.

hartmann, Bize-Prafident des Regierungsrathes, als Berichterstatter biefer Behorde, ftimmt bem Antrage ber Rom= miffion bei.

§ 1, litt. a. wird mit der von der Rommission vorge= fcblagenen Streichung genehmigt.

#### § 1, litt. b.

Die Rommiffion beantragt, als litt. b. einzuschalten: Robrbach im Amtsbezirk Marwangen, in

1) Rohrbach, Rohrbachgraben, Auswyl, Rlein= dietwyl, Leimismyl;

2) Deichenbach.

Der herr Berichterstatter des Regierungsrathes er= flart fich mit bem Antrage ber Kommiffion einverftanden.

Scherz, als Berichterstatter der Kommission. Bur Begrundung bes Antrages der Kommission führe ich an, daß Defchenbach 11/2 Stunden vom bisberigen Abstimmungsorte entfernt liegt. Da die Rirchgemeinde Rohrbach ebenfalls im Amtsbezirk Aarwangen liegt, fo ift es logisch, daß die von der Rommission beantragte Ginschaltung gleich nach litt. a. (Melchnau) folge.

Der Antrag ber Rommiffion wird genehmigt.

#### § 1, litt. c.

Die Rommiffion ftellt ben Antrag, als litt. c. auf= junehmen:

Biel :

1) Biel, Leubringen und Bingelg : 2) Bogingen.

herr Berichterftatter bes Regierungerathes. Der Regierungerath tann sich dem Antrage der Rommission anfchließen, da Bogingen eine ziemlich große Einwohnergemeinde ift.

herr Berichterstatter ber Kommission. Die Rirch= gemeinde Biel hat nach ber Bolfegablung von 1870 10,551 & inwohner, wovon 8,665

auf Biel, Leubringen und Bingels und 1,886 auf Bogingen fallen. Es ift taber bier eine Trennung vollfommen gerechtfertigt.

Der Antrag ber Rommiffion wirb genehmigt.

#### § 1, litt. d (= litt. b. bes gebrudten Entwurfes.)

herr Berichterstatter bes Regierungsrathes. Die Gemeinde Billeret hat bereits mehrere Male Petitionen ein= gereicht, in denen sie zu einer eigenen politischen Bersammlung erhoben zu werden verlangte. Wenn auch Billeret ziemlich nahe bei St. Immer liegt, so rechtfertigt doch die große Zahl seiner Einwohner Trennung von St. Immer. Nach der letzen Bolkszählung haben nämlich Villeret 1268 und St. Immer 5662 Ginwohner. Benn also auch beibe Ortschaften getrennt werben, fo werben fie immerhin ziemlich große politische Bersammlungen bilben.

Benehmigt.

§ 1, litt. e (= litt. c bes Entwurfes).

Die Kommiffion beantragt folgende Faffung: Tramlingen im Amtsbezirk Courtelary in:

1) Obertramlingen und Mont Eramelan, 2) Untertramlingen.

horr Berichterftatter bes Regierungerathes. Die Rirchgemeinde Tramlingen besteht aus ben brei Einwohner= gemeinden Obertramlingen, Untertramlingen und Mont Tramelan. Die ganze Kirchgemeinde hat eine Bevölkerung von 3461 Seelen, und sie hat somit nach ber Berfassung bie Berechtigung, in mehrere politische Bersammlungen abgetheilt zu werben. Der Regierungsrath schlägt die Trennung in zwei politische Bersammlungen vor in bem Sinne, daß Oberstramlingen mit der Sektion les Bacheries-Brunières von Mont Tramelan Die eine, und Untertramlingen mit ber Sektion des Places von Mont Tramelan Die andere politische Berfammlung bilden wurde. Der Grund, warum Mont Eramelan getrennt werden foll, liegt darin, daß diefe Bemeinde aus zwei Bezirten besteht, von denen der eine naber bei Ober- und ber andere naher bei Untertramlingen liegt.

Herr Berichterstatter ber Kommission. Die Kom-mission ist mit der Trennung der Kirchgemeinde Tramlingen in zwei politische Bersammlungen einverstanden. Indessen möchte sie die Gemeinde Mont Tramelan nicht trennen, fondern gang bei ber Gemeinde Obertramlingen belaffen.

Mont Tramelan gablt bloß 187 Seelen, und es ift nach meinem Dafurhalten eine Theilung Diefer Gemeinde nach bem Befege nicht zuläffig. herr Regierungsprafident Teufcher hat in ber Kommission jugegeben , daß die Trennung nicht ge-

ftattet werden tonne.

Lehmann=Cunier. 3ch muß dem Antrage des Re-gierungerathes beipflichten. Wenn man Menderungen vor= nehmen will, fo muß man logisch zu Werte geben. Wer schmen wit, is mus man togga zu Sette gegen. Get schon in Tramlingen war, wird mit mir einverstanden sein, daß les Bacheries-Brunieres zu Obertramlingen gehören, daß aber die Sektion des Places ihrer Lage nach mit Untertramlingen verschmolzen werden muß.

Herr Berichterstatter der Kommission. Ich will auch logisch sein. Der Regierungsrath hat bei mehreren Kirchgemeinden, welche auch über 2000 Seelen zählen und eine Trennung verlangten, in eine solche nicht eingewilligt, weil sie aus einer einzigen Einwohnergemeinde bestehen und baber eine Trennung nach bem Befete nicht julaffig fei. Diefer Grundfat muß auch in vorliegendem Falle angewendet werden.

Berr Berichterstatter bes Regierungerathes. Ich lege fein großes Gerwicht barauf, daß die Gemeinde Mont Eramelan getrennt werde. Zweckmäßig ware dieß allerdings, ba die eine Sektion naher bei Obertramlingen und die andere naher bei Untertramlingen ift. Im Gesetze erblicke ich kein hinderniß. Wir besitzen bereits Einwohnergemeinden, welche in mehrere politische Bersammlungen eingetheilt find. So ift g. B. die Ginwohnergemeinde Bern in drei und die Einwohnergemeinde Saanen in zwei politifche Berfammlungen eingetheilt. Der Große Rath hat also in diefer Beziehung freie Sand und tann beschließen, mar er fur gut findet.

Herr Berichterstatter der Kommission. In dem bei den Aften liegenden Berichte des herrn Regierungspräfidenten heißt es deutlich, daß eine folche Trennung, weil ungesetzlich, nicht zulässig sei. Der herr Regierungspräsident erklärte, es sei Irrthum, wenn im vorliegenden Falle der Entwurf eine Trennung ber Gemeinde Mont Tramelan vorfebe.

Abstimmung.

Minderheit. Mehrheit.

#### § 1, litt. f.

Die Rommiffion ftellt ben Antrag, ale litt. f auf-

Munfingen im Amtebegirt Konolfingen, in:
1) Munfingen, Gyfenstein, Sautligen, Tagertichi und Rubigen;

2) Stalben und niederhunigen.

herr Berichterstatter bes Regierungsrathes. Da bie Rirchgemeinde Munfingen eine Bevolkerung von 5283 Seelen gablt, fo tann ber Regierungerath fich bem Antrage ber Kommiffion, diefe Gemeinde in zwei politifche Berfammlungen ju trennen, anschließen.

Der Antrag ber Rommiffion wird genehmigt.

§ 1, litt. g (= litt d bes Entwurfes).

Die Rom miffion fchlagt folgende Redaktion vor: Dachsfelben im Amtobegirt Munfter, in

1) Dachsfelben; 2) Reconvillier, Saules und Lovereffe;

3) Saicourt, Kuet, Bellelan und La Bottiere.

herr Berichterftatter bes Regierungerathes. Die Rirchgemeinde Dachsfelden gablt 2662 Ginmohner, ift alfo nicht fo groß, wie bie bisher behandelten Gemeinden, bei benen wir eine Trennung vorgenommen haben. Indeffen find die einzelnen Theile der Kirchgemeinde ziemlich zerstreut, und es läßt sich daher eine Trennung rechtfertigen. Dem Antrage der Kommission schließt sich der Regierungsrath an, da es wirklich zweckmäßiger ift, die Gemeinde Saicourt mit ihren zerstreuten Ortschaften zu einer eigenen politischen Berfammlung zu erheben.

herr Berichterftatter der Rommiffion. Die Rommisston hat gefunden, es solle hier eine Trennung in drei politische Bersammlungen stattfinden. Burde, wie in dem Entwurfe des Regierungsrathes vorgesehen ift, Saicourt bei Dachsfelden belaffen, fo wurden die dortigen Bahler immer= bin noch eine Stunde vom Abstimmungsort entfernt fein.

Der Antrag ber Rommiffion wird genehmigt.

#### § 1, litt. h.

Als litt. h schlägt die Rommiffion vor: Thun in :

1) Thun, Goldiwyl und Schwendibach; 2) Strattligen.

herr Berichterstatter bes Regierungerathes. Da bie Kirchgemeinde Thun 7433 Einwohner gablt und Stratt. ligen von der Stadt Thun ziemlich entfernt ift, so stimmt der Regierungerath ber von der Rommission vorgeschlagenen Trennung biefer Gemeinde in zwei politische Berfamm= lungen bei.

Benehmigt.

§ 2.

Die Rommiffion ftellt ben Antrag, als § 2 folgende Beftimmung aufzunehmen :

Der Regierungsrath wird ben Gip ber politischen

Berfammlungen bestimmen.

Bodenheimer, Regierungsrath. Es ift gestern be-merkt worden, es follte die ganze Angelegenheit zu naherer Brufung gurudgewiesen werben. 3ch wiederhole aber, daß bie ganze Frage genau studirt worden ist, wie man sich aus den Akten überzeugen kann. Jedenfalls ware es ganz un-möglich gewesen, für den Jura weitere Kreise aussindig zu machen. Der katholische Jura steht in diesem Punkte unge-mein gunftig da. Wenn die Regierung die Sache zu Gunsten einer Partei hatte einrichten wollen, so hätte sie einsach die neue Eintheilung der Kirchgemeinden im katholischen Jura als hier maßgebend bezeichnen fonnen, wobei fie gang auf fonstitutionellem Boden geblieben mare. Die Regierung hat fonstitutionellem Boden geblieben ware. Die Regierung hat es nicht gethan, sondern ist einverstanden, daß man im Jura fortsahre, in den frühern Kirchgemeinden abzustimmen. Ich muß daher den Borwurf, den man gestern erhoben hat, zurüdweisen. Herr Boivin hat bemerst, ce sei nicht nöthig, Villeret von St. Immer zu trennen, da die beiden Ortzschaften ganz nahe bei einander gelegen seien. Im gleichen Athemzuge macht er der Regierung den Borwurf, daß sie damit ein politisches Manöver beabsichtige. Diese beiden Argumente stehen mit einander im Widerspruch. Entweder wird durch die Trennung die Stimmabgabe erleichtert und dann ist das Argument unrichtig, daß die Entsernung zwischen dann ift das Argument unrichtig, daß die Entfernung zwischen ben beiben Ortschaften zu gering sei, oder es findet feine Erleichterung statt, und dann ift das andere Argument unrichtig.

Der Antrag der Rommiffion wird genehmigt.

§ 3 (§ 2 bes Entwurfes.)

Angenommen.

§ 4 (bisher § 3.)

Angenommen.

Gingang.

Der Eingang wird ohne Bemerkung angenommen.

Der herr Brafident stellt die Anfrage, ob man auf einzelne Bestimmungen des Defrets jurudzufommen oder Bufape vorzuschlagen wünsche.

Flück. Ich habe schon gestern erwähnt, daß die Ge-meinde Schwanden eine Petition um Erhebung zu einer eigenen politischen Versammlung eingereicht habe. Ich muß dieses Gesuch empfehlen. Ich habe bereits gestern gezeigt, daß die dortigen Verhältnisse berart sind, daß die Erhebung der Ge-meinde Schwanden zu einer eigenen politischen Versammlung durchaus begründet ist.

herr Berichterstatter bes Regierungerathes. fann ben Untrag bes herrn Flud jugeben. Die Gemeinden

Hofstetten und Schwanden, welche gegenwärtig zusammen eine politische Gemeinde bilden, find durch einen Bach getrennt, der oft fehr ftart anschwillt und viel Geschiebe führt. Wenn man die beiden Gemeinden trennt, so werden sie immerhin noch politische Versammlungen von einiger Bedeutung bilden, da Hofstetten 394 und Schwanden 328 Einwohner zählt. Wenn der Antrag des herrn Fluck angenommen wird, fo muß dann eine neue littera zwijchen Tramlingen und Mun= fingen eingeschoben werden, nämlich:

Brienz im Amisbezirk Interlaten in:
1) Brienz, den Gemeindebezirk,
2) Oberried und Ebligen,
3) Hofftetten,
4) Schwanden,

5) Brienzwyler, den Gemeindebegirt.

Der herr Berichterstatter ber Kommission stimmt Diefem Untrage bei.

Der Antrag des Herrn Flück wird in der vom Herrn Berichterftatter Des Regierungerathes vorgeschlagenen Faffung genehmigt.

herr Prafibent. Ich mache darauf ausmerksam, daß in Folge dieses Beschlusses das Defret vom 27. Februar 1858 betreffend Trennung der Kirchgemeinde Brienz in mehrere politische Bersammlungen aufgehoben wird. Es muß daher in § 4 beigefügt werden: "Durch dasselbe wird das Defret vom 27. Februar 1858 betreffend Trennung der Kirchgemeinde Brieng in mehrere politische Berfammlungen aufgehoben."

Diefer Antrag wird genehmigt.

herr Berichterstatter ber Kommission. Bie ich bereits gestern angedeutet, ift die Rommiffton der Ansicht, man folle nicht bei dem heutigen Dekrete stehen bleiben, sondern den Regierungsrath einladen, zu untersuchen, ob nicht andere Kirchgemeinden, gleich wie die durch das Dekret bezeichneten, im Falle sein durften, Trennung in mehrere politische Bersammlungen zu verlangen, und bis zur nachsten Seffion hier= uber Bericht zu erstatten. Der Gerr Regierungsprafitent, ber bei ber Berathung ber Kommiffion anwesend war, hat fich mit diefem Untrage einverftanden erflart.

Der herr Berichterstatter bes Regierungsrathes ftimmt biefem Antrage bei.

Schlußabstimmung.

Fur bie Annahme bes Defrets, wie es aus der Berathung hervorgegangen ift . . . Mehrheit.

Das Defret ift somit angenommen und tritt sofort in Rraft.

# Defretsentwurf

# Ausführung des Gefetes über die Sypothetartaffe.

Diefer Defretsentwurf lautet folgenbermaßen:

Der Große Rath des Rantons Bern,

in Ausführung bes \$ 38 bes Gefetes über bie Supo-thetartaffe vom 18. Juli 1875, auf ben Antrag bes Regierungerathes,

#### beschließt:

#### A. Berwaltungsorgane der Sypothetartaffe.

I. Bermaltungerath.

Die Amtsbauer bes aus 15 Mitgliedern bestehenden Berwaltungsrathes ist auf sechs Jahre festgeset; alle zwei Jahre treten 5 Mitglieder aus. Das Loos bestimmt für bas erfte Mal die Reihenfolge des Austritts. Die Austretenben find wieber mablbar.

Benigftens funf Mitglieder muffen in Bern wohnen.

Bermandte in auf= und abfteigenber Linie, fowie Bruder und Schwäger konnen nicht gleichzeitig Mitglieber bes Ber= maltungerathes fein.

Der Berwaltungerath versammelt fich auf die Ginlabung feines Brafidenten ordentlicherweise alljährlich einmal und überdieß auf das Begehren der Direktion so oft es die Geichafte erfordern. Außerortentliche Bersammlungen muffen ebenfalls ftattfinden, wenn es von funf Mitgliebern ge= wünscht wird.

Bu gultigen Beschluffen wird bie Unwefenheit von wenigstens acht Mitgliedern erfordert. Die absolute Stimmen= mehrheit der Anwesenden entscheidet. Der Brastdent hat Stimmrecht wie die übrigen Mitglieder; bei Stimmengleichbeit ist das Mehr auf Seite derjenigen Meinung, für welche fich ber Prafibent ausgesprochen hat.

Der Berwaltungerath beschließt auf bas Gutachten und ben Antrag ber von ihm zu mahlenden Direktion (§ 82 bes Befeges über bie Supothekartaffe) :

1) über alle bie Organisation und bie Wefchafteführung

betreffenben Reglemente ;

2) über bie leitenben Grunbfage, welche fur bie von ber Spothekarkaffe ju gemahrenden Darlehn gur Anwen-bung tommen follen;

3) über ben Aftivginefuß der Allgemeinen Sopothetartaffe und über die für neu bewilligte Darlehn zu beziehende Provifion (SS 15 und 16 des Gefetes über bie Spothefartaffe); 4) über bie nahern Bedingungen betreffend Aufnahme

verginslicher Depotgelber;

5) über bie nabern Bedingungen, unter welchen außeror-

bentliche Gelbanwendungen gemacht werben burfen; 6) über bie Anstellung von Abjuntten, bie er auch ju ermablen bat.

Im Fernern prüft ber Berwaltungerath bie Rechnungen und Befchaftsberichte der Unftalt.

Much fteht ihm die Befugniß gu, ber Direttion Fragen jur Begutachtung jugumeifen, welche bas Intereffe ber Unftalt betreffen.

#### II. Direftion.

#### § 5.

Die aus funf Mitgliedern bestehende Direttion ver= fammelt fich, fo oft die Befchafte es erforbern. Bu ihrer Beschluffähigfeit muffen wenigstens brei Mitglieder anwesend sein. Sie fast ihre Beschluffe mit Stimmenmehrheit, sofern das Gefet nicht ausdrucklich Einstimmigkeit (§ 3 des Gesestes über die Hypothekarkaffe) verlangt.

Der Prafident hat Stimmrecht wie Die übrigen Mitglieder; bei Stimmengleichheit ift bas Mehr auf Gette ber-jenigen Meinung, fur welche fich ber Prafibent ausge-

fprochen hat.

Die Direktion besorgt auf Grundlage der Gejete, De-frete und Reglemente Die nabere Leitung der Geschäfte. 3n6besondere liegen ihr ob :

1) der Entscheid über alle an die Sypothefartaffe ober die ihrer Berwaltung unterstellten Fonde gelangenden Dar-

lehnsgesuche;

ber Entscheid über Pfanbrechtsentlaffungen und andere in ihrer Birfung diefen gleich fommenden Befchafte;

3) ber Enticheid über außerorbentliche Geldanwendungen, innert ben vom Reglement (§ 27 bes Wefebes über bie Sypothetartaffe) aufzustellenben Schranten ; 4) Die Befchluffe uber Unhebung von Brozeffen ;

5) die Aufsicht über die Geschäftsführung ber Beamten im Allgemeinen und insbesondere die periodische Unterfuchung ber Buchführung, ber Raffe und Binsschriften ber Unftalt.

Die Direttion macht dem Berwaltungerathe bie Borschläge für die Wahl des Berwalters, des Raffiers, des Buchhalters, sowie allfälliger Adjunkte. Sie entscheidet im Weitern auf den Borschlag des Berwalters über die Anstels lung bes nothwendigen Bermaltungspersonals und bestimmt die baherigen Befoldungen.

#### \$ 7.

Die Mitglieder bes Berwaltungerathes und der Diret-tion beziehen nebst Bergutung der Reisetoften ein Taggeld, bas vom Regierungerathe festgefest wird.

Fur besondere Leiftungen einzelner Mitglieder tann ber Bermaltungerath angemeffene Entschädigungen bestimmen.

#### III. Berwaltungsbeamte.

#### 6 8.

Die Beamten ber Spothefartaffe beziehen jahrlich an Befoldung :

a. ber Bermalter

Fr. 5000 bis Fr. 6000;

b. der Raffier

4000 " " 4500;

e. ber Buchhalter

3500

Die nahere Festsetzung berfelben fteht bem Berwaltungs-

rathe zu. Die Summen, für welche bie genannten Beamten Burgichaft zu leisten haben, find bestimmt : Fr. 25,000;

Fr. 25,000; " 25,000; " 10,000.

Raffier

" " Kafter " " 20 " " Buchhalter " " 10 Die Amtsdauer dieser Beamten ift 4 Jahre.

#### § 9.

Der Verwalter, als verantwortlicher Geschäftsführer ber Anftalt, leitet die Bureaux, macht ber Direktion die Berfonal= und Befoldungevorschlage fur die nothigen Anftellungen und führt Die für Die Geschäfte verbindliche Unterschrift. Er wohnt mit berathender Stimme den Sigungen der Direttion und bes Bermaltungsrathes bei, außer wenn über feine per= fonlichen Berhaltniffe beliberirt wird.

Derfelbe trägt ber Direktion die von ihr zu behanbelnden Weschäfte vor und begntachtet Diejenigen, welche fie

ibm ju biefem 3mede überweist.

Ferner forgt er fur ben Bollzug ber Beisungen und Beschluffe ber Direktion; wenigstens alle Monate hat er die Raffe und alle brei Monate bie Bucher ber Anstalt ju untersuchen. Ueber das Ergebniß feiner Untersuchung bat er ber Direttion fchriftlich Bericht zu erstatten.

#### \$ 10.

Die Obliegenheiten ber übrigen Beamten und Angeftellten werden burch ein Reglement feftgefest.

3m Fernern bestimmt basfelbe :

1) bie Cummen, für welche die Angestellten, sowie all-fällige Abjuntte, Burgichaft ju leiften haben.

2) Die Bertretung unter ben Beamten.

#### § 11.

Jeder Beamte und Angestellte ber Sppothefartaffe ift fur feine Bandlungen, begangene Rachläffigleiten und baraus entfebende Folgen verantwortlich.

#### B. Berfahren bei Ausgahlung der Darlebu.

#### § 12.

Die Darlehn aus ber Sypothekarkaffe und ben berfelben übertragenen Bermaltungen werben von ber Bermaltung ber erftern dem Grundbuchführer besjenigen Amtsbegirtes, in welchem die Bfandfache gelegen ift, bei der Sopothefartaffe felbft ober bei der betreffenden Amtschaffnereitaffe jur Ber= fügung geftellt, wovon dem Darlehnnehmer oder deffen Bevollmachtigten fofort burch Cendbrief Renntniß zu geben ift.

Die bei ber Amtschaffnereitaffe jur Auszahlung gelan-genden Darlehnssummen find bei ber Rantonstaffe zu deponiren und hat die Berwaltung ber Spothekarkaffe fowohl ber Rantonsbuchhalterei als bem betreffenden Grundbuchführer

bavon Renntniß zu geben.

#### § 13.

Die Ausgahlung ber Darlehnssummen, beziehungsweise bie vorschriftsgemäße Berwendung berfelben burch tie Grund= buchführer gefchieht mittelft Bahlungsanweisungen an Diejenige

Raffe, bei welcher bas Darlehn zur Verfügung gehalten wird. Die Ausstellung ber Anweisungen geschieht nach ben einschlagenden Vorschriften bes Regulativs über bie Rech-

nungeführung bes Staates.

#### § 14.

Der Grundbuchführer führt eine Unweisungekontrole, in welcher jedem Darlehnsschuldner ein Conto eröffnet wird, auf welchem bemfelben bie betreffende Depotfumme zu gut und die auf biefelbe ausgestellten Anweisungen zur Laft ge= schrieben werden.

Am Ende jeden Monats ftellt der Grundbuchführer der Rantonsbuchhalterei einen Auszug aus der Anweisungskontrole ju, bestehend in einem Berzeichniß ber im Laufe bes Quar=

tals ausgestellten Unweisungen.

Diefer Auszug ift nach ftattgefundener Brufung und Anertennung bem Grundbuchführer gurudguftellen.

#### § 15.

Der Grundbuchführer hat bie Bermendung bes Darlehns mit Beforberung im Ginne bes § 12 bes Befeges über die Hypothekarkaffe zu beforgen.

#### § 16.

Befindet fich bie Supotvefarfaffe brei Monate nach erfolgter Bereithaltung ter Darlebnefumme (§ 12 bievor) nicht im Befit des vorgangefreien Pfandtitele, oder find fernere Bedingungen mahrend diefer Frist nicht erfüllt worden, so hat fie bas Recht, bas Darlehn fofort wieder einzufordern.

#### \$ 17.

Der Schuldner bes Darlebns hat an ben Amtichreiber eine Bebühr von Rp. 10 von taufend Franken und an ben Amtschaffner eine Gebühr von Rp. 15 von taufend Franken ber Darlehnsfumme zu bezahlen, jedoch bem Ginem wie bem Andern nie weniger ale einen Franken und nie mehr ale funf Franken fur ein Darlehn. Die bezahlte Gebuhr ift auf bem Titel zu bermerten.

#### C. Oberaufficht bes Staates.

#### **S** 18.

Die vom Berwaltungerath in Ausführung bes am 18. Juli 1875 vom Bolfe angenommenen Befetes und biefes Detrets zu erlaffenden Reglemente find dem Regierungerathe jur Genehmigung ju unterbreiten.

#### § 19.

Die Jahresrechnungen find mit bem Gutachten bes Berwaltungerathes bem Regierungerathe zu übermitteln.

Nach erfolgter Baffation burch biefe Behörbe foll bas Ergebniß ber Rechnung nebst bem Geschäftsbericht veröffent-

#### § 20.

Dem Regierungerath ftebt ju jeber Beit bas Recht ju, über ben Stand ber Bermaltung Bericht zu verlangen und barüber Untersuchungen anzuordnen.

#### § 21.

Dieses Defret tritt sofort in Kraft und foll in bie Sammlung der Befete und Defrete aufgenommen werden.

Durch basfelbe werden aufgehoben : 1) die Berordnung vom 4. September 1872, 2) das Reglement vom 11. Dezember 1846.

licht werden.

Bezüglich berjenigen Beftimmungen biefes lettern jeboch, die dem neu zu erlaffenden Geschäftereglement vorbehalten worden, tritt die Aufhebung erft mit Erlaß besfelben in Rraft.

### Die Distuffion über die Gintretensfrage wird eröffnet.

Rurg, Direktor ber Finangen, als Berichterftatter bes Regierungerathes. Nachbem am 18. Juli abbin bas Bolk bas neue Wefet über bie Supothefarkaffe angenommen, handelt es fich nun barum, das in § 38 diefes Gefetes vor-gefebene Bollzichungsbefret zu erlaffen. Es fagt nämlich ber § 38 : "Gin vom Großen Rathe zu erlaffendes Defret wird

bie jur Ausführung bes gegenwartigen Gefetes erforderlichen Borfchriften enthalten. Insbesondere wird dasselbe feststellen:

1. Die nabern Bestimmungen über Die Formlichfeiten, welche bei Ausgahlung ber Darlebenssummen gu beob= achten, und die Garantien, welche babei ju verlangen find:

2. Die nabern Bestimmungen über Die Organisation, Die Obliegenheiten und Befugniffe ber Berwaltungsorgane, ihre Amtsbauer und Befoldung und bie von ihnen zu leiftende Burgichaft."

Das vorliegende Detret bezwectt bie Ausführung biefer Gefetesbestimmungen. Der Regierungsrath glaubte, er jolle Die Erlaffung des Bollziehungebefretes nicht abwarten, um bie neue Organisation ber Spothekarkaffe gu konftituiren; er glaubte namentlich, es fei zweckmäßig, baß ber neue, im Gefet vorgefebene Berwaltungerath Gelegenheit erhalte, bas Defret vorzuberathen. Gin weiterer Grund zur Konftituirung bes neuen Bermaltungsrathes bestand auch darin, daß das Gefen demfelben das Borichlagsrecht fur ben Sypothetarfassaverwalter einraumt; damit nun diefe Wahl in Diefer Sigung vorgenommen werden könne, war es wunschenswerth, daß der Verwaltungsrath vorher zusammentrete. Er hat demnach das vorliegende Dekret durchberathen. Der Regierungsrath hat es in der Fassung, wie es vom Verwaltungsrathe vorgelegt wurde, mit einer einzigen Modisstation angenommen, und auch die Kommission stimmt dem Entwurfe bei. Ohne einläslicher zu sein, stelle ich den Antrag, Sie möchten in den Entwurf eintreten und ihn abschnittsweise berathen.

Michel, Fürsprecher, als Berichterstatter der Kommission. Die Rommiffion stimmt bem vorliegenden Defrete bei und empfiehlt beffen unveranderte Annahme.

Der Große Rath beschließt bas Eintreten und bie ab= fchnittemeife Berathung.

#### A. Verwaltungsorgane der Sppothekarkasse.

1. Bermultungerath.

#### §§ 1-4.

Berr Berichterstatter bes Regierungerathes. Bin= fichtlich ber Organisation ber Beborben ber Sypothefartaffe hat man sich wesentlich an Die Bestimmungen bes Gesches über die Kantonalbank gehalten. Da nämlich für die Behörden der Sypothekarkaffe eine analoge Organisation eingeführt werden foll, wie bei ter Kantonalbant, fo hielt man es für angemeffen, im Wefentlichen auch bie namlichen Bestimmungen aufzustellen. Zufolge tes Gesches besteht der Berwaltungsrath auß 15 Mitgliedern, deren Amtsdauer im Dekrete auf 6 Jahre festgescht ist. Alle zwei Jahre treten fünf Mitglieder aus. Für das erste Mal bestimmt das Loos die Reihenfolge des Austrittes. Die Austretenden sind wieder wählbar. Neu ift die Bestimmung bes zweiten Lemma's des § 1, wonach wenigstens funf Mitglieder in Bern wohnen muffen. Diese Bestimmung murde aufgenommen, weil es wünschens-werth ist, daß die fünf Mitglieder ter Direktion, welche öfter zusammentreten soll, ihrer Mehrzahl nach in der Hauptstadt

wohnen, indem dadurch der Geschäftsgang gefördert wird.
Im § 2 werden die Incompatibilitäten bezeichnet. Man fagt vielleicht, man hätte sich da auf die bezügliche Bestimmung der Verfassung berufen können. Allein auch bei der Kantonalbank hat man etwas beschränktere Incompatibilitäten angenommen, und die gleichen Grunde, welche bort bafur geltend gemacht worden find, find auch im vorliegenden Falle gutreffend. Rach & 3 verfammelt fich ber Berwaltungerath .

jährlich ordentlicher Weise einmal. Wenn einmal die Geschäfte ihren geregelten Gang nehmen, so wird eine einmalige Bersammlung genügen. Immerbin können auch außerorbent= liche Bersammlungen nothwendig werden, und es muß baher sowohl der Direkton, als einer Anzahl von Mitgliedern die Befugniß gegeben werden, ben Verwaltungerath außerordent-licher Beije einzuberufen. Bu gultigen Beschluffen wird bie Anwesenheit von wenigstens acht Mitgliedern erfordert. Die absolute Stimmenmehrheit ber Anwesenden entscheidet. Reu ift die Bestimmung, bag ber Brafibent Stimmrecht habe, wie Die übrigen Mitglieder. Es ift bieg rationeller als bas ge= wöhnliche Berfahren, wonach bem Brafidenten nur bei Stimmengleichbeit ber Stichentscheib gutommt. In § 4 werden bie Geschäfte bes Bermaltungerathes aufgezahlt. Ich empfehle ben Abschnitt I ju unveranderter Annahme.

Abschnitt I wird ohne Ginsprache genehmigt.

#### II. Direttion.

#### SS 5-7.

herr Berichterftatter bes Regierungerathes. Nach 5 versammelt fich die aus funf Mitgliedern beftehende Direftion, fo oft die Gefchafte es erfordern. Bu ihrer Be-fcuffahigfeit muffen wenigftens brei Mitglieder anwefend fein. Sie faßt ihre Befchluffe mit Stimmenmehrheit, fofern bas Gefet nicht ausbrudlich Einstimmigfeit verlangt. Auch hier hat ber Brafident Stimmrecht wie bie übrigen Mit= glieber.

In § 6 werden bie Kompetengen ber Direktion naber mmt. Da der Entwurf Ihnen gedruckt ausgetheilt worden bestimmt. ist, so halte ich es nicht für nothendig, darauf näher einzustreten. Nach § 7 beziehen die Mitglieder des Berwaltungs-rathes und der Direktion nehst Bergütung der Reisekosten ein Taggeld, das vom Regierungsrathe festgesetzt wird. Auch bei der Kantonalbank gilt diese Bestimmung. Für besonder Leistungen einzelner Mitglieder kann der Verwaltungsrath ausenwessene Ertschößigungen hostimmen. Es merden 2 Raus angemeffene Entichabigungen bestimmen. Es werden 3. B. aus der Mitte des Berwaltungsrathes Cenforen bezeichnet werden, welche gur Brufung der Rechnungen mehrere Lage in Bern zubringen muffen. Solche Leiftungen muffen besonders ents schädigt werben.

Genehmigt.

### III. Berwaltungsbeamte.

#### §§ 8-11.

herr Berichterstatter bes Regierungerathes. Der 8 8 fest die Befoldungen der Beamten der Sypothefarfaffe fest. Im Schoofe des Berwaltungsrathes ist der Bunsch ausgesprochen worden, es möchte das Maximum der Besol-dungen erhöht werden. Der Verwaltungsrath hat aber nach einläßlicher Berathung gefunden, es sei, nachdem der Große Rath erst im Laufe dieses Jahres die Besoldungen der Be-amten festgesett, nicht passend, schon jest eine Abanderung vorzunehmen. Der Verwaltungsrath hat sich auch gesagt, wenn die Hypothekarkasse auf Grundlage des neuen Gesetzes eine gedeihliche Entwidlung nehme und ihr Gefchaftsverfehr fich bedeutend vermehre, fo werde ber Große Rath ficher geneigt fein, die Befoldungen nach bem Bedurfniß festzuseten. Die Burgichaften find im Defrete etwas herabgefest. Inbeffen halte ich bafur, fie seien immer noch hoch genug. Was bie Amtsbauer betrifft fo bat ber Doch genug. Bas Die Amtsbauer betrifft, fo hat ber Berwaltungerath vorgeschlagen, sie auf sechs Jahre festzuseten wie bei ben Kantonalbankbeamten. Der Regierungsrath hat aber gefunden, es seinen keine Beweggründe da, um von der allgemeinen Regel einer vierjährigen Amtsdauer abzuweichen. Auch im Schooße der Kommission ist der Antrag des Berwaltungsrathes nicht wieder aufgenommen worden. Der § 9 bestimmt die Pflichten des Berwalters näher. In § 10 wird gesagt, daß die Obliegenheiten der übrigen Beamten und Angestellten durch ein Reglement festgesetzt werden. Dieses Reglement wird vom Berwaltungsrathe erlassen und ist der Genehmigung des Rezierungsrathes du unterstellen. Der § 11 spricht die Berantwortlichkeit der Beamten und Angestellten der Hypothekarstasse für ihre Handlungen, begangene Nachlässissisteiten und daraus entstehende Folgen aus. Diese Bestimmung versteht sich im Grunde von selbst, indessen schades nichts, sie hier aufzunehmen.

Angenommen.

#### B. Verfahren bei Auszahlung der Darlehn.

#### SS 12-17.

Herr Berichterstatter des Regierungsrathes. Früher wurde das Berfahren beobachtet, daß die Hypothekarkasserwaltung die bewilligten Darlehenssummen den Amtsschreibern jeweilen direkt zusandte und sie durch diese letzern den betreffeuden Schuldnern auszahlen ließ. Schlimme Erfahrungen, die man in dieser Richtung gemacht, bewogen den Regierungsrath, im Jahre 1872 ein anderes Berfahren, nämlich das in der ganzen Staatsverwaltung befolgte Anweisungssschstem einzusühren. In Folge dessen sind feit drei Jahren die Darlehn nicht direkt an die Amtschreiber gesandt, sondern dei der Kantonskasse deponirt worden; diese schickt sie den Amtschaffnern zu, welche sie auf Anweisungen hin den Amtschreibern zur Berfügung stellen. Man glaubte anfänglich, es werde daburch die Auszahlung verschleppt. Auf daherige Retlamationen hin hat man aber die nöthigen Borkehren getroffen, um diesem Uebelstande abzuhelsen, und es ist gegenswärtig kein Grund zu Klagen vorhanden, während auf der andern Seite eine viel schärfere Controle erzielt wird, was sowohl im Interesse des Staates als der Hypothekarkasse liegt. Ich empsehle daher das hier vorgeschlagene Berfahren, welches nur eine Bestätigung der vom Regierungsrath vor drei Jahren ausgestellten Berordnung ist.

Herr Berichterstatter ber Kommission. Die Kommission begrüßt das bier vorgeschlagene Berfahren betreffend die Auszahlung ber Darlehn. Es ist früher vorgekommen, daß bei solchen Auszahlungen der Staat zu Schaden kam, indem die Auszahlung nicht erfolgte. Es ist nun Borsorge getroffen, daß dieser Fall nicht mehr eintreten kann.

Ohne Ginfprache genehmigt.

#### C. Oberaufsicht des Staates.

#### §§ 18-21.

herr Berichterstatter bes Regierungsrathes. Es werden verschiedene Reglemente aufgestellt werden muffen, nämlich ein solches über die Pflichten und Obliegenheiten der Angestellten und ein Geschäftsreglement. Im Gesche ist zwar nicht gesagt, daß diese Reglemente der Genehmigung des Resgierungsrathes unterliegen, ich glaube aber, es sei im Sinn

und Geiste bes Gesetz, daß dieß geschehe, da es zum Oberaufsichtsrecht des Staates gehört. Das vorliegende Dekret soll nach seiner Annahme sofort in Kraft treten. Durch dasselbe werden aufgehoden die Berordnung vom 4. September 1872 betreffend das Berfahren bei Auszahlung der Darlehn, und das Reglement vom 11. Dezember 1846. Bezüglich derzienigen Bestimmungen dieses letztern, die dem neu zu erzlassend Geschäfterglement vorbehalten bleiben, tritt die Aushebung sedoch erst mit Erlas besselben in Kraft. Ich denke, der Berwaltungsrath werde sich nach der Erlassung des vorliegenden Dekretes sofort versammeln, um das Resglement auszuftellen und dem Regierungsrathe vorzulegen.

Benehmigt.

# Gingang.

Der Gingang wird ohne Bemertung angenommen.

Auf die Anfrage des Herrn Brafibenten, ob man auf einzelne Bestimmungen zurudzutommen oder Bufage vorsuschlagen muniche, ergreift Niemand das Wort.

#### Befammtabstimmung.

Da fein Antrag auf Berwerfung des Defretes gestellt worden ift, so wird basselbe als angenommen betrachtet.

### Bahl eines Mitgliedes des Obergerichts

am Plat bes verftorbenen Berrn Favrot.

Bon 133 Stimmenden erhalten im ersten Wahlgang:
Serr Migh . . . . . 104 Stimmen.
"Bermeille . . . . 8 "
"Beuenberger . . . . 6 "
"Bügberger . . . . 4 "
Die übrigen Stimmen zersplittern sich.

Gemablt ift somit herr Begirfeprofurator Baul Migh in Bruntrut.

#### Wahl eines Mitgliedes des Obergerichts

am Blat bes verftorbenen Berrn Imoberfteg.

Die übrigen Stimmen zersplittern sich. Gewählt ift somit herr Fursprecher Rudolf Leuen = berger in Bern.

2,750

### Wahl des Obergerichtspräsidenten.

Von 10	8 Stimmende	n erha	lten im	erften	Wo	ihlgang:
<i>Ş</i> er	r Leuenberge	r .	•		97	Stimmen.
"	Blumenftei	n.			3	,,
,,	Lerch .				3	"
,,,	Marti .				2	<i>"</i>

Die übrigen Stimmen zersplittern fich. Es ist also gewählt herr Oberrichter Rudolf Leuen= berger.

#### Wahl des Sypothekarkassaverwalters.

Bon 117 Stimmenden erhalten im erften Bahlgange: herr Zbinden . 108 Stimmen. Hügli 1 Stimme.

Die übrigen Stimmen zersplittern fich. Gewählt ift also herr Christian & binden, bisheriger Spothekarkaffaverwalter.

# Wahl des Regierungsstatthalters von Fraubrunnen.

Borichlag des Amtsbezirks:

- 1) Berr Friedrich Laufer, Amtsgerichtsweibel in Frau-
- 2) herr Amteverweser Ulrich Burt halter in Fraubrunnen.

### Vorschlag des Regierungsrathes:

- 1) Berr Großrath Friedrich Schwab, in Buren gum Sof;
- 2) Berr Großrath Friedrich Buber in Rirchberg.

Bon 117 Stimmenden erhalten im ersten Wahlgange: Berr Burkhalter 92 Stimmen. . . . Läufer 15 Schwab

Die übrigen Stimmen zerfplittern fich. Gewählt ift somit herr Ulrich Burthalter, Amtsver= mefer in Fraubrunnen.

#### Wahl des Gerichtspräsidenten von Trachjelwald.

Borichlag bes Amtsbezirks:

- 1) Berr Friedrich Bugberger, Cohn, Fürsprecher in Langenthal,
- 2) Berr Friedrich Minber, Amterichter in Buttmyl.

#### Borichlag des Obergerichts:

- 1) herr Gottlieb Leng, Fürsprecher in Bern. 2) herr Karl Stoof, Fürsprecher in Bern.
- Bon 117 Stimmenden erhalten im erften Bablgange: Berr Bugberger 110 Stimmen.

Minder . Stook 2

Die übrigen Stimmen zersplittern fich. Es ist somit gewählt herr Friedrich Bügberger, Sohn, Fürsprecher in Langenthal.

# Bertauf bon gur Pfrund Rirchlindach gehörenden Grundfinden.

Der Bortrag des Regierung grathes wird verlefen; es lautet derfelbe, wie folgt:

Berr Brafident, Meine Berren,

Bur Pfrunddomane in Kirchlindach gehören, nebst Garten und Umschwung, 1 Scheune und 17 Jucharten 9500 [ Land. Diese in 7 Stücken bestehende Domane ist vom Pfarrer in Kirchlindach nie selbst, sondern immer nur durch Unterpachtung benutt worden. Bei Unlaß der Erles bigung der Pfarrerftelle ließ daher die unterzeichnete Direftion über Das fammtliche Brundgut eine öffentliche Rauffteigerung abhalten, deren Resultat folgendes ift :

Es murde nämlich geboten :

I. Im fammthaften Ausrufe auf jammtliche Liegenschaften mit Scheune . . . . . . . . . . . . Fr. 28,000

II. 3m einzelnen Ausruf auf :

1) Pfrundscheune, Gebaudeplat, Hofraum, Scheune, Garten und Die Pfrundmatte von vier Jucharten 25,000 []' 15,000 Die Grunoftenerschatzung betragt Fr. 10,640

2) Die obere Pfrundmatte von 6 Jucharten 25,000 [ 8,000 Die Grundstenerschapung ist Fr. 7860.

3) Den Bergader, von 1 Juchart 25,000 I' bei der Steigerung Fr. 2000. Die Grundsteuerschatzung beträgt Fr. 1410. Für Diesen Ader murde nach ber Steigerung eine Ronfurreng eröffnet und an diefer ein Un: gebot gemacht von

Den Beundacker, von 1 Juchart 35,000 []', Grundsteuerschatzung Fr. 1870 5) Den Leutschenader von 11/2 3,300

Jucharten, Grundsteuerschatzung Fr. 1750 3,000

6) Den Ortschwabenader von 37,000 []', Grundfteuerschagung Fr. 1310 2,000

7) Das Beundenackerli von 15,000 []', Grund= steuerschatzung Fr. 370 700 Die unterzeichnete Direktion halt nun dafur, daß weder von den Bebauden, noch von den beiden Afrundmatten

sub 1 und 2 hievor etwas veraußert werden, fondern diefes Alles intakt der Pfrund Rirchlindach erhalten bleiben follte. Sie findet die gemachten Angebote viel zu gering, und übrigens wunschen die Gemeindebehorden von Rirchlindach , daß eine

Beräußerung nicht stattfinden möchte.

Anders verhalt es fich mit den übrigen, dem Pfrundfit mehr oder weniger entlegenen andern Grundftuden sub Rr. 3 bis 7 hievor. Wenn nach dem hierfeitigen Antrage die beiden Pfrundmatten nicht veräußert werden, bleiben der Bfarre ohne Sanspläße und den Garten immerhin noch 10 Jucharten 27,500 []' Land, alfo jedenfalls genug, um sich wegen Milchlieferung u. f. w. unabhangig stellen zu können. Die Beibehaltung der übrigen Grundstücke liegt nicht einmal im Intereffe eines Pfarrers, und ba fie bedeutend höher, als die Grundsteuerschatzung ift, bezahlt werden wollen, glaubt die unterzeichnete Direftion eine Beraußerung gerechtfertigt, und fie stellt daber den

#### Antrag:

Der Regierungsrath mochte beim Großen Rathe bean-

gu beschließen :

1) Die Pfrunbicheune fammt Umichwung und Garten, sowie die Pfrundmatte sub Nr. 1 hievor und die 3,300

obere Pfrundmatte sub Dr. 2 find nicht zu veraußern, fonbern ber Pfarre Rirchlindach ju erhalten, baber bie

Angebote auszuschlagen.

2) Die übrigen funf Grundftude find ben Sochftbietenben bingugeben, und es wird bie Domanen- und Forftdirektion ermächtigt, nach den Steigerungsbedingungen vom 29. Mai 1875 die folgenden Kaufvertrage abzufchließen :

1) Für den Bergacker, Art. 3 hievor von 1 Jucharte 25,000 | mit Dr. Imobersteg für . Fr. 2,750 2) Für den Beundacker, Art. 4, von 1 Jucharte

35,000 []' mit Jatob Schonemann, Degger in Rirchlindach für

3) Für ben Leutschenacker sub 5 von 11/2 Jucharten mit Joh. Räp auf der Leutschen, für 3,000

4) Fur ben Ortichwabenader von 37,000 [ mit Gottlieb Chriften, Schmied in Rirch-

lindach, für .
5) Für das Beundackerli von 15,000 []' mit 2,000 Joh. Bucher auf ber Nüchtern, für 700

Mit Hochachtung!

Juli 1875. Bern, ten

> Der Direktor der Domanen und Forsten : Robr.

Bom Regierung grathe genehmigt und nebst Beis lagen mit Empfehlung an ben Großen Rath gewiesen.

Bern, ben 27. Juli 1875.

Im Ramen bes Regierungerathes, Der Präsident:

> Teufcher. Der Rathsschreiber: Dr. Trächsel.

Robr, Direktor der Domanen und Forften, als Berichterstatter bes Regierungsrathes, empfiehlt unter Sinwei-fung auf ben verlefenen Bortrag, bie Antrage des Regierungerathes zur Genehmigung.

Scherz, als Berichterstatter ber Kommission. Die Kommission stimmt ben Antragen bes Regierungsrathes bei. In bem schriftlichen Bortrage wird zur Begründung biefer Antrage angeführt, ber Pfarrer habe die betreffenden Grundftude nicht felbst benutt und behalte Land genug, um sich wegen Milchlieferung unabhängig zu stellen. Solche Grunde follten in den Borträgen des Regierungsrathes nicht ange-führt werden; denn es ist durch das Gefetz reglirt, was der Pfarrer zu beanspruchen hat. Der Staat bat baber berartigen Grunden feine Rednung zu tragen

Die Antrage des Regierungsrathes werden genehmigt.

# Bertauf des zur Pfarrei Leißigen gehörenden Frikenbachgutes.

Der Bortrag bes Regierungerathes, welcher verlesen wird, lautet folgenbermaßen :

> Berr Prafident, Meine Berren!

Bur dato erledigten Pfarre Leißigen gehört nebst Garten und Umschwung ber Gebaude eine Sausmatte von 5 Jucharten 14,780 []' und die vom Pfarrsige ziemlich entfernte Matte Fribenbach genannt, mit einer für Fr. 600 im Grundsteuer= register eingetragenen und für Fr. 300 brandversicherten Scheune von 5 Jucharten 22,000 []' Flächeninhaltes.

Diefes Grundftud wurde vom Bfarrer niemals felbft benutt, fondern immer unterpachtet, und baher ließ untergeichnete Direktion über basselbe am 24. verfloffenen Juni eine öffentliche Kaufsteigerung abhalten, an welcher Ulrich Tschannen im Frigenbach zu Leißigen das höchste Angebot mit Fr. 8100 gemacht hat. Die Grundsteuerschatzung der Matte mit Scheune beträgt Fr. 4871) und ist also durch das An-gebot um Fr. 3730 überschritten.

Die unterzeichnete Direftion balt bafur, eine Beraußerung fei um fo mehr gerechtfertigt, da bie vom Pfarrer felbft benutte Pfrunddomanc ungeschmalert bleibt und die gebotene Summe fur den Frigenbach beinahe bas Doppelte ber Grund=

ftenerschatzung beträgt, und fie ftellt baber ben

#### Antrag:

Der Regierungsrath modite beim Großen Rathe bean= tragen, die Domanendireftion zu ermächtigen, bas Frigen-bachgut ber Pfarre Leißigen an ben Sochstbietenden Ulrich Tschannen fur fein Angebot von Fr. 8100 nach bem Steis gerungsprotofoll vom 24. Juni hinzugeben und ben daherigen Raufvertrag mit bemfelben abzuschließen.

Mit Hochachtung!

Bern, ben 3. Juli 1875.

Der Direktor ber Domanen und Forften : Rohr.

Bom Regierungsrathe genehmigt und mit Em= pfehlung an den Großen Rath gewiefen.

Bern, den 7. Juli 1875.

Im Namen bes Regierungerathes, Der Prafident : Teuscher. Der Ratheschreiber : Dr. Trächfel.

Die Kommiffion stimmt bem Antrage des Regierungs= rathes bei.

Benehmigt.

# Bertauf bon Pfrundland zu Sabtern.

Der Bortrag bes Regierungsrathes, welcher verlefen wird, lautet:

> Berr Brafident! Meine Berren!

Die Pfrundbomane Sabfern besteht aus vier Scheunen und girka 14 Jucharten Land. Das Gange ift dem Pfarrer für Fr. 440. 60 verpachtet.

Bon diefer Domane find zwei Grundftude von ber übrigen Domane entlegen und nie felbst vom Pfarrer benutt, fondern immer in Unterpacht gegeben worden, und zwar bie Sab= bachmatte, mit einer Scheune, von zirka 5 Jucharten Flachen= inhalt und eine Matte, Lauiftuhl genannt, ebenfalls mit einer Scheune, von girta 5. Jucharten Halts. Die erstere Diefer Liegenschaften verursacht bem Staate wegen immer wiederfehrender Abrutschungen und Berheerungen burch ben Sabbach fast alljährlich wiederfehrende fehr beträchtliche, ja felbst ben Pachtzins überfteigende Roften, und begwegen murbe vom

Amtschaffner der Antrag auf Beraußerung biefer zwei Liegen= schaften gestellt. Der gegenwärtige Pfarrer, Berr Simmen, widerfette fich zwar einer Beraußerung, allein in allen feinen baberigen Buschriften ift auch nicht ein haltbarer Grund fur Die Beibehaltung Diefer Liegenschaften enthalten, und baher ließ unterzeichnete Direktion am 8. Juli 1875 eine öffentliche Steigerung abhalten, an welcher

1) auf die Babbachmatte 2) auf ben Lauiftubl . , 6,500

geboten worden find.

Die Grundsteuerschatzung fur Die Habbachmatte beträgt Fr. 4,850 und biejenige bes Lauiftuhls . 5,930 Gleichwohl hielt unterzeichnete Direktion die Angebote für zu niedrig und ließ am 7. dieß eine zweite ober Nachsteige= rung abhalten.

An dieser nun bot 1) auf die habbachmatte mit Scheune :

Heinrich Blatter, Sohn in Wanni in Habkern Fr. 6,400 alfo Fr. 500 über bas Angebot an ber erften Steigerung und Fr. 1,650 über bie Grundfteuerschatung ;

2) auf den Lauistuhl mit Scheune :

Johann Tschiemer, Cohn, am Magisbach in Hab-tern Fr. 7750, also Fr. 1250 mehr als das Angebot an der erften Steigerung und Fr. 1820 mehr als die Grundftener-

Schatzung.

Die unterzeichnete Direktion halt nun bafur, es liege durchaus kein Grund zur Beibehaltung dieser zwei Liegenschaften vor, eine Beräußerung könne die Interessen der Pfrunddomane in keiner Weise schädigen, liege aber entsichieden im Interesse bes Staates, und deswegen stellt sie ben

#### Antrag:

Der Regierungerath mochte beim Großen Rathe beantragen, die unterzeichnete Direktion zu ermächtigen :
1) Die habbachmatte an heinrich Blatter,

Fr. 6,400 ,, 7,750 Sohn, für 2) ben Lauistuhl an Johann Tschiemer, für ju beräußern und die Raufvertrage nach ben Steigerungsprototollen vom 8. Juli und 7. September 1875 abzuschließen .

Mit Hochachtung!

Bern, ben 13. September 1875.

Der Direktor ber Domanen und Forften : Rohr.

Wom Regierungerathe geuehmigt und nebft Beilagen mit Empfehlung an ben Großen Rath gewiefen.

Bern, ben 14. September 1875.

Im Namen des Regierungsrathes, Der Präfident:

Teuscher. Der Rathsschreiber: Dr. Trächfel.

Die Kommission pflichtet bem Untrage bes Regie= rungerathes bei.

Benehmigt.

# Bertauf des Abbruchsmaterials des alten Zenghauses in Bern.

Der Regierungsrath ftellt ben Antrag, bas Abbruch= material des alten Beughaufes in Bern bem Baumeifter Dahler in Bern um die angebotenen Fr. 30,000 zu verfaufen.

Rohr, Direftor der Domanen und Forften, als Bericht= erstatter bes Regierungsrathes. Laut Hebereinfunft betreffend die Militärbauten foll bas Areal des alten Zeughaufes in Bern veräußert werden. Das neue Zeughaus ift nahezu fertig und kann im November bezogen werden, fo daß es an der Zeit ift, mit dem alten Zeughaufe aufzuräumen. Sowohl über die Bauplate, als über das Abbruchmaterial ift eine Steigerung abgehalten worden. Für das lettere ift an der Steigerung nicht ein hinlangliches Angebot erfolgt. Von den Experten, welche im Jahre 1872 eine Schatung vornahmen, veranschlagten die einen bas Abbruchmaterial auf Fr. 20,000, die andern auf Fr. 30,000. An der Steigerung fiel von herrn Baumeister Dahler ein Angebot von Fr. 21,300. Der Regierungerath schlug dasselbe, weil zu niedrig, and. hierauf wurde eine Konkurreng eröffnet, in Folge welcher zwei An-gebote einlangten, das eine im Belaufe von Fr. 27,000 von den Herren Hofstetter und Mader, und das andere mit Fr. 30,000 von Herrn Baumeister Dahler. Es wird nun vorgeschlagen, bas lettere Angebot anzunehmen.

Scherz, als Berichterstatter der Kommission. Die Kommission stimmt dem Antrage des Regierungerathes bei. habe Belegenheit gehabt, mich mit fachverftandigen Architeften zu besprechen, und diese haben mir mitgetheilt, daß bie von Herrn Dahler gebotene Summe viel zu hoch fei.

Der Antrag bes Regierungsrathes wird genehmigt.

# Berkauf des Areals des alten Zenghauses in Bern.

Der Regierungsrath fucht um die Ermächtigung nach : 1) Die Abtheilung I. des Areals des alten Benghaufes in Bern, umfaffend die Bauparzellen 2, 3, 4 und 5 langs der Schütte, ben Sochstbietenden, Architeft Dahler und Rotar Saggi, jum Breise von Fr. 8 per Quadratfuß nach ben Steigerungsgedingen und mit Aufhebung jeder Gemahrspflicht Seitens bes Staates hinzugeben und den daherigen Raufvertrag abzuschließen;

2) alle übrigen an der Berkaufssteigerung vom 21. vorigen Monats gefallenen Angebote auszuschlagen und eine zweite Steigerung ober Konfurrenzeröffnung im geeig=

neten Beitpunkt anzuordnen.

Rohr, Direktor ber Domanen und Forften, als Bericht= erstatter bes Regierungsrathes. Das Beughausareal wird nach Forträumung des Abbruchmaterials fofort für Bauplage verfügbar. Es ift beghalb im August abhin eine Steigerung über ben ganzen Komplex abgehalten worden. Man hat zwei Blane aufgestellt. Nach bem einen wurden zwei Straßen in Aussicht genommen, um möglichst viele Bauplage zu erhalten. Der andere Blan nahm bloß eine Straße in Aussicht, fo baß babei große Komplege jum Bertaufe gelangten. Diefes Berfahren wurde beghalb eingeschlagen, um einerseits ben Breis ber einzelnen Sausplate fteigern zu konnen und anberfeits ben Baufpekulanten Belegenheit zu geben, größere Rom= plege anzukaufen.

An der Steigerung ift bloß auf die weniger werthvollen, nämlich auf die langs ber Schutte, also gegen Rorden lie= genden Baupläße ein annehmbares Angebot gefallen. In der Domänen-Liquidationsschaßung ist der ganze Kompley auf Fr. 595,000 gewerthet. Bertheilt man diese Summe auf die einzelnen Pläße, so muß der Quadratsuß Fr. 6. 50 gelten, damit dieser Erlöß erreicht werde. Tabei sind jedoch die Straßen nicht in Abzug gebracht. Bieht man sie ab, und berücksichtigt man auch die Lage der einzelnen Baupläße, so stellen sich die Preise für die hintere Reihe auf Fr. 7–8, für die mittlere auf Fr. 10–11 und für die vordere auf Fr. 12–14 per Quadratsuß. Run ist auf die hinterste Reihe ein Angebot von Fr. 8 per Quadratsuß gefallen, während für die werthvolleren Baupläße sich keine Kauslust gezeigt hat und bloß Fr. 5 für den Totalkompley und Fr. 7–11 für einzelne schönere Baupläße geboten worden sind.

Diefe letteren Angebote hat der Regierungsrath sofort ausgeschlagen, weil er überzeugt ist, daß die Plate nicht nur

mehr werth find, fondern auch mehr gelten werden.

Was dagegen das Angebot von Fr. 8 für die hintere Reihe betrifft, so glaubt der Regierungsrath, es sei dasselbe ziemlich hoch, und er beantragt daher die Hingabe des betreffenden Kompleres. Es ist zudem gut, daß mit dem Ban der Gebäude begonnen werde, da dieß in Kurzem eine weitere Steigerung nothwendig machen wird. (Der Reduer theilt nun die Anträge des Regierungsrathes mit und empsiehlt sie zur Annahme.)

. Genehmigt.

### Taufdvertrag mit der Jurabahngesellschaft.

Der Regierung grath stellt ben Antrag, ber Jurabahngefellschaft statt bes auf ber Westseite der Großen Schanze in Bern behufd Erstellung eines Administrationsgebaudes verkauften Bauplatzes einen ungefähr gleich großen auf der Ostseite der großen Schanze, in östlicher Berlängerung der Entbindungsanstalt, abzutreten unter Zugrundelegung eines Kauspreises von 4 Fr. per Duadratsuß für den neuen Bauplatz.

Die Kommiffion stimmt bem Antrage des Regierungs= rathes bei.

Rohr, Direktor der Domänen und Forsten, als Berichterstatter des Regierungsrathes. In einer frühern Session haben Sie der Jurabahngesellschaft einen Bauplatz auf der Großen Schanze zum Preise von Fr. 3. 50 per Duadratsuß verkauft. Sie haben diesen Berkauf ohne vorhergegangene Steigerung bewilligt und zwar mit Rücksicht darauf, daß die Jurabahn zwar nicht eine gemeinnüßige Unternehmung im strengen Sinne des Gesetes, allein doch ein gemeinnüßiges Wert ist, und namentlich, weil der Staat als Hauptaktionär mit 27 Millionen dabei betheiligt ist und tie Jurabahn in Berbindung mit der Berne-Luzernbahn eigentlich als eine Staatsbahn betrachtet werden kann. Aus diesem Grunde haben Sie gefunden, es sei nicht der Fall, den Bauplatz an eine öffentliche Steigerung zu bringen, um ihn der Jurabahn möglichst theuer zu verkausen, sondern Sie haben einen Preis unter Brüdern festgestellt.

Als tie Jurabahn ben Bau beginnen wollte, stellte es sich heraus, tag tie Funtamente so tief gelegt werden müßten, daß die Jurabahn dadurch einen beträchtlichen Schaden erslitten hätte. Nach ihrer Berechnung hätte sie nämlich für die Mehrfundationen eine Summe von Fr. 108,000 ausgeben mussen. Bereits in der betreffenden Sigung des Großen

Rathes ist Ihnen mitgetheilt worden, daß an dieser Stelle der alte Schanzengraben sich befunden, und daß man wenigsstens bis auf die Tiefe dieses Grabens fundiren musse, was eine Preisreduktion auf Fr. 3. 50 gerechtsertigt erscheinen lasse. Run hat es sich aber gezeigt, daß man nicht nur bis auf die Grabensohle, sondern viel tiefer fundiren muß, da der Molassehigel, anf welchem Bern liegt, dort bis an die Oberfläche steil aufsteigt und auf der Mitte des Banplages wieder steil abfällt. Demnach hätte die Hälfte der Façade des zu erstellenden Gebäudes auf Felsen und die andere Hälfte auf Auffüllung errichtet werden mussen, wobei man Senkungen und Spaltungen des Mauerwerks zu erwarten gehabt hätte.

Die Jurabahngesellschaft stellte daher das Begehren, es möchte der Plat mit einem andern vertauscht werden. Der Regierungsrath uahm keinen Anstand, auf dieses Begehren einzutreten. Es ist zu bemerken, daß, wenn der Plat parzellirt und nicht ein großartiges Gebäude darauf erstellt wird, dann die Berschiedenartigkeit des Baugrundes nicht in Betracht fällt. Man wird also zu jeder Zeit Fr. 3. 50 aus dem Duadratsuß lösen. Der Regierungsrath erklärte sich bereit, dem Großen Rathe das Gesuch der Jurabahn zur Berücks

sichtigung zu empfehlen.

Der Bauplat, ben man ihr nun anweisen will, liegt öftlich von der Entbindungsanstalt. Dieser Plat ist seiner Lage nach weniger werthvoll, als der gegenwärtig im Besitze der Jurabahn sich besindliche, weil dieser nicht verbaut werden kann, während dieß bei dem neuen Bauplatze möglich ist. Dagegen besitzt letzterer weit besseren Baugeund, weßhalb man von der Jurabahn dafür Fr. 4 per Quadratsuß verlangt hat. Die ganze Schanze steht mit einer Summe von Fr. 900,000 auf dem Liquidations-Etat, und zwar hat man dabei angenommen, die Halde werde zu Fr. 1. 50 bis 1. 60 und die übrigen Theile zu Fr. 2 per Quadratsuß versauft werden können. In diesem Preise sind die Straßen inbegriffen. Bieht man sie nicht in Rechnung, so muß man für den einzelnen Bauplaß ungefähr das Doppelte berechnen. Wir müssen also das Schanzenterrain zu Fr. 3—4 per Quadratsuß und wo möglich noch theurer versaufen. Dieß ist der Preis, wie er von den Experten seisgesetzt worden ist. Die Jurabahn hat denn auch den gesorderten Preis angenommen.

Allerdings hatte man bei einer öffentlichen Steigerung vielleicht Fr. 4. 20 ober Fr. 4. 50 lojen können, schwerlich aber wurde sich bei einem noch höhern Preise ein Käufer gefunden haben. Bei allen Berkaufen von Bauparzellen in der Stadt Bern hat bisher kein einziger Private einen Bauplat ersteigert. Dieß geschieht nur von Seite der Baufpekulanten, die zudem ganz vorsichtig vorgehen, da viele Bauplate vorhanden sind. Es ware daher auch unklug, auf einmal allzuviel auf den Markt zu bringen, da man dadurch den Preis nur herabs

drucken murde.

Bu Gunften bes Antrages bes Regierungsrathes läßt sich noch anbringen, daß, wenn einmal das Gebäude der Jurasbahn dasteht (und es wird dieß ein monumentales Werk werden), dadurch die Baupläße in der Nähe bedeutend im Preise steigen werden. Ich glaube, es sei heute ebensowenig, als in der frühern Session der Fall, der Jurabahn den Preis

auf bas Bochfte gu fteigern.

Der Regierungsrath stellt also ben Antrag, es sei der Jurabahngesellschaft statt des auf der Westseite der Großen Schanze behufs Erstellung eines Administrationsgebäudes verstauften Bauplaßes, ein ungefähr gleich großer auf der Ostseite der Großen Schanze in östlicher Berlängerung der Entbindungsanstalt abzutreten, unter Zugrundelegung des Kaufspreises von Fr. 4 per Quadratsuß für den neuen Bauplaß. Da die Jurabahn ungefähr 46-47000 []' bedarf, so ergibt dieß einen Gesammterlös von Fr. 180-190,000.

Scherz, als Berichterstatter der Kommission. Die Kommission trägt einstimmig auf Genehmigung an. Ich habe aber ben Auftrag, Ihnen mitzutheilen, daß in ber Kommiffton die Meinung ausgesprochen worden ift, es werde die Jura-bahngefellschaft im vorliegenden Falle febr rudfichtsvoll behandelt, 1) weil man ben fruhern Plat gurudnimmt, 2) in Betreff des Preises und 3) hinsichtlich der Zahlungsgedinge, indem die Bahlungen in 5 Terminen geleiftet werden konnen.

Der Antrag bes Megierungerathes wird genehmigt.

### Stiftungsurkunde für das Kunskmuseum in Bern.

Der Regierungerath legt folgende Schlugnahme vor:

1. Es wird ter vom Initiativfomite aufgestellten Stiftungs: urkunde für das bernische Kunstmuseum die Genehmigung er-

theilt; diefelbe ift in die Gesetzessammlung aufzunehmen. 2. Demgemäß wird der § 2 des Defretes vom 1. No-vember 1871 betreffend die Erstellung eines Gebäudes für das Kunstmuseum soweit aufgehoben, als fich in bemselben ber Staat ein Miteigenthumerecht an tem neuen Bebaute fur das Runftmuseum vorbehalten bat.

Die Stiftungeurfunde lautet folgenbermaßen:

Das bernische Kunftmuseum ist eine Korporation (Sakung 27 C.), welche burch Defret des Großen Rathes vom 1. No= vember 1871 in bem Ginne als juriftifche Berfon anerkannt worden ift, daß fie unter Aufficht der Regierungsbehörden auf ihren eigenen Ramon Rechte erwerben und Berbindlichkeiten eingeben fann.

Die Korporation wird burch die Delegirten ber nach

§ 4 angeführten Donatoren vertreten.

Ihre Statuten unterliegen der Genehmigung des Regie= rungerathes.

#### § 2.

Ihr Zweck ift, durch Erftellung und Unterhaltung eines Gebändes den bereits vorhandenen Kunftgegenständen des Staates, der bernischen Künftlergesellschaft, des bernischen Kantonal-Kunftvereins und sonstiger Eigenthümer oder Donatoren eine angemessense Stätte zu sichern und durch Erstatter und berch Erstatte zu sichern und durch Erstatte zu fichern und durch haltung und Bermehrung der daherigen Sammlungen bie Bestrebungen der bildenden Kunfte, Malerei, Bildhauerei, Rupferstecherei, Holzschneidekunft u. f. w., sowie der Kunft= gewerbe möglichst zu forbern. Der bernischen Runftichule werben barin bie nothigen

Raumlichkeiten angewiesen, und es wird dasselbe auch fur

Runftausstellungen benutt. Diefes Gebande barf niemals feiner Bestimmung entfremdet oder zu andern Zweden verwendet werden.

Der Rame ber Korporation ift: "Bernisches Kunft= muscum".

um". Der Sit berfelben ift Bern. 3bre Dauer ift unbestimmt, ba fie nur gemeinnütigen und öffentlichen Zweden bient.

Das für die Zwede bes bernischen Runftmuseums benothigte Rapital wird burch bie nachgenannten Donatoren mit folgenden Beitragen gebildet:

1. Durch ben Staat bes Rantons Bern mit 150,000 Fr. Diese Gumme reprajentirt den Werth bes burch Defret Des Großen Rathes vom 1. November 1871 geschenften Areals von 15,000 Quadratfuß sudlich der verlängerten Bundesgaffe, welches ursprünglich fur ben Ban eines Runftmufeums in Aussicht genommen war und jest ber Ginwohnergemeinde Bern um obige Summe zu Bunften bes Runftmufeums verkauft wird.

2. Durch die Ginwohnergemeinde Bern mit bem gangen Reinbetrag Derjenigen Erbschaft, welche ihr als Haupterbin Des Herrn Architeften Gottlieb Bebler fel. burch beffen lette Billensverordnung vom 16. August 1871, homologirt ben 18. Januar 1875, angefallen ift, nebst feitherigem Buwachs, unter Borbehalt aller ihr durch Dieje Billensverordnung auf=

erlegten Lasten und Berpflichtungen, sowie ihres Rechts zur zweckentsprechenden Liquidation dieser Erbschaft.
3. Durch die Burgergemeinde Bern in Folge ihres Beschluffes vom 7. April 1875 mit einem Beitrage von 100,000 Fr., welche Summe fur den Antauf bes nunmehr fur das Runft= museum in Aussicht genommenen Bauplages im Garten bes Knabenwaisenhauses verwendet wird.

4. Durch ben bernifchen Kantonalkunftverein (gegründet im Jahre 1854 burch Herrn Rudolf von Effinger fel. von Bildegg) mit dem gangen Betrage feines zum Zwecke der Er= bauung eines Kunftmuseums angesammelten Baufonds, welder laut Rechnung auf 31. Dezember 1874 an Kapitalien beträgt Fr. 78,064. 05 Rp. nebst seitherigem Reinertrage.
5. Durch die bernische Künstlergesellschaft (gegründet im

Jahre 1813 unter Professor Rudolf Wyß sel.) mit dem ganzen Betrage ihres zum gleichen Zwecke angesammelten Baufonds, welcher auf 31. Dezember 1874 beträgt Fr. 12,039, nebst seitherigem Reinertrage.

Ueber Diese sammtlichen Baufonds verfügt die Berwalstungsbehörde des bernischen Kunstmuseums, sobald deffen Statuten die Genehmigung des Regierungsrathes erhalten haben werden.

#### \$ 5.

Die parftebenben funf Donatoren fonnen unter feinen Umftanden über die hievor angeführten Beitrage hinaus fur Die Berpflichtungen ber Korporation in Anspruch genommen merben.

Singegen werden die vorermahnten Beitrage der Rorpo= ration des bernischen Kunstmuseums zum Zwecke stiftungs-mäßiger Berwendung (§ 2) geschenkt, und es verzichten die fünf Donatoren zu Gunsten desselben für sich und ihre Rechtsnachfolger ausdrudlich auf jedes daberige Rudforderungs= und Miteigenthumsrecht.

Robr, Direktor ber Domanen und Forsten, als Be-richterstatter bes Regierungerathes. Im Jahre 1871 haben Sie bem bernischen kantonalen Kunftmuseum einen Bauplat von 15,000 []' auf ber Kleinen Schanze geschenkt. Da ber Duabratsuß auf Fr. 10 gewerthet wurde, so ergibt bieß einen Betrag von Fr. 150,000. An die Schenkung wurde die Bedingung geknüpft, daß sich die Gesellschaft konstituire, worauf sie den Bau beginnen könne, sobald sie im Besitz der nothigen Geldmittel sei. Das Initiativkomite suchte nun die nothigen Gelber fluffig zu machen. Dabei fam man auf ben Bedanten, den Bauplat auf der Rleinen Schange, ber einen Berth von Fr. 150,000 hatte, zu verfaufen und einen weniger toftipieligen, aber ebenfo zwedentfprechenden Blat zu erwerben, um die Differenz auf den Ban verwenden zu können. Das Komite wandte sich an die Burgergemeinde Bern mit dem Gesuche, es möchte diese dem Kunstmuseum einen Bauplag ichenkungsweise überlaffen. Die Burgergemeinde faßte ben Beschluß, einen Beitrag von Fr. 100,000 an das Unter-nehmen zu leiften. Es gelang, mit biefem Beitrage einen Banplat zwischen tem Waifenhause und bem fruhern Wurftembergerthurme zu faufen. Dieser Plat ift in Folge seiner nördlichen Lage für das Kunstmuseum sehr geeignet, und er wird von allen Kunstkennern als weit zweckmäßiger bezeichnet, als bersenige auf ber Kleinen Schanze.

Nachdem das Kunstmuseum in den Besitz eines neuen Plates gelangt war, suchte es den Platz auf der Kleinen Schanze zu verkaufen. Bu diesem Zwecke wandte es sich an die Einwohnergemeinde, welche sich bereit erklärte, ten Platz

fur Fr. 10 per Quadratfuß zu übernehmen.

Es befant sich also bas Aunstmuseum im Besige eines Bauplates, ferner einer Summe von Fr 150,000 und endlich eines Kapitals von Fr. 90,000, das es in Folge Schenkungen von Seite bes Aunstvereins und ber Künstlergesellschaft schon früher besessen hatte. Da indessen ben bes Kunstmuseums wenigstens Fr. 500,000 kostet, so beabsichtigte man, eine Subscription zu eröffnen. Run verstarb Derr Gemeinderath Debler, welcher die Ginwohnergemeinde Bern für das zu errichtende Kunstmuseum zum Erben seines Fr. 250 - 300,000 betragenden Bermögens einsetzte. Der Ban des Kunstmuseums

war biemit gesichert.

Es handelte sich nun darum, der ganzen Angelegenheit die richtige Form zu geben. Man glaubte, es könne dieß am besten in der Weise geschehen, daß man eine Stiftungkurkunde aufstelle. In berselben heißt es, daß die fünf Donatoren das Kunstmuseum aussühren und ihr Miteigenthum der nenzgeschaffenen Korporation abtreten. Das Dekret vom 1. Nosdember 1871 sagt in § 2: "Der Staat wird mit einem Antheil von 150,000 Franken Miteigenthümer des neuen Geschäubes, und es ist ihm in den Berwaltungsbehörden der Gesellschaft eine seinen Leistungen entsprechende Bertretung einzuräumen." Im vorliegenden Beschlussesentwurse wird nun beautragt, diese Bestimmung auszuheben, seweit sich darin der Staat ein Miteigenthumsrecht an dem neuen Gebäude des Kunstmuseums vorbehalten dat. Die Direktion der Korporation wird aber aus den fünf Donatoren gebildet, und zwar in der Weise, daß Staat, Euwohnerzemeinde, Burgergemeinde, Kunstwerein und Künstlerzesellschaft se zwei Mitzglieder zu wählen haben. Es wird somit die Direktion aus 10 Mitgliedern bestehen. Der Staat wird auch in der Weise seine Mussichtsrecht geltend machen können, daß er laut § 1 der Stiftungsurkunde die Statuten zu genehmigen hat. Es handelt sich im Weitern auch darum, daß der Staat zur Beräußerung des von ihm dem Kunstmuseum geschenkten Blaßes seine Einwilligung gebe.

Wenn ber vorliegende Beschluffesentwurf genebmigt wird, so ift dann der Ban des Kunstmuseums vollständig gesichert. Man kann es als eine glückliche Lösung bezeichnen, daß die Burgergemeinde Bern dem Kunstmuseum einen Beitrag von Fr. 100,000, resp. den Bauplat beim Waisenhause gegeben, und daß die Einwohnergemeinde Bern den Plat bei der Kleinen Schanze um Fr. 150,000 übernommen hat.

Einige Monate nach dem Tode des Herrn Hebler siel

Einige Monate nach bem Tobe bes herrn Hebler fiel bem Kunstmuseum ein weiteres Vermächtniß zu. herr hauptmann Forrer hinterließ ihm nämlich bie hälfte seines Vermögens im Betrage von Fr. 200—250,000, boch wird biese Summe erst nach bem Ableben einiger Frauen bem Museum

zufallen.

Der Staat kann sich zu ber Lösung dieser ganzen Frage außerordentlich Glück wünschen. Gs ist nicht zu vergessen, daß 3/4 sämmtlicher im Kunstmuseum unterzubringender Gegensstände Eigenthum des Staates sind; es gehören ihm nämlich der ganze Antikensaal und eine Anzahl Gemälde. Der Staat hat die moralische Pflicht, diese Gegenstände aufzustellen. Es geschah dieß bisher im obersten Stockwerke des Bundesraths hauses. Das dortige Lokal muß aber in nächster Zeit gestäumt werden, und man ware baher genöthigt, ein neucs

Bebaube gu erftellen ober aber bie Bemalbe und Antifen in bie Rumpelfammer gu werfen.

3ch empfehle den vorliegenden Beschluffesentwurf zur

Annahme.

Scherz, als Berichterstatter ber Kommission. Die Kommission stimmt bem Antrage bes Regierungsrathes einsstimmig bei. Sie hat zunächst untersucht, ob der Zweck, den der Staat bei der Abtretung des Plates im Ange hatte, durch die neue Combination nicht beeinträchtigt werde. Die Kommission hat sich überzeugt, daß dieß nicht der Fall, sondern daß der neue Platz cher zweckmäßiger sei, als der frühere. Er ist zwar nicht so schön gelegen, indessen ist er doch für ein Kunstmuseum wegen seiner nordlichen Lage geeigneter. Die Kommission hat sich auch zefragt, ob der Staat irgend eine Einbuße mache. Es durfte da namentlich der Umstandstößend erscheinen, daß der Staat auf sein Miteigenthumszrecht verzichten soll. Aber auch da erwächst dem Staat keine Einbuße. Das Miteigenthumsrecht ist nicht nur ein unabträgliches, sondern zieht auch Unterhaltungskosten nach sich. Dieß fällt nun dahin, da die daherige Berantwortlichkeit der Direktion auffällt. Durch das Legat des Herrn Hebler, dessen wir hier ehrend erwähnen müssen, sind wir der Berlegenheit enthoben, sur die Unterbringung der dem Staat gehörenden Kunstsachen ein neues Lokal zu suchen. Die Kommission empsiehlt den Antrag des Regierungsrathes zur Annahme.

Benehmigt.

# Subvention von Fr. 200,000 an die Einwohnergemeinde Bern für den Lostanf der Bundessikleiftungen.

Der Regierungsrath stellt den Antrag, es möchte der Große Rath dem regierungsrathlichen Beschlusse vom 9. Juni abhin, betreffend die Bewilligung eines Staatsbeiztrages von Fr. 200,000 an die Bundessigleistungen der Stadt Bern, unter ben daran geknüpften Bedingungen seine Genehmigung ertheilen.

Diefer Beschluß bes Regierungsrathes vom 9. Juni 1875

lautet, wie folgt:

Der Regierungsrath, mit Rudsicht darauf, daß zwar von Seite des Staates durchaus keine Berpflichtung besteht, an die Bundesleistungen der Stadt Bern beizustragen, für die Leistung eines freiwilligen Beitrages von Fr. 200,000 jedoch Billigkeits- und Zweckmäßigkeitsgründe vorhanden sind, erklärt sich gegenüber dem Gemeinderathe von Bern geneigt, beim Großen Rathe die Bewilligung eines freiwilligen Beitrages von Fr. 200,000 an die Bundessitzleistungen zu empfehlen unter folgenden Bedingungen:

1. Daß zwischen dem Bundesrathe und der Stadt Bern ein Abkommen getroffen werde, burch welches lettere gegen eine Aversalsumme von allen fernern Berpflichtungen zu Leiftungen an den Bundesfit enthoben

werde;

2. daß ber Staat Bern fur teine weitern Leiftungen an ben Bundessit in Anspruch genommen werde;

3. daß die Bahlung jenes freiwilligen Beitrages erft im Laufe ber nachsttunftigen vierfahrigen Finanzperiode zu erfolgen habe.

Die Staatswirthichaftstommiffion empfiehlt bem Großen Rathe nachstebenden Befchluffesentwurf zur Unnahme :

## Der Große Rath bes Kantons Bern, beschließt,

ber Ginwohnergemeinde Bern an ihre laut Uebereinkunft mit der schweizerischen Eidgenoffenschaft vom 22. Juni 1875 übernommene Enschädigung von Fr. 500,000 als Loskauf ihrer Bundessigleistungen einen freiwilligen Beitrag von Fr. 200,000 in tem Cinne leiften zu wollen, bag biefe Gumme in das nachfte vierjahrige Budget aufgenommen und innerhalb ber genannten Bürgetperiote abgetragen werden foll.

Sollte ber in Art. 5 der Uebereinkunft vorgesehene Fall ber Muderstattung Seitens bes Bundes eintreten, fo batte die Ginwohnergemeinde Bern ben vom Ctaate erhaltenen Beitrag von Fr. 200,000 ebenfalls an tenfelben guruckzuerftatten.

Rurg, Direktor ber Finanzen, als Berichterstatter bes Regierungerathes. 3ch beginne mit ber Erflarung, bag feine Berichiebenheit zwischen ben Untragen bes Regierungerathes und benjenigen ber Ctaatewirthschaftstommiffion mehr befteht, ba ber Regierungsrath fich ben lettern angeschloffen bat.

Gie werden fich erinnern, daß bie neue Bunbesverfaffung von 1874 einzelne Verwaltungszweige bes Bundes, wie nas mentlich bas Militarwefen, in viel höherm Maße als bisher centralifirt. In Folge beffen find neue Bedürfniffe in Bezug auf die Beschaffung von Bureaulokalien entstanden. Der Bundesrath wandte sich an den Gemeinderath von Bern mit der Einladung, für diese neuen Bedürfnisse zu sorgen. Um Ihnen flar ju machen, wie weit bie Forderungen bes Bundes gegangen sind, theile ich Ihnen mit, daß laut dem gedruckten Bericht bes Gemeinderathes die gegenwärtigen Bundeslokalitaten einen Rauminhalt von 37,021 []' einschließen, und daß der fünftige Mehrbedarf nach den Forderungen des Bundes=

rathes auf 38,221 []' fich beläuft.
Der Gemeinderath, unterftugt vom Regierungsrathe, hat fich an ben Bundesrath gewendet und eine Ermäßigung biefer Anforderungen auszuwirken gefucht. Der Gemeinderath flütte fich tabei darauf, daß der Bundesbeschluß vom 27. November 1848, wodurch die Leistungen des Bundessitzes fixirt worden find, nach der Infrafttretung der neuen Bundesverfaffung nicht mehr Anwendung finden tonne. Er machte auch Billigfeiterudfichten geltend, indem er barauf hinwies, baß fur das gegenwartige Bunbesrathbaus mehr als 2 Millionen aus-

gegeben worden feien.

Der Bundesrath konnte fich nicht auf ben Standpunkt bes Bemeinterathes ter Stadt Bern ftellen, fondern machte geltert, daß er f. B. die unbedingte Forderung gestellt babe, tag ber Ort tes Bundessiges ben im Bundesbeschlusse fest-

gefetten Forderungen Benuge leifte.

Wenn tie verichiebenen Meinungen fich nicht hatten vereinigen laffen, fo mare es möglicher Weise zu einem Prozesse gekommen. Beibe Theile haben aber gefunden, bag es im höchsten Grade bemübend mare, wenn ba ein Rechtsftreit enteftehen sollte, und bag eine gutliche Erledigung ber Angelegenheit munfchenswerth sei. Es fanden Konferenzen zwischen Abgeordneten bes Bundesrathes und des Gemeinderathes ftatt, benen theilweise auch Delegirte bes Regierungsrathes Das Ergebniß biefer Konferengen mar, daß ber beimobnten. Bundesrath fich geneigt erflarte, fich mit einer vom Gemeinderath zu leiftenten Averfalfumme zu befriedigen. Diefe Summe wurde auf Fr. 500,000 festgefest. Außerdem follte der Bemeinderath bas gegenwärtige Bundesrathhaus dem Bunde jum vollen Gigenthum abtreten. Der Bundesrath hat fich bereit erflart, wenn diefe Bedingungen erfüllt werden, die Bemeinde bon allen ihren Leiftungen fur ben Bundesfit zu entheben.

Bevor der Gemeinderath diese Uebereinfunft abschloß, wandte er fich an die Regierung mit bem Befuche, es mochte ber Staat ber Bemeinde Bern feine Mithulfe angedeihen laffen und ihr einen Beitrag leiften. Bur Motivirung biefes Gefuches wies ber Gemeinderath barauf bin, bag auch in andern Kantonen, wo der Bund im Falle fei, Forderungen an einzelne Lokalitäten zu stellen, Diefe nicht von ben bes treffenden Gemeinden allein befriedigt werden, sondern daß auch bie Staatsbehörden babei mitwirfen. Er machte naments lich geltend, daß in Burich bei Errichtung des Polytechnifums die Stadt bloß einen einmaligen Beitrag zu leiften gehabt, während alle übrigen Roften vom Kanton getragen worten feien. Er wies ferner darauf bin, bag bie Koften fur ben Sig bes Bundesgerichtes in Laufanne ju gleichen Theilen vom Staate und von der Stadt getragen werden. Er betonte im Beitern, daß der Staat Bern bis jest fogujagen feine Opfer fur den Bundesfit gebracht, obwohl er im Jahre 1849 fich gur Uebernahme gemiffer Leiftungen bereit erflart habe.

Allerdings wurde unterm 24. März 1849 vom Großen Rathe beschloffen, auf ben Fall hin, daß die zu errichtenden Bundesgebäude auf Staatseigenthum zu stehen kommen sollten, ben dazu erforderlichen Grund und Boden unentgeltlich ein= zuräumen. Damals sind zwei Baupläte in Aussicht genommen worden, nämlich auf ber Großen Schanze und an der Stelle des damaligen Werkhofes. Der lettere Plat wurde sodann gewählt. Ware bas Bundesrathhaus auf ber Großen Schange erstellt worden, so hatte der Staat ein bedeutendes Opfer gu bringen gehabt, indem er taut dem erwähnten Beschlusse 20,000 I hatte abtreten muffen. Beim Werkhofe waren nur 3-4000 [ 'Staatseigenthum, fo daß die Abtretung fich nur auf diese fleine Parzelle beschränkte. Im Weitern mußte die Gemeinde, als sie zum Zwecke der Anlegung der Terrasse auf der Subseite des Bundesrathhauses die jog. Wannaz-Befigung zu erwerben munfchte, bem Ctaate dafur eine Gumme von Fr. 100,000 a. B. bezahlen.

Alle biefe Grunde machte ber Gemeinderath geltend, um nachzuweisen, daß es billig sei, daß ber Staat sich bei ben neuen Forderungen des Bundes betheilige.

Der Regierungerath konnte fich der Ueberzeugung nicht verschließen, daß die vom Gemeinderath angeführten Grunde ihre Berechtigung haben. Er hat gefunden, baß zwar recht= liche Berpflichtungen nicht vorliegen, daß aber Billigfeiteruct= sichten für die Leistung eines Beitrages durch den Staat fprechen. Er hat baber am 9. Juni abbin befchloffen, bem Gemeinderathe von Bern zu antworten, daß er geneigt fei, bei bem Großen Rathe die Bewilligung eines freiwilligen Beitrages von Fr. 200,000 an die Bundessipleiftungen zu empfehlen unter folgenden Bedingungen :

1) bag awischen bem Bundebrathe und ber Stadt Bern ein Abkommen getroffen werde, burch welches lettere gegen eine Aversalfumme von allen ferneren Berpflichtungen zu Leistungen an den Bundessitz enthoben werde;

2) daß der Staat Bern für keine weitere Leistungen an

ben Bundesfit in Anspruch genommen werde :

3) baß die Bahlung jenes freiwilligen Beitrages erft im Laufe ber nächstfunftigen vierfährigen Finanzperiode zu er=

folgen habe.

Die Staatswirthschaftskommiffion stimmt dem trage bes Regierungerathes bei, schlägt jedoch in Bezug auf die Bedingungen einige Abanderungen vor. Die erfte Bedingung fällt von felbst dabin, da mittlerweile zwischen Bundesrath und Gemeinderath eine formliche Hebereinkunft abgeschlossen worden ist, welche dieser Bedingung in allen Theilen entspricht. Die zweite Bedingung, daß der Staat Bern für keine weiteren Leiftungen an den Bundessitz in Aufpruch genommen werde, hat die Staatswirthschaftstom= mission fallen laffen, und auch der Regierungerath legt fein Bewicht darauf, daß an diefer Bedingung festgehalten werde. Bas die britte Bedingung betrifft, so besteht da zwischen dem Untrage des Regierungerathes und demjenigen der Staatswirthschaftskommission im Grunde bloß eine Redaktions=

verschiedenheit. Burben bie Fr. 200,000 fofort ausbezahlt, jo murte baburch in unserm Budget bas Gleichgewicht ber Einnahmen und Ausgaben gestort werben, da biefe Ausgabe in bemfelben nicht vorgesehen ift. Daher wurde die Bestingung aufgenommen, daß die Ausgahlung erft im Laufe ber nachsten vierfährigen Finanzperiode zu erfolgen habe.

Der Gemeinderath von Bern hat die vom Regierungs: rathe gestellten Bedingungen angenommen, worauf der Abschluß der Uebereinfunft mit dem Bundebrathe erfolgte. Ich muß noch erklaren, daß, wenn der Regierungsrath bie Busicherung einer Subvention von Fr. 200,000 nicht gegeben

hatte, Die Uebereinfunft schwerlich ju Stande gekommen mare. In feiner Gingabe bat ber Gemeinderath erklart, daß bas von ihm verlangte Opfer im Binblid auf feine bisberigen Leiftungen groß fei. Auf ber andern Geite bat ber Regierungsrath, wie bereits bemerkt, finden muffen, daß es billig fei, daß auch der Staat einen Beitrag leifte. Dieß war schon im Jahr 1849 die Ansicht ber Staatsbehörden. Es ergibt fich aus den betreffenden Berhandlungen des Großen Rathes, bag man ichon damals angenommen hat, die der Stadt Bern durch ihre Bezeichnung gum Bundesfige erwiesene Chre komme nicht nur ihr, fondern auch tem Ran-tone zu gut, und wenn diefer auch nicht die gleichen materiellen Bortheile wie die Stadt davon trage, fo feien doch ibeelle Bortheile fur ben Staat vorhanden, welche ein materielles Opfer rechtfertigen. Ich empfehle ben Antrag bes Regierungsrathes, wie er von ber Staatswirthichaftstommiffion modifizirt worden ift, zur Annahme.

Direktor des eidgenöffischen ftatiftischen Rummer, · Bureau's, als Berichterftatter der Staatswirthschaftstommif= fton. Die Staatswirthschaftskommission hat die vorliegende Angelegenheit geprüft und mit allen gegen 1 Stimme, welche nur Fr. 100,000 geben wollte, dem Antrage des Regierungs= rathes beigestimmt, jedoch mit dem Borbehalte, daß die frag= liche Summe auf das nachste vierjährige Budget genommen werde und im Falle der Berlegung des Bundessitzes wieder an den Kanton Bern zurückfalle. Da Herr Bucher durch die Bundesversammlung abgehalten ift, heute hier zu erscheinen, jo foll ich den Rapport im Ramen der Staatswirthschaftsfommission übernehmen.

Man scheint ziemlich allgemein der Ansicht zu fein, es handle fich hier um ein Geschent von Fr. 200,000; die Stadt Bern habe fich verpflichtet, Die finanziellen Konsequenzen Des Bundessiges zu übernehmen; der Staat habe in der Sache Nichts zu thun, und es fei blog Großmuth, wenn er fich dabei betheilige. Ich gestehe, daß ich diese Ansicht bis in die jungste Beit auch theilte, da ich nie Beranlassung hatte, die Angelegen= beit einläßlicher gu ftudiren. Rachdem ich nun aber die Aften burchgelesen, habe ich gefunden, bag die Berhaltniffe fich anders gestalten. Wenn man sich fragen wurde, wer noch Etwas schuldig fei, so konnte man eber sagen, es sei ber Staat.

Bekanntlich ift Bern durch Bundesbeschluß vom November 1848 gur Bundesftadt erhoben worden. In dem daherigen

Beschluffe lefen wir :

1. Der Ort, in welchem die Bundesversammlung und ber Bundebrath ihre Sipungen halten, hat dem Bunde bie erforderlichen Raumlichkeiten fur die Bundesversammlung, für ben Bundesrath und seine Departemente, fur Kommissionen, fur die Bundestanglei, fur die Bureaug der am Bundesfig centralifirten Berwaltungezweige, für bas eidgenöffische Archiv, für die Mungftatte, sowie eine Wohnung fur den Kanzler und seinen Stellvertreter unentgeltlich zur Berfügung zu stellen und zu unterhalten. Derfelbe hat auch die innere Ginrichstung und Ausstatung (Möblirung) ber fur die Versammlung der Rathe bestimmten Raume zu übernehmen. . . . 3. Die nach Art. 1 und 2 erforderlichen Anordnungen unterliegen ber Genehmigung bes Bundesrathes." Man fragte fich, wer biefe Lasten zu tragen habe, bie

Einwohnergemeinte ober bie Burgergemeinde ober wer fonft. Die damalige Regierung, welche befanntlich von allen berniichen Regierungen der Stadt am wenigsten hold mar, nahm an, es handle fich da nicht ausschließlich um Ortslaften. Die Regierung, an ihrer Spite herr Stampfli, gab ber Stadt gemiffe Buficherungen. Diefe, überzeugt, daß ber Große Rath das Beriprechen der Regierung nicht desavoniren werde, wartete den Beschluß des Großen Rathes nicht ab, sondern erflarte fich jur Uebernahme ber fraglichen Laften bereit in der Meinung, dieselben werden sich etwa auf Fr. 5-600,000 a. 2B. belaufen. Allein bereits Ende 1859 betrugen die da=

herigen Ausgaben Fr. 2,145,000. Um 27. März 1849 brachte der Regierungsrath folgenden Antrag vor den Großen Rath : "Der Regierungerath trägt darauf an, es mochte ber Große Rath ben Regierungerath ermächtigen, ben Bundesbehörden unentgeltlich einzuräumen und zu unterhalten: 1) bie Mungftatte im Munggebaude; 2) erforderlichen Falls die jog. Silberftrede; 3) Lotalien zu den Bureaux der Centralpoftverwaltung im hiefigen Boftgebaude, bis daß in den neuen Bundesgebauden die erforderlichen Raumlichkeiten vorhanden fein werden. Da jedoch die Bunbesbehorde zwei Stodwerte bes Boftgebandes nicht benugen will und ftatt berfelben andere Raumlichkeiten verlangt, jo ift als Aequivalent das fog. Defanatgebaude unentgeltlich gur Berfügung zu stellen, in dem Sinne jedoch, daß, wenn gleichswohl die einen oder andern jener Lokalien des Bostgebaudes von den Bundesbehörden in Anspruch genommen wurden, für diese sodann ein Bins entrichtet werden solle; 4) mahrend der Uebergangsperiode bis jur Erbauung eines Bundesrathhauses : a) den Versammlungefaal des Standerathes, b) einen Berfammlungsfaal fur ben Nationalrath (Saal Des Großen Rathes) unter der Bedingung, daß von Seite der Stadt der größere Rafinofaal ebenfalls zur Berfügung geftellt merbe, c) die bisher der Gidgenoffenschaft überlaffen gewesenen Archiv= gewolbe im hiefigen Rathhause; 5) auf den Kall hin, daß die gu errichtenden Bundesgebaude auf Staatseigenthum gu fteben kommen follten, den dazu erforderlichen Grund und Boden. Bei Biff. 5 kann nur von der unentgeltlichen Ginraumung, nicht von Unterhalt die Rede sein." In der Umfrage über diesen Antrag wurde der weitere Antrag gestellt, "es möchte untersucht werden, ob nicht von Seite der Regierung ein Mehreres als das Angebotene gethan werden und fie bei dem definitiven Bau des Bundesgebäudes die Leistung eines ver= haltnismäßigen Beitrages übernehmen wolle." Die Abstim= mung ergab folgendes Refultat : Fur Genehmigung bes Untrages des Regierungerathes: große Mehrheit. Fur Erheb= licherklarung bes in der allgemeinen Umfrage gestellten Anstrages: 15 Stimmen. Dagegen: Mehrheit.

Der Bundesrath hat nun ein Bergeichniß der erforder= lichen Raumlichkeiten, 99 an der Bahl nebst Bersammlungs-falen, lettere moblirt, aufgestellt. Was ift davon dem Staate aufgefallen? Das Mungebaude, welches 1854 abgetreten wurde. Am 27. November 1854 genehmigte der Große Rath Die daherige Uebereinkunft, welche in Art. 4 fagt : "Durch Bollziehung Diefes Bertrages hat Bern feine Berbindlichkeit betreffend die Ginraumung der erforderlichen Raumlichkeiten für die Müngstätte nach dem Bundesbeschluffe vom 27. No= vember 1848 erfult." 3ch fuhre dieß blog aus dem Grunde an, weil wahrscheinlich auch das Mungebaude nicht mehr genugen wird. Indessen hat Bern seine daherigen Verpstich= tungen, wie gesagt, erfüllt. Die Uebereinfunft ist unter= zeichnet von Bundesrath Druen und Regierungsrath Stampfli.

Der Staat hat ferner ein fleines Stud Grund und Boben abgetreten, welches zum Bauplat des Bunderrathhauses gehörte. Dagegegen fam er nicht in den Full, die Gilbersstrecke abzutreten. Der Staat ift also nicht in dem Maße belaftet worden, wie er es im Jahre 1849 in Aussicht ge= nommen hatte.

Bie fteht nun die Stadt gegenüber bem Bunde ? Nach=

dem das Bundesrathhaus erstellt war, sah sich die Bundesversammlung veranlaßt, diesen großartigen Bau nicht einfach zu acceptiren, sondern ihn speziell zu verdanken. Es
geschah dieß durch eine spezielle "Dankesurkunde" vom
18. Januar 1859, wodurch der Bundesrath, "beauftragt durch einstimmigen Beschluß ber Bundesversammlung, urfundet, baß er bem mobiloblichen Gemeinderath ber Stadt Bern ju Sanden Dicfer Gemeinde feine vollfte und wohlverdiente Unerfennung ausspreche fur die Art und Weife, mit welcher die Bundes: ftadt Bern in Betreff der Erbauung des Bundesrathhauses bie unterm 18. Chriftmonat 1848 übernommenen Berpflich= tungen erfüllt hat."

Wenn alfo irgend Jemand dem Bunde gegenüber fagen darf, er habe feine Berpflichtungen mehr, fo ift es die Stadt Bern, und wenn Jemand fagen muß, er habe Berfprechen geleiftet, allein bloß einen Theil bavon erfullt, fo ift es ber

Ranton Bern.

Die Bundesversammlung und ber Bundesrath haben fich nicht traumen laffen, daß spater noch mehr Raumlichkeiten nothwendig fein werden. Anfanglich hatte man sogar zu viel, fo daß man bas oberfte Stockwert bem Kunftmufeum abtrat und darüber einen Bertrag auf 15 Jahre abschloß. Inzwischen und darüber einen Bertrag auf 15 Jahre abschloß. Inzwischen behnte sich die Berwaltung aus, dem Vicekanzler mußte eine Wohnung außerhalb des Gebäudes angewiesen, das Stabsbureau, die Bulververwaltung und das statistische Bureau in andere Gebaude verlegt werden. Alle dadurch entstandenen

Mehrkoften murben von der Stadt Bern bezahlt.

Run trat bie neue Bundesverfaffung in Rraft, beren Durchführung eine bedeutende Vermehrung ber Raumlichkeiten erheischt. Bu den 37,021 []', welche gegenwärtig vorhanden sind, sind noch 38,221 []' nothwendig. Die Gemeinde Bern erschrickt. Was wurden Sie nun gesagt haben, wenn die Gemeinde Bern sich einfach geweigert, auf diese Mehrleistungen einzutreten, und wenn fie die Cache bor den Richter gezogen hatte? Wie wurden Sie, angesichts der Zukunft, die uns bevorsteht, eine folche Haltung der Gemeinde Bern beurtheilt haben? Von welcher Butunft rebe ich da? Der Bund muß immer mehr wachsen, und Die Rantone muffen abnehmen; ber Bund muß mehr und mehr Berwaltungezweige fich aneignen, und wenn wir es auch nicht glauben, fo wird es doch dazu kommen, daß kein Kanton mehr da ift. Alle Staaten muffen ihre Rrafte centralifiren, um bestehen zu tonnen, um gegenüber bem Auslande nicht eine traurige Rolle gu fpielen. Welche Rolle wollen wir gegenüber Diefer Butunft einnehmen? Bern war bisher immer für die Centralisation; als einzelner Ranton haben wir weniger zu bedeuten, als wenn wir mit unferer Bevolferungszahl einftehen fonnen. Budem haben wir noch ben Bortheil, daß der Bundesith in unferm Kanton ift.

Semeinde Bern die Angelegenheit beim Gerichte anhängig gemacht hatte. Bare dieß geschehen, so hatte man im gangen Bande gerufen, wenn die Stadt Bern diese Leiftungen nicht zu übernehmen vermöge, fo vermöge es ber Kanton; benn man folle nicht zugeben, daß ein Theil ber Berwaltung in

andere Rantone verlegt werde.

Die Stadt Bern hat nun mit bem Bunde einen Bertrag geschloffen, wonach fie biefem das Bundesrathhaus abtritt und außerdem eine Summe von Fr. 500,000 bezahlt unter der Bedingung, daß fie von jeder weitern Berpflichtung für Bundessitzleiftungen enthoben werde. Die Bemeinde hat Diefen Bertrag abgefchloffen in ber naturlichen Borausjegung, daß ber Staat, auf beffen Busicherung eines Beitrages bin die Gemeinde 1848 den Bau des Bundegrathhauses übernommen hatte, einen Beitrag von Fr. 200,000 leiften werbe. Bei der jetigen Sachlage, und da die Stadt Bern in dieser Angelegenheit das allgemeine Interesse im Auge hatte, wird taum im Ernfte bavon die Rede fein tonnen, die von ber Regierung im Sahre 1848 gegebene Buficherung ju besavouiren.

Denn baß bie Stadt Bern im gegenwartigen Augenblide nicht Fr. 500,000 versprochen, wenn fie geglaubt battte, der Staat wurde fich dabei nicht betheiligen, liegt auf der Sand. Es

handelt sich da wirklich um Treu und Glauben. Man sagt vielleicht, die Stadt Bern habe die übrigen Kantonstheile auch erzurnt. Dieß ist richtig, und wenn f. 3. Die Frage ber Subventionirung einer Brude vor ben Großen Rath gelangen wird, jo wird man bann vielleicht fagen: wir wollen die Subvention nicht fehr hoch ftellen; benn die Stadt war in Gifenbahnfragen auch nicht fehr coulant. Uebrigens hat das Botum der Stadt Bern in der Gifenbahnfrage nicht ben Ausschlag gegeben. Gie hat allerdings bie betreffenbe Borlage mit einer fleinen Majoritat verworfen, allein Diefelbe murbe von ber Mehrheit bes Bolfes angenommen, und bie Gifenbahnen werden daber trot ber Opposition ber Stadt Bern gebaut werden, wenn das Geld dazu fich findet.

Fragen wir une, wie man in andern Rantonen verfahren welche auch Bundesfigleiftungen zu übernehmen hatten. Als das Polytechnifum gegrundet murde, murde in dem be= treffenden Befege von 1854 es bem Ranton und ber Stadt Burich überlaffen, fich in die baberigen Leiftungen gu theilen. Es heißt nämlich in dem Gefete: "dem Kanton, beziehungs» weise der Stadt Burich liegt ob, 2c." Wie hat man fich in Burich in der Sache getheilt? Der Staat hat das Gebaude, von welchem allerdings die Hochschule ungefähr den vierten Theil einnimmt, mit einer Ausgabe von Fr. 1,700,000 erftellt; Fr. 300,000 baran gahlte bie Stabt Burich . bie Außengemeinden . 20,750

Busammen Fr. 320,750 Diese Summe hat der Staat vorgeschossen, und die Stadt, Die fie verginst, bat fie noch heute nicht vollftandig gurud-

bezahlt.

In Laufanne, wo ber Sit bes Bundesgerichtes ift, war bie Rebe bavon, die baherigen Ausgaben zu gleichen Theilen zwischen Staat und Stadt zu vertheilen. Bon maßgebenber Seite, von einem waadtlandischen Großrathe, ber auch im Nationalrathe fist, habe ich jedoch vernommen, daß der Staat 1/3 und die Stadt 2/3 beitragen werden; die Stadt wolle einen Balaft bauen, der 2 Millionen toften solle, und der Staat werde einen Beitrag von Fr. 6-700,000 daran leiften. 3ch frage: was für ein Intereffe hat ein waadtlandischer Großer Rath, daß dasjenige eidgenössiche Gericht, bei welchem man gegen die fantonale Berichtsbarfeit appelliren fann, im eigenen Lande fei? Da haben wir boch ein ganz anderes Intereffe, bie eidgenöffischen Berwaltungszweige und namentlich bie Militarverwaltung in Bern zu haben.

Bern besigt die ganze Administration des Bundes und hat die Aussicht, daß der Schwerpunkt berselben stets in seiner Rabe bleibe. Dieß ist nicht nur fur die Stadt Bern, sondern für den gangen Ranton ein Bortheil. Die Birfung des Bundessitzes erftrectt fich auf weite Ferne. Burden wir den Bundesfig nicht haben, fo murden vielleicht auch die Gifen.

babnlinien andere fein.

Ich mache noch barauf aufmersam, bag ber Große Rath heute nicht nur über die vorgeschlagene Subvention entscheibet, sondern daß fein Beschluß auch eine principielle Bedeutung hat, nämlich für ben Fall, daß neue Inftitute gegründet und neue Bundesfipleiftungen nothwendig werden follten. Wenn Bern in diefer Frage eine jurudhaltende Stellung einnimmt, so wird dann spater bei der Grundung neuer Institute ein Martten zwischen ben einzelnen Kantonen entstehen und man wird zu Bern fagen : Du haft weitere Leiftungen zuruckgewiesen, bu tannft jest fortbleiben, und die Reihe ift nun an uns.

Bofftetter. Es ift Ihnen bekannt, daß die Ctaats= wirthichafstommiffion mit vier gegen eine Stimme bem An-

trage bes Regierungerathes mit einigen unwesentlichen Dobifitationen jugestimmt hat und beantragt, der Bemeinde Bern einen freiwilligen Beitrag von Fr. 200,000 an die Bundesfigleiftungen zu verabfolgen. In ber Staatswirthichafts= tommiffion murde ein Minderheitsantrag gestellt, der dahin ging, es möchten bloß Fr. 100,000 bewilligt werden; im Hebrigen stimmte auch die Minderheit ber von ber Mehrheit worgeschlagenen Redaktion des Antrages bei. Der Minderbeitsantrag ging von mir aus, und ich habe mir ichon in ber Rommiffion vorbehalten, ihn im Großen Rathe zu reproduziren.

Bur Begrundung bes Antrages fann ich mich fury faffen. Bir haben bes Langen und Breiten Die Geschichte und Die Entwicklung der Bundessitzangelegenheiten angehört. Ich fann Die Motivirung des Mehrheitsantrages fast gang unterschreiben, foweit es fich nicht um das Dag des vom Staate gu leiften= ben Beitrages handelt. Darüber ift man einverstanden, daß bier eine rechtliche Berpflichtung des Staates zur Leiftung eines Beitrages meder gegenüber dem Bunde, noch gegenüber ber Stadt bestehe, und daß ce fich nur um einen freiwilligen Beitrag handeln tonne. Ueber die Sohe diefes Beitrages

fann man nun verschiedener Anficht fein.

In einem Schreiben des Regierungsrathes an den Bundesrath vom 13. Januar 1875 lefe ich: "Dabei muffen wir jedoch bie bestimmte, burch unfere Stellung als Bertreter ber fan= Intereffen gebotene Erklarung und Rechtsver= mahrung vorausschicken, daß ber Staat, beziehungeweise ber Ranton Bern, als folder - abgesehen von den durch Beschluß des Großen Rathes vom 24. Marg 1849 freiwillig übernom= menen Leiftungen — in durchaus feinerlei rechtlicher Berpflichtung weber bem Bunde noch ber Gemeinde Bern gegenüber steht, an den Bundessitzlasten mitzutragen, daß vielmehr bie baherigen Berpflichtungen f. 3. ausschließlich von der Ginwohnergemeinde der Stadt Bern übernommen worden find." Beute tommt man in Biderfpruch mit ber bamaligen Erklarung und ber Regierungerath fagt nun ohne Unftand: Bir geben ber Bemeinde Bern, mas fie von uns verlangt, namlich Fr. 200,000. Daß die Stadt Bern diese ichone runde Summe verlangt hat, begreife ich gang gut. In Bern rechnet man nach hunderttaufenden und nach Millionen leichter, als wir auf dem Lande nach Franklein. Daß aber die Regierung, welche oft bei dringenden und wichtigen Sachen in Berlegenheit ift, Fr. 200 gur Berfugung zu ftellen, nun ohne Weiteres Fr. 200,000 bewilligen will, fann ich wirklich nicht begreifen, und gewiß tonnen es felbft die Berren von Bern nicht begreifen, bag man ihnen nun fo willfahrig ent= gegenkommt.

Man fagt vielleicht, man folle in biefer großen Frage nicht um Fr. 100,000 markten, ber Kanton folle sich large und groß zeigen. Wir burfen aber nicht vergeffen, baß noch Bieles nachkommt, und daß wir die Fr. 100,000, Die ich weniger geben mochte, fehr gut jum Wohl bes gangen Ran-tons verwenden fonnen. Ich will nur furz berühren, baß Die Erweiterung ber Balbau ein bringendes Bedurfniß geworden ift; in letter Zeit war man genothigt, die Irren in einem andern Ranton unterzubringen, wodurch ihre Berpflegung und die ganze Administration benachtheiligt ift. Ferner wird ein Kantonsspital zu erbauen fein, ber auch Millionen foften wird. Man hat mir mitgetheilt, baß bie Insel jahrlich wenigstens 2000 Kranke wegen Blat mangels abzuweisen genothigt fei. Auch bie Nothfallftuben auf bem Lande, welche fehr wohlthätig wirken, find zu färglich bedacht. 3ch fonnte auch an Dasjenige erinnern, mas noch im Grziehungsmefen (hauptfachlich fur bie Bolfsbibliotheten), im Strafen= und

Gifenbahnwesen 2c. 2c. gefchehen follte.

In dem bereits erwähnten Schreiben an den Bundesrath fagt die Regierung ferner: "Da übrigens die Bortheile tes Bundessites vorzugsweise ber Stadtgemeinde Bern gufallen, und zudem die Finangen bes Rantons gegenwärtig fonft nach allen Richtungen bin ftart in Anspruch genommen find, jo mußten wir uns auch aus biefen Grunden gegen eine allfällige Bumuthung vermahren, bem Kanton Bern hinsichtlich ber Bundessitzleiftungen Opfer aufzuburden."

Benn man die Sache vom Standpunfte der Stadt Bern aus betrachtet, jo tann man allerdings verschiedener Unficht fein und fagen, Dasjenige, woran bie Stadt Intereffe habe, liege indireft auch im Intereffe bes Kantons. Bis auf einen ge-wiffen Grad fann ich dieß zugeben. Indeffen durfen wir nicht vergeffen, daß die bauliche Entwicklung, Die Erweiterung und Berichonerung ber Stadt erft feit Berlegung des Bundes= fipes in dieselbe ihren Anfang genommen bat. Rach dem Bau des Bundesrathhaufes haben fich verichiedene Bau-gefellschaften tonftituirt, welche neue Quartiere erstellten. Daß man in dieser Richtung nicht zu viel getban hat, be= weisen und die hoben Miethzinse und die großartigen neuen

Projette, welche auf ben Tranttanben fteben.

Allerdings fann nicht gelängnet werden, daß die Erhebung Berns jum Bundesfige und die baburch hervorgerufene Ent= widlung der Sauptstadt gunftig auf unfere Gifenbahnen eingewirft haben. Diefer Buntt macht die Sache mehr als alles Undere zu einer fantonalen Frage, und baher mare es nicht am Plate, die Gemeinde Bern mit ihrem Begehren einfach abjumeifen. Auch ich mochte ihr daher einen Beitrag geben, allein ich glaube, ein folder von Fr. 100,000 fei ben Umftanden angemeffen, um fo mehr, als Die Stadt Bern eine reiche Gemeinde ift und eine große Steuerfraft befitt. In einer, von herrn Regierungerath Rurg ausgearbeiteten Bufammenstellung betreffend Die Steuerverhaltniffe ber Stadt Bern im Jahre 1872 lefe ich Folgendes: Die Schahung bes ge= fammten Grundeigenthums der Bemeinde Bern belief fich im Jahre 1872 auf die Summe von . Fr. 82,636,370 Steuerfrei maren davon 10,876,000

Bleibt als rohes Grundsteuerkapital Die Schulden, welche abgezogen werden tonnten, beliefen fich auf Die Gumme von

Fr. 71,760,370 27,678,800

Das reine Grundfteuerfapital betrug baber Der Betrag bes reinen Gintommmens betrug im gleichen Jahre

Fr. 44,081,570 Fr. 6,133,200 249,600 3,208,500

9,591,300

in ber I. Rlaffe " II. " III.

Fr.

Sie feben aus diefen Bahlen, bag bie Stadtgemeinde Bern im Stande ift, Die ihr fur den Bundessit obliegens ben Berpflichtungen ohne große Schwierigfeit und ohne einen allzuhohen Beitrag bes Staates von fich aus zu lofen.

Indeffen mochte ich mich nicht auf den Standunkt ftellen, ju fagen, daß man da, wo man nicht absolut durch Recht und Gefet verpflichtet sei, Richts thun folle. 3ch anerkenne gern, daß auch für den Kanton indirekt ein großer Bortheil vor= handen ift. Allein auf der andern Seite muß auch zugegeben werden, daß ein Beitrag von Fr. 100,000 ein fehr Schoner Beitrag ift. Der Regierungerath hat in biefer Angelegenheit fich auf den richtigen Boden gestellt, indem er bas Befuch bes Bemeinderathes nicht einfach von der Sand gewiesen, fondern dasselbe in Beruchsichtigung gezogen hat. 3ch glaube, er habe aus politischen Rucksichten fo verfahren follen.

Da ich von politischen Rücksichten spreche, so möchte ich noch einem Gedanten Ausbruck geben und bemerten, bag bie Stadt Bern, rejp. ihre fonservativen Bertreter im Großen Rathe in der letten Beit durchaus nicht fur die Regierungs= politit fich bemuht, sondern berselben bei verschiedenen und wichtigen Anlaffen Opposition gemacht haben. Co haben fte in ben juraffifch-firchlichen Fragen und beim Rirchengefete bie Shre gehabt, mit ben ultramontanen Juraffiern zu ftimmen ! Es ift ein ichoner Bug ber bernifchen Regierung, daß fie fich über alle biefe tleinlichen und leibenschaftlichen Buge binmeggesetzt und fich auf den Boden der kantonalen Intereffen gestellt

hat, ohne irgendwie bem Gebanken an Rache Raum zu geben. Ich glaube, auch der Große Rath und speziell die Bertreter bes oberländischen Kantonstheils sollen fich heute auf diesen

Boten ftellen.

Bor nicht langer Zeit hatten wir hier gewissermaßen eine Abrechnung in Eisenbahnsubventionsfragen. Auch damals haben die nämliche Stadt Bern und und die gleichen Berteter eine permanente, konsequente und hartnäckige Opposition gemacht. Sie wußten, daß diese Eisenbahnstrage für das Oberland eine Lebenbstrage, eine heilige Frage war, und obsichon die Herren von Bern in dieser Beziehung sehr günstig gestellt sind, indem sie Eisenbahnen, Straßen, Telegraphen u. s. w. haben, während uns auf dem Lande in dieser Hintstidt noch viel zu wünschen übrig bleibt, haben sie gleichwohl Opposition gemacht. Ja, kurz vor der Abstimmung über die Eisenbahvorlage hat man in einer Bersammlung, der ich zussällig beiwohnen mußte, nicht nur grundsählich und materiell Opposition erhoben, sondern die Sache und unsere größten Interessen einsach lächerlich gemacht. Das hat mir wehe gethan. Nichtsbestoweniger möchte ich heute eine Subvention von Fr. 100,000 empsehlen, zwar nicht, weil ich damit einen Stein in's Brett zu legen glaube (wir wissen ja, daß wir dort keine Rosen zu pflücken haben), aber aus Ueberzeung und aus Satissaktion des Großen Rathes und des Kantons Bern. Ich empsehle die Bewilligung eines Beitrages von Fr. 100,000 und stimme im Uebrigen den Anträgen der Mehrseit der Staatswirthschaftsfommission bei.

Rohr, Regierungkrath. Geftatten Sie mir einige Gegenbemerkungen auf das Botum des Herrn Hofftetter. Die Regierung hat heute schon mehrmals das Kompliment bekommen, sie sei außerordentlich rücksichtsvoll, und auch Herr Hofftetter macht ihr dieses Kompliment in Bezug auf die Bundessissleiftungen. Wir waren bisher nicht gewohnt, als rücksichtsvolle Leute zu gelten, und ich danke daher für dieses Kompliment. Indessen ist die Sade nicht so leicht gegangen, wie Herr Hofftetter es sich vorstellt. Der Regierungsrath hat sich durchaus nicht etwa sofort auf das erste Ansuchen der Gemeinde Bern bereit erklärt, ihr Fr. 200,000 zu geben. Er hat vielmehr der Gemeinde von vornherein erklärt, daß er zu keinem Beitrage verpsichtet sei. Herr Regierungspräsibent Teuscher, welcher mit mir als Delegirter des Kezgierungsrathes an den Unterhandlungen Theil nahm, hat in einer besondern Broschüre den Rechtsstandpunkt auseinanderzgesetzt und wesentlich dazu beigetragen, daß der Bund von seiner ursprünglichen enormen Forderung auf Erstellung eines zweiten Bundesgebändes abging und seine Ausprüche auf die Summe von Fr. 500,000 reduzirte.

Man hat aber gefunden, daß Gründe ber Billigkeit für eine Betheiligung des Staates sprechen, und daß man namentlich nicht zugeben durfe, daß zwischen dem Bunde und der Gemeinde Bern ein Prozeß entstehe. Ich bin überzeugt, daß Sie die Fr. 500,000 lieber selbst bezahlt, als daß Sie

einen Prozeß zugegeben haben murben.

So ganz leicht und ohne Anftand ift also die Sache nicht gegangen, sondern es haben lange Unterhandlungen ftattgefunden. Erst nachdem wir uns überzeugt, daß der Kanton durch seine frühern Bersprechungen moralisch gebunden sei, haben wir uns bereit erklart, eine Betheiligung des Staates

in einem billigen Berhaltniffe vorzuschlagen.

Es handelt sich da nicht bloß um politische, sondern auch um materielle Bortheile für den Kanton. In der Berbandlung des Großen Rathes vom 24. März 1849 hat sich ein Mitglied, Herr Stämpfli, in folgender Weise ausgesprochen: "Es wird zwar behauptet, die Bortheile, welche der Bundesssitz gewähre, kommen nicht nur der Stadt, sondern vielmehr dem ganzen Kantone zu. Ich gebe zu, daß die ideellen Bortheile, die politische Ehre 2c. allerdings dem ganzen Kanton zukommen, allein ich glaube, dieses werde nicht mit Geld be-

gahlt. Wenn Sie aber von den materiellen Vortheilen sprechen, so kommen diese einzig und fast außschließlich der Stadt Bern zu und überwiegen bei Weitem die Nachtheile, welche aus den Leistungen entspringen." Herr Stämpfli war also der Ansicht, es fallen die materiellen Vortheile einzig der Stadt Vern und nicht dem Kanton zu. Wir haben aber in der letzten Zeit erfahren, daß dieß unrichtig ist, und daß herr Stämpfli sich damals irrte, wie sich herr Holfetter heute irrt. Daß Schanzenterrain, welches der Staat verkaufte, hat nur, weil daß Bundesrathhaus erstellt worden ist, so enorme Preise gesolten. An der Stelle des Bundesrathhauses standen früher daß Salzmagazin und der Werkoft, und es war dieß ein verkommenes Ouartier, wo Niemand daran dachte, zu bauen. In Folge des Bundesrathhausbaues und der Durchführung der Buntesgasse konnte der Staat die Schanze rasiren und daß dortige Terrain zu Fr. 9½—10 per Quadratsuß verzäußern. Der Staat hat auß der Kleinen Schanze einen Reinzewinn von 1 Million gezogen. Er hat nämlich von dem dortigen Terrain verkauft:

Fr. 1,158,000

Biehen wir fur Strafen und anderweitige Ausgaben

<u>"</u> 158,000

ab, so bleibt ein Reingewinn von . . Fr. 1,000,000 Ich erinnere im Weitern an den Berkauf der Wannazhalbe, welche die Stadt Bern gutmüthig genug war, vom Staate zu kaufen, damit das Bundekrathhaus nicht verbaut werden könne. Wenn der Staat diese Halbe behalten hätte, glauben Sie wirklich, er hätte das Herz gehabt, das Bundesrathhaus zu verbauen? Gewiß wurde er nie daran gebacht haben.

Wenn Herr Hofftetter sagt, er könne die Motivirung des Antrages der Staatswirthschaftskommission unterschreiben, so scheint es mir, es ware ein kleiner Schritt, auch für die Fr. 200,000 zu stimmen. Ich gebe auch zu bedenken, daß der Staat Bern 1849 sich bereit erklärt hat, für das Bundestakhaus die Große Schanze abzutreten. Hätte der Bundestakh diesen Platz gewählt, so hätte der Bau jedenfalls 60,000 d' beansprucht, und als Umschwung hätte man gerade die ganze Schanze genommen. Dann könnten wir dort jett nicht Baupläße zu Fr. 4 verkaufen und im Ganzen einen Erlös von einer Million daraus ziehen, wie dieß beabssichtigt wird.

v. Buren. Ich habe der heutigen Verhandlung (es ist dieß die Schlußverhandlung) mit einiger Spannung, aber mit vieler Ruhe entgegengesehen. Mit einiger Spannung, weil man froh ist, wenn eine solche Angelegenheit beendigt ist, aber mit Ruhe, weil ich das Zutrauen habe, daß in gleicher Weise, wie die Verhandlungen bisher geführt worden und Schritt für Schritt zur Erledigung gelangt sind, nun auch der letzte Aft werde erledigt werden. In Bezug auf die materielle Begründung des Staatsbeitrages will ich den vortrefflichen Auseinandersetzungen, die Sie angehört haben, Nichts beisügen. Sie werden daraus entnommen haben, daß der Beitrag von Fr. 200,000 gegenüber den Leistungen der Gemeinde und den Bortheilen des Staates außerordentlich mäßig ist. So viel an uns, wollten wir uns nicht auf den Fuß stellen, dem Staate gegenüber Forderungen zu machen, welche über Dassenige hinausgehen, was wir als nothwendig erachten.

Alls es sich darum handelte, jum Abschlusse zu kommen, mußten wir uns allerdings vor Allem aus fragen, ob wir überhaupt noch Etwas schuldig seien. Wir haben uns in dieser Richtung mit der Regierung verständigt; sie hat uns da die Hand gereicht, und es konnten die Verhandlungen mit dem Bunde auf einen Fuß gebracht werden, wo sie das Exorbitante verloren. Wir sind überzeugt, daß es besser gewesen ist, einen Prozeß mit der Bundesbehörde zu vermeiden. Wie widerwärtig wäre es gewesen, wenn den großartigen Leistungen der Gemeinde, der Anerkennung, welche der Bundesrath ihr ausgesprochen hat, ein Prozeß gefolgt wäre? Die Folgen eines solchen Prozesses sind in der Regel widerwärtig, und statt daß man sich verständigt, geräth man immer mehr hintereinander, und das öffentliche Wesen gewinnt Nichts, sondern verliert sehr viel dabei. Man hat in Berücksichtigung alles Dessen gesagt, es sei besser, einen Vergleich abzuschließen, auch wenn derselbe Bedeutendes kosten sollte.

Um die Schlußleiftungen der Gemeinde zu ermöglichen, haben wir uns an die Regierung gewendet und bei ihr um einen Beitrag nachgesucht. Ich habe das Zutrauen zum Großen Rathe, daß er zum Antrage der Regierung und der

Ctaatswirthschaftstommission stimmen werde.

Herr Hofftetter hat einige Bemerkungen gemacht über die Berhaltniffe zwischen Stadt und Land und insbesondere über die Stellung der konservativen Bertreter aus der Stadt. Dieß beunruhigt mich nicht. Wenn man abweichender Weisnung ist und sich erlaubt, sie auszusprechen, so geschieht dieß nicht aus Oppositionslust oder um einen Hemmschuh zu legen, sondern weil man von der Sache überzeugt ist und seine Ueberzeugung ausspricht, auch auf die Gefahr hin, mißkannt und

migbeutet zu merben.

Wir haben durchaus keine Luft, andern Landesgegenden in Bezug auf den Ban von Eisenbahnen hindernisse in den Weg zu legen. Wenn wir mit der betreffenden Vorlage nicht einverstanden waren, so geschah es, weil wir in einer Weise vorgehen wollten, wo wir Schritt für Schritt einen soliden Boden unter uns und nicht das Gefühl gehabt hätten, das ans dem Petret nicht so viele Eisenbahnen hervorgehen, als auf dem Papiere stehen. Es hat uns geschienen, als spiegle man den Leuten Etwas vor, das sie doch nicht bekommen werden. Ich könnte über diese Frage noch weitläusiger sein. Ich will aber nicht darauf eintreten. Ich will nur konstatiren, daß nicht die Motive uns leiteten, welche Herr Hopfietter supponirt, sondern daß wir uns freuen, wenn Eisenbahnen gebaut werden können in Landestheilen, die bisher derselben entbehrten.

Auf die jurasssische Angelegenheit will ich ebenfalls nicht eintreten. Ich muß mir jedenfalls das Recht wahren, und ich glaube, ich habe auch die Pflicht, nach meiner Uederzeugung zu stimmen und sie auszusprechen. Der Boden, auf dem wir stehen, ist ein klarer Boden. Wir möchten die Ruhe, die Ehre, den Frieden unseres Landes, und wir wollen uns nicht unter ein Joch beugen, das wielleicht von einer gewissen Seite her uns aufgelegt werden will. Ich stehe entschieden auf dem protestantischen Boden; ich verlange Keligionissprechen zuch glaube, wir leben in einem Lande, wo wir uns nach deziem Wissen und Gewissen aussprechen sollen. Die das thun, sind manchmal bestere Freunde, als Diesenigen, welche nur sagen, was die Mehrheit will und was im gegebenen Augenblicke als Parole ausgegeben worden sein könnte. Halten wir an

ber Freiheit bes Wortes fest.

Ich mache noch auf einen Punkt aufmerksam. Die Berbandlungen betreffend den Bundessiß sind nicht die ersten, in denen wir uns mit der Regierung verständigt haben, um Etwas zur Aussührung zu bringen. Seit einer Reihe von Jahren hat sich die Gemeinde mit der Regierung verständigt, um zu erreichen und in's Werk zu setzen, was dem allgemeinen Wohle dient. Wir haben in der Stadt eine Reihe von Fragen zum Austrage gebracht, bei denen sehr verschiedensartige Interessen in's Spiel kamen. Ich erinnere an die Schanzenfrage, an die Angelegenheit der Militärbauten 2c. Da hat es sich nicht darum gehandelt, Etwas zu bekommen, sondern um Leistungen, die wahrlich nicht gering sind. Wasser

und Gas mußten gelicfert, ein Exerzirplat hergestellt werden, und dieser lettere Bunft nahm Dimensionen an, an die man nicht gedacht hatte. Bom allerschönsten Lande mußten wir hergeben zu einem Exerzirplate, während ber bisherige Komplex, das Wylerfeld, nicht mehr dazu benutt werden kann. 154 Jucharten mußten wir liefern, und der Preis dafur belief sich auf Fr. 389,000. Dazu kommt nun noch ber Schiefplat

154 Jucharten mußten wir liefern, und ber Preis dafür belief sich auf Fr. 389,000. Dazu kommt nun noch ber Schießplaß! Ich erwähnte alles Das nur, um zu zeigen, daß die Gemeinde Bern auch große Leistungen für das allgemeine Wohl übernommen hat. Sie mögen nun entscheiden, wie Ihr Gewissen und Ihr Urtheil Ihnen eingibt. Ich sehe bem

Entscheide mit Rube entgegen.

Brunner, Fürsprecher. Das Botum des herrn hofstetter veranlaßt mich, einige Worte anzubringen. Sie werden
dieß begreiflich finden von einem Bertreter eines bedeutenden Bahlfreises, der so wenig, ja vielleicht sogar weniger als die übrigen die politischen Borwurfe verdient, welche herr hofstetter der ganzen Bevölkerung der Stadt Bern gemacht hat.

Bir sind darin einverstanden, daß der Kanton Bern dem Bunde Nichts schuldig ist. Wir sind auch, obschon nicht wir, sondern eventuell das Bundesgericht diese Frage zu entscheiden haben würde, ziemlich einig darüber, daß die Stadt Bern ihre Verpstichtungen ebenfalls erfüllt hat und Nichts mehr schuldig wäre. Dessenungeachtet waren sowohl die Stadt Bern, als auch die Vertreter der Regierung darüber einig, daß noch weitere Leistungen zu übernehmen seien, damit die eidgenössische Administration in alle Zusunft der Stadt Bern erhalten bleibe. Der Bund hat damit auch gleichsam die Chrenspssicht übernommen, für den Fall, daß eine weitere Centralisation stattsindet, sie hier zu behalten, und die Abgeordneten der Gemeinde Bern und der Regierung haben gefunden, es seibieß Fr. 500,000 werth. Ich habe von keiner Seite gehört, daß diese Summe zu hoch sei, und ich will daher annehmen, man sei darüber einverstanden.

man fei darüber einverftanden. Dun aber findet Berr Bofftetter, es feie

Run aber findet herr hofftetter, es seien die Fr. 200,000, welche der Kanton beitragen soll, zu viel im Berhältniß zu den Leistungen der Stadt und den Bortheilen, die ihr aus dem Bundessiße zustießen. Erlauben Sie mir darüber einige Borte. Kur den Bundessiß hat die Stadt bis jest Fr. 2,500,000 geleistet, wozu noch die Fr. 300,000 kommen, welche die Gemeinde nun nach der letzthin abgeschlossenen Uebereinkunft bezahlen soll. Dem gegenüber würde also der Staat Fr. 200,000 beitragen. Finden Sie nun wirklich, daß dieses Opfer in keinem Berhältnisse zum Rungen stehe, welchen der Kanton aus dem Bundessiße gezogen? Finden Sie, daß die Stadt Bern, deren Bortheil natürlich weit größer ift, die aber auch weit mehr leistet, im Berhältniß zum Kanton zu wenig geleistet habe? Man braucht die beiden Zahlen nur neben einander

ju halten, um diefe Frage zu beantworten.

Es ist Ihnen bereits von Vorrednern mitgetheilt worden, daß der Staat da auch einen materiellen Rugen hat. Sehen wir aber davon ganz ab. Man wird zugeben, daß, wenn wir den Bundessitz nicht hätten, unsere ganze bernische Eisensbahnpolitif nicht möglich ge. esen ware. Wäre Bern nicht Bundessitz gewesen, so ware es nicht an eine direkte Eisenbahnlinie zu liegen gekommen, sondern hätte sich mit einer Zweig. linie begnügen müssen. Ich mache nun auch ausmerksam auf den bedeutenden Konsum, welcher in Folge der Bezeichnung Berns zum Bundessitze in der Stadt stattsindet. Glauben Sie, dieser Konsum komme nur der Stadtbevölkerung zu gut? Nein, gerade dem Lande, welches die Produkte erzeugt.

Der größte Bortheil aber, welcher bem Kanton Bern burch Erhebung seiner Haupistadt zum Bundessitze erwachsen ist, ist ein politischer. Der Kanton Bern ist der größte Kanton in der Schweiz und insofern auch der mächtigste, was man ihm ja häusig zum Borwurfe macht. Wenn der Bundessitz nicht in Bern, sondern z. B. in Burich ware, glauben Sie, Bern wurde diesenige Stellung einnehmen, die es jest

einnimmt, und man wurde in jeder wichtigen Frage so sehr barauf achten, auf welche Seite es sich stellt? Wir wissen, daß es in allen eidgenössischen Fragen nicht recht vorwärts geht, wenn der Kanton Bern nicht dabei ist. Diese Stellung verdanken wir wesentlich dem Umstande, daß wir im Centrum der Eidgenossenschaft liegen und von da aus einen wichtigen Impuls ausüben können. Es zieht uns das von verschiedenen Seiten Borwürfe zu, indem man sagt, die Berner wollen Alles rezieren. Dieß ist aber selbstverständlich kein Grund, um nun den Beitrag von Fr. 200,000 an die Gemeinde Bern abzulehnen, sondern diese Stellung, welche unser Kanton in Folge der Erhebung Berns zur Bundesstadt erlangt hat, ist Millionen werth.

Herr Hofstetter sagt, der Staat habe seine Mittel für andere Zwecke nothwendig, z. B. für die Waldau, für einen Kantonsspital, für Rothfallstuben u. s. w. Ich gebe dieß unbedingt zu, allein ich glaube nicht, daß für alle diese Zwecke ein Rappen weniger verwendet werde, ob man nun heute einen Beitrag von Fr. 100,000 oder einen solchen von Fr. 200,000 beschließe. Daß Botum des Herrn Hofstetter scheint von einer gewissen Mißstimmung gegen die Stadt Bern beberrscht zu sein. Die Bevölkerung und die Vertreter derselben haben aber noch nie gegen solche Außgaben opponirt. Bei allen wichtigen Abstimmungen, wo es sich um einen wirklichen Fortschrittlichen Seite befunden. Daß Schulgeset ist wesentlich in Folge der geschlossenen Abstimmung in der Stadt augenommen worden; ebenso hat Vern die Subventionirung der Broyethalbahn beschlossen, obwohl diese Bahn sür die Stadt von geringem Interesse ist. Die Besoldungserhöhung hat Bern ebenfalls angenommen. Daß Kirchengeset wurde

mit erdrückender Einstimmigkeit genehmigt.

Herr Hofftetter hat gesagt, die stattbernischen Vertreter haben sich in den jurassischen Fragen auf Seite der Ultramontanen gestellt und das Kirchengeset verworsen. Dieß ist leider richtig. Allein die Folge davon war, daß die betreffenden Vertreter bis auf drei nicht wieder gewählt wurden. Herr Hofstetter dat namentlich die lette Abstimmung über die Eisenbahnvorlage betont. Die Abstimmung der Verölkerung Verns hat Niemand aufrichtiger bedauert, als ich, und jedenfalls wird mir Niemand eine Schuld an diesem Ergebnisse beimessen wollen. Es ware sehr traurig, wenn wir im Großen Kathe den Standpunkt einnehmen wollten, daß die verschiedenen Landestheile in einer wesentlich politischen Frage, wie die vorliegende, einzelne frühere Abstimmungen, die isolirt dastehen, zu verwerthen suchen würden. Es würde dieß zu gegenseitigen Beschuldigungen und zu einem Markten sühren, das wir nicht wollen. Die Stadt Vern wurde von der letzten Sisenbahnvorlage nicht direkt berührt. Gerade aus diesem Grunde hätte sie zeigen sollen, daß sie da keinen egoistischen Standpunkt einnehme. Sie hat dieß nicht über sich gebracht, was ich aufrichtig bedaure. Lasse man nun aber dieß nicht die ganze Verölferung entzelten, und am allerwenigsten sage man, die Vertreter im Großen Pathe sein in dieser Frage seindselig aufgetreten. Denn es haben 15 Mitglieder für und nur 3 aegen das betreffende Vefret aestimmt.

und nur 3 gegen das betreffende Defret gestimmt.
Wenn Sie wirklich glauben, die Fr. 200,000, welche nun vom Staate verlangt werden, stehen im richtigen Bershältnisse zu den Bundessitzleistungen der Stadt, wenn Sie glauben, der Kanton Bern habe den politischen Nugen vom Bundessitze, wie ich ihn dargestellt, so bewilligen Sie den Beitrag von Fr. 200,000. Slauben Sie aber, est liege darin eine Ueberforderung, so will ich lieber, Sie bewilligen gar Nichts, als daß Sie sich auf eine Markterei einlassen. Wenn die Vertreter vom Lande den Anträgen der Staatswirthschaftskommission beistimmen, so werden sie dadurch

feurige Rohlen auf die Haupter ber stadtischen Bevollerung sammeln und ihr zeigen, daß sie nicht einen so engherzigen Standpunkt einnehmen, wie ihn die Stadt in der Eisenbahnfrage eingenommen hat. Uebrigens wird aus allen diesen Borgangen derjenige Theil der Bevollerung der Stadt Bern, welcher die Sisenbahnvorlage verworfen hat, die heilsame Lehre ziehen, daß man sich bei kantonalen Fragen nicht auf den Standpunkt des eigenen direkten Interesses stellen soll. Gestützt auf das Angeführte, möchte ich Herrn Hofstetter ersuchen, seinen Anstrag zurückzuziehen, von der Ansicht ausgehend, daß die Disskussiehen, daß wir auf allen Seiten offen und ehrlich zu Werke gehen wollen.

Ritschard, Regierungerath. Ich habe in biefer Frage in formeller Beziehung im Regierungerath einen andern Standpunft eingenommen, als die Mehrheit meiner Kollegen. Ich will nun zwar heute keinen abweichenden Antrag stellen, allein ich erlaube mir, Etwas zu konstatiren und eine Erwartung auszusprechen

Ich war ber Ansicht, es follte die Frage der Leiftung eines Staatsbeitrages an die Stadt Bern noch etwas versschoben werden. In materieller Beziehung habe ich mir auch gefagt, die politischen und ökonomischen Bortheile, welche aus der Erhebung Berns zum Bundessitze dem Staate erwachsen, seien nicht zu bestreiten. Ich schließe mich Allem an, was in dieser Beziehung heute angebracht worden ist.

Ich habe mir indessen gesagt, wir haben mit der Stadt Bern noch eine Anzahl anderer Fragen zu lösen, in welchen der Staat den umgekehrten Standpunkt einnimmt, und wo er glaubt, es sei recht und billig, daß die Stadt gewisse Berpflichtungen übernehme. Ich war der Ansicht, es sollte die vorliegende Frage bis zur Behandlung dieser in Aussicht stehenden Fragen verschoben werden.

Es handelt sich da namentlich um Schulfragen, worunter in erster Linie die Kantonsschulfrage und auch die Frage der Hochschule zu nennen sind. Die Kantonsschulfrage kann ihre Lösung nach zwei Seiten sinden: Entweder muß der Staat die Schule behalten, wie es bisher der Fall war; wird diese Lösung ergriffen, so wird ein neues Kantonsschulgebäude erstellt werden und es wird der Staat von der Stadt einen Beitrag an den Neubau und an die jährlichen Kosten verlangen müssen. Oder aber man sagt: Die Kantonsschule, wie sie gegenwärtig existirt, ist keine Kantonsschule mehr, sondern einsach ein Progymnasium, wie wir solche in unsern Kanton mehrere haben. Da kann der Staat dann verlangen, daß die Stadt die daherigen Leistungen übernehme, wie dieß in Thun, Burgdorf 2c. der Fall ist.

Welche Lösung nun auch getroffen werbe, so w b 1 enfalls ber Staat in ben Fall kommen, von der Stadt gewisse Leistungen zu verlangen. Wird die erstere Lösung vorgezogen, so wird es sich zum einen Beitrag in Geld handeln. Wird aber die andere Lösung gewählt, so wird es sich hauptsächlich variim handeln, daß die Stadt Bern sich einmal unter das allgemeine Landesgesetz stelle, was sie bisher nicht gethan hat, indem ihr ganzes städtisches Schulwesen, mit Ausnahme des Brimarschulwesens, auf dem Brivatschulgesetz berubt.

Primarschulwesens, auf bem Privatschulgesetze beruft.
Gine weitere Frage betrifft ben Beitrag an einen Reubau und an die jährlichen Ausgaben der Hochschule. Es ift nicht außer Acht zu laffen, daß die Hochschule für die Stadt Bern von großem Nuten ist, und zwar wenigstens von eben so großem, als der Bundessit für den Kanton. Wenn es gerechtfertigt ist, daß der Staat einen Beitrag an den Bundessit gebe, so ist es auch gerechtfertigt, daß die Stadt einen Beitrag an die Hochschule leiste.

Ich glaubte also, es hatten alle diese Fragen gleichzeitig zur Behandlung kommen sollen. Der Regierungsrath beschloß aber, fie nicht mit einander zu verbinden. Er ging dabei

von ber Ansicht aus, ber Staat solle hier ber großere, ber beffere sein, und ber Stadt zeigen, wie man in folchen Dingen vorgehe. Nachdem ber Regierungsrath und die Staatswirthschaftskommission biesen Standpunkt eingenommen, habe ich keine Beranlaffung mehr, auf dem meinigen zu beharren. Ich beschränke mich also darauf, zu konskatiren, daß der Staat im Falle sein wird, auch von der Stadt gewisse Leistungen zu verlangen.

Dabei fpreche ich bie Erwartung aus, baß, wenn ber Staat heute lopal zu Werke geht, bann auch bie Stadt, wenn ihre Stunde kommen wird, ihren Berpflichtungen in eben so loyaler Weise nachkomme. Da möchte ich namentlich vor dem Antrage des herrn Hofstetter warnen. Gibt der Staat heute nur Fr. 100,000, so wird die Stadt keine besondere Beranlassung mehr haben, gegenüber dem Staate loyal vorsungenen und est merben den die kankleten Angelein der zugeben, und es werben bann bie berührten Fragen schwierig zu lofen fein.

Ich unterftute also ben Antrag bes Regierungsrathes und ber Staatswirthschaftskommission, spreche bann aber bie Erwartung aus, bag bie Stabt an bem Vorgeben bes Staates ein Beispiel nehme, wie fie fpater ihm gegenüber gu verfahren habe.

#### Abstimmung.

Für ben Antrag bes Regierungerathes und ber Staatswirthschaftstommission 99 Stimmen. 

Schluß ber Sigung um 2 Uhr.

Der Redaftor: Fr. Buber.

# Siebente Sikung.

Freitag, den 17. September 1875.

Vormittags um 9 Uhr.

Unter bem Borfite bes herrn Prafibenten Rarrer.

Nach dem Nam ensaufrufe find 114 Mitglieder an= wesend; abwesend sind 135, wovon mit Entschuld is gung: die Herren Althaus, Anken, Arn, Burkhalter, Burri, Charpié, Chodat, v. Fellenberg, Feller, Friedli, Herzog, Imer, Ledermann, Lehmann in Rüedtligen, Lehmann in Langnau, Meyer, Oberli, Kenfer in Lengnau, Köthlisberger

in Walfringen, Schatmann, Schmid Rudolf, Schüpbach, Seßler, Sterchi, Werren, Zeller, Zoß, Byro; ohne Entsichuldigung: die Herren Bähler, Bangerter, Berger, Born, Botteron, Brand, Bruder, Bühlmann, v. Buren, Burger in Angenstein, Burren, Cattin, Chappuis, Deboeuf, Dick, Channann, Fattet, Fleury, Flückiger, Galli, Gammaun, Geifersenenberger, Meikhühler, Geller, in Michtrach, Girappin Symann, Fattet, Fleury, Fluckger, Gallt, Gaumaun, Geifersenenberger, Geißbühler, Gfeller in Wichtrach, Girardin, Grenouillet, Greppin, Großenbacher, Gruber, Grünig, v. Grünigen, Gugger, Gygaz in Bleienbach, Gyger, Höberli in Münchenbuchsee, Halbemann, Hanni, Hauert, Hennemann, Herren in Niederscherli, Hofer in Bern, Hofer in Bollodingen, Hoffetter, Hornstein, Jaggi, Imobersteg, Johin, Kaiser in Büren, Käsermann, Keller, Kilchenmann, Köetschet, Koller, König, Kummer in Bern, Kummer in Utgenstoff, Lehmanns Kumier, Lehmanns in Pellmund, Leisundaut Liechti im Kürakaus König, Rummer in Bern, Rummer in Uhenstorf, Lehmaunscunier, Lehmann in Bellmund, Leibundgut, Liechti im Rüegsausschachen, Luder, Mägli, Mauerhofer, Michel in Ringgenberg, Mischler in Wahlern, Möschler, Müller in Tramlingen, Rägeli, Rußbaum in Runthofen, Pape, Peter Plüß, Queloz, Racke, Acber in Riederbipp, Rebetez, Rebmann, Kenfer in Bözingen, Ritschard, Röthlisberger in Herzogenbuchsee, Ruchti, Salzmann, Scheibegger, Schertenleib, Scherz, Schmid in Wimmis, Schwab in Buren, Seiler, Spahr, Spring, Stalter, Stämpsti in Bern, Stämpsti in Nerligen, Stettler in Lauperswyl, Stettler in Eggiwyl, Steullet, Streit, Studer, Bermeille, v. Werdt, Wieniger, Willi, Wirth, Würsten, Wüthrich, Wyß, Zumwald.

Das Protofoll ber letten Sigung wird verlegen.

v. Ginner. Ich erlaube mir, das Wort zu einer furgen Bemertung zu ergreifen. Berr Sofftetter hat gestern in feinem Botum Folgendes gesagt: "Aurz vor der Abstimmung über die Eisenbahnvorlage hat man in einer Bersammlung in der Stadt Bern, der ich zufällig beiwohnen mußte, nicht nur grundsäglich und materiell Opposition erhoben, sondern die Sache und unsere größten Interessen einfach lächerlich gemacht." Da in der Berfammlung, von welcher Berr hofftetter redet, Riemand als herr Brunner und ich das Wort ergriffen, fo muß ich diese Anschuldigung auf mich beziehen. 3ch habe in jener Bersammlung namentlich den Standpunkt des Mittellandes ju ben verschiedenen Bahnen auseinandergefest. Es mag nun allerdings ber Fall sein, daß die Intereffen des Mittel= landes und speziell der Stadt Bern nicht in allen Bunkten mit denjenigen der Bestiger des Heustrichbades übereinstimmen. Ich babe aber in jener Versammlung erklärt, wenn irgend eine der im Subventionsdefret aufgenommenen Bahnen dem Mittellande sympathisch sei, so sei es bie Brunigbahn, für welche wir gestimmt haben wurden, wenn sie nicht mit allen andern Projekten zusammengeworfen worden mare. Es hat mir baber nicht einfallen fonnen, bie größten Intereffen eines Theiles des Kantons lächerlich zu machen, und ich weise das her diese Anschuldigung als unwahr zurnat. Ich appellire da an das Zengniß aller Derjenigen, welche ber betreffenden Berfammlung beigewohnt haben.

Das Protofoll wird ohne Ginsprache genehmigt.

Der neugewählte Berr Obergerichtsprafident Leuen = berger leiftet den verfaffungsmäßigen Gid.

Das Obergericht wird ermächtigt, den ebenfalls nen ge= wählten herrn Oberrichter Migh zu beeidigen.

Durch ben Gintritt bes herrn Leuen berger in bas Dbergericht ift beffen Austritt aus bem Großen Rath bedingt. Der Regierungerath wird bemnach angewiesen, eine Erfaß = mahl im Bablfreife Bern, obere Gemeinde, anzuordnen.

Der herr Prafibent zeigt an, bag herr Joliffaint und feche andere Großrathe die Interpellation an den Regie-rungerath stellen, welche Folge biefer den Betitionen zur Revision ber Steuergefege gegeben habe.

#### Cagesordn ung:

### Strafnadlaggefuche.

Auf den Antrag des Regierungerathes werden ab= gewiesen :

1. bas Strafumwandlungsgefuch bes Joh. Beter Ro= mang, gew. Gerichtsprafidenten bon Saanen;

das Strafnachlaßgefuch ber Sufanna Längacher,

geb. Lauber.

# Naturalisationsgesuche.

Es werden auf den Antrag bes Regierungsrathes mit bem gesetlichen Mehr von 3/3 Stimmen naturalifirt :

X 1. Johann Konrad Oppifofer, von Siegershaufen, Ranton Thurgau, Telegrapheninspettor der Jura-Bern-Lugernbahn, verheiratet, Bater von zwei Rindern, mit zugefichertem Ortsburgerrecht ber Stadt Bern.

#### Abstimmung.

Für	Entsprechung			79	Stimmen.
	Abweisung .			4	"

2. Rafpar Maag von Oberglatt, Ranton Burich, Schnei= bermeifter in Bern, verheiratet, Bater von 3 Rindern, mit zugesichertem Ortsburgerrechte von Bern.

#### Abstimmung.

Für	Entsprechung			•	75	Stimmen.
Kür	Abweifung				7	,,-2

🔧 3. Gottfried Ludwig Wilhelm Dahrmann, von Jahns= felbe, Konigreich Breugen, Rutscher auf der Sunegg, vers beiratet und Bater von 3 Rindern, mit zugesichertem Orts: burgerrechte von Thun, unter Borbehalt der Beibringung einer Urfunde über feine Entlaffung aus dem bisherigen Staate= verbande.

#### Abstimmung.

	Entsprechung		٠	ė .	76	Stimmen.
Für	Abweisung .	٠	•		7	"

# Entwurf des Vollziehungsdefrets

#### betreffend

# das Bundesgesch über Civilftand und Ghe.

Teusch er, Regierungspräsident, als Berichterstatter bes Regierungsrathes. Der Regierungsrath und die Rommission haben sich dahin verständigt, bei Ihnen den Antrag zu stellen, Sie möchten auf das Vollziehungsbekret betreffend das Bundesgeset über Civilstand und She eintreten, die artikelweise Berathung aber auf die Rovembersession verschieben. Diese Rerichiebung ift aufässig weil his zum Pouschieben. Diese Berschiebung ift julaffig, weil bis jum Reu- jahr bann immer noch die nothige Beit bleibt, um die erfor= berlichen Anordnungen zur Organisation der Civilstands-registerführung zu treffen. Die Berschiebung ist auch an-gemessen, weil der Bundebrath inzwischen noch eine Boll-ziehungsverordnung erlassen wird. Da ferner die ganze Anziehungsverordnung erlassen wird. Da ferner die ganze Angelegenheit in die bisherigen Verhältnisse und Anschauungen ziemlich tief eingreift, so ist es wünschbar, daß vorläusig aus der Mitte des Großen Rathes und des Bolkes sich die in diefer Beziehung herrschenden Ansichten geltend machen.

Sinfichtlich der Gintretensfrage ift gu bemerten, daß eine Hinsichtlich der Eintretensfrage ist zu bemerken, daß eine solche Bollziehungsverordnung gemacht werden muß; denn der § 3 des Bundesgesess über Civilstand und Ehe sagt: "Die Eintheilung der Civilstandskreise, sowie die Bestimmungen über die Ernennung und Entschädigung der Civilstandsbeamten bleiben den Kantonen überlassen. Die Umschreibung der kantonalen Kreise ist vor dem Bollzug gegenwärtigen Gesetze und hernach bei jeder Aenderung dem Bundesrathe mitzutheilen." Das Bundesgesez ruft also einer solchen Bollziehungsverordnung, und da es auf den 1. Januar nächstein in Kraft tritt, so muß die Organisation bis zum nämlichen Beitpunkte durchgeführt sein, d. h. die Civilstandsbeamten Beitpunkte durchgeführt sein, d. h. die Civilstandsbeamten muffen gewählt, die neuen Register gedruckt und die Amts-lokale von den Gemeinden beschafft sein.

In Betreff des Inhaltes der Bollziehungsverordnung fonnen bloß drei Hauptfragen in Betracht kommen, welche schon im Bundesgesetz angedeutet sind: 1) die Eintheilung der Civilfandsfreise; 2) die Art der Ernennung der Civils

staden bei Kreiseintheilung betrifft, so muß man sich fragen, ob man die Einwohnergemeinde oder die Kirchgemeinde ju Grunde legen oder ob man noch größere Kreife machen und wenigstens an einigen Orten mehrere Kirchgemeinden zu einem Kreise verschmelzen wolle. Es ift dem Regierungsrathe lieb, barüber die Anficht des Großen Rathes und namentlich ber Mitglieder der Landgemeinden zu vernehmen. Die Frage ift allerdings schwierig ju entscheiden. In bem ausgetheilten Defretsentwurfe hat fich der Regierungerath auf den Boden gestellt, daß er die Rirchgemeinden gu Grunde legte und bier und da, wo es die Berhaltniffe erlaubten, mehrere Kirch= gemeinden zu einem Kreise vereinigte.

gemeinden zu einem Kreise vereinigte.

St ift auch hervorzuheben, daß unser Kirchengeset in § 4 sagt: "Die kirchgemeindeweise Führung der Geburtse, Ehes und Sterberegister ist einem eigenen Civilstandsbeamten zu übertragen." Diese Bestimmung ist durch das Bundessgeset nicht modisizirt worden; denn dieses überläßt, wie gessagt, die Kreiseintheilung den Kantonen. Wir sind daher eigentlich schon durch das Kirchengesetz genöthigt, bei der Einstheilung der Civilstandskreise die Kirchgemeinde als Grundslage anzunehmen

lage anzunehmen. Was die Zweckmäßigkeitöfrage betrifft, so läßt sich gegen die einwohnergemeindeweise Eintheilung Manches anführen. Zunächst ist zu betonen, daß man wahrscheinlich nicht in allen Einwohnergemeinden die nöthigen Leute für die Führung der

Register finden wurde. Bir haben befanntlich Ginwohners gemeinden unter 100 Geelen Bevolferung, welche fcon Mube haben, fich nach bem Gemeindegesete zu fonstituiren. Da wurde es schwierig sein, einen gehörigen Civilftandsbeamten zu finden. Sodann hat beim Regierungsrath auch die Er= wägung Plat gegriffen, daß es gut ware, den Uebergang zu dem neuen Zustande nicht allzuschroff zu machen. Die Besvölkerung ist an die bisherige Eintheilung der Kirchgemeinden gewöhnt, und ce durfte vielleicht bofes Blut machen, wenn Daorts Menderungen getroffen und die Sache in die Bande ber Ginwohnergemeinden gelegt murde. In ihren Berichten haben die meiften Regierungestatthalter fich bahin ausgesprochen, daß eine folche Aenderung bei der Bevolkerung Unzufrieden= heit hervorrufen murbe. Auch ift es gut, daß die alten und die neuen Register möglichst aneinander anschließen. Die Die alten Regifter, welche firchgemeindeweise geführt worden find, werden jedenfalle noch auf Jahre hinaus fonfultirt werden muffen. Im Beitern foll man nach ber Ansicht des Regierungerathes ber Tendeng, nach und nach größere Ginwohnergemeinden gu bekommen, nicht entgegentreten; man murde aber diefe Tenteng nicht forbern, wenn man nun bie Fuhrung ber Civil-ftanberegifter in die Sande fleiner Ginwohnergemeinden legen Dabei gebe ich gerne zu, daß mit Rudficht auf die Berschiedenheit des Gemeindevermögens in den einzelnen Ge-meinden die Berschmelzung von Einwohnergemeinden mit großen Schwierigkeiten verbunden ift. Indeffen ruft schon das Gemeindegeset bieser Tendenz, und es enthält dasselbe einen Artitel, welcher nach und nach bas Gebiet der Gin-wohnergemeinden mit bem Bebiet der Rirchgemeinden gufammenfallen laffen will.

Wenn man bei der Gintheilung der Civilftandefreife die Rirchgemeinden zu Grunde legt, so kann sich das Publikum darüber nicht beklagen, da es schon bisher an den Sig der Kirchgemeinde geben mußte. Deshalb glaubten denn auch der Regierungsrath und die Kommission, es ware sogar möglich, noch weiter zu geben und hier und ba mehrere Rirch= gemeinden zu Ginem Rreife zu verschmelzen. Es ift eigentlich nicht eine große Zumuthung an den Burger, wenn er einige Male in seinem Leben sich von Hause fortbegeben muß, um eine Geburt, einen Todesfall anzugeben oder eine Civil-

tranung vorzunehmen.

Un die Frage ber Kreiseintheilung schließt fich die weitere Frage, wer die Civilftandsbeamten mablen folle, die Gemein= den oder der Staat, refp. die Regierung. Borlaufig neigen wir uns dem Systeme der Staatswahl zu und geben ihm ben Vorzug gegenüber ber Wahl durch tie Gemeinden. Die betreffenden Stellen murden ausgeschrieben und fodann auf einen doppelten Borschlag des Regierungsstatthalters von der Regierung besetht werden. Dieses Steffem steht scheinbar Weiberspruche mit der heutigen Tendenz der Förderung der Weiberspruche mit der heutigen Tendenz Westlagen Regierung der Gemeindeautonomie; so hat man ja auch die Bahl der Pfarrer und der Lehrer den Gemeinden überlaffen. Diefer Wider-spruch ift aber nur ein scheinbarer, da die Civilstandsbeamtung mehr den Charafter einer Staatsbeamtung hat. Dieß mar indessen nicht der Hauptgesichtspunkt, durch welchen der Re-gierungsrath sich leiten ließ, sondern mehr die Frage der Tüchtigkeit dieser Beamten. Es ist nothwendig, daß tüchtige Leute gewählt werden. Man könnte sich fragen, ob nicht einfach in allen Gemeinden ber Gemeindschreiber oder ber Wohnsitzegisterführer oder ber Gemeindspräsident als Civilstandsbeamter bezeichnet werben fonnte. Es handelt fich aber ba um ein nicht gang leichtes Amt, bei welchem Manches vorausgeset wird, was fur die Gemeindschreiber und die Wohnfigregisterführer nicht erforderlich ift. Ich bemerte ba nur, daß ber Civilftandsbeamte mit den übrigen Civilftandsbeamten der Schweiz und nach den bestehenden Berträgen jogar bes Auslandes zu forrespondiren hat. Er muß daher die französische Sprache kennen und auch einige juristische Kenninisse ober wenigstens ein Berständniß für die richtige Auffassung

und Interpretation ber einschlagenden Wefete befigen. wird da Manches nicht fo leicht zu beforgen fein. Es fchreibt B. das eidgenösstiche Civilftandsgeset in § 18 vor, daß Beränderungen in den Standesrechten, welche sich nach der Eintragung in das Geburtsregister ereignen (Feststellung der Baterschaft eines außerehelichen Kindes durch gerichtliches Urtheil, freiwillige Anerkennung, Legitimation, Adoption u. f. w.), auf Antrag eines ber Betheiligten als Randbemerkung im Geburtsregister beizufügen sind. Sodann follte bas Civil-standsregister auch durch Manner geführt werden, die ein ge-wisses Ansehen und Bertrauen besigen, da dieselben auch Trauungsbeamte finb

Gin weiterer Besichtspunft ift ber ber Berantwortlichkeit. Nach dem Bundesgeset find die Kantone der Ciogenoffenschaft fur die richtige Erfulung ber Obliegenheiten bei ber Civil= ftanderegisterführung verantwortlich. Auch sieht das Bundesgeset jährliche Inspektionen vor, zu beren Bornahme bie

Ich bezweifle nun, ob man in jeder Ginwohnergemeinde einen geeigneten Mann finden wurde, der diefen Weichaften gewachsen mare. Wenn man an manchen Orten ichon Mube hat, einen Gemeindschreiber zu finden, so wurde die Auf-findung eines geeigneten Civilftandsbeamten noch schwieriger sein. Am einsachsten ware es allerdings, wenn man den Wohnsitzregisterführer oder den Gemeindschreiber oder den Bemeindsprafidenten von Amtewegen jum Civilftandsbeamten bezeichnen murde; dann fame man auf den Boden der Gin-wohnergemeinde. Ich gebe indeffen zu bedenken, ob dieß überall eine gute und zweckmäßige Organisation ware.

Bill man bie Rirchgemeinde ober noch größere Rreife gu Grunde legen, so bleibt wohl nichts Anderes übrig, als die Bahl ber Civilftandsbeamten ber Regierung zu übertragen. Durch die Gemeinden fonnen fie nicht gewählt werden, weil fein Wahlkörper da ware, und zwar wurde ein folcher na= mentlich da fehlen, wo mehrere Kirchgemeinden zu Einem Kreise verschmolzen find. Bei der Bahl durch die Regierung läßt fich gewiß auch eine forgfältigere und beffere Auswahl biefer Beamten erzielen. 3m fatholischen Jura mare es faum in= bicirt, die Wahl ben Gemeinden zu übertragen, indem babei zu befürchten mare, daß an vielen Orten Ultramontane gu Civilstandsbeamten gewählt werden murden. Zwar hat bei bem gegenwärtigen provisorischen Civilftande im Jura bie Regierung auch eine Anzahl Ultramontane zu Civilftands= beamten gemählt, benen bas Beugniß gegeben werden muß, baß fic ihre baherigen Pflichten fo gut erfullen, als die übrigen.

Bas die Befoldung der Civilftandsbeamten betrifft, fo fragt es fich, ob man fie fix befolden oder ihnen die Gebuhren überlaffen solle. Man hat die Tendenz, mit dem Sportelspftem aufzuräumen, wie es namentlich noch bei den Amtsichreibereien und Gerichtsschreibereien vorkommt, und man fonnte daher sagen, es solle hier nicht eingeführt werden. Indessen ift da nicht das gleiche Berhaltniß vorhanden, weil im vorliegenden Falle die Gebühren auf ein Minimum reduzirt find und es leicht möglich fein wird, eine Kontrole einzu= führen. Man fann nämlich die Gebühr auf die Auszuge brucken, so daß jeder Burger weiß, wie viel für einen Schein gefordert werden darf. Gs können daher beim Bezuge dieser Bebühren feine Digbrauche vorfommen. Der Ertrag ber Bebühren wird nicht hinreichen, um die Civilftandsbeamten angemeffen zu befolden, weil bas Bundesgefet bie meiften Bebühren abgeschafft hat. Für die hauptarbeit, d. h. fur die Ginschreibungen und die ganze amtliche Korrespondenz durfen diese Beamten Nichts verlangen. Einzig in den in § 16 des Defrets vorgesehenen Fallen durfen die Kantone eine Gebühr admittiren. Es wird alfo nothwendig fein, eine Befoldungszulage zu bewilligen. Diefe Rothwendigfeit wird fich namentlich in fleinen und in mittelgroßen Gemeinden zeigen, wahrend in großen Gemeinden, wie Bern, Thun, Biel 2c., die Gebühren vielleicht genügen, um den Beamten gu

entschädigen. Es entsteht nun bie Frage, ob der Staat ober die Gemeinden die Besoldungszulagen bezahlen sollen. Jeben-falls ware es ein verkehrtes System, wenn die Gemeinden die Beamten wählen und der Staat sie besolden wurde. Der Regierungsrath stellt sich in seinem Entwurfe auf den Boden, baß er die Civilftandsbeamten mahlen und daß dann ber

Staat die nothigen Bulagen verabfolgen folle. Praftisch wird fich die Sache so machen, daß, wenn das Defret befinitiv angenommen ift, bann die Civilftandsbeamten provisorisch auf ein Jahr gewählt werden. Bahrend biefer Beit wird man Erfahrungen fammeln in Bezug auf die muth= maßlichen Ginnahmen, soweit sie von den Gebühren herz rühren, sowie hinsichtlich der Tüchtigkeit der einzelnen Be-amten. Erst Ende 1876 wird man dann die Beamten definitiv

mahlen und überhaupt die Sache definitiv ordnen.

Ich möchte nun die Berfammlung ersuchen, sich über die drei vorliegenden Sauptfragen auszusprechen, sofern ihre Unficht barüber von derjenigen abweicht, welche ber Regierungsrath bei ber Ausarbeitung des Entwurfes hatte. Es tonnen über biefe Fragen verschiedene Ansichten malten, und es ift baber munichenswerth, daß man fich heute barüber ausspreche.

Brunner, Fürsprecher, als Berichterstatter ber Kom-mission. Die Kommission hat sich mit bem vorliegenden Detrete befaßt, allein ich erkläre im Namen meiner Kollegen von voruherein, daß sie nicht Zeit hatte, die Angelegenhoit einläglich zu ftubiren. Der Entwuf wurde erft im Laufe bieser Session ausgetheilt, so daß es unmöglich gewesen ware, ihn einer grundlichen Berathung ju unterwerfen. Indeffen hat die Kommiffion die vom herrn Berichterstatter bes Regierungsrathes berührten Fragen auch in ben Bereich ihrer Untersuchung gezogen, und sie ift zum Schlusse gekommen, es sei am zweckmäßigsten, daß man sich heute zwar darüber ausspreche, allein noch feine bestimmten Beschluffe faffe.

Bunachst fommt die Frage der Kreiseintheilung in Be-tracht. Darüber hat die Kommission lange Erörterungen gepflogen. Man hat sich gefragt, ob man die Kreise auf die Bafis der Kirchgemeinden oder auf diejenige der Einwohnergemeinden ftellen, oder ob man, wie es die Regierung vor= schlägt, und womit auch die Kommiffion anfänglich einverftanden war, größere Kirchgemeinden zwar als eigene Kreise erklären, fleinere aber mit einander verschmelzen folle.

Erlauben Sie mir, Ihnen den Gedankengang ber Rom-mission mitzutheilen. Anfänglich haben wir uns gesagt, es ware munschenswerth, daß die Kreise etwas größer gemacht werden konnten als die Kirchgemeinden, daß man also sich auf den Boden des Regierungsrathes stellen, ja auf demselben nielleicht noch etwas weiter geben wurde. Wir haben denn vielleicht noch etwas weiter geben wurde. Wir haben denn auch in ber von uns aufgestellten Kombination noch eine größere Anzahl von Kirchgemeinden mit einander vereinigt. Wir haben unst indessen nach Beendigung der Zusammenstellung überzeugen mussen, daß im gegenwärtigen Augenblicke dieses Borgehen auf Widerstand stoßen wurde. Ja, es sind bereits Protestationen gegen vorgeschlagene Berschmelzungen von Kirchgemeinden eingelangt, z. B. aus Trachselwald und aus Bumplig. Wir glaubten nun, es sei am zweckmäßigsten, daß man die befinitive Berathung des Defrets auf die Rovemberseffion verschiebe, um inzwischen ber Bevolkerung Ge-legenheit zu geben, die Sache noch naher zu besprechen. Darüber wird man ziemlich einverstanden sein, daß allzu kleine Kreise nicht zwecknäßig sind, und daß man daher bei der Einstheilung nicht die Sinwohnergemeinden zu Grunde legen kann. Unsere Einwohnergemeinden sind an Größe ungemein verschieden. Während z. B. die Sinwohnergemeinde Bern 40,000 Seelen hat, besigen wir Sinwohnergemeinden mit bloß 60 – 80 Sinwohnern. Da durfte es manchmal schwierig sein tüchtige Kinistandskagnte zu finden fein, tuchtige Civilstandsbeamte zu finden. Ich mochte Sie baher ersuchen, zu hause bei Ihrer Umgebung dahin zu

wirfen, bag man ben Bedanten aufgebe, es fei bie Gin

wohnergemeinde als Bafis anzunehmen.

Hieran anknüpfend erlaube ich mir einige Worte über § 8 bes Defretsentwurfes, worin der Regierungerath vor= jchlägt, es feien innerhalb eines Civilftandefreifes die vorge= schriebenen Standesregister nach Einwohnergemeinden ge= sondert zu führen und abzuschließen. Mit dieser gesonderten Führung der Register, die wir bisher noch nicht hatten, fann ich mich nicht befreunden. Die Kirchgemeinde Bergogenbuchfee ift g. B. aus 14 Ginwohnergemeinden zusammengefest. Bisher wurde dort nur Gin Civilstanderegister geführt; nach dem Entwurfe aber mußten 14 geführt werden. Dieg wurde bie Sache ungemein tompliziren. Ich weiß übrigens, daß ber

Regierungsrath in dieser Frage nicht einig war.
Ich komme zu der Frage, wer die Civilstandsbeamten wählen solle. Sie können entweder vom Regierungsrath oder direkt von den Kreisen gewählt werden. Der Herricht= erstatter des Regierungsrathes hat bemerkt, wenn man die Wahl den Kreisen übertrage und die Kreise nach Kirchgemeinden eintheile, fo fei fein Bahlforper da. Rach dem Rirchengesete sind die Kirchgemeinden fonfessionell organisirt, so daß an den Kirchgemeindeversammlungen nur diejenigen Burger ftimmen tonnen, welche ber betreffenden Ronfession angehoren. Bollte man allen in einem Kreise wohnenden Stimmfahigen Stimmfarten austheilen, so ware dieß nicht praftisch und wurde das gange Raderwerk kompliziren. Sollten indeffen bie Gemeinden sich bereit erklaren, die Civilstandsbeamten zu befolden, so begreife ich, daß sie dieselben auch zu mahlen verlangen wurden nach dem Sate: Wer zahlt, der besiehlt. Es wird jedoch wenig Neigung vorhanden fein, die Befoldung der Civilftandsbeamten den Gemeinden aufzulegen. Ich bin denn auch mit dem Herrn Berichterstatter des Regierungsrathes einverstanden, daß es fich da mehr um eine Staats= beamtung handelt, um eine Beamtung, welche im öffentlichen Interesse liegt. Bei der Besoldungsfrage ist auch zu unterssuchen, ob die Sporteln den Beamten zusließen sollen oder nicht. Bor der Hand scheint es mir eher zweckmäßiger, die Sporteln durch den Staat beziehen zu laffen und den Civil-ftandsbeamten eine fixe Besoldung zu gemahren. Man hat noch gar keinen Anhaltspunkt, wie hoch sich der Ertrag der Sporteln belaufen mird.

Man hat die Befürchtung ausgesprochen, es werde ba ein Beamtenheer entstehen, und die Regierung werde mit diefen 220 Satelliten machen fonnen, mas fie wolle. Diefe Befürchtung ift nicht begrundet. Es wird junachft nur wenige Ortschaften geben, in benen ber Civilftandsbeamte nur biefe Beamtung befleiden wird, fondern in den meiften Fallen wird er zugleich Wohnsigregisterführer, Gemeindsprästdent, Ge-meindschreiber, Lehrer oder Notar zc. sein. Gs ist daher nicht nothig, ihm eine Besoldung zu geben, welche allein zu

feinem Unterhalt ausreichen murde.

Es scheint mir, man mache sich in Bezug auf die neue Ginrichtung vielfach unrichtige Borstellungen. Wenn z. B. ein Theil eines Civilftandsfreises etwas entfernt von bem Sige des Civilstandsbeamten liegt, so ist dieß schließlich nicht von großer Bedeutung, da man höchst selten in den Fall kommt, mit ihm in Berührung zu treten. Ich z. B. hätte dieß in meinem Leben drei Mal thun muffen, als ich heiratete und bei der Beburt meiner beiden Rinder.

Ich gehe über zu einem Punkte, der Sie zwar nicht fo febr interessiren wird, wie die Juriften. Es betrifft bieß ben § 19. Da ift bestimmt, welche Grlasse außer Kraft treten, und zwar find nicht weniger als 40 Berordnungen ac. aufgezählt. Diefer Bunkt muß ganz speziell geprüft werden. Ich bin zwar überzeugt, daß die Regierung dabei mit großer Sorgfalt zu Werke gegangen ist, und der Herr Justizdirektor hat erklart, er habe auf die Brufung biefer Frage mehrere Tage verwendet. Man vergeffe nicht, daß das neue Gefet

über den Civilftand und die Che auch materielle Bestimmungen bes Cherechts aufhebt und modifizirt. Da muffen die Satungen genau bezeichnet werden, welche das Bundesgefet aufhebt ober modifizirt. Gin einziges Beifpiel: Rach unferer fantonalen Befeggebung tann eine im Auslande abgeschloffene Che nur bann im Inlande burgerliche Wirfungen ausuben, wenn fie nach vorausgegangener Berkundung vom Amtsgerichte an-erkannt worden ift. Nach der neuen Bundesverfaffung und nach bem Bundesgeset über Civilftand und Che foll aber eine im Ausland abgeschloffene Che im Gebiete der Gidgenoffen-fchaft als Che anerkannt werden. Da entsteht die Frage, ob wir auch fernerhin die Anerkennung durch das Amtsgericht beibehalten wollen. Wir muffen diefe Frage prufen und entscheiden, damit nicht in einem Amtsbezirke fo und im andern anders verfahren werde. Diese und andere Fragen werden bei § 19 zur Entscheidung kommen muffen. Heute ware es aber unmöglich, darüber mit voller Sachkenntniß einen Beschluß zu faffen.

Ich mache noch barauf aufmertfam, bag ber Bunbesrath in nachster Beit eine Berordnung betreffend die Fuhrung ber Civilftanderegifter erlaffen wird. Es ift aber zwedmäßig, daß wir die Erlaffung diefer Berordnung abwarten, damit wir unfere Berordnung fo abfaffen tonnen, daß fie mit derjenigen

bes Bundesrathes im Ginklange fteht.

Gegen die Verschiebung der heutigen Vorlage auf die nächste Session könnte man vielleicht einwenden, es werde dann bis zum 1. Januar nicht mehr möglich sein, die nöthigen Borbercitungen zur Ginführung bes Civilftandes zu treffen. Der Herr Justigdirektor hat uns in diefer Beziehung be-ruhigende Zusicherungen gegeben, und wir brauchen uns baher dießfalls keinen Befürchtungen hinzugeben. Uebrigens haben auch andere Kantone ihre Berordnungen nicht erlaffen.

Die Kommission schlägt also vor, die einlägliche Be-rathung auf die nachste Seffion zu verschieben, welche vorausfichtlich am 8. November beginnen wird. In der Zwischen= zeit wird fich dann die Sache noch auftlaren, und wir werden im November mit größerer Sachfenntnig befchließen konnen. Immerhin ift es gut, daß man fich heute bier über die ver= Schiedenen in Frage kommenben Bunfte ausspreche.

Berr Prafident. Es handelt fich also heute nicht barum, einen Beschluß zu faffen, und es wird daher auch die Gintretensfrage nicht zur Sprache fommen.

Mutenberg. Auf die vom Herrn Berichterstatter des Regierungsrathes an die Mitglieder der Berfammlung er-lassene Einladung erlaube ich mir einige Borte über die heutige Borlage. Bor Allem aus halte ich es für rathsam, baß man heute die Borlage nicht befinitiv berathe. Die Gin= führung der Civilstandsregister ist bereits durch das Kirchen= gesetz beschlossen worden. Die Ausführung wird aber be= deutend erschwert durch das neue Bundesgesetz. Gine Haupts schwierigkeit liegt in der Ernennung der Civilstandsbeamten. Nach dem Kirchengehe hatten hiezu auch die Geistlichen er-nannt werden können, durch das Bundesgeset aber sind sie ausgeschlossen. Wäre diese Bestimmung einzig dem Bolte vorgelegen, fo ware fie sicher verworfen worden.

Ich glaube nun, es sei am zweckmäßigsten, möglichst wenig von der bisherigen Ordnung abzuweichen und der Eintheilung der Areise die Kirchgemeinden zu Grunde zu legen. Gleichzeitig mochte ich die Wahl der Civilstandsbeamten ben Kirchgemeinden überlaffen. Man wendet ein, es sei bann kein Wahlkörper vorhanden. Allein man könnte ja die politischen

Stimmberechtigten einer Rirchgemeinde zu einer Berfammlung zusammenberufen.

Jedenfalls muß ich mich gegen eine Berschmelzung von Rirchgemeinden aussprechen. An einer folden Neuerung murbe man an manchen Orten Anstoß nehmen. Es hatte dieselbe namentlich bei der Berkundung von Ghen wesentliche Uebelstände. Auch wurde es dem Civilstandsbeamten vielfach an Personenkenntniß mangeln. Es ift möglich, daß fpater ein= zelne Kirchgemeinden zu einem Kreise vereinigt zu werden wunschen, allein ich mochte dieß dem freien Willen überlaffen

und da keinen Zwang ausüben. Bas die Bahl der Civilstandsbeamten betrifft, so finde ich eine Ausschreibung jedenfalls nicht rathsam, da bei einer folden manche tuchtige Manner fich nicht anmelden murben. 3ch glaube, es folle die Bahl ben Gemeinden überlaffen werden. Wenn man ihnen gestattet, ihre Pfarrer zu mahlen, fo barf man ihnen auch die Wahl ber Civilftandsbeamten in bie Bande geben. Was die Besoldungen betrifft, so glaube ich, die Gemeinden wurden, wenn man ihnen die Bahl übersließe, auch bereit sein, für die Besoldung zu forgen.

Schori fpricht ebenfalls bie Unficht aus, bag bie Bahl ber Civilftandsbeamten ben Kirchgemeinden eingeräumt werden follte.

Fahrni= Dubois. Ich glaube durchaus nicht, daß man die Bolkssouveranetät schmalere, wenn man die Bahl ber Civilftandsbeamten ber Regierung überträgt. Die Regierung schlägt nach meiner Ansicht ganz ben richtigen Modus vor, wenn sie sich die Wahl vorbehalten will. Wer die Bemeinden auf dem Laude kennt, weiß, daß dort das fog. Bopfthum (um die Sache mit dem richtigen Namen ju bezeichnen) noch vielfach herrscht, welches Ginsagen, auch wenn fie schon 10-20 Jahre in der Gemeinde wohnten, zu keinen Stellen wählen will. Es ware eine ganz verfehlte Sache, die Bahl den Gemeinden zu überlaffen.

Da Niemand mehr das Wort ergreift, so wird die Dis= fuffion gefchloffen. Gine Abstimmung findet nicht ftatt.

Das Protofoll der heutigen Sigung wird verlefen und genehmigt.

Der herr Prafident schließt hierauf die Sigung und die Geffion um 11 Uhr.

> Der Redaktor: Fr. Buber.

# Berzeichniß

der seit der letzten Session eingelangten Vorstellungen und Bittschriften.

Buftimmung ber Bolfsvereinsfettion Stochorn in Thierachern zur bißherigen Haltung der Regierung im jurafsischen Kirchenkonstitte, vom 12. Juni 1875.

Beschwerde des Johann Röthlisberger in der Guri bei Reuen= egg gegen ein Urtheil der Polizeifammer , vom 5. Cep= tember 1875.